

95. Sitzung

Donnerstag, den 02. Juni 2005

Mainz, Deutschhaus

Fragestunde

– Drucksache 14/4190 – 6300

Auf Antrag der Fraktion der CDU findet zu der Mündlichen Anfrage Nummer 2 und auf Antrag der Fraktion der SPD zu der Mündlichen Anfrage Nummer 1 jeweils eine Aussprache gemäß § 99 der Geschäftsordnung des Landtags statt. 6312

AKTUELLE STUNDE

**„Die Europäische Verfassung nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden – Konsequenzen für die Bundesländer“
auf Antrag der Fraktion der FDP**

– Drucksache 14/4179 – 6326

**„Dramatische Verschlechterung der Situation auf dem Lehrstellenmarkt in Rheinland-Pfalz“
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Drucksache 14/4182 – 6339

Die Aktuelle Stunde wird geteilt.

Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung des Landtags statt.

Regierungserklärung

„Die Fußballweltmeisterschaft 2006 in Rheinland-Pfalz – Chancen für unser Land“ 6350

Die Regierungserklärung wird von Ministerpräsident Beck abgegeben.

Anschließend findet eine Aussprache statt.

Jahresbericht 2004**Besprechung des Berichts des Bürgerbeauftragten (Drucksache 14/3947)
auf Antrag der Fraktion der CDU**

– Drucksache 14/3948 –

Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 112 der Geschäftsordnung des Landtags 6370*Der Jahresbericht 2004 und der Bericht des Petitionsausschusses werden gemeinsam
aufgerufen und beraten.**Der Bericht des Petitionsausschusses wird von dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses,
Abgeordneter Peter Wilhelm Dröscher, abgegeben.**Anschließend findet zu den beiden Tagesordnungspunkten eine Aussprache statt.**Die Tagesordnungspunkte sind mit ihrer Besprechung erledigt. 6376***„Neue Energie und Arbeit für Rheinland-Pfalz“ – Masterplan 2005 bis 2010
für erneuerbare Energien – Energieeinsparung – Energieeffizienz
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Drucksache 14/4045 – 6376

*Dieser Tagesordnungspunkt wird abgesetzt. 6376***Bibliothekswesen in Rheinland-Pfalz****Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der FDP und
der Antwort der Landesregierung
auf Antrag der Fraktion der FDP**

– Drucksachen 14/3582/3733/3910 – 6376

*Die Große Anfrage der Fraktion der FDP ist mit ihrer Besprechung erledigt. 6382***Bericht über die Umsetzung des Landesgesetzes zur Herstellung gleichwertiger
Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen gemäß § 13 des Landes-
gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen (LGG-BehM)****Besprechung des Berichts der Landesregierung (Drucksache 14/3739)
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Drucksache 14/3860 – 6382

*Dieser Tagesordnungspunkt wird abgesetzt. 6382***Gemeinsame grenzüberschreitende Rundfunkprogramme fördern****Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Drucksache 14/4049 – 6382

*Der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**– Drucksache 14/4049 – wird einstimmig angenommen. 6382*

Atomar abrüsten – Abzug aller Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/4152 –

Abzug von Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktionen der SPD und FDP

– Drucksache 14/4159 – 6382

Beide Tagesordnungspunkte werden in der 96. Plenarsitzung des Landtags behandelt. 6382

Situation muslimischer Frauen und Mädchen in Rheinland-Pfalz
Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU und
der Antwort der Landesregierung
auf Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksachen 14/3994/4121/4171 – 6382

Dieser Tagesordnungspunkt wird abgesetzt. 6382

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Hans-Artur Bauckhage, Karl Peter Bruch, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Herbert Mertin; die Staatssekretäre Stadelmaier, Professor Dr. Hofmann-Göttig, Härtel.

Entschuldigt fehlten:

Der Abgeordnete Franz Josef Bischel; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Professor Dr. Jürgen Zöllner.

Rednerverzeichnis:

Abg. Böhr, CDU:	6335
Abg. Bracht, CDU:	6305, 6306, 6307, 6311
Abg. Creutzmann, FDP:	6307, 6343, 6349
Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6301, 6307, 6308, 6315, 6318
Abg. Dr. Enders	6301
Abg. Dr. Schmitz, FDP:	6314, 6318, 6375
Abg. Dr. Weiland, CDU:	6360
Abg. Dröscher, SPD:	6370
Abg. Ernst, CDU:	6368, 6372
Abg. Franzmann, SPD:	6329
Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:	6320, 6325
Abg. Frau Grosse, SPD:	6300, 6312, 6341, 6348
Abg. Frau Hammer, CDU:	6377
Abg. Frau Huth-Haage, CDU:	6342, 6348
Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6305
Abg. Frau Morsblech, FDP:	6322, 6376
Abg. Frau Schmidt, CDU:	6327
Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6303, 6304, 6305, 6310, 6311, 6312, 6338, 6379, 6380
Abg. Geis, SPD:	6378
Abg. Hartloff, SPD:	6312
Abg. Hohn, FDP:	6365
Abg. Jullien, CDU:	6308, 6309, 6310, 6311, 6312
Abg. Keller, CDU:	6301, 6319, 6324
Abg. Kuhn, FDP:	6327, 6336
Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6363, 6374
Abg. Mertes, SPD:	6305, 6306, 6337, 6362
Abg. Presl, SPD:	6369
Abg. Puchtler, SPD:	6373
Abg. Rösch, SPD:	6317
Abg. Schmitt, CDU:	6310
Abg. Schreiner, CDU:	6339
Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6321, 6330, 6339, 6347
Abg. Wirz, CDU:	6301, 6312, 6313, 6317
Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:	6344
Beck, Ministerpräsident:	6331, 6333, 6334, 6350
Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:	6300, 6301, 6316
Härtel, Staatssekretär:	6303, 6304, 6305, 6306, 6307, 6308, 6380
Präsident Grimm:	6300, 6301, 6303, 6304, 6305, 6306, 6307, 6308, 6309, 6310 6311, 6312, 6313, 6314, 6315, 6316, 6317, 6318, 6319, 6320 6321, 6322, 6323, 6324, 6325, 6326, 6327, 6329
Prof. Dr. Hofmann-Göttig, Staatssekretär:	6302, 6323, 6325
Stadelmaier, Staatssekretär:	6308, 6309, 6310, 6311, 6312
Vizepräsident Creutzmann:	6330, 6333, 6334, 6335, 6336, 6337, 6338, 6339

Vizepräsident Itzek:6339, 6341, 6342, 6343, 6344, 6347, 6348, 6349, 6350, 6372
.....6373, 6374, 6375, 6376, 6377, 6378, 6379, 6380, 6382
Vizepräsidentin Frau Grützmaker:..... 6360, 6362, 6363, 6365, 6368, 6369, 6370

**95. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 2. Juni 2005**

Die Sitzung wird um 09:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 95. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz. Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich Barbara Schleicher-Rothmund und Christian Baldauf. Herr Baldauf führt die Rednerliste.

Entschuldigt sind für heute der Abgeordnete Franz Josef Bischel sowie die Staatsminister Doris Ahnen und Professor Dr. Jürgen Zöllner.

Entsprechend der gestern festgestellten Tagesordnung rufe ich nun **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Fragestunde
– Drucksache 14/4190 –

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Marianne Grosse und Günter Rösch (SPD), Initiativen der Landesregierung zur Bekämpfung der Schwarzarbeit – Bündnis zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung am Bau** – Nummer 1 der Drucksache 14/4190 – betreffend, auf.

Frau Grosse, bitte schön.

Abg. Frau Grosse, SPD:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen beinhaltet das Bündnis im Einzelnen?
2. Welche Ziele sind damit verbunden?
3. Welche weiteren Maßnahmen unternimmt die Landesregierung zur Bekämpfung der Schwarzarbeit?

Präsident Grimm:

Es antwortet Frau Staatsministerin Dreyer.

**Frau Dreyer, Ministerin
für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Mündliche Anfrage der Frau Abgeordneten Grosse und des Herrn Abgeordneten Rösch beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt.

Zu Frage 1: Mit dem am 25. Mai 2005 unterzeichneten Bündnis zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung am Bau will das Land Rheinland-Pfalz gemeinsam mit den rheinland-pfälzischen Tarifvertragsparteien, der Bauwirtschaft sowie der Zollverwaltung

noch entschiedener gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung vorgehen. Hiernach wollen die Unterzeichner die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit verbessern, die Informationsarbeit gegenüber Auftraggebern, Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch alle Beteiligten stärken, den gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch für wirksamere örtliche Maßnahmen in der beim Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit angesiedelten Sonderkommission „Illegale Beschäftigung“ sowie die bisherige Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe der Tarifvertragsparteien weiterentwickeln.

Ferner wollen die Unterzeichner die Kontroll- und Verfolgungsbehörden unterstützen, zum Beispiel durch das Sammeln von Hinweisen und Verdachtsmomenten zu Verstößen gegen Bestimmungen am Bau, und letztlich die Zusammenarbeit mit den Sozialversicherungsträgern und den Sozialkassen des Baugewerbes intensivieren. Darüber hinaus soll erstmals ein Signaturkartenverfahren als Modellprojekt des Bundes in Rheinhessen in einem Praxistest erprobt werden, um die Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung im Baubereich zu verbessern.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben sich bereits 20 Firmen mit insgesamt rund 500 Beschäftigten freiwillig bereit erklärt, an diesem Modellprojekt mitzuwirken. Über das weitere Verfahren wird in einem gemeinsamen Gespräch mit allen Beteiligten am 6. Juni 2005 beraten werden.

Zu Frage 2: Mit den zu ergreifenden Maßnahmen sind folgende Ziele verbunden: Eine wirksame Verhütung und Verfolgung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung, die Einhaltung und Durchsetzung der Tarifverträge im Baugewerbe, insbesondere der Mindestlöhne, der Sozialkassenverfahren und der weiteren allgemeinverbindlichen Bestimmungen, sowie die Bekämpfung aller Formen von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung, zum Beispiel auch der Scheinselbstständigkeit.

Zu Frage 3: Wichtigstes Instrument der Landesregierung zur Bekämpfung der Schwarzarbeit ist die Sonderkommission „Illegale Beschäftigung“. Dort arbeiten seit dem Jahr 1996 neben dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit, den anderen zuständigen Landesministerien, der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz/Saarland und der Finanzkontrolle „Schwarzarbeit“ auch die Kammern, die Sozialversicherungsträger, die Gewerbeaufsicht, die Staatsanwaltschaften, die Ausländerbeauftragte des Landes Rheinland-Pfalz, die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, die kommunalen Spitzenverbände, die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften zusammen. Die Zusammenarbeit in der Sonderkommission gewährleistet einen uneingeschränkten Informationsaustausch, um die von allen Seiten durchgeführten Maßnahmen zur Missbrauchsbekämpfung zu koordinieren und zu strukturieren und damit effektiver und effizienter zu gestalten. Es handelt sich hierbei um ein Fachgremium, das durch seine kontinuierliche Arbeit über die Landesgrenzen hinaus Aufmerksamkeit und Beachtung gefunden hat. Es genießt eine hohe Wertschätzung selbst auf der Bundesebene.

Auf Initiative der Sonderkommission „Illegale Beschäftigung“ sind in Rheinland-Pfalz flächendeckend auf örtlicher Ebene Zusammenarbeitsgespräche der Verfolgungsbehörden eingerichtet worden. Gesprächsrunden gibt es in Koblenz, Kaiserslautern, Zweibrücken, Trier, Landau, Frankenthal, Mainz und Bad Kreuznach. Bei diesen Gesprächen werden die behördenübergreifende Verfolgung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit auf örtlicher Ebene koordiniert und Maßnahmen zur Intensivierung der Verfolgung vereinbart. Weiterhin hat das Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit eine Telefon-Hotline zur Entgegennahme von Anzeigen über Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung eingerichtet.

So weit die Antwort der Landesregierung.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Enders.

Abg. Dr. Enders, CDU:

Frau Ministerin, ich habe eine Frage zum Thema der illegalen Ausländerbeschäftigung. Ist Ihnen bekannt, in wie vielen Fällen in den vergangenen Jahren und bisher im Jahr 2005 Verstöße gegen § 92 Ausländergesetz und § 404 SGB III festgestellt worden sind?

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Abgeordneter Enders, ich bedauere, uns liegen keine Zahlen vor.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Braun.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, liegen Ihnen Angaben über die Zahl der Anrufe bei der Hotline vor? Ist die Hotline schon bekannt, und wird sie schon genutzt?

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Das kann ich gern nachliefern.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Wirz.

Abg. Wirz, CDU:

Frau Staatsministerin, Sie sagten, die Sonderkommission bestehe seit dem Jahr 1996. Gibt es Ihrerseits Er-

kennnisse darüber, wie erfolgreich diese Sonderkommission gewesen ist? Wie viele Fälle konnten von ihr aufgedeckt und aufgeklärt werden?

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Der Wert dieser Sonderkommission liegt darin, dass sie in den unterschiedlichsten Bereichen für das Thema der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung sehr gut sensibilisiert hat. Meines Wissens gibt es keine genauen Zahlen darüber, was ursächlich den Aktivitäten der Sonderkommission zuzuordnen ist.

Allerdings sagen alle Beteiligten, dass dadurch ein konsequenteres und stringenteres Vorgehen möglich ist, weil Kenntnisse aus unterschiedlichen Bereichen auf sehr kurzem Weg zusammengeführt werden und dadurch ein intensives Vorgehen möglich ist.

Jüngstes Beispiel ist der Bau der ICE-Strecke. In diesem Zusammenhang geführte Zusammenarbeitsgespräche haben dazu geführt, dass die Zollverwaltung sehr schnell eingreifen konnte, und dies mit großem Erfolg.

Präsident Grimm:

Weitere Fragen liegen mir nicht vor. Die Mündliche Anfrage ist damit beantwortet.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich rufe nun die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Josef Keller und Erhard Lelle (CDU), Finanzhilfen des Landes und des Bundes für den Ausbau der Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz – Nummer 2 der Drucksache 14/4190 – betreffend**, auf.

Herr Keller, bitte schön.

Abg. Keller, CDU:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Warum leitet die Landesregierung die Bundesmittel aus dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ nur zu 70 % und nicht zu 90 %, wie es gemäß der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Bundesländern getroffenen Verwaltungsvereinbarung möglich ist, an die Kommunen weiter?
2. Wie viele Mittel mussten die rheinland-pfälzischen Kommunen bisher bei den bewilligten Maßnahmen mehr aufwenden, um die Finanzierungslücke zu schließen, die in Rheinland-Pfalz dadurch entsteht, dass die Bundesmittel für die rheinland-pfälzischen Kommunen nur mit 70 % statt der möglichen 90 % weitergeleitet werden?

Präsident Grimm:

Es antwortet der Herr Staatssekretär im Bildungsministerium.

Prof. Dr. Hofmann-Göttig, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Mündliche Anfrage beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Im Jahr 2001 hat sich die Landesregierung aus bildungs-, familien-, frauen-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Gründen zu einem Ausbauprogramm für Ganztagschulen entschieden.

(Beifall der SPD und vereinzelt
bei der FDP –
Pörksen, SPD: Sehr vernünftig!)

Ca. 300 Ganztagschulen sollen in einer neuen Form eingerichtet werden. Diese neue Form ist seit dem 1. August 2004 als Ganztagschule in Angebotsform im Schulgesetz verankert.

(Pörksen, SPD: Ein Erfolgsmodell!)

Die rheinland-pfälzische Schullandschaft hat sich aufgrund der Entscheidung der Landesregierung und der Umsetzung in der Praxis erheblich verändert. Es entstanden in Ergänzung bestehender Ganztagschulen bis heute 235 Ganztagschulen in Angebotsform. Zum 1. August 2005 werden weitere 69 an den Start gehen, die in verbindlichen Anmeldeverfahren die Mindestteilnehmerzahl nachgewiesen haben. Damit hat die Landesregierung zeitgerecht mit 304 neuen Ganztagschulen ihre Ankündigung wie versprochen in dieser Legislaturperiode erfüllt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ein hoher zusätzlicher Bedarf, der in den bisher durchgeführten vier Antragsverfahren eindrucksvoll belegt wurde, und der große Erfolg der eingerichteten Ganztagschulen haben die Landesregierung bewogen, das Ausbauprogramm über die Zusage hinaus fortzusetzen.

(Beifall der SPD und der FDP –
Frau Spurzem, SPD: So muss das sein!)

Das heißt, Schulen und Schulträger können sich an einer fünften Verfahrensrunde zum Errichtungstermin 1. August 2006 beteiligen.

(Pörksen, SPD: Auch die Ludwigshafener!)

Nach den Rückmeldungen der Standorte ist damit zu rechnen, dass auch in dieser Runde eine stattliche Zahl von Anträgen eingehen wird.

Die Landesregierung hat für eine solche Entwicklung ausreichend Vorsorge getroffen. Im Landeshaushalt stehen im Jahr 2005 53 Millionen Euro und im Jahr 2006 60 Millionen Euro für die Abdeckung des zusätzlichen Personalbedarfs, aber auch für die Aufbaubegleitung, Evaluation, Fortbildung, Dokumentation und Organisation zur Verfügung.

Erfreulicherweise hat der Bund die Initiative ergriffen und dem Landesausbauprogramm das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ für die Jahre 2003 bis

2007 mit Finanzhilfen in beträchtlicher Höhe zur Seite gestellt. Im Rahmen dieses Programms kann das Land Bundesmittel im Umfang von 198.440.621 Euro zur Förderung von Investitionen in die Ganztagschulen erwarten. Damit wurde die von der Landesregierung vorgenommene politische Schwerpunktsetzung bestätigt.

Die Gelder aus dem Investitionsprogramm helfen einer Vielzahl von Schulträgern, das heißt, in erster Linie den Kommunen, vor allem Bauinvestitionen im Ganztagschulbereich durchführen zu können.

Mithilfe der Bundesförderung wurden bisher und werden auch in der weiteren Laufzeit des Programms Investitionen getätigt, die beste Voraussetzungen für die Realisierung von attraktiven, den Qualitätskriterien entsprechenden Ganztagschulangeboten schaffen.

Den Rahmen dafür haben Bund und Länder in einer Verwaltungsvereinbarung vom Mai 2003 abgesteckt, die zum 1. Januar 2003 in Kraft trat.

Bevor ich die Einzelfragen beantworte, weise ich darauf hin, dass Herr Abgeordneter Keller zum gleichen Thema am 4. Mai 2005 eine Kleine Anfrage gestellt hat. Dabei handelt es sich um die Kleine Anfrage Nummer 14/2470.

(Schweitzer, SPD: Kann der nicht lesen?)

Die Antwort darauf ist dem Landtag und damit auch Ihnen mit Datum vom 31. Mai zugeleitet worden.

(Mertes, SPD: Hört, hört! –
Schweitzer, SPD: Ihr müsst Bilder
da reinmachen! –
Weitere Zurufe von der SPD)

Ich komme nun zu den Einzelfragen.

Zu Frage 1: Artikel 4 Abs. 4 der von mir erwähnten Verwaltungsvereinbarung bestimmt, dass die Eigenaufwendungen in den Ländern mindestens 10 % betragen. Eine Höchstgrenze für den Eigenanteil ist also nicht festgelegt, sodass die Länder im Rahmen ihrer Verfahrenshoheit auch einen höheren Eigenanteil bestimmen können.

(Lelle, CDU: Können sie das?)

Davon hat das Land in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden Gebrauch gemacht.

(Itzek, SPD: Hört, hört! Euer
Draht ist zu kurz! –
Weitere Zurufe von der SPD)

Dass der Fördersatz nicht noch höher festgesetzt wurde, hat zum Ziel, möglichst viele Projekte an der Bundesförderung teilhaben zu lassen.

(Beifall der SPD und der FDP –
Pörksen, SPD: Können Sie
den Satz wiederholen?)

Ferner ist darauf hinzuweisen, dass es neben der Schulbauförderung mit dem Fördersatz von 70 % auch

eine Pauschalförderung gibt. Dafür werden ebenfalls Mittel aus dem Bundesinvestitionsprogramm bereitgestellt, mit denen vor allem kleine Umbauten, so genannte Bagatellfälle, und Sachausstattungen, zum Beispiel Bücher, Medien, Musikinstrumente, Computer, Sport- und Spielgeräte, Möbel usw., finanziert werden.

(Itzek, SPD: Und Lesegeräte für Lehrer! –
Rösch, SPD: Ehemalige!)

Die Pauschalen betragen pro Ganztagschule je nach Schulart zwischen 50.000 Euro und 125.000 Euro. Näheres dazu kann der Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung vom 13. November 2003 – Drucksache 14/2661 – unter Nummer 11 entnommen werden.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Die Pauschalen können zu 100 % für die Finanzierung entsprechender Kosten eingesetzt werden. Dies ist eine in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden festgelegte Ausgleichsregelung für den Fördersatz von 70 % in den Schulbaufällen.

(Frau Spurzem, SPD: Also ist
alles geklärt!)

Zu Frage 2: Die Schulträger mussten bisher und müssen auch in der Zukunft nicht mehr aufwenden, da ihnen die gesamten Mittel von annähernd 200 Millionen Euro für die Baumaßnahmen und Ausstattungsinvestitionen zur Verfügung gestellt und auch verausgabt werden. Allerdings hätten bei einer 90%igen Bezuschussung wesentlich weniger Schulträger in den Genuss der Bundesförderung kommen können. Deshalb sei abschließend noch einmal auf die einvernehmliche Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden verwiesen, in Rheinland-Pfalz die Baumaßnahmen für Ganztagschulen mit 70 % zu bezuschussen.

(Beifall der SPD und der FDP –
Pörksen, SPD: Sehr gut!)

Präsident Grimm:

Gibt es Zusatzfragen?

(Pörksen, SPD: Das kann ich
mir nicht vorstellen! –
Itzek, SPD: Vielen Dank für den Vortrag!)

Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Ise Thomas, Nils Wiechmann und Elke Kiltz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Drohende Aberkennung des Weltkulturerbestatus bei Realisierung einer Rheinbrücke an der Loreley** – Nummer 3 der Drucksache 14/4190 – betreffend, auf.

Ich erteile der Frau Abgeordneten Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vor dem Hintergrund von sich widersprechenden Äußerungen des Wirtschaftsministers und des Beauftragten der Landesregierung für das Weltkulturerbe fragen wir die Landesregierung:

1. Gibt es eine abgestimmte Strategie für das Weltkulturerbe innerhalb der Landesregierung?
2. Warum erfolgte keine Beratung mit ICOMOS bzw. warum wurden die Einwände gegen ein Brückenbauwerk von ICOMOS nicht in die Überlegungen der Landesregierung mit einbezogen?
3. Wie begründet der Leiter der ICOMOS Deutschland die Einwände gegen das Brückenbauwerk?
4. Schließt die Landesregierung den Bau und eine Förderung einer Rheinbrücke im Mittelrheintal zwischen St. Goar und St. Goarshausen aus, wenn die Gefahr der Aberkennung des Weltkulturerbestatus droht?

Präsident Grimm:

Es antwortet Herr Staatssekretär Härtel.

Härtel, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Vorspann zu dieser Mündlichen Anfrage werden Behauptungen aufgestellt, die unzutreffend sind. Gestatten Sie mir deshalb einige Vorbemerkungen.

ICOMOS, der Internationale Denkmalrat, berät das Welterbekomitee der UNESO in allen denkmalpflegerischen Fragen. Er arbeitet als Gutachter und bewertet die Nominierungen, die für eine Aufnahme in die Liste des Welterbes anstehen. ICOMOS ist eine nichtstaatliche Organisation, die die UNESCO berät. Sie ist kein Beirat dieser Organisation.

ICOMOS entscheidet auch nicht über die An- oder Aberkennung des Welterbestatus. Dies tut allein das Welterbekomitee der UNESCO. Das Welterbekomitee bedient sich bei seinen Entscheidungen der Gutachten von ICOMOS, ist jedoch nicht daran gebunden.

Unzutreffend ist weiter die Behauptung, Professor Petzet, Weltpräsident von ICOMOS, habe in seinem Brief vom 30. März die Landesregierung vor der Aberkennung des Welterbestatus gewarnt.

Er hat lediglich dem Welterbezentrum mitgeteilt, dass er es aufgrund seiner derzeitigen Informationen bei einer weiteren Unterstützung des Projekts durch die Kommunen und das Land Rheinland-Pfalz für notwendig erachtet, auf der nächsten Sitzung des Welterbekomitees eine Diskussion darüber zu führen, ob das Mittelrheintal in die Liste des gefährdeten Welterbes aufgenommen werden sollte.

Nicht zutreffend ist auch die Behauptung, das Welterbezentrum der UNESCO sei durch die Landesregierung

erst aufgrund des Schreibens von Professor Petzet über die Planungen zum Bau einer Brücke bei St. Goar informiert worden. Das Gegenteil ist der Fall. Diese Information wurde bereits im Jahr 2003 gegeben.

Am 30. September 2003 habe ich das Welterbezentrums in Paris über Pläne für Brückenbauten bei Bingen/Rüdesheim und St. Goar/St. Goarshausen informiert. Mit diesem Schreiben habe ich das Welterbezentrums gleichzeitig eingeladen, sich am weiteren Verfahren zu beteiligen. Im Vorfeld und noch während der Begutachtung durch einen Vertreter von ICOMOS im Rahmen des Antragsverfahrens war die UNESCO von den Überlegungen zum Bau einer Brücke im Mittelrheintal informiert.

Zu Frage 1: Ja. Die Strategie der Landesregierung findet sich im Managementplan wieder, der dem Welterbekomitee der UNESCO im Dezember 2000 zusammen mit den Antragsunterlagen übergeben wurde. Die Erstellung dieses Managementplans hat die Anerkennung als Welterbestätte überhaupt erst ermöglicht.

Die Anerkennung des Mittelrheintals als Welterbe verpflichtet die kommunalen Vorhabenträger und das Land, bei der Planung sehr verantwortungsvoll und mit großer Behutsamkeit und Sensibilität vorzugehen. Die Verträglichkeit des Vorhabens mit dem Welterbepredikat wird selbstverständlich Gegenstand der Prüfungen und Bewertungen im Raumordnungsverfahren und im Raumordnungsentscheid sein.

Zu Frage 2: Die Informations- und Abstimmungspflichten sind in der so genannten Operational Guidelines des Welterbekomitees der UNESCO geregelt. § 172 dieser Operational Guidelines sieht vor, dass sich der Vertragsstaat bei relevanten Projekten an das Welterbekomitee wendet und es über die geplante Maßnahme informiert. Das Welterbekomitee seinerseits informiert dann ICOMOS. Eine direkte Information von ICOMOS durch den Vertragsstaat ist nicht vorgesehen und wäre daher unüblich. Die Landesregierung hat sich exakt an den vorgesehenen Weg gehalten.

Ich habe daher in meiner Funktion als Regierungsbeauftragter bereits im September 2003 das Welterbezentrums der UNESCO in Paris über die beiden damals geplanten Brücken informiert und zu einer Beteiligung am weiteren Verfahren eingeladen. Eine solche wurde aber bisher vom Welterbezentrums nicht für notwendig gehalten. Das muss man wissen.

Mit Schreiben vom 17. Mai 2005 habe ich das Welterbezentrums über die Konkretisierung der Vorüberlegungen zum Bau einer Brücke bei St. Goar informiert und um die Entsendung einer Expertenkommission gebeten, um die nötigen Beratungen durchführen zu können.

Im Übrigen sei angemerkt, dass zu dieser Expertenkommission niemals ICOMOS-Vertreter gehören, die aus dem betroffenen Land stammen. Auch unter diesem Gesichtspunkt hätte es daher keinen Sinn gemacht, sich an das deutsche Nationalkomitee von ICOMOS zu wenden.

Zu Frage 3: Professor Michael Petzet, der Vorsitzende des Deutschen Nationalkomitees von ICOMOS und ehemaliger Landeskonservator von Bayern, sieht durch das Brückenprojekt zwischen St. Goar und St. Goarshausen die Integrität der Kulturlandschaft an dieser Stelle in Gefahr. Nach seiner Auffassung hätte eine solche Brücke negative Auswirkungen auf die beiden Ortsbilder. Auch die Burgen Rheinfels und Katz sowie die Stiftskirche in St. Goar könnten durch diese Brücke in ihrer Wirkung beeinträchtigt werden, so die Meinung von Professor Petzet.

Zu Frage 4: Das rheinland-pfälzische Verkehrsministerium und das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur haben stets betont, dass der Bau einer in kommunaler Trägerschaft betriebenen und privat finanzierten Mautbrücke über den Rhein zwischen St. Goar und St. Goarshausen im Einklang mit dem Weltkulturerbe stehen muss, damit der Welterbestatus des Mittelrheintals nicht gefährdet wird.

Letztlich kann nur eine der Landschaft angepasste Rheinquerung zwischen St. Goar und St. Goarshausen überhaupt in Betracht gezogen werden. Die Gefahr einer Aberkennung des Welterbestatus besteht daher nicht.

Herr Präsident, so weit meine Antwort.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Staatssekretär, gab es zwischen September 2003 und dem neuesten Schreiben an das Welterbezentrums, über das Sie die Öffentlichkeit in der letzten Woche informiert haben, noch weiteren Kontakt seitens der Landesregierung und dem Welterbezentrums in Paris über den geplanten Brückenbau?

Ich darf einen Satz zur Begründung sagen. Die Pläne und die Überlegungen zu dem Brückenbau, was die Trägerschaft und die Umsetzungsmöglichkeiten angeht, waren im Jahr 2003 völlig andere als zu Beginn dieses Jahres.

Härtel, Staatssekretär:

Das Thema „Bau einer Rheinquerung“ hat während des gesamten Antragsverfahrens bei der Anerkennung als Weltkulturerbe eine große Rolle gespielt. Ausweislich der Protokolle wurde darüber mehrmals informiert. Das Welterbesekretariat von Rheinland-Pfalz für das Weltkulturerbe Oberes Mittelrheintal, das bei mir angesiedelt ist, steht in ständigem Kontakt mit dem Welterbezentrums der UNESCO in Paris. In zahlreichen Gesprächen mit der zuständigen Mitarbeiterin wurde natürlich auch über dieses Thema immer wieder gesprochen.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Mertes.

Abg. Mertes, SPD:

Herr Staatssekretär, können Sie vielleicht dem Parlament deutlich machen, dass es bis jetzt keinen einzigen autorisierten Brückenplan, wie zum Beispiel eine Bauzeichnung oder Ähnliches, gibt, den man beurteilen kann, sondern dankenswerterweise nur eine Studie von der Industrie- und Handelskammer zu Koblenz und daher Beurteilungen, ob etwas ästhetisch oder unästhetisch, UNESCO-tauglich oder -untauglich ist, sehr schwer zu treffen sind?

Härtel, Staatssekretär:

Herr Abgeordneter Mertes, ich teile Ihre Auffassung voll und ganz. In der Tat liegen bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinerlei Planunterlagen vor, die es rechtfertigen würden, mit seriösen Informationen an das Welterbezentrum über die geplante Brücke heranzutreten.

Gleichwohl habe ich erneut das Welterbezentrum eingeladen, sich am Verfahren zu beteiligen. Das ist selbstverständlich. Wir haben in der Vergangenheit gut zusammengearbeitet. Wir arbeiten gegenwärtig gut zusammen. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Es ist überhaupt keine Frage, dass bei solchen relevanten Projekten diese gute Kooperation wie in der Vergangenheit fortgesetzt werden soll.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Bracht.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Staatssekretär, Sie haben gesagt, dass Sie 2003 die UNESCO-Gremien darüber informiert haben, dass es konkretere Brückenpläne gäbe. Sie haben auf eine Nachfrage gesagt, dass auch im Rahmen des Anerkennungsverfahrens bereits die Entscheidungsgremien darüber informiert worden seien, dass es schon zu diesem Zeitpunkt Überlegungen für ein Brückenprojekt gäbe.

Können Sie bestätigen, was uns Ihr Vorgänger in der Funktion des Regierungsbeauftragten immer wieder zum damaligen Zeitpunkt gesagt hat, dass mit der Anerkennung des Welterbes ausdrücklich keine Glockenfunktion verbunden ist, innerhalb derer nichts mehr verändert werden darf, sondern dass die Anerkennung als Welterbe ausdrücklich auch die angepasste strukturelle Fortentwicklung dieser Kulturlandschaft beinhaltet und dazu auch eine Brücke gehören kann?

Härtel, Staatssekretär:

Die Menschen, die im Mittelrheintal leben und arbeiten, verbinden mit der Aufnahme des Mittelrheintals in die

Liste des Weltkulturerbes große Erwartungen und Hoffnungen. Dazu gehört, dass ihnen weitere Lebens- und Entwicklungschancen geboten werden, die es ausschließen, dass wir sozusagen eine museale Käseglocke über das Mittelrheintal stülpen, die keine weiteren Initiativen und Entwicklungen zulassen würde.

Deshalb bin ich völlig mit Ihnen und mit meinem Vorgänger im Amt des Regierungsbeauftragten einig, dass mit der Anerkennung als Welterbe Chancen vergeben werden und keine Behinderungen ausgesprochen werden.

Präsident Grimm:

Frau Abgeordnete Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich will noch einmal an das anknüpfen, was der Herr Kollege Mertes gesagt hat, was die Konkretheit der Brückenpläne angeht.

Herr Staatssekretär, sind Sie mit mir der Auffassung, dass in Anbetracht der Unkonkretheit einer konkreten Planungsvorlage oder einer bildlichen Vorstellung dieser Brücke eine Förderzusage durch den Wirtschaftsminister oder eine Ankündigung einer Förderung doch sehr stark irritierend auf alle wirken kann, die in dieses Gesamtprojekt eingebunden sind?

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

– Na! Na! Na!

Härtel, Staatssekretär:

Frau Abgeordnete Thomas, da bin ich völlig anderer Meinung als Sie. Von Irritation kann überhaupt keine Rede sein,

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die ist ja wohl erfolgt!)

sondern den Menschen wurde mitgeteilt, dass die Landesregierung bereit ist, eine Anschubfinanzierung für eine mauffinanzierte Brücke bereitzustellen. Damit wurde überhaupt erst die Grundlage geschaffen, an konkrete Planungen in diesem Bereich zu denken.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Frau Abgeordnete Kiltz.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Staatssekretär, Sie haben von einer landschaftsangepassten Querung gesprochen. Abgesehen davon,

dass eine Fähre dieses Kriterium am besten erfüllen würde,

(Heiterkeit des Abg. Creutzmann, FDP)

würde mich doch interessieren, ob es Kriterien und Vorstellungen für den Begriff „landschaftsangepasst“ in Bezug auf ein Bauwerk gibt. Gibt es Vorstellungen, wie das aussehen könnte in Bezug auf das Weltkulturerbe?

(Pörksen, SPD: Das haben die Römer schon gemacht!)

– Herr Pörksen, ich glaube, ich habe den Herrn Staatssekretär gefragt und nicht Sie.

Härtel, Staatssekretär:

Frau Abgeordnete Kiltz, diese Brücke soll nicht nur landschaftsangepasst gebaut werden, nicht nur umweltverträglich, sondern selbstverständlich auch welterbeerträglich.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Darüber wird in einem sehr umfangreichen und gestuften Planungsverfahren zu reden sein.

Dazu habe ich – wie ausgeführt – ausdrücklich die UNESCO eingeladen, ihre Experten genau zur Beurteilung dieser Kriterien zu entsenden.

(Kuhn, FDP: Jawohl!)

Wann diese Expertenkommission an den Mittelrhein kommt, steht noch nicht fest, aber sie wird kommen. Dann werden wir uns in aller Ruhe, mit allen Betroffenen und Beteiligten, mit diesen Fachleuten der UNESCO über diese Fragen unterhalten, die Sie gestellt haben.

Im Übrigen: Es gibt hervorragende Beispiele für welterbeerträgliche Brücken in der Welt.

(Kuhn, FDP: Jawohl! So ist es!)

Die Letzte wurde im Jahr 2000 eingeweiht, just in dem Jahr, als das Tal der Loire in die Liste des Welterbes aufgenommen wurde. Die Brücke wurde von dem sicherlich auch Ihnen weltbekannten, weltberühmten Architekten Santiago Calatrava gebaut.

Sie sieht so aus. Ich stelle Ihnen das zur Verfügung.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sollten Sie Lust haben, persönlich diese Brücke in Augenschein zu nehmen, so kann ich Ihnen sagen, sie wurde an der Loire in Orleans gebaut und ist Anziehungspunkt für hunderttausende von Besuchern in jedem Jahr.

(Jullien, CDU: Der Ältestenrat schaut sich das einmal an!)

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Mertes.

Abg. Mertes, SPD:

Herr Staatssekretär, ist Ihnen die Resolution der rheinland-pfälzischen Architektenkammer vom 20. Mai bekannt, in der es im letzten Absatz heißt: Nur eine rational kühne, höchsten ästhetischen Ansprüchen genügende Konzeption kann den Anforderungen dieses einmaligen Landschaftsraums genügen, die Sympathie und die Zustimmung der Menschen im Mittelrheintal gewinnen und dazu in den Rang einer zusätzlichen touristischen Attraktion gelangen, Auftrag und Zukunftsorientierung symbolisieren.

Ist Ihnen das bekannt? Falls nicht, könnten Sie diesem letzten Absatz inhaltlich zustimmen?

Härtel, Staatssekretär:

Herr Abgeordneter Mertes, diese Resolution ist mir bekannt. Ich begrüße sie außerordentlich und stimme diesem letzten Absatz umfänglich voll zu.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Herr Abgeordneter Bracht.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Staatssekretär, Sie haben in Ihrer ersten Antwort auf meine Frage die Aussage vertreten, dass es korrekt sei, dass mit der Anerkennung als Welterbe und dem Ziel, eine Brücke zu bauen, die Menschen im Rheintal hohe Erwartungen und wirtschaftliche, strukturpolitische Zukunftserwartungen verbinden.

Gehen Sie mit mir und uns konform, wenn ich sage, dass ein Brückenprojekt auch wirtschaftlich notwendig ist, um im Rheintal Perspektiven zu schaffen?

(Pörksen, SPD: Sonst ist es sinnlos!)

Anschließend daran, unterstützt die Landesregierung die Kommunen – völlig unabhängig von der Frage, wie die Finanzierung und die Trägerschaft dann endgültig erfolgen – bei dem Bemühen, ein welterbeerangepasstes Brückenprojekt zu realisieren?

Härtel, Staatssekretär:

Herr Abgeordneter Bracht, ich denke, es ist durch meine Ausführungen deutlich geworden, selbstverständlich werden wir die Kommunen wie in der Vergangenheit dabei unterstützen.

Wir werden natürlich unseren Beitrag dazu leisten, dass dieses Projekt nicht nur kühn wird, nicht nur den wirt-

schaftlichen Erwartungen entspricht, sondern selbstverständlich auch dem Welterbestatus gerecht wird.

Abg. Bracht, CDU:

Halten Sie es auch für wirtschaftlich notwendig? Das war die erste Frage.

(Staatsminister Bauckhage: Sonst würden wir keine Planung machen!)

Präsident Grimm:

Bevor ich dem Kollegen Creutzmann die Gelegenheit zu einer Zusatzfrage gebe, möchte ich, nachdem ich gesehen habe, dass von den Anfragenden weitere Zusatzfragen gestellt werden, darauf aufmerksam machen, dass nach § 98 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Landtags drei Zusatzfragen zulässig sind.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ja, aber Frau Kiltz hatte auch schon eine Frage gestellt.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das zählt aber nicht!)

– Doch, das zählt.

Die Anfragenden haben drei Zusatzfragen, nicht nur die Anfragende, sondern die Anfragenden.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die, der Anfragende!)

– Ja.

Meine Empfehlung künftig: Nicht so viele Anfragende in die Mündliche Anfrage aufzunehmen, dann besteht die Möglichkeit, mehrere Anfragen zu stellen.

(Dr. Gölter, CDU: Alles Wahlkampf!)

– Das habe ich nicht zu beurteilen. Ich habe mich nur an die Geschäftsordnung zu halten.

Herr Abgeordneter Creutzmann.

Abg. Creutzmann, FDP:

Kann die Landesregierung sich vorstellen, dass eine architektonisch ästhetische Brückenquerung zu einer weiteren Attraktion des Mittelrheintals führen könnte, wie Sie es vorhin an dem Beispiel der Brücke in Frankreich ausgeführt haben?

(Zurufe aus dem Hause –
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Mautfinanziert! Privatfinanziert!)

Präsident Grimm:

Das Wort hat Herr Staatssekretär Härtel.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die Frage ist schon beantwortet!)

Härtel, Staatssekretär:

Herr Abgeordneter Creutzmann, ich gehe davon aus, dass der Architekturwettbewerb für eine solche Brücke weltweit ausgeschrieben wird.

(Kuhn, FDP: Eben!)

Ich gehe davon aus, dass es für die besten Architekten eine ganz große Herausforderung sein wird, im Tal der Loreley eine Brücke planen zu können.

(Itzek, SPD: So ist es! Das ist wie bei Christo!)

Deshalb gehe ich davon aus, dass wir zu einer Lösung kommen, wie Sie sie beschrieben haben.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
40 Millionen privatfinanziert! Da lachen doch die Hühner!)

Präsident Grimm:

Herr Abgeordneter Dr. Braun.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Staatssekretär, wären Sie bereit, eine Wette einzugehen, dass eine solche Brücke, wie Sie sie beschrieben haben, die nächsten 20 Jahre nicht realisierbar ist?

(Ministerpräsident Beck:
Hier wird nicht gezockt!)

Härtel, Staatssekretär:

Herr Abgeordneter Dr. Braun, wir sind in der Regierung, um zu handeln und nicht um zu wetten!

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich bin ganz sicher, dass wir alles tun, um eine Entscheidung über eine welterbeangepasste Brücke so schnell als möglich in Kooperation mit der UNESCO in Paris herbeizuführen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Braun.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Staatssekretär, da Sie in der Landesregierung für das Handeln zuständig sind, frage ich Sie: Haben Sie eine Konzeption zur Finanzierung dieser Rheinbrücke?

Härtel, Staatssekretär:

Wie Sie wissen, ist der Regierungsbeauftragte in dieser Frage nicht der Zuständige. Der zuständige Minister hat aber bereits eine Anschubfinanzierung zugesagt.

(Zurufe von der CDU und vom
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gehe davon aus, dass in Kooperation mit den Interessenten im Mittelrheintal eine Finanzierungskonzeption in Kürze endgültig entwickelt wird.

Präsident Grimm:

Weitere Zusatzfragen sehe ich nicht. Die Mündliche Anfrage ist damit beantwortet.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich rufe nun die **Mündliche Anfrage des Abgeordneten Herbert Jullien (CDU), Imagekampagne der Landesregierung** – Nummer 4 der Drucksache 14/4190 betreffend –, auf.

(Pörksen, SPD: Mein Gott, wie langweilig!)

Abg. Jullien, CDU:

Ich frage die Landesregierung:

1. Zu welchem Zeitpunkt soll die letzte Publikationsmaßnahme im Rahmen der nun angelaufenen so genannten „Imagekampagne“ der Landesregierung abgeschlossen sein?

(Schmitt, CDU: Kurz vor der Wahl!)

2. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass diese Imagekampagne durch den nun parallel stattfindenden Bundestagswahlkampf vollends die Grenzen zur politischen Parteienwerbung überschreitet und als unparteiische Werbung für ein Land nun gar nicht mehr wahrgenommen werden kann?

3. Glaubt die Landesregierung wirklich, dass der Hauptslogan ihrer Kampagne und zentrale visuelle Elemente wie die drei Damen oder die drei Rotweingläser oder aber textliche Hinweise wie die die so genannte „Kinderuniversität“ das Bild eines ehrgeizigen, technologisch und unternehmerisch dynamischen Landes vermitteln können?

(Mertes, SPD: Natürlich!)

4. Welcher Verwendungszweck für drei Millionen Euro

Haushaltsmittel dient nach Auffassung der Landesregierung angesichts des strikten Zwangs zu Prioritäten in dramatischer Haushaltslage dem Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz mehr: eine Werbekampagne, die das Lob der Landesregierung in den Mittelpunkt stellt, oder zum Beispiel eine verkehrssichere Landesstraße oder auch besser ausgestattete technisch-wissenschaftliche Hochschulinstitute?

(Pörksen, SPD: Eine sehr, sehr charmante Frage!)

Präsident Grimm:

Es antwortet der Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Martin Stadelmaier.

Stadelmaier, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In einem Interview mit der „Rheinpfalz“ vom 23. Mai 2005 sagte der frühere rheinland-pfälzische und thüringische Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel (CDU) zur Standortkampagne des Landes Rheinland-Pfalz wörtlich: „Bei 16 Ländern muss man ein Profil entwickeln und so etwas von Zeit zu Zeit machen. Auch wir in Thüringen haben selbstverständlich eine solche Kampagne unternommen.“, fügt Bernhard Vogel hinzu.

(Jullien, CDU: Er hat aber noch Weiteres gesagt! –
Dr. Gölter, CDU: Selektives Zitat!
Das ist Selektion! –
Jullien, CDU: Können Sie das Zitat fortführen? –
Weitere Zurufe von der CDU)

– Wenn Sie mich nachher fragen, kann ich auch mehr aus dem Interview vorlesen.

Diese Kampagne lief unter dem Motto: „Willkommen in der Denkfabrik“. Dass eine Standortkampagne eine gute Sache ist, sieht auch die Landesregierung in Sachsen-Anhalt so, deren Ministerpräsident Professor Dr. Wolfgang Böhmer (CDU) am 24. Mai 2005 – das war letzte Woche – nach der NRW-Wahl eine Standortkampagne mit dem Claim: „Wir stehen früher auf“ gestartet hat.

Auch die rheinland-pfälzische Landesregierung ist der Meinung, dass es in der medialen Welt, wie sie sich heute organisiert und darstellt, dringend erforderlich ist, Vorteile eines Standorts zum Ausdruck zu bringen und für ihn zu werben. Deswegen hat sie am 9. Februar 2005 die Standortkampagne ausgeschrieben. Sie wurde am 20. Mai von Ministerpräsident Beck und Staatsminister Bauckhage gestartet.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Aus heutiger Sicht soll die Standortkampagne Mitte September dieses Jahres enden.

Zu Frage 2: Die Landesregierung ist nicht der Auffassung, dass im Fall einer vorgezogenen Bundestagswahl die Standortkampagne die Grenzen zur politischen Parteienwerbung überschreitet und als unparteiische Werbung für ein Land nicht mehr wahrgenommen werden würde. Die Landesregierung hat auch schon mehrfach deutlich gemacht, dass der Ministerpräsident und die Mitglieder der Landesregierung im Rahmen der Standortkampagne in Wort und Bild nicht dargestellt werden. Es handelt sich um eine Kampagne für Rheinland-Pfalz, die die Leistungen der Menschen in diesem Land zum Inhalt hat.

(Beifall der SPD und der FDP)

Die Landesregierung – ich darf hinzufügen, auch ich persönlich – freut sich darüber, dass der Abgeordnete Jullien in seiner Mündlichen Anfrage die Standortkampagne Rheinland-Pfalz nunmehr auch als „unparteiische Werbung für ein Land“ wahrnimmt.

(Beifall der SPD und der FDP –
Jullien, CDU: Nachgefragt hat!)

Zu Frage 3: Die Schilderung zentraler visueller Elemente bisheriger Motive der Standortkampagne durch den Abgeordneten Jullien ist eine sehr subjektive Schilderung. Die Landesregierung ist erstaunt, dass der Abgeordnete Jullien vordergründig nur Damen und Rotweingläser erkennt.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und FDP –
Schweitzer, SPD: Aber wundern
tut es einen nicht!)

Es ist Absicht der Landesregierung, mit dem Motiv „Kultur und Lebensfreude“ und dem Motiv „Wirtschaftswachstum“ sehr anschaulich den Zusammenhang zwischen einem wirtschaftlich erfolgreichen Land und der Lebensqualität in diesem Land herzustellen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Aus Sicht der Landesregierung bedingen sich Erfolg und Lebensfreude sogar. Sowohl in den Wirtschaftswissenschaften als auch bei Beratungsunternehmen gilt es als sichere Erkenntnis, dass für erfolgreiche wirtschaftliche Ansiedlungen ökonomische Faktoren, infrastrukturelle Basis, Qualität des Arbeitsmarkts und kulturelles Umfeld von der Bildung bis hin zum Wohnungsmarkt optimal ineinandergreifen müssen.

Richtig ist: Wir haben in Rheinland-Pfalz in 2004 das stärkste Wirtschaftswachstum aller deutschen Länder.

(Beifall der SPD und der FDP)

Richtig ist, wir haben die schnellsten genehmigungsrechtlichen Verfahren landauf, landab.

(Beifall der SPD und der FDP –
Jullien, CDU: Warum brauchen wir
dann noch eine Kampagne,
wenn wir so gut sind? –
Itzek, SPD: Um noch besser
zu werden!)

Richtig ist, in Rheinland-Pfalz finden Jugendliche einen Ausbildungsplatz und damit Qualifikation für die Zukunft.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Jetzt reicht's aber! So ein Quatsch!
So ein dummes Zeug! –
Beifall bei SPD und FDP)

Richtig ist, besonders viele Menschen ziehen nach Rheinland-Pfalz, weil das örtliche Umfeld stimmt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Zu Frage 4: Die Landesregierung ist sich ganz sicher, dass das Geld, das sie in die Standortkampagne investiert, in das Land zurückfließen wird.

(Beifall bei SPD und FDP)

Insoweit ist die Frage des Abgeordneten Jullien nach alternativen Verwendungsmöglichkeiten des Standortkampagnenbudgets aus Sicht der Landesregierung eher rhetorischer Natur.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Jullien.

Abg. Jullien, CDU:

Herr Staatssekretär, vor der letzten Landtagswahl im Jahr 2001 hat es auch eine ähnliche Kampagne gegeben, die rund drei Millionen DM gekostet hat. Die jetzige Imagekampagne kostet rund drei Millionen Euro. Worin unterscheiden sich die beiden Kampagnen, und worauf ist die Kostensteigerung zurückzuführen?

Stadelmaier, Staatssekretär:

Der Erfolg der ersten Kampagne hat uns ermutigt und darin bestärkt, mit einer zweiten Kampagne für die Leistungsfähigkeit dieses Standorts zu werben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Die Kostensteigerungen erklären sich schlichtweg daraus, dass wir zum einen versuchen, in der medialen Welt und in der Konkurrenzsituation durchzudringen. Wenn Sie schauen, wo wir diese Kampagne fahren, erkennen Sie, wir legen die Schwerpunkte auf die Blätter und die Orte, an denen diese wirtschaftliche Entscheider auch wahrnehmen. Dafür ist ein gewisser Aufwand erforderlich. Das sehen Sie an den Kampagnen vergleichbarer Länder. Wenn Sie sehen, was Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen ausgeben und was das Saarland für seine Kampagne ausgegeben hat, dann erkennen Sie, dass dies eine durchaus maßvolle Abwägung zwischen dem ist, was man als Effekt erreichen möchte, und dem, was man als Mittel einsetzt.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich bin der Meinung, dass man in der Werbung selten maßvolle Dinge machen kann, wenn man erfolgreich sein möchte.

Ich würde gern noch einmal auf die letzte Kampagne und das, was dort an Evaluation gemacht wurde, zurückkommen. Damals hat die Landesregierung mitgeteilt, dass zum Beispiel durch eine Repräsentativbefragung des Südwestrundfunks, die im Frühjahr 2000 durchgeführt wurde, festgestellt wurde, dass knapp 20 % der Rheinland-Pfälzer sich an eines oder mehrere Motive erinnern haben, nicht aber den Gesamtkomplex oder die Botschaft dieser Kampagne verstehen konnten.

Ich möchte Sie deshalb fragen, wie Sie glauben, dass Sie diesmal mit einer von der Zeit her ähnlich kurz angelegten Kampagne einen anderen Effekt erzielen würden. Sie haben hoch gesteckte Ziele, dass nämlich ein sehr viel höherer Anteil von Entscheidern und Menschen durch diese Kampagne erreicht werden soll. Die Evaluation hat gezeigt, dass es im Jahr 2000 in der Form nicht funktioniert hat.

Stadelmaier, Staatssekretär:

Deswegen steigen wir diesmal auch in einer anderen Form ein. Aus der Beantwortung der Großen Anfrage, die ich neulich gegeben habe, wird deutlich, dass wir die Absicht haben, sie auch weiter fortzusetzen. Ich bin der festen Überzeugung, wenn man Standortmarketing machen möchte, dass dies eine Sache sein muss, die auf Dauer angelegt ist. Das zeigt das Beispiel Baden-Württemberg am besten, aber auch Nordrhein-Westfalen. Dies sind Dinge, die über Jahre hinweg laufen müssen. Diese Absicht haben wir auch.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Schmitt.

Abg. Schmitt, CDU:

Herr Staatssekretär, unterstellen wir einmal, dass die Landesregierung eine Imagekampagne notwendig hat.

(Zurufe von der SPD: Das Land!)

– Unterstellen wir auch einmal, dass das Land und die Landesregierung eine Imagekampagne notwendig haben. Das war zunächst einmal ein positiver Einstieg. Beruhigt euch.

(Hartloff, SPD: Nein, das war eine Unterstellung!)

Teilen Sie mit mir die Meinung, dass dann, wenn man dies unterstellt, eine gewisse Kontinuität manchmal

wichtiger ist, als dies nur alle fünf Jahre zu machen? Was spricht dafür, dass man es 2005 macht und nicht in der Kontinuität beispielsweise im Jahr 2004 gemacht hat? Was waren die Gründe dafür, dass man es 2005 macht?

Stadelmaier, Staatssekretär:

Das kann ich Ihnen sagen. Es handelt sich zunächst einmal nicht um eine Image-, sondern um eine Standortkampagne. Das liegt einfach am Schwerpunkt, den wir setzen. Das ist auch der Unterschied zum letzten Mal, der auch darin deutlich wird, was wir an Motiven und Botschaften über das Land transportieren wollen. Wenn man also für einen Standort werben möchte, dann hat dies zur Voraussetzung, dass man gearbeitet hat

(Schmitt, CDU: Fünf Jahre!)

und sich das erarbeitet hat, was kommuniziert werden soll.

(Beifall bei SPD und FDP)

Natürlich sind die Leistungen, die dargestellt werden, erarbeitet worden. Sie sind im Übrigen auch von den Menschen in diesem Land erarbeitet worden. Sie sind auch von der Landesregierung erarbeitet worden. Wir werden natürlich auch über Leistungen reden, die Sie entschieden bestritten haben, beispielsweise im Bereich des Bürokratieabbaus. Wir haben auf diesem Gebiet erhebliche Fortschritte erzielt. Dies ist in der Wirtschaft deutlich zu spüren. Wir wollen dies kommunizieren und werden es auch in den nächsten Wochen deutlich herausstellen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Jullien.

Abg. Jullien, CDU:

Herr Staatssekretär, welche konkreten Erwartungen verbindet die Landesregierung mit dieser Imagekampagne in Bezug auf mögliche Investoren und damit auch auf die Schaffung von Arbeitsplätzen in Rheinland-Pfalz?

Stadelmaier, Staatssekretär:

Wir haben die, wie ich glaube, begründete Hoffnung, dass wir durch diese Kampagne darauf aufmerksam machen, dass sich Investieren in Rheinland-Pfalz lohnt. Wir gehen davon aus, dass wir dies auch in den nächsten Jahren belegen können. Wenn die Kampagne dazu einen Teil beigetragen hat, ist das gut.

Ihr Motto „Wir zerreden es einfach“ trägt nicht dazu bei, dass für den Standort Rheinland-Pfalz geworben wird.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Jullien.

Abg. Jullien, CDU:

Herr Staatssekretär, wäre es nicht sinnvoller und auch vor dem Hintergrund der Haushaltslage des Landes geboten, diese Imagekampagne,

(Schwarz, SPD: Standortkampagne!)

die unter dem Slogan „Wir machen es einfach“ läuft, in den Slogan umzubenennen „Wir lassen es einfach“ und entsprechend zu handeln?

Stadelmaier, Staatssekretär:

Ich mache in jeder Sitzung gern den, wie ich zugebe, pädagogisch frustrierenden Versuch, Sie davon zu überzeugen, dass eine solche Kampagne richtig ist. Ich würde Ihnen einfach vorschlagen, rufen Sie doch bei Ihren Kollegen in Baden-Württemberg,

(Schwarz, SPD: Er kann doch nicht telefonieren!)

in Sachsen-Anhalt und andernorts an

(Staatsminister Bauckhage:
Im Saarland!)

– im Saarland bei Peter Müller – und lassen Sie sich davon überzeugen, warum es richtig ist, so etwas für ein Land zu machen. Ich gebe Ihnen auch die Telefonnummer.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Thomas.

(Schweitzer, SPD: Jeder Landkreis und jede Stadt macht das! –
Schmitt, CDU: Aber nicht vor der Wahl! –
Weitere Zurufe im Hause –
Glocke des Präsidenten)

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Staatssekretär, ich würde gern noch einmal auf Ihre Antwort auf die Frage des Herrn Kollegen Schmitt zurückkommen. Sie haben gesagt, wir haben viel geleistet, und das müssen wir jetzt auch darstellen. Liegt aber nicht genau diese Begründung nahe, dass Sie genau das vorhaben, was wir seitens der Opposition kritisieren, dass Sie nämlich eine Art Regierungsbilanz kurz vor dem nächsten Wahltermin machen?

Stadelmaier, Staatssekretär:

Nein, ein klares Nein. Ich würde Ihnen Recht geben, wenn über dieser Kampagne stehen würde: Die Landesregierung informiert. Der Wirtschaftsminister dieses Landes hat 2.000 neue Unternehmensgründungen im Bereich junger Unternehmer in den letzten zwei Jahren zustande gebracht.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das wäre aber keine Werbung, sondern eine Presseerklärung!)

Es liegt an der sozial-liberalen Politik dieser Landesregierung, dass Bildung von Anfang an möglich wird und so weiter.

(Schwarz, SPD: Das wäre aber wahr!)

– Das wäre zwar wahr, das ist gar keine Frage, aber es wäre mit dem Ziel einer Kampagne, die für dieses Land und diesen Standort werben soll, nicht optimal vereinbar.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Bracht.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Staatssekretär, hält die Landesregierung diese Imagekampagne und ihre komplette Finanzierung über Kredite – das ist so – vor dem Hintergrund der schon geplanten Kreditaufnahme des Landes von ungefähr 1,2 Milliarden Euro für dieses Jahr, vor dem Hintergrund der zur Finanzierung der Aufgaben des Landes notwendigen Veräußerungen von Vermögen in der Größenordnung von 600 Millionen Euro, vor dem Hintergrund einer desolaten Steuerschätzung, vor dem Hintergrund in der Realität noch schlechter verlaufenden Einnahmen bei den Steuern und vor dem Hintergrund der angeblich so tollen Politik der Regierung tatsächlich für zwingend? Hält sie eine solche Kampagne, die kreditfinanziert ist, tatsächlich für zwingend?

Stadelmaier, Staatssekretär:

Wir halten eine solche Kampagne im Rahmen unseres gesamten Konzepts, dieses Land zu regieren, für richtig. Wir halten es für völlig richtig auch vor dem Hintergrund der finanziellen Situation des Landes, beispielsweise in Bildung zu investieren und dafür zu sorgen, dass Familien in der Lage sind, ihren Beruf auch auszuüben, und zwar Männer und Frauen. Dies sind Investitionen in einer ähnlichen Art. Wir machen dies in vielen anderen Bereichen. Ich glaube, dass es ökonomisch gerade in Krisenzeiten darauf ankommt, für Standorte zu werben und Entscheidungen zu fällen, die in der Zukunft dazu beitragen, dass mehr Arbeit geschaffen werden kann, als dies jetzt der Fall ist.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Grimm:

Mit Blick auf die Uhr lasse ich noch zwei Zusatzfragen von Herrn Kollegen Wirz und von Frau Thomas zu.

Abg. Wirz, CDU:

Herr Staatssekretär, haben Sie Verständnis dafür,

(Zurufe von der SPD: Nein!)

dass alle Ihre Erklärungsbemühungen, diese PR-Aktion mit sachlichen Gründen zu belegen, nicht den allgemeinen Eindruck verbessern können, dass es sich hierbei insgesamt nur um eine steuerfinanzierte Wahlkampfkation handelt?

(Zurufe von der SPD: O je! –
Schwarz, SPD: Das hatten wir schon! –
Hartloff, SPD: Eine ausgesprochen
neue Frage!)

Stadelmaier, Staatssekretär:

Ich denke, ich gebe nicht auf. Gestatten Sie mir einen Einblick. In bin ausgebildeter Lehrer. Ich habe gelernt, dass man nie aufgeben soll, von Dingen zu überzeugen.

(Beifall bei der SPD –
Jullien, CDU: Die Hoffnung nie aufgeben!
Das beruht auf Gegenseitigkeit! –
Schweitzer, SPD: Aber Ihr
seit Förderschüler!)

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage von Frau Abgeordneter Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Staatssekretär sind Sie sich bewusst, dass Sie mit dieser Kampagne unbewusst Nebenwirkungen hervorrufen? Ich will das an einem Beispiel deutlich machen. Es gibt ein Foto mit einem Formel-1-Wagen mit der Unterschrift, „Unterwegs auf den Straßen in Rheinland-Pfalz“. Prompt kommt morgen die Aktuelle Stunde der CDU, Sicherheitsrisiken auf den Landesstraßen von Rheinland-Pfalz.

(Hartloff, SPD: Das ist die Frage
zu Formel 1, ich habe die
ganze Zeit gerätselt!)

Stadelmaier, Staatssekretär:

Frau Thomas, diese Anfrage der Opposition gibt der Landesregierung Gelegenheit darzustellen, wie es im Land wirklich ist.

(Heiterkeit und Beifall
bei der SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, wir sind für heute am Ende der Fragestunde. Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Staatssekretär.

(Schweitzer, SPD: Alle in die
Hose gegangen! –
Abg. Jullien meldet sich zu Wort)

– Zur Geschäftsordnung hat Herr Jullien das Wort.

Abg. Jullien, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion beantragt eine Aussprache zur Mündlichen Anfrage Nummer 2, Finanzhilfen des Landes und des Bundes für den Ausbau der Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz.

(Pörksen, SPD: Welche Überraschung!)

Präsident Grimm:

Herr Hartloff hat das Wort.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seitens der SPD-Fraktion beantrage ich die Aussprache über die Mündliche Anfrage Nummer 1, Initiativen der Landesregierung zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, Bündnis zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung am Bau.

Präsident Grimm:

Wir kommen zunächst zur **Aussprache** über die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Marianne Grosse und Günter Rösch (SPD), Initiativen der Landesregierung zur Bekämpfung der Schwarzarbeit – Bündnis zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung am Bau** –, Nummer 1 der Drucksache 14/4190 – betreffend.

Für die Antrag stellende Fraktion spricht Frau Grosse.

Abg. Frau Grosse, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen ist mehr denn je eine zentrale Aufgabe in Deutschland und in Rheinland-Pfalz. Die Politik selbst kann nur in einem geringen Umfang Arbeitsplätze schaffen. Sie kann aber wichtige Rahmenbedingungen setzen, die es erleichtern, Arbeitsplätze anzubieten. Eine dieser wichtigen unerlässlichen Rahmenbedingungen besteht darin, die Schwarzarbeit und die illegale Beschäftigung zu bekämpfen. So muss eine zentrale Aufgabe darin liegen, dafür zu sorgen, dass legale Arbeitsplätze nicht durch gewerbsmäßige oder organisierte Schwarzarbeit gefährdet werden.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, besonders in der Bauwirtschaft sind durch Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung bundesweit, aber auch in Rheinland-Pfalz viele Arbeitsplätze vernichtet worden. Ich nenne die Zahlen. In Rheinland-Pfalz sind im Zeitraum von 1995 bis 2004 die Arbeitsplätze von 500.000 auf 38.000 zurückgegangen. Das ist eine Entwicklung, die wir unbedingt aufhalten wollen und müssen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen dafür sorgen, dass legal beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch gesetzestreue Betriebe unter der Schwarzarbeit nicht mehr so schwer zu leiden haben wie bisher. Sie sollen nicht nur nicht mehr leiden, sondern sollen im Wettbewerb nicht eingeschränkt sein.

Meine Damen und Herren, Frau Ministerin Dreyer hat uns bei der Beantwortung unserer Mündlichen Anfrage ein sehr gutes und schlüssiges Konzept vorgestellt, das bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit eine ganz wesentliche Rolle spielen wird.

(Beifall bei der SPD und
vereinzelt bei der FDP)

Es ist beeindruckend und entscheidend, wer sich an diesem Bündnis gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung am Bau beteiligt. Das sind Tarifparteien, Wirtschaft und Gewerkschaften wie auch die Zollverwaltung. Bisher hat der Informationsaustausch zwischen diesen unterschiedlichen Parteien etwas geholpert. Das wird sich erheblich verbessern. Durch den gegenseitigen Erfahrungsaustausch können örtliche Maßnahmen sehr viel wirksamer weiterentwickelt werden, als das bisher der Fall war. Frau Ministerin Dreyer hat das am Beispiel der ICE-Strecke gut erläutert, meine ich.

Am gestrigen parlamentarischen Abend der Gewerkschaften hatte ich Gelegenheit, mit Vertretern der Gewerkschaft IG Bau über dieses Bündnis zu sprechen. Von Gewerkschaftsseite wurde dieses Bündnis begrüßt und genau die örtliche Handlungsfähigkeit als einer der Pluspunkte hervorgehoben. Wir sehen das auch so.

(Beifall bei SPD und FDP)

Lassen Sie mich die Praline dieses Bündnisses noch erläutern. Das ist die so genannte Signaturkarte. Darauf hat Frau Ministerin Dreyer hingewiesen. Das ist ein vom Bund finanziertes Modellprojekt, das in naher Zukunft in Rheinhessen erprobt werden wird. Das Besondere ist, auf dieser Karte sollen sich alle Daten befinden, die sich mit dem Beschäftigten befassen, zum Beispiel Versicherung, Arbeitgeber und alle weiteren Daten, die für den Arbeitsmarkt und die Beschäftigung wichtig sind. Von großer Bedeutung ist die Tatsache, dass jeder, der am Bau beschäftigt ist, diese Karte bei sich tragen soll.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Soll!)

– Ja, gut. Wir werden sehen. Wir können gleich noch einmal darauf eingehen.

Diese Karte ist sehr viel leichter mit sich zu tragen als all das, was wir bisher an Verpflichtung für die Beschäftigten am Bau hatten. Damit wird die Überprüfung sehr viel leichter sein als bisher.

Wir haben von Frau Ministerin Dreyer gehört, dass sich bereits 20 Firmen mit über 500 Beschäftigten bereit erklärt haben, an diesem Modell teilzunehmen. Das ist überaus erfreulich und wichtig. Wir versprechen uns von diesem Verfahren sehr viel. Ich halte es für wichtig, dass alle, die an der Bauwirtschaft beteiligt sind, im Kampf gegen die Schwarzarbeit mit diesem Bündnis an einem Strang ziehen. Wir begrüßen diese Initiative und sind überzeugt davon, dass wir damit der Schwarzarbeit entgegenreten können.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und vereinzelt
bei der FDP)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Wirz.

Abg. Wirz, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin den Kollegen von der Sozialdemokratischen Fraktion außerordentlich dankbar, dass sie durch diese Mündliche Anfrage und dann durch die zur Aussprache gestellte Mündliche Anfrage uns Gelegenheit geben, das Thema im Parlament mit dem nötigen Ernst zu behandeln.

(Schwarz, SPD: Werden Sie diesem
Anspruch auch gerecht,
ich bin gespannt!)

– Herr Kollege Schwarz, warten Sie ab. Ich komme gleich darauf zurück.

Meine Damen und Herren, ich sage vorweg, wir begrüßen die Aktion, ein Bündnis zur Bekämpfung der Schwarzarbeit insbesondere mit der Bauwirtschaft einzugehen.

Meine Damen und Herren, die Schwarzarbeit findet bekannterweise nicht nur am Bau statt. Sie findet schon bei der Bauvorbereitung, bei der Planung statt. In diesem Zusammenhang muss man deutlich erwähnen, dass der Umfang der Schattenwirtschaft in Deutschland im Jahr 2004 einen Umfang von insgesamt 370 Milliarden Euro erreicht hat. Davon entfallen allein auf Rheinland-Pfalz 18,5 Milliarden Euro. Das ist das Eineinhalbfache des Umfangs unseres Landeshaushaltes. Das sage ich, um die Dimension deutlich zu machen, über was wir überhaupt reden.

Dabei ist es auch noch einmal wichtig zu sagen, dass wir mit allen Bündnissen, die hier geschlossen werden, so gut gemeint und so wohl gemeint auch die Ansätze sind, den Kern der Geschichte natürlich nicht erreichen. Die hauptsächliche Ursache für das Entstehen von

Schwarzarbeit ist und bleibt die Höhe der Lohnnebenkosten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Hier müssen wir feststellen, dass durch Steuern, Abgaben und entsprechende Beiträge die Lohnnebenkosten mittlerweile in eine Höhe katapultiert werden, die eigentlich mit Ursache dafür sind, dass Schwarzarbeit überhaupt entsteht.

(Zuruf des Abg. Schwarz, SPD)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten, auch wenn Ihnen das nicht passt, ich bringe Ihnen einmal ein Beispiel, was mir ein Bauunternehmer vor 14 Tagen erzählt hat. Sie haben im letzten Jahr in Ihrem Betrieb einen Unfall gehabt, bei dem sich ein Mitarbeiter am Bau eine Hand gequetscht hat. Die medizinischen Kosten – die gesamte Betreuung dieses Unfalls – hat insgesamt 12.000 Euro verursacht. Die Berufsgenossenschaft nahm aber diesen Unfall zum Anlass, diesen Betrieb mit einem Sonderbeitrag – man höre und staune – von 8.000 Euro zu belegen. Dann muss man natürlich – – –

(Schwarz, SPD: Selbstverwaltung!)

– Hören Sie auf mit Selbstverwaltung. Sie können mir das alles erzählen, nur den Leuten vor Ort und denjenigen, die davon betroffen sind, helfen Sie damit nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU –
Schwarz, SPD: Das ist aber so!)

Man muss in diesem Zusammenhang natürlich auch einmal fragen dürfen, woher diese hohen Kosten in diesen Bereichen kommen. Sind es die Verwaltungskosten? Sind es die Personalkosten, die dort entstehen, oder wo liegen die Gründe? Auch das gehört mit zur Aufarbeitung der Gründe von Schwarzarbeit, meine Damen und Herren.

Wir können es drehen und wenden, wie wir wollen, solange es auch bei uns so ist, dass der Facharbeiter, der in seinem Betrieb für seinen Lohn, den er bekommt, für die Leistung, wenn er sie bei seinem Betrieb bestellt, bis zum Fünffachen dessen bezahlen muss, was er selbst für die Erbringung der gleichen Leistung bekommt, müssen wir uns über die Auswirkungen dieser Geschichte überhaupt nicht mehr wundern. Es gilt also auch in diesem Zusammenhang, nicht nur am Bau darauf zu achten, dass die Vorschriften eingehalten werden. Ich möchte auch ein besonderes Augenmerk noch einmal auf den illegalen Aufenthalt bei uns lenken, weil die sich illegal Aufhaltenden zum Teil auch einer Tätigkeit nachgehen, die weder von deutschem Arbeitsrecht noch von anderen Dingen gedeckt ist. Auch das gehört dazu.

Meine Damen und Herren, ich werde in der zweiten Runde noch einmal darauf zurückkommen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Herr Abgeordneter Dr. Schmitz hat das Wort.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Schwarzarbeit ist eine Geißel der Volkswirtschaft. Das ist überhaupt keine Frage. Die Dimension, in der Schwarzarbeit reguläre Arbeit verdrängt und bedroht, ist erheblich. Die Bundeszahlen stehen für ein Arbeitsplatzäquivalent von ca. dreieinhalb Millionen Arbeitsplätzen, um die es da geht. Natürlich ist aber Schwarzarbeit insgesamt auch zum Wirtschaftsfaktor geworden. Das ist die andere Seite der Medaille.

(Hartloff, SPD: Nur die Lobby
ist nicht so stark!)

Das relativiert nicht das, was ich zuerst gesagt habe. Sie ist eine Geißel für die Volkswirtschaft, aber ein Großteil der Umsätze beispielsweise von Baumärkten wird nicht mit Firmen gemacht, sondern wird mit Privatleuten gemacht, die – –

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Heimarbeit!)

– Offiziell Heimarbeit und Nachbarschaftshilfe.

– – natürlich überhaupt nichts mit Schwarzarbeit zu tun haben.

(Hartloff, SPD: Die Grenzen
sind fließend!)

Aber wir wissen, dass die Grenzen fließend sind. Arbeitsplätze, unabhängig von der Problematik, die wir volkswirtschaftlich momentan haben, sind eine dynamische Größe. Arbeit ist eine dynamische Größe. Sie wird sich immer aufteilen zwischen offizieller Arbeit, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen und Minijobs und dem, was wir unter Schwarzarbeit zusammenfassen. Wir werden diese Problematik nicht ausrotten können. Es wird immer Schwarzarbeit geben, egal was der Staat tut, es sei denn, er senkt seine Sozialversicherungsbeiträge auf null und erhebt null Prozent Steuern. Solange das nicht der Fall ist – dass das eine ziemlich dämliche Vorstellung wäre, ist uns allen klar – wird es Schwarzarbeit geben.

Die Einflussmöglichkeiten des Staates gibt es also nur in zwei Bereichen. Um dafür zu sorgen, dass Deutschland aus einer Mittelposition, was Schwarzarbeit betrifft – im europäischen Umfeld irgendwo eingebettet zwischen Italien und Griechenland auf der einen Seite, der Schweiz und Österreich auf der anderen Seite –, mit immerhin 15,6 % des Bruttoinlandsprodukts – das ist erheblich – weiter seine Position verbessert, gibt es nur zwei Möglichkeiten. Das eine ist Kontrolle – dazu hat die Sozialministerin schon gesprochen –, und der zweite Weg ist das, was auch alle versuchen, den Staat weiter zurückzunehmen, die Steuerquote weiter zu senken und vor allem das zu machen, was nach meinem Dafürhalten ganz wesentlich für den Aufbau von Arbeitsplätzen ist

und was den Aufbau von Arbeitsplätzen auch ganz wesentlich behindert.

Das ist das Absenken von bürokratischen Aufwendungen, die gerade für kleinere und mittlere Unternehmen erheblich belastend sind und dazu führen, dass manch einer auch aus Schludrigkeit, weil er sich mit der Sache auch nicht so weit befasst hat – er weiß, dass das nicht in Ordnung ist –, aber dann auf die Schnelle auch Aufträge im Bereich der Schwarzarbeit vergibt. Was da zusammenkommt für kleine Firmen, ist gerade für kleine Firmen oft nicht mehr bewältigbar.

Die Sinnhaftigkeit erschließt sich auch nicht in jeder Vorschrift. Das insgesamt führt dazu, dass Schwarzarbeit, die wir hier alle gemeinsam kritisieren, bei vielen dennoch als Kavaliersdelikt wahrgenommen wird: So schlimm ist das nicht, die Hauptsache, überhaupt irgendwelche Arbeiten, und wenn es dann schwarz ist, dann ist das nicht so schlimm.

Was das Zusammenwirken in dem Bekämpfen dieses Phänomens angeht, bin ich mit der Landesregierung überzeugt, es geht nur gemeinsam. Ich füge hinzu, es geht nur auf der Basis von Pflichtkontrollen. Eine Signaturkarte als freiwillige Lösung ist eine Farce. Das muss man sich klarmachen. Eine Signaturkarte funktioniert nur, wenn sie als Pflichtkarte kommt. Dann muss man sich sehr gut überlegen, ob bei dem, was da wieder mit bürokratischem Aufwand verbunden ist und mit Methoden der Kontrolle, die dann sehr schnell eine Dimension erreichen, die wir auch nicht wollen – man kann nicht hinter jeden Arbeitnehmer einen Zollbeamten stellen –, dann nicht die Kollateralschäden wie so oft bei Gutgemeintem ähnlich groß sind wie die positiven Effekte, die man anstößt.

Danke schön.

(Jullien, CDU: Die FDP ist nicht einverstanden mit den Ausführungen von Herrn Dr. Schmitz! –

Beifall der Abg. Frau Morsblech, FDP –
Jullien, CDU: Vereinzelt Beifall!)

Präsident Grimm:

Herr Abgeordneter Dr. Braun hat das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich der SPD zu ihrem Koalitionspartner gratulieren. Wenn sich hier die SPD-Abgeordnete hinstellt und sagt, die Signaturkarte ist die Praline dieses Systems, und dann der Koalitionspartner sagt, die Signaturkarte ist doch eine Farce, das ist doch vollkommen klar, dann frage ich mich: Wussten Sie nicht, dass die Mündliche Anfrage heute zur Aussprache gestellt wird, oder was soll uns jetzt hier eigentlich dargestellt werden?

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Soll dargestellt werden, dass die Regierung angeblich handelt? Ich weiß aber jetzt nicht, in welche Richtung. Ist es eine Farce, oder ist es die Praline? Das müssen Sie vielleicht in Ihrer Koalition einmal besprechen.

Meine Damen und Herren, das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt diese Initiative. Wir begrüßen diese Initiative der Landesregierung deswegen, weil wir hoffen, dass sie nicht nur in der Realität, sondern auch im Bewusstsein der Menschen wirken kann. Im Bewusstsein der Menschen muss einiges geändert werden, damit klar wird, dass Schwarzarbeit kein Kavaliersdelikt ist, sondern Schwarzarbeit der Volkswirtschaft, der Allgemeinheit, sozusagen der Solidargemeinschaft, Mittel zum privaten Gebrauch entzieht. Es ist ein Betrug, und es ist insofern eine völlig egoistische Veranstaltung, nicht nur, dass jemand schwarzarbeitet, sondern auch dass jemand schwarz beauftragt.

(Schwarz, SPD: So ist es!)

Genau das ist die Sache, die wir öffentlich diskutieren müssen. Derjenige, der Leute schwarz für sich arbeiten lässt, entzieht der Solidargemeinschaft, den Sozialkassen und der Steuer entsprechend das Geld, die Finanzen, und dafür müssen dann die anderen aufkommen: Meine Damen und Herren, diejenigen, die legal arbeiten. – Genau das ist das Perfide an der Schwarzarbeit: Es bereichert sich jemand an den anderen, die dann dafür aufkommen müssen. – Das fördert natürlich dann auch Arbeitslosigkeit. Meine Damen und Herren, deswegen muss man die Schwarzarbeit hart bekämpfen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD –
Dr. Schmitz, FDP: Wie?)

– Herr Dr. Schmitz, ich sage Ihnen erst einmal, wie nicht.

Da gehe ich noch einmal auf eine Aussage des FDP-Landesvorsitzenden und Wirtschaftspolitischen Sprechers der Bundestagsfraktion zurück, der gesagt hat, Schwarzarbeit wäre fast schon Notwehr.

Ich weiß, es gab damals auch eine kleine Koalitionskrise. Herr Beck hat damals geantwortet, Schwarzarbeit sei keine Notwehr, und es sei ziemlicher Quatsch, was der Koalitionspartner sage. Es ist auch Quatsch, wenn man das innerhalb einer gesellschaftlichen Diskussion sagt. Wenn man innerhalb einer gesellschaftlichen Diskussion die Schwarzarbeit auch nur minimal rechtfertigt, dann leistet man ihr Vorschub. Das ist unverantwortlich. Wenn sich die FDP von solchen Sprüchen nicht distanziert, dann handelt sie unverantwortlich, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD –
Zurufe von der FDP)

Ich möchte aber auch noch einmal zu den Zahlen kommen, die immer wieder genannt werden, die auch das Ministerium in der Kleinen Anfrage, die Frau Grosse im Dezember schon einmal zur Schwarzarbeit gestellt hat, aufgeführt hat, nämlich die 370 Milliarden Euro Umsatz, die mit der Schwarzarbeit gemacht werden. Sie kennen

wahrscheinlich das Papier des Deutschen Gewerkschaftsbunds in Rheinland-Pfalz, das zur Enquete-Kommission „Zukunft der Arbeit“ vorgelegt wurde. Diese Zahl ist durchaus zu hinterfragen. Man muss hinterfragen. Diese Zahl ist viel zu hoch. Das kann eigentlich gar nicht sein. Es müssten 25 Millionen Menschen in der Bundesrepublik voll und ganz arbeiten, um diese 370 Milliarden Euro zu erwirtschaften. Wenn man das einmal gegenrechnet, sieht man, dass man solche Zahlen nicht ungeprüft übernehmen darf.

Herr Wirz, das gilt auch für die Zahl, die Sie genannt haben, 17 Milliarden Euro in Rheinland-Pfalz. Auch diese Zahl kann und wird so nicht stimmen.

Man muss die Diskussion zwar inhaltlich mit Zahlen neu anfüllen, aber die Diskussion, die wir hier führen – ich bin dankbar, dass diese Mündliche Anfrage ausgesprochen wird –, ist wichtig. Ich fordere alle Fraktionen noch einmal auf, auch die FDP, sich von Schwarzarbeit entsprechend zu distanzieren und klarzumachen, dass es keine Notwehr sein kann.

(Kuhn, FDP: Was!)

Meine Damen und Herren, vielmehr ist klarzumachen, dass Schwarzarbeit ein Verbrechen, ein illegales Handeln ist und bekämpft werden muss.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dr. Schmitz, die Maßnahme, die wir ergriffen haben – Sie wissen dies –, war zur Senkung der Lohnnebenkosten die Einführung der Ökosteuer, auch wenn sie unpopulär ist und die FDP nicht versteht, dass dadurch die Arbeitskosten gesenkt werden. Sie hat auch gegriffen.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Es ist uns dadurch gelungen, die Lohnnebenkosten um über 1,5 % Prozentpunkte zu senken. Das könnte natürlich mehr gesenkt werden.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU –
Glocke des Präsidenten)

– Herr Jullien, wir können gern darüber reden, ob wir die Ökosteuer weiter ausbauen.

Das können wir zur Entlastung der Lohnnebenkosten gern tun, um Arbeit in Deutschland zu schaffen und die Schwarzarbeit zurückzudrängen. Das ist ein wichtiges Zukunftsprojekt.

Ich bin auf Ihre Antworten gespannt, die Sie haben.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, bevor Frau Ministerin Dreyer spricht, freue ich mich, Gäste im Landtag begrüßen zu

können, und zwar Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 15. Schüler-Landtagsseminar sowie ehrenamtlich Tätige aus dem Kreis Daun und Unternehmerfrauen aus dem Landkreis Ahrweiler. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Frau Ministerin Dreyer, bitte.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren und Damen! Ich denke, es gibt eine große Einigkeit darüber, wie Schwarzarbeit zu bewerten ist. Es ist vielfach gesagt worden, Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung schaden dem Wettbewerb, der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, der Schaffung von Arbeitsplätzen und vor allem unserem Solidarsystem. Es werden dadurch nicht nur Steuern hinterzogen, sondern es werden auch keine Sozialversicherungsbeiträge geleistet. Deshalb müssen wir auch unter dem Aspekt sozialer Gerechtigkeit die Schattenwirtschaft und die illegale Beschäftigung bekämpfen.

Keine Branche leidet so stark unter der Schattenwirtschaft wie der Bau. Deshalb schien es uns angemessen, neben unserer Sonderkommission „Illegale Beschäftigung“ auch ein Bündnis gemeinsam mit den Akteuren, die speziell im Bauwesen aktiv sind, zu schließen. Die Soko, die seit 1996 besteht, beschäftigt sich mit illegaler Beschäftigung in allen möglichen Branchen. Das nun gegründete Bündnis bezieht sich ausschließlich auf den Bereich des Baus.

Wenn wir von Zahlen sprechen, muss man das natürlich immer mit Zurückhaltung tun, weil es im Bereich der illegalen Beschäftigung und der Schwarzarbeit keine total korrekten Zahlen gibt. Man kann sich eigentlich nur auf Schätzungen stützen. Aber diese Zahl von 370 Milliarden Euro, die vorhin genannt worden ist, wird auf unterschiedliche Weise errechnet, beispielsweise auch von dem Wirtschaftswissenschaftler Professor Friedrich Schneider der Universität Linz.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
und des Abg. Wirz, CDU)

– Jawohl, vor allem von dem. Es gibt auch andere, die das tun.

Ich denke, es ist zumindest eine Anhaltszahl, die uns ein Stück weit ein Gefühl dafür gibt, wie groß das Problem eigentlich ist. Letztendlich kommt es nicht darauf an, ob es die eine oder andere Milliarde mehr oder weniger ist, sondern es ist eine gigantische Dimension, was den Schaden des Fiskus betrifft. Ich denke, das allein ist ausschlaggebend.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wenn wir von diesen 370 Milliarden Euro sprechen – legen wir sie einfach einmal zugrunde –, ist schon

auch wichtig zu sagen, dass es in den letzten zwei, drei Jahren tatsächlich einen Rückgang der Schwarzarbeit in Deutschland von immerhin 6,4 % gegeben hat – auch das bezieht sich auf die Berechnungen von Herrn Professor Friedrich Schneider – im Vergleich zum Jahr 2003. Darüber sollten wir uns freuen. Es sollte aber auch Ansporn sein, weiter an diesem Thema zu arbeiten.

Herr Abgeordneter Wirz, natürlich ist es nicht sachgerecht, das Thema „Schwarzarbeit“ auf das Thema „Lohnnebenkosten“ zu reduzieren.

(Wirz, CDU: Ich sagte, eine der wesentlichen Ursachen, Frau Ministerin!)

Die Lohnnebenkosten spielen in der Tat auch eine Rolle. Das spornt uns auch alle an, zum Thema „Lohnnebenkosten“ etwas zu tun. Herr Dr. Braun sagte zu Recht, dass wir es seit vielen Jahren zum ersten Mal tatsächlich geschafft haben, die Lohnnebenkosten nicht nur zu stabilisieren, sondern auch zu senken. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg, das auch weiterhin zu tun. Ich nenne nur die Steuersenkungen, das Thema „Gesundheitsreform“. Die Gesundheitsreform haben wir nicht aus Spaß an der Freude gemacht, sondern maßgeblich deshalb, um das System zu stabilisieren und die Lohnnebenkosten zu senken. Das gelingt uns auch.

(Beifall bei SPD und FDP)

Lange Rede kurzer Sinn: Ich denke, wenn man mit dem Thema „Schwarzarbeit“ agiert, dann muss man ein Maßnahmenbündel anbieten. Man muss auf unterschiedlichsten Ebenen tätig sein. Dazu gehört natürlich auch eine ganz stringente, konsequente Verfolgungsstrategie und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Ich glaube, dies ist schon vielfach zum Ausdruck gekommen.

Herr Dr. Braun, jetzt noch eine Sekunde zur Signaturkarte. Die Signaturkarte ist eine „Praline“, wenn sie so kommt, wie wir es uns wünschen. Genauso habe ich auch Frau Abgeordnete Grosse verstanden. Insofern ist es auch kein Widerspruch zu dem, was Herr Dr. Schmitz sagt.

Zurzeit hat dieses Pilotprojekt ein großes Problem, nämlich dass aufgrund des Datenschutzes nach wie vor nicht klar ist, welche Daten sozusagen erzwungenermaßen oder als Pflichtdaten auf der Karte erhoben werden können. Dazu gibt es viele Gespräche.

(Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Davon weiß Herr Dr. Schmitz
aber noch nichts!)

Wir hoffen, dass diese Gespräche erfolgreich sind. Wir wünschen uns eher ein paar weniger Daten auf der Karte, aber dafür eine verpflichtende Karte, um sie tatsächlich im Baubereich wirksam einsetzen zu können.

Klar ist, dass die Verabredung steht. Es ist ein Bundesmodellprojekt. Es soll ab Herbst losgehen, und Rheinland-Pfalz wird eines der Pilotprojekte in der Bundesrepublik sein. Wir hoffen, dass wir die Datenschutzfrage bis

dahin gemeinsam mit der Bundesregierung entsprechend gelöst bekommen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Rösch das Wort.

Abg. Rösch, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ministerin Malu Dreyer hat soeben darauf hingewiesen, illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit vernichten reguläre Arbeitsplätze und schädigen unsere Sozialsysteme.

(Beifall bei der SPD und des
Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Deshalb stehen alle gesellschaftlichen Kräfte in der Verantwortung. Um es auf den Punkt zu bringen: Illegal ist unsozial.

(Beifall der SPD und der FDP)

Während zum Beispiel Herr Böhr in seinen Pressemeldungen gebetsmühlenartig die Kombination Arbeitslosigkeit und Schwarzarbeit beklagt, aber ansonsten keine Antworten zur Lösung gibt, haben wir gehandelt.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

Herr Kollege Wirz, so stellt die bundesweite Ermittlungs- und Verfolgungsbehörde im Februar 2005 in einer Pressemeldung fest: Der Zuwachs bei der Schwarzarbeit ist nicht nur gestoppt worden, sondern erstmalig rückläufig. – Die Gründe hierfür sieht Herr Professor Dr. Schneider in seiner neuesten Untersuchung zur Schattenwirtschaft in den Minijobs-Regelungen, den Gesetzen zur Reform am Arbeitsmarkt, den beschlossenen Steuersenkungen und der Neuregelung der Handwerksordnung. Dies ist übrigens nachzulesen in der Drucksache 14/3650, einer Kleinen Anfrage meiner Kollegin Grosse.

Meine Damen und Herren, Schwarzarbeit ist insbesondere im Baubereich immer noch zu hoch. Deshalb bleiben wir weiterhin am Ball. Herr Kollege Wirz, Wehklagen und Schwarzmalen hilft bei der Schwarzarbeit nicht weiter.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Präsident Grimm:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Wirz.

Abg. Wirz, CDU:

Herr Kollege Rösch, ich möchte zwei Anmerkungen zu Ihren Ausführungen machen.

Wenn Sie schon zitieren, dann wäre ich Ihnen dankbar – – –

(Zuruf des Abg. Rösch, SPD)

– Das können Sie gern tun. Dann müssen Sie aber auch den Zusammenhang erklären, in dem das geschieht. Außerdem sollten Sie noch ein paar Sätze weiterlesen, wo das alles begründet wird. Mir fehlt leider die Zeit dazu, Ihnen das genau zu erklären. Wir kommen aber gern noch einmal auf dieses Thema zurück, noch eher, als es Ihnen lieb sein wird, meine Damen und Herren.

(Pörksen, SPD: Hahaha!)

Ich möchte eins noch einmal deutlich machen: Wir sind uns in der Bewertung und bezüglich der Frage der Auswirkungen der Schwarzarbeit völlig einig. Leider ist es aber so, dass Kontrollen und all die Dinge, die wir machen, zwar notwendig sind, aber die Ursachen nicht bekämpfen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir laborieren an den Symptomen, aber die Ursachen verändern wir leider nicht. In diesem Zusammenhang muss ich darauf hinweisen, dass auch Nebentätigkeitsgenehmigungen auf den Prüfstand gestellt werden sollten. Es ist fraglich, ob diese in der derzeitigen konjunkturellen und wirtschaftlichen Situation noch zu verantworten sind. Auch das kostet Arbeitsplätze, meine Damen und Herren. Dieses Thema ist im Parlament aber noch nie behandelt worden.

(Zurufe von der SPD und des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin Dreyer, ich habe Sie hinsichtlich Ihrer Analyse der Auswirkungen nicht zu kritisieren. Ihre optimistischen Aussagen hören sich zwar gut an, die Wirklichkeit ist aber leider eine andere, auch in unserem Land. Wir sind keine Insel der Glückseligen. Wir sind in diesem Zusammenhang aber auch nicht schlechter als der Bundesdurchschnitt. Das ist aber schon schlimm genug.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Grimm:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Schmitz.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! An sich wollte ich auf die Ausführungen von Herrn Kollegen Dr. Braun eingehen, aber ich bin nicht bereit, bei jedem Niveau mitzugehen. Irgendwo gibt es Grenzen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit Vogel Strauß und ein paar flotten Sprüchen ist das nicht getan. Auch Ihre Argumentation über die bewusst-

seinsändernden Maßnahmen greift nicht, auch wenn man mit bewusstseinsändernden Maßnahmen so seine Erfahrungen hat. Das ist aber ein anderes Thema. Damit ist es nicht getan.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Noch tiefer!)

Entweder man sagt: Wir sind zufrieden mit dem, was wir erreicht haben. Wir haben eine Absenkung von 370 Milliarden Euro auf 346 Milliarden Euro erreicht. Diesen Trend begrüßen wir. Wenn wir noch weiter so ein bisschen nach unten kleckern, dann kann man uns zumindest nicht den Vorwurf machen, dass wir nicht genug tun. – Oder man muss sagen: Das genügt uns nicht. Wir wollen mehr. – Das ist die Linie der Koalition.

Für alle, die die Ohren nicht gewaschen haben, sage ich: Ich bin für eine Signaturkarte, wenn sie mit vertretbarem bürokratischen Aufwand eingeführt wird und wenn sie Pflicht ist. Eine Karte bei denjenigen einzuführen, die sich freiwillig dazu bereit finden, macht keinen Sinn, weil das natürlich diejenigen sind, die nichts zu verbergen haben. Bei diesen Firmen ist das ein unsinniges Stück Plastik. Aber bei denjenigen, die das nicht wollen, ist es notwendig, auch an Pflichtmaßnahmen zu denken.

(Beifall bei FDP und SPD)

Zu dem Punkt „Mehr tun“ gehört nicht nur mehr Kontrolle, sondern auch, noch mehr auf die Gründe einzugehen, die Schwarzarbeit erst ermöglichen. Ich bleibe dabei, dass der Faktor „Mehr tun gegen bürokratische Auswüchse“ eine große Rolle spielt. Es gibt ein prima Beispiel dafür. Nachdem im Jahr 1998 die Regelungen zu den 630-Mark-Jobs wegfielen, die weitgehend erfolglos im Bereich der Minijobs waren, gab es einen Boom, den Minijobs im eigentlichen Sinne eröffnet haben, als man sich wieder auf einfache Regelungen verständigt hat. Das zeigt, wie wichtig es ist, dass man solche Dinge einfach konstruiert, und zwar für diejenigen, die man motivieren will.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Grimm:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Braun.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Es war offensichtlich, dass Ihnen keine Gegenargumente einfallen, Herr Dr. Schmitz. Wenn bisher keine Vorschläge von der FDP gekommen sind, wie man die Lohnnebenkosten senken kann, und Sie fordern, man müsse die Bürokratie abbauen, dann ist das ein alter Hut. Das sagen Sie immer, wenn Ihnen nichts anderes mehr einfällt. Sie müssen aber auch Vorschläge machen, wie man das tun kann. Das unterlassen Sie aber jedes Mal. Ich halte es nicht für tragfähig, wie Sie argumentieren.

Wir alle wollen die Lohnnebenkosten senken. Wir benötigen aber ernsthafte Vorschläge, um die Lohnnebenkosten senken zu können. Frau Dreyer hat gesagt, dass die rotgrüne Bundesregierung erste Lohnnebenkostensenkungen erreicht hat. Außerdem wurden die Krankenkassen entlastet. Das wurde alles in dieser Legislaturperiode durchgeführt. Die Steigerung der Lohnnebenkosten kommt aus den 16 Jahren Kohl zusammen mit der FDP. Das ist doch eindeutig. Schauen Sie es doch nach. Daher kommt es. Das anderen anzulasten, ohne eigene Vorschläge zu machen, das ist nicht redlich, Herr Dr. Schmitz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch einmal auf die Zahlen zu sprechen kommen, weil es mir wichtig ist, dass wir über die richtigen Zahlen diskutieren. Der Betrag von 370 Milliarden Euro, der von Herrn Professor Dr. Schneider festgestellt wurde und von anderen übernommen wurde, ist zu hinterfragen. Wenn man die Gegenrechnung macht, käme man insgesamt auf mehr als ein Drittel der Brutto-lohn- und Gehaltssumme in Deutschland. Die Brutto-lohn- und Gehaltssumme von rund 35,5 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland lag im Jahr 2002 bei rund 998 Milliarden Euro. Wenn man von einer Schwarzarbeitssumme von 370 Milliarden Euro ausgeht, dann hätte man ungeheure Summen. Deswegen will ich noch einmal darauf verweisen. Man muss mit richtigen Zahlen argumentieren. Jede einzelne Arbeit, die in Schwarzarbeit begangen wird – dabei geht es nicht um die Summe –, kostet legale Arbeitsplätze.

(Glocke des Präsidenten)

Wir wollen aber legale Arbeitsplätze haben. Deswegen ist der Versuch der Einführung einer Freiwilligenkarte begrüßenswert, weil wir das Bewusstsein damit ändern können. Ich sage nicht, dass wir damit die Kontrolle verschärfen und verbessern können. Vielleicht können wir aber den Kampf um das Bewusstsein gewinnen. Wenn wir freiwillige Maßnahmen haben wollen, aber nicht immer nur Kontrolle und Bürokratie haben wollen, dann ist das ein wichtiges Argument.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Wir kommen nun zur **Aussprache** über die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Josef Keller und Erhard Lelle (CDU), Finanzhilfen des Landes und des Bundes für den Ausbau der Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz** – Nummer 2 der Drucksache 14/4119 – betreffend.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Keller.

Abg. Keller, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Ankündigung ihres Ganztagschulpro-

gramms im Jahr 2001 gingen Landesregierung und SPD-Fraktion davon aus, dass bauliche Maßnahmen bei der Einrichtung von Ganztagsangeboten die Ausnahme seien und nur nach Prüfung aller Alternativen im Schulbauprogramm des Landes berücksichtigt und bezuschusst werden sollen.

(Hartloff, SPD: Die Welt hat sich weiterentwickelt!)

Nicht nur die CDU war anderer Auffassung. Wir wiesen aber zum Beispiel auf die oft zwingend notwendigen Investitionen vor allem für Mensen und andere Räumlichkeiten hin. Dies geschah ohne nennenswerte Resonanz.

Die Ministerin baute, wie sie sagte, auf die Flexibilität der Schulen, die zum Beispiel so aussehen sollte, dass ein vorhandener Mehrzweckraum in der Mittagszeit als Mensa und vorher und nachher unterrichtlich zu nutzen wäre. Die Realität hat die Ministerin jedoch widerlegt und unsere Auffassung bestätigt.

(Beifall bei der CDU)

Tatsache ist, ohne das Investitionsprogramm des Bundes, aus dem Rheinland-Pfalz fast 200 Millionen Euro erhält, wäre manche Ganztagschule vorzeitig gescheitert oder gar nicht erst beantragt worden.

(Frau Spurzem, SPD: Gut, dass es diese Bundesregierung gibt!)

Um Falschaussagen vorzubeugen, sage ich: Die CDU-Fraktion hat in diesem Hause diese Bundesmittel ausdrücklich gelobt.

(Pörksen, SPD: Ach ja!)

– Herr Pörksen, eines ist natürlich auch klar: Das sind keine Privatmittel der Bundesregierung, sondern das sind Steuergelder. Deshalb haben wir auch dem Steuerzahler dafür zu danken.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Im Gegensatz zur Landesregierung hatte die Bundesregierung jedoch ein Herz für die finanziell gebeutelten Kommunen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie legte mit den Bundesländern vertraglich fest, dass notwendige Schulbauinvestitionen bis zu 90 % – ich wiederhole, bis zu 90 % – bezuschusst werden können.

Wie verfahren nun die Bundesländer bei der Weitergabe der Bundesmittel? Mecklenburg-Vorpommern fördert zu durchschnittlich 50 %, Rheinland-Pfalz zu 70 %, Sachsen zu 75 %, Bremen deutlich unter 90 %, aber mehr als Rheinland-Pfalz. Die restlichen zwölf Bundesländer – hören Sie zu – fördern alle zu 90 %.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Da passiert auch gar nichts!)

Tatsache ist doch, dass die Bundesmittel den Kommunen und nicht dem Land zustehen.

(Zurufe des Abg. Pörksen, SPD)

Rheinland-Pfalz enthält also den finanzschwachen Kommunen – fast jede Kommune ist mittlerweile durch Bundes- und Landespolitik finanzschwach geworden – fast 40 Millionen Euro vor.

(Beifall bei der CDU –
Unruhe bei der SPD)

Der Herr Staatssekretär hat bei der Beantwortung unserer Mündlichen Anfrage erklärt, dass aus den Bundesmitteln auch die Pauschalförderung für die Schulen erfolgt. Gut, das akzeptieren wir.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Großzügig! –
Unruhe bei der SPD)

Es sind dann aber immerhin noch 20 Millionen Euro übrig. Das ist Geld, das viele Kommunen zur Verringerung ihres Eigenanteils brauchen könnten. Das interessiert aber die Landesregierung nicht. Sie treibt durch ihre kommunalfeindliche Weitergabepolitik lieber viele Kommunen in eine noch höhere Verschuldung, weil vor Ort – – –

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

– Ach, das ist ein Schreihals. Das ist grausam.

(Beifall bei der CDU –
Heiterkeit bei der SPD)

Sie treibt durch ihre kommunalfeindliche Weitergabepolitik lieber viele Kommunen in eine noch höhere Verschuldung, weil vor Ort viele Kommunen den berechtigten Investitionsforderungen der Schulen nachkommen. Dabei geht es meistens um notwendige Maßnahmen und selten nur um wünschenswerte Projekte.

Das sind Investitionen, die in diesem Umfang von der Landesregierung und der SPD noch vor wenigen Jahren als nicht notwendig erachtet wurden.

Die kommunalfeindliche Weitergabepolitik der Landesregierung hat aber auch dazu geführt, dass sich manche Kommunen nicht am Ganztagschulprogramm beteiligt haben, weil sie die 30%ige Kofinanzierung nicht aufbringen konnten.

(Unruhe bei der SPD)

Herr Staatssekretär Hofmann-Göttig hat darauf hingewiesen, dass die 70%ige Zuschussregelung einvernehmlich mit den kommunalen Spitzenverbänden abgeprochen worden sei.

(Glocke des Präsidenten)

Ich komme zum Schluss.

Wir haben auch mit den kommunalen Spitzenverbänden gesprochen. Die kommunalen Spitzenverbände hätten

gern eine höhere Förderung gehabt, aber natürlich beugten sie sich wie so oft dem Druck der Landesregierung.

(Unruhe bei der SPD)

Ich freue mich dann auf die zweite Runde.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Brede-Hoffmann das Wort.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Keller, Sie verzeihen, aber das war jetzt wirklich richtig zum Lachen. Die kommunalen Spitzenverbände haben mit dieser Landesregierung eine Vereinbarung getroffen. Das mag Ihnen an diesem Punkt – weshalb auch immer – nicht passen, aber das ist ein Fakt. Wir begrüßen diese Vereinbarung ausdrücklich. Die Folge davon sind nämlich mehr geförderte Schulen, mehr Schulen, die sich am Ganztagschulprogramm beteiligen können,

(Beifall der SPD und der FDP)

und nicht, wie Sie uns glauben machen wollen, weniger.

Wir begrüßen ausdrücklich die Entscheidung, eine Pauschale einzuführen, weil diese Pauschale für die einzelnen Schulen, die sich auf den Weg machen, sich umzuwandeln, eine ganz schnelle, eine ganz unbürokratische hohe finanzielle Hilfe ist, um die erste Umwandlung hinzubekommen. Ich kann Ihnen sagen, dass ich mit vielen Ganztagschulen gesprochen habe, die alle gesagt haben: Dieses Geld ist für uns als Schulbetrieb viel wichtiger als alle Zuschüsse, weil wir damit konkret, gleich und ohne tausend Anträge arbeiten können. Wir sind der Landesregierung für dieses Instrument dankbar.

(Beifall der SPD und der Abgeordneten
Frau Morsblech, FDP)

Die Alternative wären nämlich deutlich weniger Projekte, keine Pauschale, kein schnelles Arbeiten an Schulen und – Herr Kollege vielleicht wollen Sie das, aber wir wollen das nicht – eine Zweiklassengesellschaft unserer Schulen gewesen, nämlich die Schulen, die als Halbtagschulen mit 70 % bei Aus- und Umbau gefördert werden, und die Schulen, die als Ganztagschulen 90 % bekommen hätten. Vielleicht wollen Sie diese Ungerechtigkeit. Ich erinnere mich aber daran, dass es in diesem Parlament einmal von Ihrer Seite große Aufregung über ein klitzekleines Bausteinchen aus diesem Förderprogramm gegeben hat, nämlich über die Leseecken und die Hör-, Film- und Multimediakoffer, die nur die Ganztagschulen gefördert bekommen. Damals haben Sie gesagt: Jetzt haben wir die endgültige Ungerechtigkeit im Schulsystem; denn die einen bekommen das und die anderen nicht. – Wir sind froh über das System, das entwickelt worden ist.

Herr Kollege, ich sage Ihnen eines: Anstatt sich uninformativ, nämlich offensichtlich die Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden nicht kennend, über den Fakt dieser 70%-Förderung meckernd aufzuregen, fände ich es sehr viel besser, wenn Sie sich an dieses Pult stellen würden und einmal bemerken würden, in welcher hervorragender Arbeit sich unsere Ganztagschulen den Kindern widmen, wenn Sie doch lieber über die hoch qualifizierten und engagierten Lehrerinnen und Lehrer in diesen Schulen reden würden, wenn Sie loben würden, welche pädagogische Arbeit dort gemacht wird, wenn Sie anerkennen würden, dass individuelle Förderung, die wir an allen Ecken haben wollen, genau in diesen Ganztagschulen stattfindet, wenn Sie einmal dafür danken würden, dass diese Lehrkräfte zum großen Teil auch ehrenamtlich nebenher nachmittags und mit viel Spaß – ich betone das – mit den Kindern arbeiten, wenn Sie mit Respekt bemerken würden, dass außerschulische pädagogische Fachkräfte in diesen Schulen arbeiten

(Keller, CDU: Zum Thema!)

– ich rede zum Thema, Herr Kollege –, wenn Sie sich mit uns zusammen darüber freuen würden, dass in unseren Ganztagschulen Schulentwicklung in einer Qualität stattfindet wie in keinem anderen Bundesland.

(Beifall der SPD und der FDP)

Deshalb müssen Sie sich auch nicht wundern, dass in anderen Bundesländern mit 90 % wesentlich weniger Schulen bezuschusst werden, weil dort nämlich überhaupt nicht eine solche Schulentwicklung zu Ganztagschulen im Gange ist. Herr Kollege, schauen Sie sich einmal das Bundesland Baden-Württemberg an.

(Pörksen, SPD: Huch, wo ist das?)

Dort werden die Mittel ausschließlich dafür verwendet, um die G-8-Gymnasien, die nur ihre Arbeit hinbekommen, wenn sie das 10., 11. und 12. Schuljahr zum Ganztagschulbetrieb umwandeln, umzuwandeln.

Dort entsteht nicht eine einzige Ganztagschule im Grund- und Hauptschulbereich. Diese können mit 90 % ihre G-8-Gymnasien fördern und machen sonst gar nichts. Wir haben einen breiten Schulentwicklungsprozess.

Herr Kollege, wir tun das, was Sie nicht machen. Wir sagen ein Dankeschön an die Schulen, die Lehrkräfte, die Eltern, die Schülerinnen und Schüler, die außerschulischen Fachkräfte, die in den Schulen arbeiten.

(Keller, CDU: An die Landesregierung!)

– Herr Kollege, selbstverständlich sagen wir auch an diese ein Dankeschön.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir sagen auch ein Dankeschön an die kommunalen Spitzenverbände, die in einem kooperativen Verfahren

zusammen mit der Landesregierung die Umsetzung realisieren.

(Glocke des Präsidenten)

Sie könnten auch einmal Danke sagen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Wiechmann.

Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir GRÜNE wollen, dass die Ganztagschule ein wirkliches Erfolgsmodell wird, weil wir sie als ein bildungs-, sozial- und familienpolitisch wahnsinnig wichtiges Projekt ansehen.

Meine Damen und Herren, das sollten wir auch in dieser Debatte noch einmal nach vorn stellen. Ohne Zweifel wäre die Ganztagschule in Rheinland-Pfalz ohne das Milliardenprogramm der rotgrünen Bundesregierung kein großer Erfolg geworden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ein Erfolgsmodell von Rotgrün und rotgrüner nachhaltiger Bildungspolitik in Berlin.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sehr richtig!)

Herr Kollege Keller, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie wortwörtlich gesagt haben: Rotgrün hat ein Herz für die finanziell gebeutelten Kommunen.

Meine Damen und Herren, hier gebe ich Ihnen absolut Recht.

(Hartloff, SPD: Sie schrecken vor nichts zurück, Herr Kollege!)

Die Gelder der Bundesregierung helfen den Schulträgern, in diesem Land Rheinland-Pfalz wichtige Innovationen und Investitionen zu tätigen. Das Programm der Bundesregierung ist bundesweit und auch in Rheinland-Pfalz ein voller Erfolg. Auch Baden-Württemberg, Bayern und Hessen – das sind all die Länder, die Sie sonst immer so gern für Ihre Bildungspolitik anführen – nutzen dieses Bundesprogramm gern und gut.

Meine Damen und Herren, es hat sich als richtig herausgestellt, dass die Landesregierung die Richtlinien der Schulbauförderung auch für das Ganztagschulprogramm zugrunde gelegt hat.

(Beifall der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

So konnten mehr Maßnahmen gefördert werden. Das Ziel, möglichst viele Projekte an der Förderung teilhaben zu lassen, ist ohne Zweifel das richtige Ziel.

(Vereinzelt Beifall bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Pörksen, SPD: Sehr wahr!)

Die Anmeldezahlen sprechen für sich. Das muss man der Landesregierung konstatieren. Auch die Schulträger nutzen dieses Angebot und fragen es gern nach.

Herr Kollege Keller, es gibt viel berechtigte Kritik an der Ausgestaltung des pädagogischen Angebots der Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz. Diese wird auch in diesem Haus von der Opposition immer wieder vorgetragen. Es gibt auch nicht viele Initiativen, die für diese Landesregierung erfolgreich verlaufen sind. Die Ganztagschule ist nun mal eines. Das muss man anerkennen.

(Beifall der SPD –
Mertes, SPD: Reiner Zufall!)

Es ist nicht allein der Verdienst dieser Landesregierung.

Herr Keller, hier gebe ich Ihnen vollkommen Recht. Was die finanzielle Unterstützung für Schulbauinvestitionen angeht, hat die Bundesregierung richtig gehandelt. Diese Landesregierung hat erfolgreich daran partizipiert. Das können wir ihr wirklich nicht vorwerfen.

(Vereinzelt Beifall bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Ganztagsangebot an den rheinland-pfälzischen Schulen muss auch in der nächsten Legislaturperiode mindestens im gleichen Tempo weiter ausgebaut werden. Der Bedarf ist riesengroß. Wir brauchen eine konsequente Weiterführung des Programms auch über das Jahr 2006 hinaus.

Wenn im Jahr 2007 die Bundesmittel auslaufen, muss diese Landesregierung einspringen und die Kommunen bei der Umsetzung dieses wichtigen bildungspolitischen Projekts unterstützen. Dann muss auch über den Landestopf für die Schulbauförderung nachgelegt werden. Das derzeitige und das geplante Angebot ist weder flächendeckend noch deckt es den Bedarf an Schülerinnen und Schülern, die gern eine Ganztagschule besuchen würden.

Derzeit nehmen ganze 4 % aller Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz an den allgemein bildenden Schulen das Ganztagsangebot in Anspruch. Der Anteil wird sich auch bis zum geplanten Ende des Ausbaus nur unwesentlich erhöhen. Wir brauchen mehr Investitionen in die Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz. Das stellt sich auch als eine der wichtigsten Zukunftsinvestitionen für dieses Land dar.

Ich glaube – hier gebe ich Herrn Kollegen Keller Recht –, dass es auch unsere Aufgabe ist, das Ganztagsangebot qualitativ und pädagogisch weiterzuentwickeln, aus den gemachten Erfahrungen in den Schulen zu lernen und es zu einem wirklichen bildungspoliti-

schen Erfolgsmodell zu machen. Dafür werden wir uns als GRÜNE weiterhin einsetzen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Es spricht Frau Abgeordnete Morsblech.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon etwas merkwürdig, von welchen Seiten Herr Keller mittlerweile versucht, das Projekt „Ganztagschule“ in Rheinland-Pfalz schlechtzureden. Auch dieses Mal ist es meiner Ansicht nach nicht besonders gut gelungen.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Wenn Sie überhaupt eine Kritik an den Bundesmitteln, ihrer Verteilung oder der Intention insgesamt finden können, ist es möglicherweise eine ordnungspolitische Kritik, indem man sagt, es verletzt das Subsidiaritätsprinzip, wenn solche Mittel vom Bund kommen und solche Steuerungsinstrumente eingesetzt werden. Niemand, auch Ihre Fraktion insgeheim und vor Ort die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in den Verbandsgemeinden, die Schulträger sind, würden an dieser Stelle kritisieren.

Meiner Ansicht nach ist es Ihnen auch heute wieder nicht gelungen. Sie haben auf die Mittelverteilung hingewiesen. Natürlich ist es so, dass in Bundesländern – Sie haben andere Bundesländer angeführt – zu wenig Ganztagschulen aufgebaut werden, um die Mittel ansonsten ausschöpfen zu können. Es ist so, dass man zu 90 % fördert, damit man das Geld verbraten kann. Natürlich wollen alle das Geld ausgeben. So ist es doch.

In Rheinland-Pfalz werden bei 70%iger Förderung die Mittel voll ausgeschöpft. Das passiert garantiert nicht, weil die Schulträger mit der Förderung nicht zufrieden sind und sich die 30 % nicht leisten können, sondern das Gegenteil ist der Fall. Die Frau Kollegin Brede-Hoffmann hat bereits auf die Teilung der Zuschüsse hingewiesen. Die Pauschalen für Investitionen sind ein Instrument, das die Schulen sehr gern annehmen und die Schulträger als sehr unkompliziert und förderlich empfinden.

Ich habe damals, als es das Bundesprojekt noch nicht ergänzend gab, unsere Landesregierung nicht so verstanden, dass man gesagt hat, es wird auf keinen Fall Investitionsmaßnahmen geben, und es werden auch keine Investitionen baulicher Art benötigt. Im Gegenteil. Man hat damals zunächst das Schulbauprogramm aufgestockt und gesagt, wir müssen nicht erst bauen, um Ganztagsschulangebote anzubieten, sondern wir müssen vor allem das Personal finanzieren. Wenn Baumaßnahmen nötig waren, war diese Landesregierung auch

bereit zu investieren. Das Parlament hat die Mittel dazu zur Verfügung gestellt.

(Beifall der FDP und der SPD)

Wir sind das einzige Bundesland, das die Personalkosten in diesem Ausmaß voll ausfinanziert und das in den vergangenen vier Jahren 235 plus 69 neue Ganztagschulangebote geschaffen hat. Auch hier kann ich die Kritik des Kollegen Wiechmann nicht mehr verstehen; denn ich glaube, eine solche Leistung und ein solcher Kraftakt sind besser nicht möglich. Es weiß auch jeder in diesem Haus, dass man nicht noch mehr finanzielle Mittel hätte aufwenden können. Es war aber eine Anstrengung, die sich gelohnt hat.

Auch hier muss ich der Kollegin Recht geben. Sie kommen sonst immer von der anderen Seite und prangern die Qualität an. Wenn man in die Schulen geht und sich ansieht, was dort entstanden ist und von Schulen und außerschulischen Kräften auf die Beine gestellt wurde, ist das jedes Mal wieder neu beeindruckend. Es ist auch jedes Mal wieder beeindruckend, wie sich die Qualität im Laufe der Jahre entwickelt. Auch hier finden Anstrengungen statt, die wir mit diesem Einsatz ausgelöst haben und die ganz lobenswert und beeindruckend sind.

(Beifall der FDP und der SPD)

Man muss dann vielleicht auch noch ein Letztes etwas schmunzelnd anmerken. Es werden natürlich auch Dinge gebaut, die nicht ganz dringend notwendig sind, aber das sind Dinge, von denen die Schülerinnen und Schüler sonst nur geträumt hätten und die jetzt ihren pädagogischen Einsatz finden und zusätzliche Möglichkeiten schaffen, die wir sonst in unserer Schulentwicklung nicht gehabt hätten. Auch dafür können wir sehr dankbar sein und uns freuen. Ich denke, das sollten dann auch alle Beteiligten tun; denn auch die CDU gehört über die kommunalen Spitzenverbände und ihre kommunalen Vertreter zu denjenigen, die gemeinsam mit dieser Landesregierung ausgehandelt haben, wie dieses Geld ausgegeben wird, wie diese Investitionen finanziert werden sollen. Da waren alle Beteiligten zufrieden. Sie sind es nach wie vor, wenn man mit ihnen redet. Ich verstehe nicht, warum mit Ihren eigenen Parteifreunden offensichtlich keine Kommunikation stattfindet und Sie sich nicht austauschen.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn man mit denen vor Ort redet, dann funktioniert das in der Regel ganz gut.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Grimm:

Es spricht nun Herr Staatssekretär Professor Dr. Hofmann-Göttig.

Prof. Dr. Hofmann-Göttig, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Als die Frage für die heutige Fragestun-

de gestellt wurde, haben wir uns gewundert, warum sie gestellt wurde, was der Zweck der Übung ist. Ich zitiere: „Die Förderung wurde in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden in den üblichen Zuwendungsverfahren nach dieser Richtlinie mit den höchstmöglichen Sätzen, 70 % bei Schulbaumaßnahmen und bis zu 70 % bei Schulsportanlagen je nach Nutzungsgrad durch die Ganztagschule bewilligt.“

Dieses Zitat entstammt der Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung – Drucksache 14/2661 – vom 13. November 2003. Man hätte erwarten können, dass, wenn es irgendeinen Anlass gäbe, Grundsatzfragen der Praxis der Förderung von Investitionstätigkeiten in Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz zu debattieren, dies nach der Unterrichtung der Landesregierung über die Verwaltungsvereinbarung erfolgt wäre und nicht drei Jahre später.

(Hartloff, SPD: Das ist eine lange Leitung! –
Beifall bei der SPD)

Wenn es über diese Frage eine Kontroverse gegeben hätte zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem dafür zuständigen Ministerium, dann hätte ich auch verstanden, worum es geht.

Tatsache ist, dass Frau Ministerin Doris Ahnen mit den kommunalen Spitzenverbänden zur Operationalisierung der geplanten Verwaltungsvereinbarung, von der ich in meiner Antwort gesprochen habe, am 28. April 2003 ein Gespräch geführt hat.

Nun verrate ich Ihnen ein Geheimnis.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Herr Abgeordneter Keller, wir sind in dieses Gespräch damals ergebnisoffen eingetreten mit der denkbaren Option, möglicherweise auch in Rheinland-Pfalz die 90%-Regelung zu übernehmen, wissend allerdings, dass dieses, wenn wir es machten, dazu führen würde, dass es dann keine pauschalen Investitionskostenzuschüsse für alle Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz in neuer Form gäbe, und wissend, dass angesichts der Tatsache, dass wir in Rheinland-Pfalz sehr viele, nämlich über 300 neue Ganztagschulen, beabsichtigten umzuwandeln, nicht für alle Investitionskostenzuschüsse nach dem Bundesprogramm zur Verfügung stehen würden. Im Hinblick auf diese Situation wurde Einvernehmen darüber erzielt, dass das dann in der Folgezeit in Rheinland-Pfalz praktizierte Verfahren auch im Interesse der Schulträger für die rheinland-pfälzischen Verhältnisse vernünftig ist.

(Beifall bei SPD und FDP)

Herr Abgeordneter Keller, Sie haben gesagt, die Bundesmittel gehören nicht dem Land, sondern den Kommunen, den Schulträgern. Richtig! Genauer gesagt: Sie gehören zu den Ganztagschulen, die in Rheinland-Pfalz neu errichtet werden.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Dafür sind sie vorgesehen, und dafür werden sie zu 100 % auch verausgabt.

(Beifall bei der SPD)

Alle der 235 existierenden Ganztagschulen in neuer Form haben die Pauschalen bekommen, und die übrigen 69 werden sie bekommen. Bis heute haben von 235 bestehenden neuen Ganztagschulen 127 bauliche Investitionen mit Bezuschussung des Bundesprogramms unterstützt bekommen, 40 weitere im Jahr 2005 stehen aus.

Was Ihren Verdacht anbelangt, das Land halte hier irgendetwas zurück, irgendwas lande nicht bei den Schulen, will ich dem mit Nachdruck entgegenreten und sagen: Wir haben bereits im Jahr 2003 17 Millionen Euro verausgabt. Ich habe die konkreten Zahlen bis auf den letzten Euro in der Hand. Im Jahr 2004 haben wir gut 66 Millionen Euro aus dem Bundesprogramm für die Schulen verausgabt. Für das Jahr 2005 sind aus dem Bundesprogramm 90 Millionen Euro vorgesehen. Für das Jahr 2006 sind jetzt schon konkret absehbar über 10 Millionen Euro und für das Jahr 2007 weitere sieben Millionen Euro, das heißt, schon nach dem jetzigen Stand der Antragslage sind 192 Millionen Euro gebunden. Sie können sicher sein, dass im Zuge des laufenden Prozesses noch weitere hinzutreten, also machen Sie sich keine Sorgen, die 198 Millionen Euro werden zu 100 % ausschließlich für den Verwendungszweck der Unterstützung von Investitionen an den neuen Ganztagschulen verausgabt. Da bleibt nichts übrig.

Was Ihren Angriffspunkt im Hinblick auf den Ländervergleich angeht, Sie haben darauf hingewiesen, dass so und so viel Länder unter 70 % und viele Länder 90 % verausgaben. Es ist wahr, jedes Land sucht nach seinem eigenen Weg. Wir stimmen das in Rheinland-Pfalz, wenn es gut ist, mit den Kommunen ab. Ich sage noch einmal: Für den rheinland-pfälzischen Weg sprach, dass wir uns eher auf den Weg gemacht haben mit der Ganztagschule, dass deswegen schon sehr viele Schulen auf dem Weg waren zu dem Zeitpunkt, als das Bundesprogramm kam und wir deswegen einen höheren Bedarf haben. Wir sind zu dieser Lösung gekommen, weil sie dazu beiträgt, dass möglichst alle Schulen, die wirklich einen Bedarf haben, mit dem Bundesprogramm eine Unterstützung bekommen können.

Herr Abgeordneter Wiechmann, ein letztes Wort zu Ihnen. Es handelt sich um die Frage der Vaterschaft. Ich denke, die Vaterschaft, was die neuen Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz anbelangt, ist so klar, dass sie eigentlich kaum noch weiterer Ausführungen bedarf.

(Beifall bei SPD und FDP)

Es war diese Landesregierung unter Ministerpräsident Kurt Beck, diese sozial-liberale Landesregierung, die als erste dieses Thema auf die politische Agenda gesetzt hat. Dann kam dankenswerterweise eine entsprechende Hilfestellung vom Bund, die wir jederzeit unterstützt haben, auch gern angenommen haben, aber man darf die Frage der zeitlichen Reihenfolge nicht verkennen. Die Tatsache, dass wir in Rheinland-Pfalz so weit sind, weiter als andere westlichen Flächenländer, ist allein der

Tatsache zu verdanken, dass sich diese sozial-liberale Koalition bereits im Jahr 2001 auf den Weg gemacht hat und das in einer Weise umgesetzt hat, dass es darüber im Übrigen in der Bundesrepublik Deutschland eher Staunen gibt, wie viel man in wenigen Jahren tatsächlich bewegen kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich nutze zunächst die Gelegenheit, Herrn Kollegen Schneiders zu seinem heutigen 52. Geburtstag zu gratulieren. Alles Gute!

(Beifall im Hause)

Darüber hinaus freue ich mich, weitere Gäste im Landtag begrüßen zu können, und zwar Mitglieder des VdK Sauerthal und Mitglieder der Gewerkschaft Transnet aus Trier. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Keller das Wort.

Abg. Keller, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Glück, dass es auch noch schriftliche Dokumente gibt.

Herr Staatssekretär, Sie haben das große Einvernehmen mit dem Städtetag oder mit den Spitzenverbänden gewürdigt. Ich habe ein Schreiben des Städtetags Rheinland-Pfalz vom 6. September 2001.

(Zurufe von der SPD: 2001!)

Das bezieht sich auf ein Rundschreiben des Ministeriums „Hinweise zur Einrichtung von Ganztagschulen“. Dort steht: Bei einer Durchsicht der Hinweise mussten wir feststellen, dass mit Ausnahme einzelner redaktioneller Änderungen den Anregungen, Vorschlägen und Forderungen der kommunalen Spitzenverbände in sachlicher Hinsicht nicht Rechnung getragen wurde.

Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Forderung nach Schaffung einer kommunalverträglichen Finanzierungsregelung, die vor allem eine Bezuschussung kommunaler Investitionsmaßnahmen außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs gewährleistet.

Sie haben gerade das Gegenteil gesagt. Die Spitzenverbände wollten eine andere Regelung.

Die Kollegin Frau Brede-Hoffmann hat ihre vorgefertigte Rede gehalten, ohne auf meinen Beitrag einzugehen.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Diese Taktik kennen wir. Frau Kollegin Morsblech hat mir wieder unterstellt, ich rede etwas schlecht.

Uns geht es wirklich um die Kommunen.

(Zuruf des Abg. Franzmann, SPD)

Dass die FDP, die in den Kommunen ein Exotendasein fristet, kein Herz für die Kommunen hat, ist bekannt. Ich würdige Sie auch mit einem Zitat.

Am 21. Juni 2001 haben Sie gesagt – da ging es um die Finanzierung –: Bauliche Veränderungen, soweit sie notwendig werden, muss der Schulträger übernehmen. – Das ist die kommunalfreundliche Politik der FDP.

(Beifall der CDU)

Um die Gedächtnislücken der SPD aufzufrischen, kommen wir zu einem Antrag der SPD vom 3. September 2001, zu den Ganztagschulen.

Unter Nummer 2 Abs. 4 steht: Zur Einrichtung der neuen Ganztagschulen in Zeiten zurückgehender Schülerzahlen ist kein gesondertes Investitionsprogramm hinsichtlich spezifischer Räumlichkeiten erforderlich. Sollten ergänzende Räumlichkeiten im Einzelfall erforderlich werden, werden sie nach Prüfung aller Alternativen im Schulbauprogramm des Landes berücksichtigt und bezuschusst.

Das war doch Ihre Meinung. Aus diesem Einzelfall ist mittlerweile der Regelfall geworden. Darum war es auch mein Anliegen, das einmal darzustellen.

Da sich diese Landesregierung nicht irren kann, gibt sie das nicht zu.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Das haben Sie vor knapp vier Jahren gesagt. Sie haben sich gigantisch getäuscht, sind einer Fehleinschätzung unterlegen.

(Beifall bei der CDU –
Heiterkeit bei SPD und FDP)

Ich sage es noch einmal, ohne die Bundesmittel wäre ein Großteil der Ganztagsprojekte mittlerweile schon gestorben.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei
dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Creutzmann, FDP: So ein Schwachsinn!)

Präsident Grimm:

Frau Abgeordnete Brede-Hoffmann hat das Wort.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Keller, wir bewundern die kommunalen Spitzenverbände aufgrund ihrer qualifizierten Arbeit.

Wir glauben dennoch nicht, dass die kommunalen Spitzenverbände in der Lage waren, am 6. September 2001 vorherzusehen, dass am 12. Mai 2003 in Berlin eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gefasst werden würde.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zurufe von der SPD: So ist es!)

Wir schätzen auch unsere eigene Weitsicht, Herr Kollege. Aber auch wir waren am 3. September 2001, dem Tag, als der Antrag der Koalitionsfraktion SPD und FDP beschlossen worden war, noch nicht in der Lage vorherzusehen, dass am 12. Mai 2003 diese Vereinbarung geschlossen werden würde.

(Beifall der Abg. Frau Morsblech, FDP)

Für uns war es wichtig, klar zu machen, dass im Rahmen der Schulbaumittel eine Bezuschussung möglich ist, dass das aber im Rahmen bleiben muss, weil uns allen klar war, Mittel sind sehr begrenzt vorhanden.

Aus diesem Grund – da kann ich dem Kollegen Wiechmann nur zustimmen – haben wir uns ganz besonders gefreut, dass der Investitionsrahmen für künftige neue Ganztagschulen und für die, die gerade im Entwicklungsprozess waren, durch die Gelder der Bundesregierung, die uns unterstützt haben, möglich war. Sie hat damit gesagt: „Rheinland-Pfalz, du als erstes Land hast etwas sehr Gutes gemacht, was wir mit einem Bundesprogramm unterstützen.“

Damit sind den Schulen Erweiterungsmöglichkeiten geboten worden. Was wir heute erkennen – die Kollegin hat darauf hingewiesen –, ist, dass viele Schulen die Chance ergreifen, über die Entwicklung zur Ganztagschule auch Aus- und Umbaumaßnahmen und Investitionsmaßnahmen vornehmen zu können, die sie ansonsten nicht beantragt hätten, weil ihnen klar war, dass diese nicht hätten finanziert werden können.

Sie freuen sich, die Kinder freuen sich, die Eltern freuen sich. Die Lehrkräfte haben tolle Arbeitsbedingungen, und die qualifizierte Arbeit in den Schulen wird immer besser.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Nur die CDU ärgert sich ein bisschen, weil damit ein gutes Programm noch besser wird, Herr Kollege.

Danke schön.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Es spricht noch einmal Herr Staatssekretär Professor Dr. Hofmann-Göttig.

Prof. Dr. Hofmann-Göttig, Staatssekretär:

Herr Abgeordneter Keller, es wird nicht dadurch besser, dass man eine vermeintliche Angriffslinie wiederholt.

Ich sage noch einmal ganz klar, es gibt keinen Zweifel daran, dass dadurch, dass das Bundesprogramm dazu kam, das, was diese Landesregierung sowieso schon auf einen guten Weg gebracht hat, noch besser werden konnte, gar keine Frage.

Natürlich ist es besser, wenn man eigenständige Räume, zum Beispiel für das Essen, hat, als wenn man nur Behelfslösungen hat, gar keine Frage.

Es stand aber auch nie außer Frage, dass wir auch ohne das Bundesprogramm das Nötige in jedem Fall gemacht hätten, auch in baulicher Hinsicht, aber nicht immer das Wünschenswerte.

(Beifall der SPD und der FDP –
Creutzmann, FDP: So ist es!)

Ich erinnere mich an die fast philosophische Auseinandersetzung, die wir mit dem Herrn Oppositionsführer über diese Frage schon einmal in einem anderen Zusammenhang hatten.

Das Nötige in jedem Fall, vielleicht nicht immer das Wünschenswerte,

(Frau Brede-Hoffmann, SPD:
Das Erträumenswerte!)

nun auch weitestgehend in baulicher Hinsicht das Wünschenswerte, deswegen, weil etwas Zusätzliches hinzugekommen ist.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Keller, aber eines gehört zur vollen Wahrheit.

Wenn Sie den Ländervergleich bemühen und über die Grenzen von Rheinland-Pfalz hinausschauen, was die Ganztagschulentwicklung angeht, so kann ich Ihnen mitteilen, es kommen sachverständige Besuchergruppen aus anderen Ländern bei uns im Ministerium vorbei und fragen: „Wie viel Prozent der pädagogischen Personalkosten, die nachmittags anfallen, bezahlt das Land? Wie viel Prozent bezahlt der Schulträger? Wie viel Prozent bezahlen die Eltern?“

Dann sagen wir: „Die Eltern zahlen nichts an den Ganztagschulen, außer den Essenzuschüssen. Die Schulträger zahlen nichts an den zusätzlichen pädagogischen Personalkosten, weil das Land diese zu 100 % übernimmt.“

(Beifall der SPD und der FDP)

Dann wird gelegentlich gefragt: „Wenn ihr das so großzügig macht, dann werdet ihr sicherlich mit ehrenamtlichen Kräften arbeiten, wie in anderen Ländern auch?“

Wir sagen: „Nein, das sind Profis, ausgebildete Fachkräfte, Lehrerinnen und Lehrer oder pädagogische Fachkräfte, jedenfalls Menschen mit einer ausgewiesenen Qualifikation für das, was jeweils nachmittags geschieht, weil unsere Ganztagschulen keine Nur-

Betreuungseinrichtungen sind. Sie sind Bildungseinrichtungen, auch und gerade nachmittags.“

(Beifall der SPD und der FDP –
Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Wenn Sie mit dem Bundesverband der Ganztagschulen in Deutschland über die Frage sprechen, wie denn das unter Kostengesichtspunkten zu bewerten ist, was sich in Rheinland-Pfalz tut, dann werden Sie dort die Auskunft bekommen, dass kein anderes Bundesland so viel Geld in die Hand nimmt für seine Ganztagschulen wie Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei der SPD)

Das ist deshalb so, weil wir Wert auf das legen, was qualitativ dort geschieht. Wir wissen, das ist das entscheidende Motiv, warum die Eltern ihre Kinder an die Ganztagschule bringen, weil sie möchten, dass dort Förderung geschieht, den einzelnen Kindern geholfen wird.

Das wird nur durch gute Pädagogik möglich. Deshalb berechnen wir die Kosten, das, was nachmittags geschieht, auf der Basis einer durchschnittlichen Gruppenstärke von 18 Kindern. Zum Vergleich: Vormittags – wie Sie wissen – beträgt die durchschnittliche Klassenfrequenz 25 Kinder.

Der Nachmittagsbetrieb ist strukturell teurer als der Vormittagsbetrieb. Das lassen wir uns am Ende, wenn die 300 Ganztagschulen stehen, 60 Millionen Euro Jahr für Jahr zusätzlich kosten.

In diesem Zusammenhang also davon zu sprechen, das Land würde sich irgendwo zurückziehen, würde sich irgendwo zurücknehmen, ist an den Haaren herbeigezogen. Es tut mir Leid, suchen Sie sich Angriffslinien, wo Sie irgendwo überzeugen können: in der Ganztagschulpolitik in Rheinland-Pfalz mit Sicherheit nicht.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Zum weiteren Ablauf schlage ich vor, dass wir den ersten Teil der Aktuellen Stunde noch vor der Mittagspause behandeln und danach in die Mittagspause eintreten. – Ich sehe keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung mit dem ersten Thema auf:

AKTUELLE STUNDE

**„Die Europäische Verfassung nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden – Konsequenzen für die Bundesländer“
auf Antrag der Fraktion der FDP**

– Drucksache 14/4179 –

Für die Antrag stellende Fraktion spricht deren Fraktionsvorsitzender, Herr Abgeordneter Kuhn.

Abg. Kuhn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion – ich gehe davon aus, dass es bei den anderen Fraktionen ähnlich sein wird – bedauert, dass sich die Bürger in Frankreich und gestern auch in den Niederlanden mehrheitlich gegen die Europäische Verfassung ausgesprochen haben. Bei dem Referendum in den Niederlanden handelte es sich zwar formal nur um eine Volksbefragung, nicht um eine Volksabstimmung, aber keine Partei in den Niederlanden wird es sich leisten können, das Votum der Bürger zu ignorieren.

Ich bedauere den Ausgang der beiden Referenden aus deutscher Sicht, ich bedauere ihn aber auch ausdrücklich als Parlamentarier im Landtag von Rheinland-Pfalz.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, der Verfassungsentwurf, auf den sich die 25 Regierungen geeinigt haben, hat in Deutschland die Zustimmung des Deutschen Bundestages gefunden, und auch 15 Bundesländer – mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern – haben aus voller Überzeugung dem Vertragswerk zugestimmt. Das hat gute Gründe. Die Europäische Verfassung wird die Rolle der Regionen in Europa und der deutschen Bundesländer in der Europäischen Union deutlich stärken. Das ergibt sich vor allem aus den Subsidiaritätsbestimmungen im Verfassungsentwurf. Dazu gehört beispielsweise, dass der Bundesrat gemeinsam mit anderen Parlamenten gegen Vorhaben der EU-Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof klagen könnte, wenn die Kommission ihre Zuständigkeit überschreitet.

Die Bedeutung der EU-Verfassung lässt sich für Rheinland-Pfalz aber nicht nur aus einzelnen Verfassungsartikeln ableiten, durch die die Rechte der Länder in der Tat deutlich gestärkt würden. Die in der Verfassung vorgesehene Vertiefung der europäischen Integration liegt im vitalen Interesse von Rheinland-Pfalz, das sich im Herzen Europas befindet.

Gerade weil Europa für uns Rheinland-Pfälzer von so grundlegender Bedeutung ist, sollten wir in der augenblicklichen Situation auch unsere Stimme erheben. Meine Damen und Herren, es wäre aus meiner Sicht grundfalsch und grob fahrlässig, wenn die Politik nach den gescheiterten Referenden in zwei Gründerstaaten der Europäischen Union nun einfach zur Tagesordnung übergehen würde.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, natürlich funktionieren die bestehenden Institutionen weiter. Darauf haben der EU-Ratspräsident Jean Claude Juncker und der Kommissionspräsident Barroso zu Recht hingewiesen. Mit dem Vertrag von Nizza existiert eine, wenn auch gültige, so doch völlig unzureichende und unbefriedigende vertragliche Grundlage, meine Damen und Herren. Auch wenn die Funktionalität weiterhin gewährleistet ist, können wir nicht zur Tagesordnung übergehen. Wir befinden uns in einer Krise.

Es genügt nicht nur, darauf zu verweisen, dass vor allem innerstaatliche Gründe in Frankreich und den Niederlanden den Ausschlag für den Ausgang der Volksabstimmung gegeben haben. Dies haben wir alle gelesen. Sicherlich spielte das in beiden Ländern eine durchaus maßgebliche Rolle; doch machen wir uns nichts vor: Die beiden Volksentscheide sind ein Alarmzeichen, das wir sehr ernst nehmen müssen. Auch wenn ich über den Ausgang der beiden Referenden unglücklich bin, ist es richtig – das sage ich ganz bewusst –, dass diese Volksabstimmungen stattgefunden haben. Sie haben offen gelegt, dass es eine Diskrepanz zwischen der politischen Klasse und den Bürgern in Bezug auf Europa gibt.

Die politische Führung ist in allen Mitgliedsländern gefordert, die Bürgerinnen und Bürger auf dem Weg nach Europa überzeugend mitzunehmen. Diese Fähigkeit ist ganz offensichtlich bislang nicht ausreichend vorhanden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist nun der Zeitpunkt gekommen, innezuhalten. Es geht mir dabei nicht um Stillstand, sondern wir brauchen eine neue Motivation zur Vertiefung des europäischen Gedankens, und wir müssen ehrlich darüber diskutieren, ob und wie eine Vertiefung sowie eine Erweiterung der Europäischen Union tatsächlich im Gleichschritt in Einklang zu bringen sind.

(Glocke des Präsidenten)

Dabei sind Zweifel berechtigt.

Meine Damen und Herren, ich werde in der zweiten Runde auf einige Punkte, die Rheinland-Pfalz betreffen, zu sprechen kommen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Präsident Grimm:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abgeordneter Schmidt das Wort.

Abg. Frau Schmidt, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! So hell und sonnig heute der Tag ist, so grau ist er für Europa. Nachdem Deutschland und neun weitere Staaten dem EU-Verfassungsvertrag zustimmten, lehnten nun Frankreich und auch die Niederlande ihn ab. Damit hat der Verfassungsprozess – das sage ich ganz deutlich – einen harten Rückschlag erlitten, wenn er nicht gar scheitert.

Die Gründe für das Nein in den Niederlanden und in Frankreich sind sehr vielfältig, aber nicht zuletzt spielt auch die Unzufriedenheit mit den eigenen Regierungen dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Ablehnung setzt aber auch für uns alle ein deutliches Signal, dass wir noch mehr und noch besser an der Umsetzung arbeiten müssen: durch Bürgernähe, durch Bürgerge-

sprache, durch Informationen in allen Beitrittsländern und vor allen Dingen auch bei uns. – Auch wir müssen verstärkt die Menschen einbeziehen und unsere Hausaufgaben machen, damit Europa die Herzen und die Köpfe der Bürger erreicht und sie voll und ganz hinter Europa stehen.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, viele Menschen wissen gar nicht mehr, was die Identität Europas eigentlich ist: Gemeinsame Währung gleich Geldwert ersetzt nicht allein gemeinsame Wurzeln gleich Grundwerte, die alle Europäer verbindet.

Ich nenne nur die beiden Stichworte des christlichen Menschenbildes und des Gottesbezugs. Die CDU hat nie nachgelassen, darauf hinzuweisen.

(Beifall bei der CDU)

Vor allem gilt es nun, die friedensstiftende Gemeinsamkeit Europas in den Mittelpunkt zu stellen. Die Ängste der Bürger, die aus der derzeitigen hohen Arbeitslosigkeit resultieren, aus unkontrolliertem Zuzug von Arbeitskräften aus Osteuropa, aus Angst vor Sozialdumping, aus Angst davor, dass Arbeitsplätze vermehrt ins Ausland abwandern, sind ebenso wie in Frankreich und in den Niederlanden auch bei uns vorhanden. Das können wir gar nicht leugnen. Unsere wichtigste Aufgabe muss es daher sein, den Bürgern die Zukunftsängste zu nehmen. Was wäre da wichtiger als der Abbau der Arbeitslosigkeit? – Wir müssen Arbeitsplätze fördern und durch günstige Rahmenbedingungen schaffen. Wir dürfen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Firmen nicht ständig durch neue Gesetze aufs Spiel setzen. Dies bedeutet auch ganz konkret, wir müssen den Mittelstand als den größten Arbeitgeber und Ausbilder im Land entlasten.

(Beifall der CDU)

Hierzu bedarf es einer Steuerreform, die diesen Namen auch verdient.

Es muss unterlassen werden, den Firmen ständig unnötige neue Belastungen aufzudrücken. Hier hat Rotgrün auf Vorgaben der EU für Deutschland immer noch etwas draufgesattelt.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das stimmt doch überhaupt nicht!)

– Doch. Herr Braun, ich nenne Ihnen noch einige Beispiele, so das Immissionsschutzgesetz. Die Einsparungen für Deutschland liegen bei 20 % mehr als in allen europäischen Ländern. Das zwingt Unternehmen zu Immissionszukaufen, Herr Braun. Es zwingt manche Unternehmen, mit der Produktion ins Ausland zu gehen, um überhaupt wettbewerbsfähig zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Rotgrün hat Arbeitsplätze aus Deutschland vertrieben und verjagt. Entschuldigung, jetzt sage ich das einmal so deutlich.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Schön, dass Sie sich dafür
entschuldigen!)

Ich nenne noch einige Gründe, zum Beispiel das Antidiskriminierungsgesetz. Sie wollten nicht das Europäische Gesetz 1 zu 1 umsetzen, nein, auch hier wollten Sie etwas draufsatteln, was wieder den Firmen geschadet hätte.

(Schmitt, CDU: Das werden wir ja ändern!)

Dosenpfand, Verkomplizierung, Verteuerung, Wettbewerbsnachteile.

(Hartloff, SPD: Erzählen Sie jetzt Märchenstunden? Das ist langsam lächerlich!)

– Das sind keine Märchen in Deutschland, Herr Kollege. Das ist Tatsache.

(Beifall bei der CDU)

Lächerlich ist es mit Sicherheit nicht, wenn Arbeitsplätze abwandern. Es ist nachzuweisen und zu beweisen, dass es auch an den Gründen liegt, die ich gerade aufgeführt habe.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
So macht man Lust auf Europa,
Frau Schmitt!)

Meine Damen und Herren, diese Probleme sind nicht von Europa an uns herangekommen, sondern sie sind hausgemacht.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die Probleme stammen von der CDU!)

Wir müssen unkontrollierte Einwanderungen unterbinden.

(Unruhe im Hause)

Meine Damen und Herren, ich kann verstehen, dass Sie so unruhig werden, aber ich werde meine Redezeit nutzen.

Europa kritisiert Deutschland auch wegen der Praxis der VISA-Einwanderungen, die hier schon im Plenarsaal eine Rolle gespielt haben. Auch in Deutschland haben Bürger Zukunftsängste und zeigten Rotgrün dafür bei den jüngsten Wahlen ganz deutlich die rote Karte. Deswegen kann ich Ihre Unzufriedenheit und Ihre Unruhe verstehen.

(Hartloff, SPD: Kandidieren Sie
für den Bundestag? –
Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich warne dringend davor, jetzt über neue Erweiterungsrounden zu reden, bevor die

jetzigen 25 EU-Staaten zu einem gedeihlichen, funktionierenden und befriedigenden Miteinander gefunden haben und Vertrauen in die EU setzen. Daran wollen wir gemeinsam arbeiten.

Ich bedanke mich für Ihre unruhige Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU –
Hartloff, SPD: Eine große
europäische Rede!)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Franzmann das Wort.

Abg. Franzmann, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Tag danach steht man betroffen da, wusste vorher eigentlich um das Risiko eines Unfalls, hatte ihn vor Augen, aber offensichtlich kein Handwerkszeug im Gepäck, um den Schaden zu verhindern oder ihn jetzt zu reparieren.

Sind wir von der Agilität und dem Erfolg der Gegner einer EU-Verfassung überrascht worden? Ich meine eigentlich nein, aber uns fehlten die Instrumente oder fehlen sie zumindest noch.

Herr Kuhn, ich stimme Ihnen zu, dass Europa für Rheinland-Pfalz, aber auch für alle anderen Bundesländer mit Sicherheit auch von vitalem Interesse ist. Ich glaube, man kann niemanden ausgrenzen. Wir sind eine Gemeinschaft, eine Familie, die hoffentlich zukünftig noch größer wird.

(Vizepräsident Creutzmann
übernimmt den Vorsitz)

Sie sagen zu Recht, dass die Volksabstimmung die Diskrepanz zwischen der – ich will es einmal so nennen – politischen Elite und den Bürgern, die wählen, offen gelegt hat. Daran gilt es zu arbeiten. Da stimme ich auch ausdrücklich Ihnen zu, liebe Kollegin Schmidt.

(Hartloff, SPD: Lieb war sie heute nicht!)

– Sie hat ihren Vortrag zweigeteilt.

Sie hat eingangs darauf hingewiesen – da stimme ich ihr ausdrücklich zu –, dass das Ergebnis ein deutliches Signal an uns gerichtet sein müsste, noch besser für die Umsetzung der Verfassungsidee zu werben. In ihrem zweiten, dem letzten Teil, haben Sie, so meine ich, den untauglichen Versuch unternommen, die innenpolitische Diskussion in Deutschland als Begründung für die Ablehnung in Frankreich und in Holland zu nehmen. Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Die Ergebnisse der beiden Volksabstimmungen zeigen, dass es leichter ist, für eine Gegnerschaft Emotionen zu wecken. Frau Schmidt, ich habe Ihren Ansatz eben wiedererkannt. Es ist leichter, für eine Gegnerschaft Emotionen zu wecken und Stimmen zu erzeugen, als

Vertrauen in das Gelingen für etwas Neues zu schaffen. Ängste um Besitzstände, Ängste vor anderem und Andersartigem, wenn auch noch so unbegründet, sind leicht zu schüren und warmzuhalten. Da kann man noch so viel sachlich dagegen argumentieren, erklären, werben und Neugierde wecken. Es ist wie das Rennen gegen eine Wand.

Dies zeigt aber auch, dass der Fortschritt eine Schnecke ist und viele Jahre viel Pflege benötigt, um wieder einen Schritt weiter nach vorn zu kommen.

Die beiden aktuellen Ablehnungen einer Verfassung der EU in Volksentscheiden lassen aber auch ein Weiteres vermuten: Getroffen werden sollte nicht die Gemeinschaft der Mitglieder, sondern es ging um Ohrfeigen für die Regierenden in den Ländern, gleich, ob Mitte links oder ob Mitte rechts.

Es ist aber auch zu erkennen, dass es eine Kluft zwischen denjenigen gibt – ich stimme dem ausdrücklich zu –, die die Verfassung geschaffen haben, und denjenigen, die zustimmen sollen. Ich kann mir schon vorstellen, wenn wir die rheinland-pfälzische Landesverfassung oder die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland nehmen und die Bürgerschaft fragen würden, was dort drinsteht, dann wäre das auch nicht bekannt. Wie sollte man das denn von dem gerade geschaffenen Entwurf der Europäischen Verfassung erwarten?

In vielen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern haben wir sicher alle erkannt, dass es ein dumpfes, ein ungutes Gefühl gegen diese Verfassung gibt, warum auch immer. Begründen konnte man dies in den meisten Fällen nicht.

Ich erinnere an die Geschlossenheit, mit der wir im rheinland-pfälzischen Landtag unsere Positionen formuliert und vertreten haben. Letztmals war dies am 20. Januar. Wären wir aber gewiss, trotz dieser Einvernehmlichkeit die Wählerschichten in Rheinland-Pfalz in dieser Frage geschlossen hinter uns zu bringen? Wenn ich noch einmal den Verfassungsentwurf von Europa nehme, so kann doch niemand ernsthaft dagegen sein, also gegen eine Stärkung der Rechte der Unionsbürger, gegen eine Verankerung der Charta der Grundrechte, gegen eine Stärkung der parlamentarischen Kompetenzen, gegen eine bessere Abgrenzung der Zuständigkeiten der verschiedenen Ebenen innerhalb der Europäischen Union, wofür wir intensiv gekämpft haben und uns in Rheinland-Pfalz oft auch damit auseinander gesetzt haben. Es kann doch niemand gegen eine Festigung des Subsidiaritätsprinzips sein. Es kann niemand gegen eine bessere Positionierung der Gemeinschaft in einer neuen Welt mit neuen Herausforderungen weg von einer Kleinstaaterei sein.

(Glocke des Präsidenten)

Welche Möglichkeiten gibt es als Weg aus der aktuellen Misere? Sicher noch keinen konkreten Handlungsvorschlag. Dazu werden wir noch intensiver Beratungen bedürfen. Ich werde mich damit auch noch einmal auseinander setzen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Wiechmann das Wort.

Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bedauern den negativen Ausgang der Referenden in Frankreich und in den Niederlanden zur EU-Verfassung. Die Ablehnung war aus unserer Sicht ein schwerer Rückschlag für die Verfassungsbefürworter in ganz Europa und ein bitterer Tag für die Europäische Union.

Zwar hatte Deutschland am 27. Mai die EU-Verfassung noch als neunten Staat ratifiziert, doch hatte dieses Signal leider keine positiven Auswirkungen mehr auf die Wahlentscheidung in unseren Nachbarstaaten.

Der Verfassungsvertrag hätte ohne Zweifel einen Fortschritt gegenüber den Verträgen von Maastricht und Nizza gebracht. Er hätte zu substantiellen Verbesserungen gerade auch mit Blick auf die Beteiligungsrechte der Länder geführt. Herr Kollege Kuhn hat es angesprochen.

Bei allen Schwächen, die Kompromisse immer an sich haben, legt der Verfassungsvertrag das Fundament für eine europäische Demokratie und ist ein wichtiger Schritt, um die Handlungsfähigkeit Europas zu sichern. Dennoch müssen wir natürlich das Votum der Franzosen und der Niederländer respektieren. Ohne Zweifel brauchen wir jetzt eine breite europäische Debatte über die Zukunft der Europäischen Union. Ein einfaches „Weiter so“ hilft jetzt nicht weiter.

Die Ablehnung des Verfassungsvertrages von zwei Gründerländern der Europäischen Union ist ein Weckruf für mehr Transparenz, mehr Mitsprache auf europäischer Ebene. Dieser Weckruf muss gehört werden.

Die Europäische Union steht vor der wichtigen Aufgabe, die Bürgerinnen und Bürger für ihre politische Vision, die wir alle bis auf das teilen, was ich gerade von Frau Kollegin Schmidt gehört habe, zu gewinnen. Spätestens jetzt muss jedem klar sein, dass die Zeit, in der man Europa von oben nach unten aufbauen kann, endgültig vorbei ist. Europa gibt es zukünftig nur mit den Bürgerinnen und Bürgern und nicht ohne sie.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, alternativ zu nationalen Volksabstimmungen, die oftmals von innenpolitischen Themen überlagert werden, haben wir Grünen uns immer wieder für ein europaweites Referendum eingesetzt, aus dem deutlicher wird, dass es um Europa und die EU-Verfassung und nicht um innenpolitische Auseinandersetzungen geht. Das haben wir bei den beiden Abstimmungen in den Niederlanden und in Frankreich erlebt.

Meine Damen und Herren, wir Grünen haben die Verfassung unterstützt, weil der wichtige Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention, zur Rechtsverbindlichkeit der Charta der Grundrechte und damit die

Grundlage für die Wahrung und Durchsetzung der unveräußerlichen Menschenrechte bildet, individuelle Bürgerinnen- und Bürgerrechte sicherstellt und eine emanzipatorische Politik macht.

Im Übrigen besteht ein großer Erfolg darin, dass die Charta der Grundrechte als erstes europäisches Dokument von der Unteilbarkeit der Grund- und Menschenrechte ausgeht, indem sie nicht nur bürgerliche Freiheitsrechte, sondern gleichzeitig soziale Rechte enthält.

Meine Damen und Herren, wir haben die Verfassung auch unterstützt, weil sie mit dem europäischen Bürgerbegehren einen direkten Hebel für soziale Bewegung für Nichtregierungsorganisationen enthält, um die Europäische Union mitgestalten zu können. Wir verkennen ohne Zweifel nicht die Menge des Verfassungsvertrags. Bisher blieb die Europäische Union eine Antwort zum Beispiel auf die Gefahren und Risiken der Globalisierung schuldig. Viele Menschen haben Angst vor gnadenloser und dogmatischer Liberalisierung und vor einem Europa der sozialen Kälte. Deshalb muss die Verwirklichung gerade der sozialen Union ins Zentrum der Anstrengungen gerückt werden. Wir brauchen tragfähige Antworten im sozialen Bereich. Diese sind wahnsinnig wichtig für eine starke Union der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, über die Folgen der negativen Referenden muss in Ruhe nachgedacht werden. Europa braucht eine breite öffentliche Debatte über seine Zukunft. Wir als Politikerinnen und Politiker brauchen den Mut, diese auf eine Weise zu führen, die die Bürgerinnen und Bürger Europas ernst nimmt und in der Lage ist, tatsächlich über den Tellerrand rein nationaler Interessen und Wahlkampfinteressen hinauszusehen. Frau Kollegin Schmitt, hören Sie zu.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf der Abg. Frau Schmitt, CDU –
Glocke des Präsidenten)

– Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Es gibt keine Alternative zum europäischen Integrationsprozess. Die negativen Referenden in Frankreich und in den Niederlanden sind eine Verpflichtung für uns alle und ein Auftrag an uns alle, auch an die Kolleginnen und Kollegen der CDU, unser Engagement für ein gemeinsames, ökologisches, soziales, gerechtes, weltoffenes, demokratisches und friedliches Europa weiter zu verstärken.

Ich danke Ihnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Creutzmann:

Für die Landesregierung spricht Herr Ministerpräsident Kurt Beck.

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses hohe Haus hat mit Beschluss vom 20. Januar dieses Jahres einstimmig seine Position zur europäischen Einigung und zum europäischen Verfassungsprozess deutlich gemacht. Die Landesregierung hat aus voller Überzeugung diesen Beschluss des Landtags aufgenommen und ihren, im Gesamtkonzert sicher bescheidenen Beitrag versucht zu leisten, um diesen Verfassungsprozess erfolgreich zu machen.

Ich will darauf hinweisen, der Konvent, der den Entwurf des vorliegenden Verfassungsvertrages erarbeitet hat, hat den intensiven Versuch unternommen, Transparenz in diesem Diskussionsprozess zu zeigen. Nicht zuletzt durch die Beteiligung der Repräsentanten der Länder, des damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten, des zuständigen Ministers aus Nordrhein-Westfalen, ist deutlich geworden, dass in diese Verfassung Elemente aufgenommen worden sind, die in diesem Haus von großer Bedeutung waren, sind und nach den gestrigen und den Entscheidungen des letzten Sonntags in den Niederlanden und in Frankreich bleiben. Wir haben versucht, unseren Beitrag zu leisten.

Spanien hat mit einem Referendum mit annähernd 77 % am 20. Februar diesen Jahres die Verfassung angenommen. Wir hatten eine Entscheidung in den Niederlanden am gestrigen Tag mit einer sehr deutlichen Ablehnung von annähernd 62 %. Wir hatten eine sehr deutliche Ablehnung mit annähernd 55 % in Frankreich. Weitere Referenden werden folgen. In Luxemburg am 10. Juli, in Dänemark am 27. September. Portugal und Polen wollen im Herbst eine Entscheidung herbeiführen. Irland will Ende 2005 oder Anfang 2006 entscheiden. Bei Großbritannien mache ich ein Fragezeichen, ob es so kommt. Nach der bisherigen Planung ist es im Mai 2006 vorgesehen. Tschechien kommt im Juni 2006. Einige dieser Länder werden verbindliche, andere empfehlende Referenden haben.

Über Parlamentsbeschlüsse haben dem bisher vorliegenden Verfassungsvertrag am 11. November 2004 Litauen, Ungarn am 20. Dezember 2004, Slowenien am 1. Februar dieses Jahres, Italien in beiden Kammern am 25. Januar und 6. April dieses Jahres und Griechenland am 19. April dieses Jahres zugestimmt. Österreich und die Slowakei folgten am 11. Mai mit positiven Voten, Belgien am 19. Mai.

Wie Sie wissen, folgte die Bundesrepublik Deutschland durch Entscheidungen des Bundestages am 12. und 27. Mai. Das wurde bewusst so positioniert, dass wir vor dem französischen Referendum eine deutsche, in dem Fall eine positive deutsche Entscheidung setzen konnten.

Es werden Zypern am 30. Juni, Malta und Schweden noch in diesem Jahr folgen. Für Estland, Finnland und Lettland liegen die Daten noch nicht fest. Das war es so weit zu diesem Prozess, der in jedem Fall zu Ende geführt werden muss, damit ein Gesamtüberblick da ist, wie die Entwicklung hinsichtlich der Entscheidungen in den Mitgliedsstaaten insgesamt aussieht.

Man muss auch sehen, dass mit den Entscheidungen dieser beiden zu den Gründerländern der Europäischen Union gehörenden Ländern eine besondere Bedeutung verbunden ist, zwar nicht rechtsformaler, aber inhaltlicher Art. Das hat Herr Kollege Kuhn zu Recht betont.

Es ist zu erwarten, dass wir mit dieser Entscheidung für eine Vielzahl von Jahren auf den Rechtsstand des Nizza-Vertrages zurückfallen werden. Der Nizza-Vertrag hat aus Sicht der deutschen Länder nicht gerade eine positive Grundlage geliefert, um aus föderalistischer Sicht an dieser europäischen Entwicklung teilzunehmen. Er hat keine gute Grundlage dafür gelegt, dass die Beteiligung des Europäischen Parlaments intensiver werden könnte und ein zweifelsfrei vorhandenes Defizit an demokratischer Legitimation in dieser Europäischen Gemeinschaft ein Stück weit hätte geschlossen werden können.

Er hat keine Basis dafür, dass das, was der Verfassungsvertrag vorsah, nämlich die Rolle des Ausschusses der Regionen deutlich zu stärken und damit die Mitwirkung aus regionaler und kommunaler Sicht deutlich zu stärken im europäischen Prozess, eine verfasste Regel und eine entsprechende rechtliche Verankerung hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle haben schmerzlich empfunden während des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien und der Neuordnungen, die sich dort ergeben haben, aber auch zu späteren Zeitpunkten, wie wenig außenpolitische Einflussnahme von dieser Europäischen Gemeinschaft ausgeht. Auch die Verbesserungsansätze, die Vorschläge zu einer gemeinsamen Außenpolitik Schritt für Schritt zu finden, dies in einer entsprechenden Beauftragung einer Person deutlich werden zu lassen, sind mit dem Nichterfolg – zumindest bis zum bisherigen Zeitpunkt – dieses Verfassungsvertrages auf die Zukunft verschoben.

Ich denke, dass wir auch notwendig gehabt hätten, auch um die Verantwortlichkeiten klarer zu machen, dass die Zuständigkeiten zwischen Europäischem Rat, zwischen der Kommission, die Frage einer längeren Repräsentanz an der Spitze dieser Union, nicht diese Halbjahresverantwortungszeiten, das alles auf eine andere Grundlage gestellt worden wäre vor dem Hintergrund der schwierigen Entscheidungen, vor dem Hintergrund der Rolle, die dieses Europa weltweit spielen muss. Da wissen wir, dass es eben auch darauf ankommt, dass Personen miteinander Kontakt aufnehmen können, man Diskussionsprozesse auch einmal mehr als ein Jahr führen muss, damit man die Position Europas dann gegenüber den Vereinigten Staaten, gegenüber den Staaten in Asien und in anderen Kontinenten wirklich verankern kann und sie wirksam machen kann.

Das alles wird – zumindest ist das abzusehen – zu dem Zeitpunkt, wie wir es erhofft haben, nicht in Kraft treten können. Ich denke, das ist eben auch ein Punkt, der hier festgehalten werden muss, weil man – ich denke, zu Recht – nicht die Folgen nur aus Sicht der Betroffenheit dieses Landes beleuchten kann, sondern die Gesamtwirkungen sehen muss, weil natürlich dieses Land Rheinland-Pfalz in diese Gesamtwirkungen eingebunden ist wie alle anderen auch.

Ich glaube sogar, dass wir an vielen Stellen wegen der besonders intensiven Nachbarschaft zu europäischen Mitgliedstaaten – zu Frankreich, zu Luxemburg, zu Belgien, fast direkte Grenzen zu den Niederlanden – noch ein ganzes Stück intensiver betroffen sind von den europäischen Entwicklungen, als dies für Bundesländer gilt, die solche Grenzbeziehungen nicht haben.

Ich bedauere auch, dass damit die Veränderungen hinsichtlich der Mehrheitsentscheidungen, die bestimmte wichtige Impulse hätten geben können für gemeinsames Handeln, aller Voraussicht nach – so muss man sagen – in die Zukunft verschoben werden.

Aber wenn wir die Sicht der Länder, wenn wir die Sicht dieses Landes Rheinland-Pfalz noch einmal besonders beleuchten, dann ist sicher mit der schmerzhafteste Einschnitt, dass das, was wir uns errungen haben als Länder, nämlich die Subsidiaritätsregel wirklich auch in dieser Europäischen Gemeinschaft angewendet sehen zu wollen, dass wir diese Subsidiaritätsregel auch kontrollieren können, dafür stehen im Verfassungsvertrag Ansätze, dass wir sogar ein Klagerecht haben über den Deutschen Bundesrat, genauso wie der Deutsche Bundestag oder die Bundesregierung ein Klagerecht haben, dass wir uns vereinbart haben zwischen den Ländern in einem Agreement, dass, wenn sich ein Land besonders betroffen fühlt von solchen Aufgabenverschiebungen, die der Subsidiaritätsüberlegung nicht entsprechen, wir gemeinsam auch dieses Klagebegehren tragen wollen im Deutschen Bundesrat, es sei denn, ein anderes Land wäre in einer völlig gegenteiligen Interessenlage. Wir hätten da also Handlungsinstrumentarien an der Hand gehabt, die uns sehr geholfen hätten.

Ich glaube, sie hätten uns auch sehr geholfen gegenüber einer der zentralen Sorgen vieler Menschen, die aus meiner Betrachtung auch in diesen Referenden in Frankreich und in den Niederlanden zum Ausdruck gekommen sind und die man in Deutschland in gleicher Weise findet, nämlich, dass die Dinge zu bürokratisch, zu weit weg, zu wenig überschaubar, zu wenig den Sorgen der Menschen Rechnung tragend geregelt werden.

Wir hätten ein Instrumentarium gehabt, um das zumindest einzudämmen, ich sage nicht, zu lösen. Eine Gemeinschaft dieser Größenordnung wird immer mit der Gefahr kämpfen müssen, dass vieles sehr abstrahiert sein muss und vieles scheinbar weit weg ist, weil man viele Interessen unter einen Hut bringen muss. Wir hätten aber ein Instrumentarium gehabt, um diesen Gedanken der Subsidiarität nach vorn zu bringen.

Ich bleibe dabei – ich habe das am Freitag auch im Deutschen Bundesrat gesagt und hatte Gelegenheit gehabt, mich am Vorabend mit Giscard d'Estaing, der der Präsident des Konvents war und sicher als Vater dieses Verfassungsvertrags bezeichnet werden darf, zu unterhalten –, dass der Gedanke der Subsidiarität ein entscheidender Überlebensgedanke dieser Europäischen Gemeinschaft ist. Wenn sie so weitermacht – es sind 900 Regeln in der europäischen Pipeline –, dass sie sich um Dinge kümmert, mit denen man durchaus auch in Unterschiedlichkeit leben kann, ohne den Binnenmarkt wirklich zu stören, wenn man in all diese Detailfra-

gen hineinregelt, wird man sich darin verstricken und den Eindruck der Menschen, dass da Dinge gemacht werden, die mit ihnen und ihren Alltagsproblemen nichts mehr oder nur wenig zu tun haben, verschärfen

(Beifall der SPD und des Abg. Kuhn, FDP)

und damit die riesige Chance dieses gemeinsamen Europas in den Hintergrund treten lassen, eine Chance, die wir einfach in unserer Zeit ergreifen müssen, nämlich dass Europa jetzt neu geordnet wird, nach 1945 neu geordnet worden ist, aber nach dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts, dem Fall der Mauer und des Stacheldrahts, die Europa geteilt haben, jetzt wieder neu geordnet wird.

(Dr. Weiland, CDU: Dann macht es doch einfach! Ihr habt doch die Möglichkeiten!)

– Ich glaube, auf so etwas muss man jetzt nicht ernsthaft antworten.

(Dr. Weiland, CDU: Das ist doch Ergebnis eurer Politik!)

Wenn an einer solchen Stelle einer solchen Überlegung ein solcher Zwischenruf kommt, scheint mir Ihre Nervosität keine Grenzen mehr zu kennen, lieber Herr Weiland.

(Starker Beifall der SPD –
Dr. Weiland, CDU: Das ist doch lachhaft!)

Wollen Sie denn ernsthaft widersprechen, oder? Ich möchte es im Protokoll haben, dass Herr Kollege Weiland die Überlegung als lachhaft bezeichnet, dass wir jetzt und nicht mehr in zehn Jahren eine Chance haben, die Staaten Mittel- und Osteuropas in diese Gemeinschaft einzugliedern

(Dr. Weiland, CDU: Dann macht es doch!)

und damit ein für alle Mal die Möglichkeit zu haben, dass Krieg auf diesem Kontinent nicht mehr stattfindet.

Meine Damen und Herren, wenn das lächerlich ist, dann weiß ich nicht, in welchem Saal wir uns hier befinden.

(Starker Beifall der SPD und
vereinzelt Beifall bei der FDP –
Zurufe von der CDU)

– Ich habe nicht so geschrien, Sie waren so laut, dass ich das sagen musste. Wenn dann der Zwischenruf kommt „Dann macht es doch!“, mit Verlaub, diese Bundesrepublik Deutschland hat es gemacht.

(Frau Pepper, SPD: So ist es!)

Sie hat es gemacht. Ich habe einen Beitrag geleistet, wenn Sie das hören wollen, dass es gegangen ist am 27. Mai. Gemeinsam mit dem Kollegen Stoiber, gemeinsam mit dem Kollegen Oettinger, gemeinsam mit dem Kollegen Wowereit haben wir die letzten Steine mit der Bundesregierung aus dem Weg geräumt. Sie können es in einem Beschluss des Bundesrats vom Freitag nachle-

sen, dass auf unseren gemeinsamen Antrag die innere Funktion der Verfassungsgremien in Deutschland geregelt worden ist, damit zugestimmt werden kann. Was soll denn der Zwischenruf „Dann macht es doch!“? Wir haben es gemacht.

(Starker Beifall der SPD und
vereinzelt Beifall bei der FDP)

Liebe Frau Kollegin Schmidt, ich habe dem nichts hinzuzufügen, was Herr Franzmann zum ersten Teil Ihrer Rede gesagt hat. Ich bin da völlig einer Meinung mit ihm. Aber zum zweiten Teil: Wie kann man denn ernsthaft aus dem, was in Frankreich und in den Niederlanden am Sonntag und gestern vom Volk entschieden worden ist, einen innenpolitischen Angriff auf die jetzige Bundesregierung ableiten?

(Frau Schmidt, CDU: Moment!
Lehren daraus ziehen!)

Wie kann man denn so etwas machen? Denn dort sind doch mit den Argumenten, die Sie hier gegen die Bundesregierung geführt haben, konservative oder liberal-konservative Regierungen in Frankreich abgewählt worden – sie ist ja verändert worden –, und in den Niederlanden steht eine Regierung in schweren Erklärungszwängen. Dort hat man die gleiche Problematik, die wir in Deutschland haben, die in Deutschland bedingt durch die Wiedervereinigung noch eine zusätzliche Schwierigkeitskomponente hinsichtlich der Bewältigung der Zukunftsfragen hat. Wie kann man denn so argumentieren, wie Sie argumentiert haben?

(Beifall der SPD und vereinzelt
bei der FDP)

Ein Zweites an Ihrer Argumentation hat mir Sorge gemacht. Man darf ernsthaft darüber nachdenken, ob denn der Weg eines Volksentscheids in so wichtigen Fragen der richtige wäre oder ob die Entscheidung über die repräsentativen Gremien, wie sie in unserer Verfassung, im Grundgesetz, angelegt sind, geht.

Darüber muss man immer wieder ernsthaft nachdenken. Mich hat diese Art der Argumentation aus der großen CDU, die nach 20 Sätzen, die ich respektvoll akzeptiere, sofort wieder bei der Alltagsschlacht und beim Wahlkampf war, skeptisch gemacht, ob man offen darüber nachdenken kann. Es ist doch genau die Falle, in die wir hineingelaufen sind, nämlich dass nur innenpolitisch argumentiert wird und man sein Süppchen kocht – koste es, was es wolle – für diesen großen europäischen Akt.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Das muss einem doch Sorge machen.

(Zuruf der Abg. Frau Schmidt, CDU)

– Liebe Frau Schmidt, es ist jetzt wirklich gut. Sie haben soviel Kluges gesagt. Machen Sie es nicht kaputt.

(Pörksen, SPD: Hier nicht!)

Man könnte über die Dinge reden, wenn man darüber reden will.

Wie können Sie es hier einfach sagen, wissend, dass es noch ein paar Leute gibt, die nach Ihnen reden. Das mit dem Dosenpfand war so ein schreckliches Beispiel. Entschuldigung. Wer hat es denn aufgebracht? – Herr Töpfer hat es erfunden, Frau Merkel hat es ausgestaltet, und die jetzige Regierung musste es umsetzen. Das ist die Realität des Lebens.

(Beifall der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf der Abg. Frau Schmidt, CDU)

– Ja, doch, das ist die Wahrheit. Das wissen Sie so gut wie ich.

(Schmitt, CDU: Wo sind wir denn
jetzt in der Diskussion?)

Vizepräsident Creutzmann:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Schmidt?

Beck, Ministerpräsident:

Ja, ich würde gern, Herr Präsident. Aber ich erinnere mich, dass es bei Aktuellen Stunden keine Zwischenfragen gibt. Aber wenn ich darf, beantworte ich sie gern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Heiterkeit im Hause –
Zurufe)

– Ja, gut, wenn die Geschäftsordnung nicht gilt: An mir soll es nicht liegen. Ich will mich nicht verweigern.

(Heiterkeit im Hause –
Zurufe)

– Ich verweigere mich doch gar nicht. Ich wollte nur auf die Geschäftsordnungslage hinweisen.

(Zurufe)

– Wissen Sie, wenn man einmal parlamentarischer Geschäftsführer war, dann vergisst man das nie.

Darf ich, oder?

Vizepräsident Creutzmann:

Wenn Sie wollen.

(Heiterkeit)

Frau Schmidt, Sie haben das Wort.

(Zurufe)

Beck, Ministerpräsident:

Entschuldigung. Was soll ich denn machen?

Ich darf für das Protokoll feststellen, dass ich nichts mit diesem Konflikt zu tun habe.

(Beifall der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Heiterkeit im Hause)

Vizepräsident Creutzmann:

Herr Ministerpräsident, wir halten uns an die Geschäftsordnung. Fahren Sie bitte fort.

Beck, Ministerpräsident:

Danke, Herr Präsident.

Frau Kollegin Schmidt, Entschuldigung, ich hätte gern.

(Schmitt, CDU: Das nützt jetzt nichts!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wollte zu den Gründen kommen. Ich glaube, dass das, was gesagt worden ist, dass wir jetzt nicht vorschnell und schon gar nicht monokausal erklären sollten, wie es zu diesen beiden Entscheidungen gekommen ist, richtig ist. Ich glaube auch, dass wir in Deutschland nicht sehr viele unterschiedliche Gründe zu dem finden würden, was in Frankreich und in den Niederlanden abgelaufen ist. Aber einige Punkte muss man als Fragen aufwerfen, gründlich analysieren und gründlich darüber nachdenken, bevor Antworten gegeben werden. Ich glaube, es ist uns in der Tat nicht gelungen, in diese europäische Entwicklung, von deren Bedeutung ich bewusst geredet habe, nicht, um pathetische Reden zu halten, sondern um die Dinge nicht von den Füßen auf den Kopf zu stellen, den Menschen ihre Sorge zu nehmen. Wir müssen wissen, was oben und unten ist. Deshalb bleibt es bei dieser Friedensbotschaft und diesen wichtigen internationalen Bedeutungen.

Meine Damen und Herren, es ist uns offensichtlich nicht gelungen, zu diesem Prozess ausreichend Menschen mitzunehmen. Die Menschen haben offensichtlich zu einem nicht unbeachtlichen Teil trotz dieser Einsicht der Bedeutung – ich glaube nicht, dass sie bei den Menschen nicht vorhanden ist – den Eindruck, sie könnten unter die Räder kommen und die Verantwortlichkeit, die sie ihren Politikerinnen und Politikern zuordnen und dann auch über Wahlen zur Geltung bringen können, nicht mehr zu Geltung bringen können, weil es in Europa weitergeht, was auch immer national, regional oder kommunal entschieden ist.

Ich glaube, hier steckt ein ganz tiefer Grund. Das hat aus meiner Sicht etwas mit dem Demokratiedefizit zu tun. Es hat etwas damit zu tun, dass diesem Europäischen Parlament, das mehr Rechte hat, als viele Leute meinen, neue Rechte durch Nichteintreten der Verfassungswirklichkeit, wie wir sie wollten, nicht hinzukommen. Aufgrund der Zusammensetzung dieser großen

Runde, die dort zusammenkommt, und einer immer begrenzten nationalen Repräsentanz, wird es immer die Schwierigkeit haben, das Bedürfnis der Menschen, den Willen durch Wahlen ausdrücken zu können, nicht ausreichend zufrieden stellen zu können. Deshalb muss aus meiner Sicht noch einmal über die Balance der Fragen nachgedacht werden, die europäisch zu entscheiden sind, die stärker in die Kompetenz des Europäischen Parlaments verzahnt werden müssen, und zwar, was national und was regional entschieden wird.

Über die Bedeutung der Subsidiarität, also der Nachrangigkeit von Entscheidungen von oben, wenn man sie auch weiter unter treffen kann, habe ich gesprochen. Ich meine aber, das ist noch nicht die letzte Antwort, auch nicht die Stärkung des Ausschusses der Regionen, für so wichtig wir es auch gehalten haben. Da müssen wir tiefer schürfen. Ich habe noch keine Antworten darauf. Ich will nicht so tun, als wären mir diese heute Nacht eingefallen. Aber das scheint mir ein ganz entscheidender Punkt zu sein.

Ein zweiter Punkt aus meiner Sicht ist, dass wir die soziale Dimension dieses Europas stärker in den Blick nehmen und stärker die Sorgen der Leute sehen müssen, die sich fragen, wie es denn mit diesem Wettbewerb in Europa ist, mit dem Wettbewerb um Arbeitsplätze und Investitionen, der Grundlage von Arbeitsplätzen. Ist es so, dass wir einem fairen Wettbewerb ausgesetzt sind?

Am Freitag habe ich im Bundesrat diese Fragen anklängen lassen. Ich möchte sie hier auch anklängen lassen.

Könnte es nicht so sein, dass die Menschen gerade in den erfolgreichen großen Industrienationen innerhalb dieses Europas, in Frankreich, Italien, Großbritannien, Deutschland, den Niederlanden und anderen, sich ausmalen, wenn es so bleibt, wie es ist, müssen wir Verlierer sein. Wenn es so bleibt, dass wir Lohndiskrepanzen in diesen Größenordnungen haben, denen zugleich an anderer Stelle noch unterschiedliche Wettbewerbsvoraussetzungen zur Seite stehen, also Länder, die mit uns um Arbeitsplätze konkurrieren, beispielsweise Beitrittsländer, Steuern und Unternehmenssteuern nahe Null erheben, mit denen die Bundesrepublik, aber auch Frankreich, die Niederlande und andere nie und nimmer existieren können, sonst würde unser Gemeinwesen zusammenbrechen, dann noch zusätzlich aus dieser Gemeinschaft – was erklärbar ist, sie müssen aufholen – erhebliche Finanzmittel bekommen, also die Infrastruktur, die sie brauchen und die entwickelt werden muss, wo wir auch helfen müssen, zusätzlich noch gefördert wird, sie aber mit uns mit Steuern konkurrieren, die für uns unvorstellbar niedrig oder gleich null sind, weil wir die Infrastruktur bezahlen, müssen wir Verlierer sein.

Solche Dinge müssen wir miteinander diskutieren. Es wird nicht zu einer völligen Steuerharmonisierung in dieser Gemeinschaft kommen. Das würde ich mir auch gar nicht wünschen. Ein gewisser Wettbewerb, so, wie es einen Wettbewerb zwischen den deutschen Ländern gibt, ist sicher ganz gesund.

Es muss aus meiner Sicht ein Wettbewerb sein, den man auch bestehen kann, der im Einzelfall bei der Ver-

lagerungsabsicht eines Unternehmens von hier nach dort chancenlos ist. Ich meine, das sind Dinge, über die wir nachdenken müssen.

Ähnliches gilt für die soziale Absicherung und auch für ökologische Regelungen und Vorschriften. Es wäre hilfreich gewesen, wenn wir die Verfassung gehabt hätten, wenn wir es zumindest teilweise hätten vorantreiben können, was jetzt schwieriger ist. Aber wir müssen an diese Fragen herantreten.

Für Deutschland gilt zusätzlich, dass wir einen weit überdurchschnittlichen, auf den Kopf der Bevölkerung gerechneten Beitrag zur europäischen Entwicklung leisten, obwohl wir durch die Wiedervereinigung, die wir Gott sei Dank erleben durften, selbst einen riesigen Nachholbedarf in einem Teil unseres Landes haben. Das macht die Akzeptanz in Deutschland sicherlich auch nicht größer.

Meine Damen und Herren, ich bin der Auffassung, dass wir eine Diskussion aufarbeiten sollten, von der ich mir manchmal selbst vorwerfe, dass ich sie hätte intensiver führen müssen, nämlich die Diskussion darüber, ob wir wirklich sorgfältig genug bei der Währungsumstellung waren. Ich halte den Euro nach wie vor für eine große Chance. Aber ich denke, dass wir nicht sorgfältig genug bei der Umstellung waren. Das Reden über den „Teuro“ ist sehr tief in die Köpfe der Menschen eingedrungen.

Ich habe mir die Zahlen und Fakten noch einmal angesehen. Untersuchungen, die vom Statistischen Bundesamt im April dieses Jahres vorgelegt worden sind, zeigen, dass seit der Einführung des Euro lediglich Preissprünge von etwa 1,5 % pro Jahr zu verzeichnen gewesen sind. Gilt das aber auch für die Waren und Dienstleistungen, die den Alltag einer großen Zahl von Menschen bestimmen? Das ist nicht mehr rückgängig zu machen; denn es ist so gelaufen, wie es gelaufen ist. Wir sollten aber wenigstens den Leuten signalisieren, dass wir den Gedanken und ihre Sorgen ernst nehmen und wir versuchen, uns darum zu kümmern. Das gehört auch zu einer solchen Betrachtung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin der Meinung, dass wir mit solchen offenen Diskussionen, mit intensiven Bemühungen und mit Überzeugungsarbeit durchaus noch eine Chance haben, aber nicht in dem Sinne, dass man einfach sagt: Jetzt warten wir einmal zwei Jahre ab, dann sind die Franzosen und Holländer vielleicht müde und werden dem zustimmen. – Ich halte das für eine zynische Haltung, die man aus meiner Sicht weder einnehmen kann noch darf. Wenn wir eine intensive Diskussion führen, wenn wir versuchen, an den Kern der Entscheidung heranzukommen, die immer auch einen innenpolitischen Teil, aber auch einen europapolitischen Teil beinhaltet, dann haben wir vielleicht eine Chance, dass wir den europäischen Verfassungsprozess doch nicht als gescheitert betrachten müssen, sondern ihn – sicherlich mit zeitlicher Verzögerung – aufnehmen und fortsetzen können.

Ich will noch etwas dazu sagen, was in dieser Verfassung vorgeschlagen wurde. Manches wäre sicherlich auch aus unserer Interessenlage heraus dazu zu sagen. Ich hätte es mir gewünscht, wenn unser Ringen von

mehr Erfolg gekrönt wäre, den Gottesbezug in der Präambel der Verfassung aufzunehmen. Zudem hätten wir uns intensivere Beteiligungsmöglichkeiten gewünscht. Dennoch ist es ein großes Werk, das vorgelegt worden ist, mit dem bei so vielen unterschiedlichen Interessen eine Grundlage geschaffen werden sollte. Wir sollten sie jetzt nicht völlig verlieren. Sie sollte jetzt nicht völlig auseinanderbröseln. Wir sollten uns um die Sorgen der Menschen kümmern. Das könnte noch eine Chance sein. Soweit wir in aller Bescheidenheit als Landesregierung einen Beitrag dazu leisten können, wollen wir versuchen, diesen Beitrag zu leisten.

(Anhaltend starker Beifall
der SPD und der FDP)

Vizepräsident Creutzmann:

Die Fraktionen haben noch eine Redezeit von jeweils fünf Minuten zusätzlich. Das bedeutet für die CDU-Fraktion noch 7,5 Minuten Redezeit. Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Abgeordneter Böhr.

Abg. Böhr, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich Ihre Analyse angesichts des Scheiterns für ganz schlimm halte, Herr Ministerpräsident. Ich bin der Auffassung, dass wir auf lange Zeit diese Chance, die jetzt vertan wurde, nicht mehr haben werden. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns fragen, weshalb diese Chance vertan wurde. Mit Blick auf Ihre Analyse bin ich zutiefst der Überzeugung, dass sie in weiten Teilen in die Irre geht.

(Beifall bei der CDU)

Der Grund lag nicht in einer überbordenden Unzufriedenheit mit der europäischen Politik. Ich bitte, doch wirklich zur Kenntnis zu nehmen, dass es diese Unterscheidung, wer für was zuständig ist, bei einem interessierten Zeitgenossen überhaupt nicht gibt. Die Menschen haben einen Gesamteindruck von Politik. Insbesondere in den Niederlanden, aber auch in Frankreich war es primär eine Abstimmung über eine missratene nationale Politik, die dazu geführt hat, dass dieses große Projekt gescheitert ist aus Gründen, die ich weder akzeptiere noch vertrete, die aber für unsere Analyse wichtig sind. Herr Ministerpräsident, in Deutschland wäre es doch genauso gekommen, wenn wir eine Volksabstimmung durchgeführt hätten.

(Beifall bei der CDU)

Diese Witzeleien mit dem Dosenpfand – – –

(Ministerpräsident Beck: Das habe
ich doch nicht eingeführt!)

– Doch. Sie haben das auf die witzige Tour gemacht. Sie kennen die Betriebe besser als ich, die im Land unter diesen katastrophalen Folgen in die Knie gehen.

(Unruhe im Hause)

– Fragen Sie doch einmal Ihre Kollegen. Natürlich hat Herr Töpfer das auf den Weg gebracht, und Frau Merkel hat es umgesetzt. In den Sand gesetzt hat es aber Herr Trittin. Daran kann doch überhaupt kein Zweifel bestehen.

(Beifall der CDU)

Jetzt komme ich auf einen Punkt zu sprechen, bei dem ich die ganze Zeit darauf gewartet habe, dass er zur Sprache kommt, wenn wir über das schlimme Scheitern dieser Volksabstimmungen reden. Es gab am Montag keinen einzigen Kommentar, der nicht den Aspekt in den Mittelpunkt gerückt hat, den Sie heute ausgelassen haben. Der französische Präsident hat eine Ohrfeige bekommen für eine Politik, die auf eine Erweiterung der Europäischen Union in zehn, 20 oder 30 Jahren oder möglicherweise 100 Jahren ausgelegt ist. Das trägt nun wirklich nichts zur Sache bei und rettet das Projekt der Europäischen Union nicht, sondern es gefährdet das Projekt in höchstem Maße. Ich rede über den Beitritt der Türkei.

(Beifall der CDU)

Was ist denn der Wahlkampf in Frankreich anderes gewesen? Der gesamte Wahlkampf in Frankreich im Vorfeld dieser Volksabstimmung war ein Wahlkampf über diese Frage. Deshalb frage ich alle, die diese wirre Idee – ich will jetzt nicht auf die innenpolitischen Motive eingehen, die dazu geführt haben – in die Diskussion gebracht haben, wie man auf die Idee kommen kann, zum jetzigen Zeitpunkt in der mehr als fragilen Lage, in der sich die Europäische Union befindet, bei den massiven innenpolitischen Problemen, die uns in fast allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union über den Kopf wachsen, die Flucht nach vorn anzutreten und zu sagen: Jetzt entscheiden wir über die Frage der Vollmitgliedschaft der Türkei in 40 Jahren.

(Beifall der CDU –
Zurufe des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das kann doch nicht gut gehen. Dann darf man sich anschließend nicht beklagen, wenn der Dampfer versenkt wird und man mit einer solchen Politik gegen die Wand fährt. Deshalb brauchen wir eine nüchterne Analyse, damit das Projekt nicht völlig in die Hose geht. Ich möchte die Europäische Union retten, ich möchte sie ausbauen, und ich möchte sie zukunftsfähig machen. Dann aber bitte eine ehrliche Analyse des Scheiterns. Wir brauchen eine neue Idee von diesem Europa, damit die Menschen wieder folgen können; denn die Menschen folgen einer Idee, aber nicht dem, was die Regierenden in Europa aus dieser Idee gemacht haben.

(Anhaltend starker Beifall der CDU)

Vizepräsident Creutzmann:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kuhn.

Abg. Kuhn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gestehe es offen: So habe ich mir die Debatte heute nicht vorgestellt.

(Dr. Weiland, CDU: Das ist schon einmal ein Erfolg!)

Der Herr Ministerpräsident hat ausführlich auf die Vorteile dieser Verfassung für die Bürger hingewiesen. Wenn wir bei der Verabschiedung dieser Verfassung feststellen, dass innenpolitische Probleme die entscheidende Frage überlagern, dann entspricht das in der Tat der Lebenswirklichkeit. Das heißt aber nicht, dass wir das begrüßen dürfen. Ich bin kein Utopist und stelle mir die Welt nicht in Farben vor, die sie nicht haben kann. Wenn wir aber bedauernd feststellen müssen, dass ein innenpolitischer Kampf dazu führt, dass das auf dem Vehikel dieser Verfassungsabstimmung ausgetragen wird, dann müssen wir Konsequenzen daraus ziehen. Wenn die Bürger der Europäischen Union von Regierungen und von der jeweiligen Opposition in eine Richtung geführt werden – das muss man auch selbstkritisch sagen –, die an der Sache völlig vorbeigeht, dann ist das wirklich schade.

Wenn wir jetzt damit anfangen, das auch zu tun, haben wir nichts gelernt.

(Beifall der FDP und der SPD)

Frau Schmidt, ich möchte auch auf den zweiten Teil Ihrer Rede hinweisen. Da ging das wieder los. Ich will nicht inhaltlich oder politisch bewerten, was Sie zur Bundespolitik gesagt haben. Wir fangen aber dann genauso an, dieses Thema als Vehikel zu benutzen.

(Beifall bei FDP und SPD –
Zuruf der Abg. Frau Schmidt, CDU)

Dann werden wir nicht erfolgreich sein. Wir haben in den ersten Jahrzehnten der europäischen Integration diesen Fehler weitgehend nicht gemacht. Das war die Stärke und die Kraft, aufgrund derer die Integration auch erfolgreich verlaufen ist.

Jetzt geht es uns so gut, dass wir nicht in der Lage sind, dieses elementare Stück der Integration etwas losgelöst – das wird nie ganz gelingen – von innenpolitischen Diskussionen zu sehen. Wenn wir innehalten, bedeutet das nicht Stillstand.

Wenn wir uns überlegen, wie wir den Prozess der Vertiefung der Integration neu gestalten können, sollten wir uns hier etwas disziplinieren. Wir sollten auch in Rheinland-Pfalz darüber nachdenken, inwieweit wir diesen Prozess der Vertiefung, der dringend geboten ist, gestalten können.

Ich bin der festen Meinung, dass wir in den Schulen – es geht um die Jugend – die Bedeutung dieser Verfassung noch mehr als bisher auf die Tagesordnung setzen müssen. Ich bin auch der festen Überzeugung, dass es uns gelingen könnte, über die Landeszentrale für politische Bildung neue Akzente zu setzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage selbstkritisch,

(Jullien, CDU: Das ist der richtige Einstieg!)

ich bin seit Jahrzehnten Mitglied der Europa-Union. Ich zahle meinen Beitrag, aber ich gehe ganz selten – das gebe ich zu – zu den Veranstaltungen, weil ich das Gefühl habe, dass das ein Selbstläufer ist. Viele von Ihnen sind ebenfalls Mitglied in der Europa-Union. Packen wir uns einmal am Portepepe und gehen zu den Veranstaltungen und engagieren uns in der Europa-Union.

Es gibt viele Möglichkeiten – auch in Rheinland-Pfalz –, den europäischen Gedanken aufs Neue zu beleben.

Danke.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile das Wort dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Joachim Mertes.

Abg. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei dieser Debatte fällt auf, dass wir im Grunde genommen die Selbstverständlichkeit des europäischen Zusammenwachsens für so normal halten, dass wir sie nicht mehr in ihrer historischen Dimension vernünftig einschätzen können. Wir sind nicht mehr die Träger des Gedankens, die den Menschen sagen können: Weißt du, dass 1945 ein Zeitalter zu Ende gegangen ist, das nur durch die europäische Integration zu Frieden, zu Freiheit, zu Wohlstand und zu all dem geführt hat, von dem wir heute leben können? Wir konnten das über eine Grenze, über die Elbe, tragen, weil wir die europäische Einheit, die europäische Integration geschafft haben. Das ist die Vision, die wir von Europa haben, Herr Kollege Böhr.

(Beifall der SPD und der FDP)

Mir ist die ungeheuer viel wert, weil wir in keinen Krieg marschieren mussten. Unsere Väter – die Menschen, die in meinem Alter sind – waren alle im Krieg. Viele sind nicht zurückgekommen. Wir durften nach einer harten Zeit in den 50er- und 60er-Jahren erleben, dass der Gedanke der europäischen Integration uns allen mehr Wohlstand, mehr Möglichkeiten, aber auch Beteiligung gebracht hat.

Ich erinnere mich sehr gut daran, was die Beteiligung eines Arbeitnehmers in einem mittelständischen Betrieb bedeutet hat, als ich 1964 in die Lehre gegangen bin. Sie hat nichts bedeutet. Im Wohlstand sind diese Dinge mit aufgebaut worden, weil der Wohlstand dazu geführt hat, dass wir darum ringen konnten, beteiligt zu werden. Wir wurden beteiligt, über Mitbestimmung, über die Betriebsverfassung – in den Ländern ganz unterschiedlich.

Die große geopolitische Idee war eigentlich, dies von den fünf auf ganz Europa zu übertragen. Wissen Sie, wer diese geopolitische Idee der Europäischen Gemeinschaft am stärksten allein aufgrund seiner langen Amtszeit mit beeinflusst hat? Ein gewisser Herr Dr. Helmut Kohl. Dem war es geopolitisch schon immer wichtig, dass die Nato an einer bestimmten Seite im Kalten Krieg die Türkei an der Seite gehabt hat. Weil das so war, hat er schon vor 20 Jahren den Türken gesagt: Wir werden mit euch darüber verhandeln. – Wenn Sie sich jetzt an dieses Pult stellen und daraus eine Polemik für die nächste Bundestagswahl machen, verraten Sie Ihren Ehrenvorsitzenden von diesem Pult aus. Ja, so ist das.

(Starker Beifall der SPD)

Man kann Helmut Kohl tausend Dinge über Spenden und Ähnliches nachsagen, aber wenn es um die Frage von Europa und der Integration, die Frage des Zusammenhalts innerhalb Europas und geopolitische Vorstellungen ging, konnte man von Helmut Kohl eine ganze Menge an Ausdauer lernen.

(Zuruf des Abg. Böhr, CDU)

– Sie haben das aber nicht gelernt. Sie sind an dieses Pult getreten und haben gesagt, wir hätten aktuell eine innenpolitische Situation hineingemischt, bei der es sich nicht gehört hätte, die Türkeifrage zu stellen. Meine Damen und Herren, sie ist seit 20 Jahren gestellt, und sie wird auch beantwortet werden, und dies anders, als Sie das erwarten.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

Für Sie ist das mit der Türkei doch nichts anderes als der Versuch, die übrig gebliebenen Ressentiments weiter zu aktivieren und für den Wahlkampf als Munition zu benutzen.

(Beifall der SPD)

Wissen Sie was? Sie werden in der Türkei genug Freunde finden, die ähnlich über uns denken. Machen Sie sich keine Sorgen, Sie werden da nicht allein bleiben. Mit denen wollen wir aber nichts zu tun haben.

(Beifall bei der SPD)

Dann noch zum Thema „Witzchen“. Frau Schmidt sagt, – – –

(Pörksen, SPD: Wer ist das?)

– Frau Kollegin Schmidt kennen wir alle. Sie verweist auf das Dosenpfand. Wahr ist – – –

(Zuruf der Abg. Frau Schmidt, CDU)

Es tut mir Leid, Sie und alle werden ertragen müssen, dass wir die Reihenfolge klarstellen, damit deutlich wird, wer was wann getan hat.

Der gute Klaus Töpfer, der Kreisvorsitzender im Rhein-Hunsrück-Kreis war und den ich gut kenne, ist der Erfinder des Dosenpfands. Übrigens ist die Idee, wie er das

angelegt hat, von vornherein gar nicht abzulehnen. Angela Merkel hat das dann weitergestrickt.

(Zuruf der Abg. Frau Schmidt, CDU)

– Frau Schmidt, das nützt nichts. Das ist Ihre Erfindung; das ist Ihr Kind. Nehmen Sie es an und werfen Sie es nicht einfach weg.

(Beifall der SPD)

Wer so schnell vergisst wie Sie, hat gute Gründe dafür. Das ist mir klar.

(Schmitt, CDU: Sie müssen das jetzt nicht zum dritten Mal wiederholen!)

– Herr Schmitt, Sie sind noch nicht einmal beim dritten Mal in der Lage, eine historische Reihenfolge nachzuvollziehen. Sie müssen da sozusagen in der Sänfte hingetragen werden. Machen Sie sich aber keine Gedanken; denn dafür werde ich immer sorgen.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

Ich ziehe jetzt einmal den Schlussstrich. Nachdem der heutige Morgen für die CDU-Opposition außerordentlich wenig ertragreich gewesen ist, hat Herr Kollege Böhr meiner Ansicht nach gemeint, nun das Blatt wenden zu müssen. Ich wage zu bezweifeln, ob er das geschafft hat.

(Starker Beifall der SPD)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile nun der Fraktionsvorsitzenden des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Ise Thomas, das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, eigentlich wollte ich den Worten und Aussagen unseres Kollegen Nils Wiechmann nicht mehr viel hinzufügen. Herr Böhr, Ihr Beitrag hat mich dann aber doch noch einmal auf den Plan gerufen, weil ich der Meinung bin, dass man sich nicht als Vorsitzender der großen Oppositionsfraktion mit einer solch verkürzten Analyse der Situation an dieses Pult stellen kann, wie wir sie heute nach diesen beiden Referenden haben.

Sie führen einen unseligen Stil der Politik fort, den Sie vor Jahren mit Stoiber und Frau Merkel an der Spitze der Bewegung angefangen haben, wenn es um die Frage von Verhandlungen mit der Türkei geht. Das kann nicht die Ursache für diese beiden Referenden sein. Das darf vor allen Dingen nicht das politische Signal sein, das wir aussenden, wenn wir uns mit den Konsequenzen dieser beiden ablehnenden Referenden beschäftigen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Böhr, diese Analyse führt in die Irre, wenn man heute fragen muss, was den Menschen die Werte der

europäischen Integration noch wert sind und wie wir sie dafür wieder gewinnen können. Das hat auch Frau Schmidt noch am Anfang gesagt. Wir müssen Antworten auf die Fragen finden, wie wir mit der innenpolitischen Verärgerung und der Zuspitzung, die im Wahlkampf vor diesen Referenden betrieben wurde, und mit den vorhandenen Ängsten in weiten Teilen der europäischen Staaten vor sozialem Abstieg umgehen, die mit globalisierungskritischen Ängsten bei der Bevölkerung vermischt ist. Auf diese Fragen haben Sie keine Antworten gegeben, sondern Sie haben die Ängste noch mehr geschürt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Das kann doch nicht die Antwort einer Partei sein, die von dem ehemaligen Bundeskanzler Kohl in diesen europäischen Einigungsprozess und europäischen Integrationsprozess mit hineingeführt wurde. Das kann doch nicht die Antwort sein, wenn es darum geht, die europäische Integration weiter zu betreiben. Es kann nicht sein, Ängste zu schüren und darauf für den eigenen Wahlkampf aufzubauen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP –
Zuruf von der SPD: So ist es!)

Herr Kohl, andere führende CDUler, aber auch die heutige Regierung haben gesagt: Die Türkei braucht eine klare europäische Perspektive. – Man kann es Ihnen nicht durchgehen lassen, wenn Sie versuchen, die Entscheidung im Dezember immer wieder als ein Datum zu verkaufen, an dem über eine Vollmitgliedschaft der Türkei entschieden wird.

Darüber wird nicht im Dezember entschieden. Es wird entschieden, dass Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden. Sie müssten genau wissen, über welchen Zeitraum und mit welchen Konditionen solche Beitrittsverhandlungen ablaufen werden. Sie können doch nicht den Eindruck erwecken, dass man quasi im Dezember eine Vollmitgliedschaft der Türkei entschieden hätte und sofort nach der Osterweiterung, die man jetzt gemacht hätte, den nächsten Schritt tun würde.

Herr Böhr, das wird Ihnen in diesem Parlament niemand durchgehen lassen. Das wird auch in der öffentlichen Debatte so nicht – – –

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich will noch einen dritten Aspekt ansprechen, der in dieser Diskussion bisher zu kurz gekommen ist. Wir haben über notwendige Verbesserungen bei den Demokratiedefiziten gesprochen. Natürlich macht das bei vielen Menschen in Europa Ärger. Wir haben über die Notwendigkeit gesprochen, die Ängste vor sozialem Abstieg ernster zu nehmen und auch in den Regelungen Konsequenzen zu ziehen. Ich sage das Stichwort „Dienstleistungsrichtlinie“.

Es gibt ein Vorhaben, das ganz eng an die Europäische Verfassung, die Beschlussfassung und die Diskussion

gekoppelt ist. Das ist das Vorhaben, eine gemeinsame europäische Außenpolitik zu machen. Die Entscheidung, wie sie mit diesen beiden Referenden getroffen wurde, macht auch den Schritt in eine gemeinsame europäische Außenpolitik um ein Vielfaches schwieriger. Ich will noch einmal deutlich machen, wie notwendig es ist, die EU in außenpolitischen Fragestellungen in den nächsten Jahren nicht zu schwächen, sondern zu stärken. Ich glaube, daran müssen wir gemeinsam Interesse haben und gemeinsam arbeiten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der FDP)

Vizepräsident Creutzmann:

Für die CDU erteile ich Herrn Abgeordneten Schreiner das Wort.

Abg. Schreiner, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben es sehr elegant formuliert, als Sie gesagt haben, dass all das, was der Europäische Verfassungsvertrag an positiven Entwicklungen für die Bundesländer gebracht hätte, in die Zukunft verschoben ist. Ich finde, die Debatte ist, je länger sie gelaufen ist, auch sehr ehrlich geworden. Wir lügen uns heute nichts in die Tasche.

Der Europäische Verfassungsvertrag, wie er vorliegt, wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht in Kraft treten. Frankreich und die Niederlande haben dagegen gestimmt. Großbritannien diskutiert heute, ob sie abstimmen werden. Tony Blair wird sich nicht freiwillig diese Schlappe genehmigen. Im Übrigen ist es noch gar nicht gesagt, ob wir in Deutschland, wenn wir ein Referendum gehabt hätten, zugestimmt hätten.

Wir müssen Zweierlei tun. Wir müssen zum einen konkret „Nizza“ reformieren, und zwar all das, was an guten und positiven Entscheidungen in diesem Europäischen Verfassungsvertrag konsensual gefunden worden ist. Die Subsidiarität ist angesprochen worden. All das müssen wir tun.

Wir müssen aber auch über die Schwächen reden – das haben wir vorhin auch schon andeutungsweise getan –, die dieser Europäische Verfassungsvertrag nach wie vor hat. Das sind die gleichen Schwächen, die wir auch in der Bundesrepublik Deutschland diskutieren, dass nämlich die Kompetenzen für uns als Wahlbürger – wir sind alle auch Wähler – zwischen Europa und den Nationalstaaten und auch innerhalb der Bundesrepublik Deutschland nicht klar genug verteilt werden.

Wir erleben allzu oft, dass wir nicht verantwortlich sind, weil immer gerade jemand anderes verantwortlich ist. Es muss auch darüber nachgedacht werden, was Bürger umtreibt, wenn sie sagen: Warum soll ich überhaupt noch wählen gehen, wenn keiner verantwortlich ist.

Das ist eine Erfahrung, die wir auch im europäischen Kontext machen. Die Versuche, in den Europäischen

Verfassungsvertrag eine klare Kompetenzordnung hineinzuschreiben, die aus den deutschen Bundesländern kamen, sind nicht in dem Maß verwirklicht worden, wie wir uns das gewünscht hätten.

Darüber hinaus brauchen wir eine Idee von Europa. Christoph Böhr hat es angesprochen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Herr Mertes, Sie haben deutlich gesagt, dass ein wichtiger Punkt, über den wir viel zu wenig reden, die friedensstiftende Bedeutung Europas ist. Was Sie danach zum Thema „Türkei“ gesagt haben, sei geschenkt, weil ich in der Kürze der Zeit auf etwas eingehen möchte, was Herr Beck gesagt hat. Er hat als neue Idee die soziale Kompetenz Europas gebracht.

Sie haben von Lohndiskriminierung und Steuerdiskriminierung gesprochen. Genau das führt doch wieder dazu, dass wir keine klaren Kompetenzen haben. Ich möchte Ihnen dezidiert widersprechen. Was wir brauchen, ist nicht der Superstaat Europa, der auch noch die Sozialversicherungssysteme bis ins Detail regelt, damit wir uns keiner Konkurrenz aussetzen müssen.

(Ministerpräsident Beck: Das habe ich
doch gar nicht gesagt! Jetzt hören
Sie aber auf!)

Wir brauchen nicht den Superstaat Europa, der auch noch die Steuergesetzgebung regelt, damit wir keinen Steuerwettbewerb haben.

(Glocke des Präsidenten)

Was wir brauchen, sind klare Kompetenzen. Auf dieser Basis können wir dann auch eine Idee von Europa formulieren.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Creutzmann:

Wir unterbrechen die Sitzung bis 14:15 Uhr.

Unterbrechung der Sitzung: 13:07 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 14:15 Uhr.

Vizepräsident Itzek:

Meine Damen und Herren, ich darf die Sitzung wieder eröffnen. Wir kommen zum zweiten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

**„Dramatische Verschlechterung der Situation
auf dem Lehrstellenmarkt in Rheinland-Pfalz“
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/4182 –**

Herr Kollege Wiechmann, Sie haben das Wort.

Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt in Rheinland-Pfalz hat sich gegenüber dem Vorjahr noch einmal dramatisch verschlechtert.

Die jetzt vorliegenden Zahlen für den Mai zeigen, dass die Anzahl der angebotenen Ausbildungsplätze gegenüber dem Vorjahr weit zurückbleibt. Gleichzeitig ist die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz stark angestiegen.

Seit Oktober wurden den Arbeitsagenturen 21.028 Ausbildungsstellen gemeldet. Das sind 11 % weniger als im Vorjahr.

Im gleichen Zeitraum haben sich bei den Arbeitsagenturen 28.920 Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz gemeldet. Das sind 6 % mehr als im Vorjahr.

Die Zahl an nicht vermittelten Bewerberinnen und Bewerbern ist um 17 % höher als im letzten Jahr.

Zum jetzigen Zeitraum stehen 13.404 jungen Menschen, die sich bei den Arbeitsagenturen als Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz gemeldet haben, gerade einmal noch 6.372 freie Ausbildungsplätze gegenüber. Das heißt, für weniger als die Hälfte dieser jungen Menschen steht derzeit rein rechnerisch tatsächlich ein Ausbildungsplatz zur Verfügung.

Wenn diese Zahlen nicht erschreckend genug wären, dann gibt es auch noch ein weiteres gravierendes Risiko für den Lehrstellenmarkt. Im derzeit laufenden Schuljahr haben 12.823 junge Menschen den Unterricht in der neuen Berufsfachschule (BFS) I begonnen. Sehr viele davon, weil sie bereits im vergangenen Jahr keinen Ausbildungsplatz gefunden haben.

Wenn, wie nach Aussagen der Verbände der Lehrkräfte an den berufsbildenden Schulen, zu erwarten ist, dass viele dieser Schülerinnen und Schüler den neu gestalteten schwierigeren Übergang in die BFS II nicht schaffen werden, dann werden zusätzlich am Ende dieses Schuljahres noch einmal mehrere tausend Menschen auf den Lehrstellenmarkt drängen.

Meine Damen und Herren, die Appelle an die Wirtschaft und die bisher durchgeführten Maßnahmen der öffentlichen Hand sind richtig und wichtig, aber sie reichen offensichtlich bei weitem nicht aus, um die berufliche Ausbildung für alle jungen Menschen zu garantieren. Zu viele Unternehmen nehmen ihre Verantwortung für die jungen Menschen nicht ernst.

Meine Damen und Herren, die Wirtschaft steht im Wort. Im Ausbildungspakt hat sie versprochen, möglichst allen Jugendlichen eine berufliche Perspektive zu geben.

Anscheinend jedoch haben es viele Verantwortliche immer noch nicht verstanden. Für den schon jetzt einsetzenden Fachkräftemangel sind auch die Unternehmen verantwortlich.

Wer im Jahr 2010 noch mit qualifiziertem Personal in Deutschland entwickeln und produzieren will, der muss die jungen Frauen und Männer dafür jetzt ausbilden, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen deshalb weiterhin an die Wirtschaft appellieren und die Wirtschaft und die Unternehmen in die Pflicht nehmen, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung endlich gerecht zu werden und den Ausbildungspakt, der mit ihnen gemeinsam beschlossen worden ist, nicht ad absurdum zu führen.

Meine Damen und Herren, natürlich wollen wir als GRÜNE das duale System der Ausbildung erhalten. Wir müssen es stärken.

Aber wir können es uns insbesondere mit Hinblick auf die Zukunft nicht leisten, auch nur einen einzigen jungen Menschen ohne eine berufliche Qualifikation zurückzulassen und auf den St. Nimmerleinstag zu vertrösten. Das können wir, gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, nicht tun.

Deshalb bleibt die Landesregierung aufgefordert, die immer größer werdende Lücke zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Lehrstellenmarkt zu schließen. Dabei darf es sich in Zukunft nicht mehr nur um so genannte Warteschleifenangebote oder immer wiederkehrende Praktika handeln, sondern die anerkannte berufliche Ausbildung muss auch bei öffentlich finanzierten Angeboten absoluten Vorrang haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir schlagen heute vor, wie auch schon in den vergangenen Jahren, an den berufsbildenden Schulen des Landes endlich vollschulische Berufsausbildungsgänge einzurichten, um den jungen Menschen, die im dualen System der Berufsausbildung keinen Ausbildungsplatz erhalten haben, eine wirkliche Zukunftschance zu eröffnen.

Die gesetzlichen Möglichkeiten für die Einrichtung dieser vollschulischen beruflichen Ausbildungsgänge sind jetzt durch das neue Berufsbildungsgesetz, das im Bundestag mit einer überwältigenden Mehrheit verabschiedet worden ist, vorhanden.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich komme zum Schluss.

Vor dem Hintergrund der diesjährigen Zahlen muss die Landesregierung an den berufsbildenden Schulen bereits im neuen Schuljahr endlich aktiv werden und entsprechende Bildungsgänge einrichten und so möglichst allen jungen Menschen eine berufliche Perspektive zeigen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Itzek:

Bevor ich Frau Kollegin Grosse das Wort erteile, begrüße ich auf der Zuschauertribüne die Donnerstagsrunde der Evangelischen Kirchengemeinde Bad Sobernheim. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Frau Kollegin, bitte.

Abg. Frau Grosse, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Tatsächlich finden wir auf dem Arbeitsmarkt und insbesondere auf dem Ausbildungsmarkt eine sehr angespannte Situation vor. Herr Wiechmann, da stimmen wir völlig überein, keine Frage.

Natürlich ist das mit einer sehr schwierigen Situation für viele junge Menschen verbunden, die gerade die Schule verlassen. Auch das ist keine Frage und erfüllt uns mit Sorge.

Es ist allerdings kein Problem, das sich auf Rheinland-Pfalz beschränkt, leider, möchte man sagen. Es handelt sich hierbei um ein bundesweites Problem. Es hängt damit zusammen, dass wir eine anhaltend schwierige angespannte konjunkturelle Situation vorfinden.

Wir können uns in Rheinland-Pfalz nicht herausbeamen aus der gesamtwirtschaftspolitischen Lage, in der wir uns im Moment befinden.

Nun schauen wir uns die Zahlen in Rheinland-Pfalz etwas genauer an. Herr Wiechmann, wir stimmen im Wesentlichen überein, weil Zahlen eben Zahlen sind.

Die angebotenen offenen Lehrstellen sind erheblich zurückgegangen im Vergleich zum letzten Jahr. Das mag damit zusammenhängen, dass die konjunkturelle Situation die Betriebe etwas zurückhaltend gestimmt hat, zu diesem Zeitpunkt offene Lehrstellen zu melden.

Hier folgt mein Appell an die Wirtschaft, so schnell wie möglich offene Ausbildungsstellen zur Verfügung zu stellen, damit wir so viele junge Menschen wie es geht in den Ausbildungsmarkt vermitteln können.

Jetzt kommen wir zu einem Punkt, der für Rheinland-Pfalz eine besondere Herausforderung darstellt, nämlich dass immer mehr junge Menschen auf den Ausbildungsmarkt drängen.

Bundesweit liegen die Prozentpunkte bei den gesamten Bundesländern bei 1,8 %, in Rheinland-Pfalz bei 5,1 Prozentpunkten. Das heißt, wir finden eine ganz besonders schwierige Lage vor.

Meine Damen und Herren, dennoch, wenn wir uns ansehen, dass auf 100 Bewerber in Rheinland-Pfalz rein rechnerisch 74 Ausbildungsplätze kommen, der Bun-

desschnitt allerdings bei 72 Ausbildungsplätzen liegt, stellen wir fest, dass unsere Ausbildungsquote bundesweit sehr hoch ist.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf der Abg. Frau Grützmaker,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das soll keinerlei Anlass zur Entwarnung geben. Darum hatte ich meine Bemerkung vorabgeschickt. Ich möchte aber schon hervorheben, dass wir in Rheinland-Pfalz eine im Verhältnis gute Situation vorfinden.

Das hängt mit den bewährten Konzepten zusammen, die wir in Rheinland-Pfalz finden, allen voran der „Ovale Tisch“ des Ministerpräsidenten, den es bereits seit 1991 gibt, natürlich die Vereinbarung „Rheinland-Pfalz für Ausbildung“, die im Übrigen – das möchte ich noch einmal ausdrücklich hervorheben – auf der Freiwilligkeit basiert.

Das ist in Rheinland-Pfalz ein sehr wichtiger Punkt, auf den wir großen Wert legen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Dann gibt es natürlich unterschiedliche Aktionen der Ministerien. Ich nenne beispielhaft Jobfüxe und Jugendscout. Das ist das, was wir an Aktionen vorfinden.

Jetzt wollen wir sehen, was wir weiter tun können, und zwar alle, die am Arbeitsmarkt tätig sind bzw. davon betroffen sind.

(Pörksen, SPD: Eben, nicht nur
Reden halten!)

Da möchte ich die Industrie- und Handelskammern in Rheinland-Pfalz einmal ausdrücklich loben und würdigen, und zwar zumindest drei: Koblenz, Rheinhessen und Pfalz, die die Prüfungsgebühren abgeschafft haben. Ein ganz wichtiges Signal.

(Beifall bei SPD und FDP –
Schweitzer, SPD: Wer fehlt
denn da noch?)

– Eben drum, wer fehlt?

Wir hoffen nun inständig und ganz ernsthaft, dass die Industrie- und Handelskammer Trier auch nachzieht und dem nachkommt, was die anderen Industrie- und Handelskammern in Rheinland-Pfalz vollzogen haben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Dann hat es eine überaus erfolgreiche Aktion der Agenturen für Arbeit gegeben. Bei dieser Aktion – das stand vor zwei Tagen in der Zeitung – konnten 700 zusätzliche Lehrstellen angeworben werden.

Das ist eine gute Botschaft für die jungen Leute, es ist aber auch eine gute Botschaft für die Betriebe; denn die Betriebe müssen auch sehen, dass auch sie davon profitieren, wenn sie ausbilden können.

Meine Damen und Herren, dann möchte ich noch eine letzte Anmerkung für die erste Runde machen. Wir haben in Rheinland-Pfalz in der Enquete-Kommission „Zukunft der Arbeit“ überlegt, wie wir die Ausbildungsmarktsituation verbessern können.

Da ging es darum, wie wir im Land Rahmenbedingungen schaffen können, die dann kommunal umgesetzt werden sollen.

(Beifall des Abg. Schweitzer, SPD)

Einigkeit bestand über die Fraktionen hinweg darin, dass die Eltern ihre Kinder mehr begleiten sollten, und zwar auf dem schulischen Weg wie auch auf dem Weg in das Berufsleben.

Dann gibt es das Programm der Landesregierung: Eltern als Berufswahlbegleiter. – Wir haben das im Kreis Mainz-Bingen als Antrag formuliert und wollten das auf die Reise bringen.

Da war die Überraschung dann doch groß. Die CDU hat es abgelehnt.

(Pörksen, SPD: Typisch! –
Schweitzer, SPD: Ach nee!)

Nun könnte man denken, im Kreis wäre die CDU nicht über die landespolitischen Gegebenheiten informiert, weit gefehlt.

Die Kollegin Frau Schäfer, die leider nicht anwesend ist, war Spitze der Bewegung gegen diesen Antrag. Das überrascht mich dann schon. Vielleicht können Sie das gleich einmal erläutern.

(Beifall der SPD und der FDP –
Schweitzer, SPD: Ach nee! –
Schmitt, CDU: Da hat sie sehr
wahrscheinlich Recht!)

Vizepräsident Itzek:

Als nächste Rednerin rufe ich Frau Abgeordnete Huth-Haage auf.

Abg. Frau Huth-Haage, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Rheinland-Pfalz beenden in diesem Sommer über 47.000 junge Menschen – das sind 5 % mehr als 2004 – eine allgemein bildende Schule.

Wie die Regionaldirektion der Agentur für Arbeit Rheinland-Pfalz und Saarland mitteilt, stehen den Bewerbern für den Zeitraum Oktober 2004 bis Mai 2005 derzeit 21.028 gemeldete offene Ausbildungsplätze zur Verfügung. Das sind 2.600 oder 11 % weniger als im Vorjahr.

Geht man davon aus, dass ein Teil der Jugendlichen weiterführende Schulen besuchen wird und ein anderer Teil ein Studium beginnt, und hält man sich an die Faustregel der Bundesagentur, die besagt, dass von der

Gesamtheit eines Jahrgangs ca. 60 % bis 65 % als Nachfrager auf dem Ausbildungsmarkt verbleiben, so ist im Sommer mit ca. 28.000 bis 30.000 neuen Lehrstellensuchenden zu rechnen.

Die Schere zwischen Angebot und Nachfrage hat sich auf dem Ausbildungsmarkt 2005 vergrößert.

Die Initiativen von Wirtschaftsverbänden, Kammern und der Landesregierung sind richtig und begrüßenswert. Viele von uns sind vor Ort in diesen Initiativen engagiert.

Es darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Lage nach wie vor sehr schwierig und angespannt ist.

Der rheinland-pfälzische Ausbildungsmarkt ist ein Spiegelbild der allgemeinen Wirtschaftslage. Deutlich wird die wirtschaftliche Situation unseres Bundeslandes bei der Betrachtung von zwei maßgeblichen Indikatoren, nämlich bei der Betrachtung des Bruttoinlandsproduktes je Einwohner: Hierbei sind wir zweitletztes Bundesland im Westen.

Bei der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten je 1.000 Einwohner liegt Rheinland-Pfalz lediglich bei 289 Arbeitsplätzen und damit auf dem drittletzten Platz in ganz Deutschland.

Wir dürfen nicht vergessen, dass wir eine große Bugwelle vor uns herschieben. 40.000 junge Menschen unter 25 Jahren sind bei der Agentur arbeitslos gemeldet. 120.000 in derselben Altersklasse parken wir derzeit in Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Um es ganz klar zu sagen, die Gründe für die Ausbildungsmisere haben nichts mit der fehlenden Motivation der Betriebe zu tun oder mit der nicht ausreichenden Bereitschaft.

Herr Wiechmann, ich kann es Ihnen ganz klar sagen. Ich komme aus einem mittelständischen Betrieb. Wir bilden seit Jahrzehnten aus. Wir bilden über Bedarf aus.

Wir bieten den jungen Menschen nach der Prüfung einen festen Arbeitsvertrag.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist ja gut!)

Wir haben diese Woche eine Initiative mit dem Internationalen Bund (IB) gemacht, in der es darum geht, dass wir Jugendlichen – die zum Teil ein schwieriges Klientel sind –, konkret zwei jungen Menschen, die praktische Ausbildung zum Maschinen- und Anlagenführer ermöglichen und sie beim IB den theoretischen Teil der Ausbildung mitbekommen.

Bei all diesen Initiativen – ich weiß es, dass es nicht nur bei uns so ist, sondern bei vielen mittelständischen Betrieben in Rheinland-Pfalz so läuft – ist es unredlich, wenn Sie sagen, die Unternehmen kommen ihrer Verantwortung nicht nach. Das können Sie nicht machen.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn die Lehrstellenlücke in diesem Jahr größer ist als im letzten Jahr, so ist dies nicht auf das Scheitern des Ausbildungspakts zurückzuführen, sondern auf das Scheitern rotgrüner Wirtschaftspolitik.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Schwarz, SPD)

– Herr Schwarz, überlegen Sie doch einmal, welche Botschaften wir den Unternehmen in den letzten Monaten gesendet haben. Es geht immer wieder um die Diskussion über die Ausbildungsplatzabgabe. Wir wissen, das bremst doch eher die Bereitschaft auszubilden, da die Betriebe verunsichert sind. Als weiteres Stichwort nenne ich die unsägliche „Heuschreckendebatte“.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe in der letzten Debatte schon einmal die Frage in den Raum gestellt: Wie vielen Mittelständlern, wie vielen inhabergeführten Betrieben tut man damit bitter Unrecht, die sich im besten Einvernehmen mit ihren Arbeitnehmern tagtäglich in einem harten Kampf der globalisierten Wirtschaft stellen müssen? – In diese Kerbe schlägt auch das Antidiskriminierungsgesetz,

(Beifall der CDU –
Schmitt, CDU: So ist das!)

das in Wahrheit ein Antiaufschwungs-, ein Antiausbildungsplatz- und ein Antiarbeitsplatzgesetz ist. So ist es.

(Beifall der CDU)

Ich frage Sie im Ernst: Wie viele Mühlsteine wollen Sie dem Standort Deutschland und seinen Unternehmen noch umhängen?

Meine Damen und Herren, die eigentlichen Gründe für die Probleme auf dem Ausbildungsmarkt liegen in der schwierigen wirtschaftlichen Lage, in ungelösten strukturellen Problemen, aber auch in der mangelnden Ausbildungsreife vieler Schulabgänger.

(Ministerpräsident Beck unterhält sich
auf der Regierungsbank mit anderen
Mitgliedern der Landesregierung)

– Herr Beck, seien Sie bitte einmal ruhig! Gehen Sie auf Ihren Abgeordnetenplatz! Können wir bitte einmal Ruhe haben?

(Beifall der CDU –
Unruhe im Hause)

Kümmern Sie sich um die Bildungspolitik! Das ist eine primäre landespolitische Aufgabe. Da könnten wir etwas tun.

Viele Betriebe bilden auch nicht aus aufgrund der erschreckenden Kostensituation. Ich rede nicht nur von der Kostensituation bei der Ausbildung, sondern die Kosten sind in allen Bereichen explodiert, etwa im Bereich der Energiekosten. Dazu könnte ich einiges sagen.

Unternehmen bilden nur dann aus, wenn es die ökonomische Lage irgendwie ermöglicht.

Meine Damen und Herren, man muss sagen, nach sieben Jahren Rotgrün sind Jugendliche in unserem Land nicht nur materiell ärmer geworden, sie sind auch ärmer an Chancen und ärmer an Perspektiven.

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: So eine Art zu diskutieren! –
Weitere Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Itzek:

Herr Kollege Creutzmann, Sie haben das Wort.

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zweifellos hat sich die Situation für junge Menschen, im kommenden Ausbildungsjahr eine Lehrstelle zu finden, auch in Rheinland-Pfalz leider verschlechtert. Auf 74 freie Stellen kommen in Rheinland-Pfalz 100 Bewerber. Die Anzahl der offenen Stellen ist im Vergleich zum Vorjahr mit einem Minus von 9,9 % rückläufig, während die Zahl der Bewerber um 5,1 % gestiegen ist. 20.000 offene Lehrstellen stehen 27.000 Bewerberinnen und Bewerbern gegenüber.

Betrachtet man innerhalb von Rheinland-Pfalz die regionale Entwicklung, wird deutlich, dass die günstigsten Marktbedingungen in der Mittelrheinregion in Rheinhessen anzutreffen sind. Überdurchschnittlich angespannt ist der Markt in der Süd- und in der Westpfalz, im Raum Neuwied und in der Nahe-Hunsrück-Region. Auf diesen Regionen muss in den kommenden Monaten das größte Augenmerk liegen, um eine signifikante Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation zu erreichen.

Herr Kollege Wiechmann, es bringt uns nichts, wenn wir die jungen Menschen anstatt in eine einjährige in eine dreijährige Warteschleife schicken. Das hat keinen Sinn.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist doch keine Warteschleife!)

Dies bewirkt eine Verzögerung des Problems.

Frau Kollegin Huth-Haage, es bringt auch nichts, über die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu klagen.

(Schmitt, CDU: Aber sie hat
doch Recht!)

– Aber das bringt doch alles nichts. Es bringt keinen einzigen Ausbildungsplatz für junge Menschen.

Ich möchte einmal den Versuch unternehmen, konstruktiv zu überlegen, wie man noch etwas tun kann. Deswegen darf ich für die FDP-Landtagsfraktion zwei Anregungen geben.

In Ludwigshafen gibt es seit nunmehr sechs Jahren die Ausbildungsplatzinitiative Pfalz GmbH – AiP –, die mit

jährlich 1,5 Millionen Euro 300 Ausbildungsplätze fördert. Voraussetzung für diese Förderung ist, dass die Ausbildungsbetriebe über dem Durchschnitt der letzten drei Jahre zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Die ausbildungswilligen Betriebe können einen Antrag stellen, das Geld wird ihnen dann in jährlichen Raten ausbezahlt, und sofern eine Ausbildung abgebrochen wird, fließen keine Gelder mehr an den Ausbildungsbetrieb.

Da sowohl die Handwerkskammer als auch die Industrie- und Handelskammer in dieses Verfahren eingebunden sind, ist sichergestellt, dass keine weiteren Gelder mehr in Ausbildungsbetriebe fließen, wenn ein Lehrverhältnis während der Ausbildungszeit beendet wird. Die AiP könnte sehr unbürokratisch weitere Ausbildungsplätze bezuschussen mit dem Schwerpunkt in der Süd- und Westpfalz. Die FDP-Landtagsfraktion bittet die Landesregierung, mit dem Vorstand der BASF Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, weitere Ausbildungsplätze mit dem Schwerpunkt Süd- und Westpfalz zu bezuschussen. Dadurch könnten weitere Ausbildungsplätze in einer strukturschwachen Region geschaffen und damit ein Beitrag zur Schließung der noch bestehenden Lehrstellenlücken geleistet werden.

Für den Raum Neuwied und die Nahe-Hunsrück-Region, das heißt, für die nördliche Region unseres Landes, könnte ebenfalls eine Ausbildungsplatzinitiative ins Leben gerufen werden. Es gibt eine, – die AiP von der ich sicher bin, dass sie auch dort helfen könnte. Ob man sie über das ganze Land ausdehnen sollte, muss mit den Betroffenen abgestimmt werden.

Die AiP hat erfolgreich gezeigt, wie zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden können. Trotz dieser Vorschläge hat die FDP-Fraktion nicht die Illusion, dass alle Ausbildungssuchenden auch einen Ausbildungsplatz erhalten werden. Die im letzten Jahr etwa 1.000 nicht vermittelten Ausbildungsplatzbewerber waren nach unserer Kenntnis nicht vermittelbar, weil die schulischen Voraussetzungen nicht gegeben waren oder weil sie nicht vermittlungswillig waren.

Am Tag des Ausbildungsplatzes der Agenturen für Arbeit in Rheinland-Pfalz haben Berufsberater knapp 700 zusätzliche Lehrstellen im Land angeworben. Das begrüßt die FDP ausdrücklich, weil dadurch zusätzliche Angebote den jungen Menschen eine berufliche Perspektive eröffnen.

Nachdenklich macht uns allerdings, wenn es nach Auskunft der Arbeitsverwaltung noch 6.000 freie Lehrstellen in Rheinland-Pfalz gibt. Lehrstellensuchende und – das betone ich insbesondere – auch ihre Eltern sollten alles erdenklich Mögliche tun, dass sich die Jugendlichen schleunigst um einen dieser Plätze bewerben. Dieser Tage war eine Schulklasse der Berufsfachschule Worms zu Besuch im Landtag. Wir haben gefragt: Wie viele haben denn einen Ausbildungsplatz? – Leider haben sich nur drei gemeldet. Eine junge Frau sagte: Ich durfte nicht aus dem Haus hinausgehen, bevor ich meine Stellenbewerbungen hatte. Meine Eltern haben mich dazu gezwungen. Es bedarf auch einer gewissen Mithilfe des Elternhauses. Ich appelliere an dieser Stelle an die El-

tern, den jungen Menschen zu helfen, sich um eine Ausbildungsstelle zu bemühen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Staat kann nicht alles machen.

Frau Kollegin Thomas, wenn Ihr Kollege an die Landesregierung appelliert,

(Glocke des Präsidenten –
Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sie solle Lehrstellen schaffen, kann ich Ihnen nur sagen, die Landesregierung schafft keine einzige Lehrstelle.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Eben, das ist doch das Problem!)

Ich werde in der zweiten Runde noch weitere Vorschläge machen, wie wir einen Teil des Problems vielleicht lösen können.

Danke.

(Beifall der FDP –
Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die Landesregierung schafft keine einzige
Lehrstelle, das ist das Problem!)

Vizepräsident Itzek:

Herr Staatsminister Bauckhage, Sie haben das Wort.

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal muss man sagen, dass – – –

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Alles gut ist!)

– Das haben Sie gesagt. Es ist natürlich alles besser, als Sie es darstellen, das ist keine Frage, aber es ist nicht alles gut.

Wenn man über die Ausbildungsplatzsituation diskutiert, muss man dabei berücksichtigen, dass man über Jugendliche redet, die unter Umständen nach der Schulentlassung vor der Arbeitslosigkeit stehen. Dies ist eine Situation, die man entsprechend bewerten muss. Es lohnt nicht, wenn man diese Jugendlichen als Vehikel benutzt, um damit politisches Kapital daraus zu schlagen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Die Landesregierung tut sehr viel mehr, als Sie glauben. Sie hat selbst in allen Behörden die Ausbildungsplätze enorm erhöht. Sie ist eine Selbstverpflichtung eingegangen. Ich gehe davon aus, dass diese Selbstverpflichtung

von allen Behörden erfüllt wird. Dies ist ein wichtiger Schritt, der Signalfunktion hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat zusammen mit der Wirtschaft sowie mit der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit die Vereinbarung „Rheinland-Pfalz für Ausbildung“ geschlossen. Frau Kollegin Grosse hat dies bereits erwähnt. Dies ist ein Instrument, das auf freiwilliger Basis zustande gekommen ist und das auch bereits entsprechende Wirkung gezeigt hat.

Das kann man übrigens deutlich am Jahr 2004 erkennen. Es ist immer schwierig, zu welchem Zeitpunkt man über was diskutiert. Ich räume gern ein, dass die Situation in diesem Jahr noch einmal eine ganz besondere ist.

Wir hatten im Jahr 2004 Ende Oktober 2.595 nicht vermittelte Bewerber. Ende Dezember waren insgesamt 32.000 vermittelt. Vorhin ist die Zahl gesagt worden, 1.000 Bewerber waren nicht vermittelt.

Man muss bei diesen 1.000 Bewerbern noch einmal differenzieren. Man muss dabei wissen, dass sie teilweise nicht ausbildungsfähig und -willig sind und darüber hinaus zum Teil andere Wege eingeschlagen haben. Ich möchte noch einmal die Zahlen sagen. Von Oktober bis Dezember, also in einem Drei-Monats-Rhythmus, ist die Zahl der Ausbildungsplätze enorm gestiegen. Die Zahl der vermittelten Bewerber ist um über 1.500 zurückgegangen.

Man kann heute nicht so tun, als ob die Welt schon untergegangen wäre, wenn man weiß, dass noch eine ganze Menge Dynamik und Bewegung in der Angelegenheit ist. Das ist übrigens ein Ergebnis des freiwilligen Ausbildungspakts, was ich Ihnen gerade vortrage. Ich glaube, von daher gesehen waren die Ziele richtig. Die rheinland-pfälzische Politik ist richtig, weil wir viele Instrumente zur Verfügung stellen und gemeinsam mit den Kammern verfügbar haben, um den Ausbildungsmarkt entsprechend zu entkrampfen. Ich nenne das jetzt einmal etwas technokratisch. Gemeinsam wurde die „Vereinbarung Rheinland-Pfalz für Ausbildung“ geschlossen. Diese setzt die Ziele des nationalen Ausbildungspakts in Rheinland-Pfalz um und ist Ausdruck des gemeinsamen Willens von Wirtschaft und Politik, jungen Menschen eine Zukunft durch eine Berufsausbildung zu geben.

Das Bündnis hat zahlreiche Verabredungen getroffen, die den Betrieben und den Jugendlichen helfen, zueinander zu kommen. Die Partner haben 2004 große Anstrengungen unternommen, um die Ausbildungsplatzsituation zu verbessern. Diese Anstrengungen waren außerordentlich erfolgreich und haben unserem Optimismus Recht gegeben.

Im Übrigen hat diese Landesregierung, und zwar alle Partner dieser Landesregierung, noch nie für eine Ausbildungsplatzabgabe gestritten, um das in aller Klarheit zu sagen.

(Zuruf der Abg. Frau Grütmacher,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Beide Partner haben keine Ausbildungsabgabe gewollt, die auf anderen Ebenen von anderen gewünscht wurde.

Im Rahmen des Landespakts ist von den Industrie- und Handelskammern und den Handwerkskammern die Schaffung von 1.200 Ausbildungsplätzen zugesagt worden, geschaffen wurden 4.444.

Ich möchte gern die Gelegenheit nutzen, mich bei den Kammern, aber auch bei den vielen ehrenamtlichen Akquisiteuren, Lotsen und Paten zu bedanken.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, es gibt aber auch Jugendliche, die nach dem Schulabgang noch nicht in der Lage sind, eine Ausbildung anzutreten. Seit letztem Jahr gibt es für diese die so genannte „Einstiegsqualifizierung“ für Jugendliche. Dabei lernen Jugendliche die Betriebspraxis und ihre eigenen Stärken kennen. Sie können Teilqualifikationen erwerben, die ihnen helfen, einen Ausbildungsplatz zu erhalten.

Die bisherige Resonanz war positiv. Von den 884 EQJ-Verträgen, die bis Februar 2005 abgeschlossen worden sind, melden die Betriebe positive Ergebnisse. Meine Damen und Herren, das ist keine Ausbildung „light“, sondern für Jugendliche mit einem Vermittlungsproblem die Chance, sich zu bewähren.

Für die im vergangenen Jahr erstmals eingeführten Plätze zur EQJ sind statt der 1.000 zugesagten Stellen 1.540 bereitgestellt worden. Damit wurde das vereinbarte Ziel, das wir gemeinsam hatten, weit übertroffen.

Meine Damen und Herren, jedem Jugendlichen wurde bei der landesweiten Nachvermittlungsaktion im Oktober 2004 ein persönliches Beratungsgespräch angeboten. 48 % der erschienenen Jugendlichen konnten sogar einen Vermittlungsvorschlag erhalten.

In Rheinland-Pfalz wird damit kein junger Mensch bei der Lehrstellensuche allein gelassen. Land, Kammern und Agenturen haben ein Beratungs- und Vermittlungsnetz geschaffen, das allen interessierten jungen Menschen offen steht.

Von 2003 bis 2004 hatten wir einen beachtenswerten Zuwachs an neu eingetragenen Auszubildenden in unserem Bundesland. Es war ein Zuwachs von rund 3,6 %. Das sind Ergebnisse, die für sich sprechen. Natürlich bedeutet das heute keine Entwarnung, das ist keine Frage. Gestatten Sie mir aber in dem Zusammenhang noch einiges zu Ihnen zu sagen, Herr Wiechmann. Man muss sehen, Sie sagen einerseits, Sie wollen die duale Ausbildung stärken. Dazu stehen wir, das ist gar keine Frage.

(Frau Grütmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir auch!)

Andererseits sagen Sie, die Landesregierung muss handeln und man muss sofort an den berufsbildenden Schulen Vollzeitausbildung betreiben können. Es ist nicht systemimmanent, wenn Sie sagen, jetzt muss die

Landesregierung handeln und jetzt muss es sofort vollschulische Ausbildungsplätze geben.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es gibt schon die Meisterschule
in Kaiserslautern! –

Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das gibt es doch schon! Es geht
um die Ausweitung!)

– Natürlich gibt es das schon. Das bestreite ich doch gar nicht. Ich sage nur, es ist nicht systemimmanent. Sie wollen es erweitern und damit eine Situation herbeiführen, die dem Ausbildungsstellenmarkt so nicht behilflich sein wird; denn nach der Ausbildung kommt in aller Regel auch die Bewerbung, Herr Wiechmann.

(Zuruf des Abg. Wiechmann,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Wissen Sie, Herr Wiechmann, wenn wir beide über Ausbildung reden, dann ist das wirklich ein Problem für sich.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe das schon einmal gemacht. Ich möchte das hier nicht abwertend sagen. Nicht jeder ist in der Situation, schon einmal ausgebildet zu haben. Das kann auch nicht jeder.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Vor allem nicht, wenn man unter 30 ist!)

– Das bestreite ich doch gar nicht. Frau Thomas, ich habe nicht gemeint, das kann nicht jeder, weil die Qualifikation, die Voraussetzungen nicht vorhanden sind.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie haben den Kollegen Wiechmann
angesprochen!)

Ich bitte das dann in dem Sinne zu verstehen, dass nicht jeder selbstständig ist und nicht jeder Ausbilder ist. Das war der Hintergrund dabei. So einfach ist das ganze Spiel.

Ich möchte nur sagen, man kommt dann unter Umständen in eine bestimmte Situation; denn nach dem Ausbildungsmarkt kommt der Stellenmarkt. In der Regel kann der Staat natürlicherweise nicht so ausbilden, wie im dualen System ausgebildet werden kann, weil er nicht bedarfsgerecht für den Markt ausbilden kann. Das funktioniert überhaupt nicht. Dann hat man zwar unter Umständen eine Ausbildung, aber noch lange keine Stelle.

Von der Kostenfrage reden wir jetzt einmal in dem Zusammenhang nicht. Weil ich das so sage, möchte ich auch noch etwas zu Ihnen sagen, Frau Huth-Haage. Ihre Beispiele mit dem Bruttoinlandsprodukt und mit den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind keine belastbaren Beispiele. Sie taugen in diesem Zusammenhang überhaupt nicht.

(Beifall bei FDP und SPD –
Frau Huth-Haage, CDU: Statistisches
Landesamt!)

Es gibt einen wahren Parameter am Arbeitsmarkt, und zwar den Parameter der Quote der Nichtbeschäftigten. Die Arbeitslosenquote ist also der wahre Parameter. Wir sehen, in diesem Bereich stehen wir im Verhältnis zu anderen Bundesländern gut da.

(Zuruf des Abg. Hörter, CDU)

– Ich bestreite doch nicht, dass es einen Rhein-Main-Raum und einen Rhein-Neckar-Raum gibt. Wir werden jetzt gerade die Metropolregionen auf den Weg bringen. Aber davon partizipiert und profitiert jede der Seiten, nicht nur eine. Deshalb ist das ein schlechtes Beispiel.

Genauso schlecht ist das Beispiel mit den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

(Frau Huth-Haage, CDU: Das ist
ein gutes Beispiel!)

Deshalb taugen die Beispiele nichts. Die Landesregierung hat wirtschaftliche Daten vorzuzeigen, die gut sind.

(Frau Huth-Haage, CDU: Die aus
Ihrem Haus kommen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich werde nach der zweiten Runde noch etwas dazu sagen.

Die Zahlen zur Situation des Ausbildungsmarktes, die gegenwärtig veröffentlicht werden, dürfen sicherlich zur Entwarnung führen. Trotzdem bleibt die Frage, was genau diese Zahlen abbilden und welche Rückschlüsse sie auf die tatsächliche Lage und das kommende Ausbildungsjahr zulassen. Hier halte ich eine differenziertere Betrachtungsweise für angemessen.

Sowohl die Arbeitsagenturen als auch die Bundesregierung in ihrem jährlich veröffentlichten Berufsbildungsbericht weisen immer wieder auf die begrenzte Reichweite bestimmter Zahlenwerke hin.

Besonders für die Statistik der Agentur für Arbeit gilt, sie bildet nicht den tatsächlichen Markt ab, sondern nur den Teil der Anbieter und Nachfrager, der sich dort freiwillig meldet. Es existiert nämlich keine Meldepflicht.

Gegenwärtig haben wir keine markttransparente Situation. Fast alle suchenden Jugendlichen melden sich, aber nicht alle Betriebe mit freien Plätzen geben diese an die Agenturen weiter. So ist die offizielle Statistik immer eine „Meldestatistik“, die auf freiwilligen Angaben beruht.

Deswegen ist es besonders wichtig, dass sich diejenigen Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz gefunden haben, bei den Agenturen abmelden. Das geschieht auch teilweise nicht. Auch dieser Umstand trägt dazu bei, dass sich die Zahlen einem realistischen Wert nähern.

Ist die Stimmung schlecht, melden immer weniger Betriebe ihre freien Plätze den Agenturen, da sie – ich zitiere die gestrige Veröffentlichung der Agentur für Arbeit –, „die Türen von Bewerbern eingerannt bekommen.“

Das Ergebnis sind sinkende Zahlen, ohne dass es sich dabei um die tatsächliche Abbildung des Ausbildungsmarkts handelt. Ähnliches gilt für die suchenden Jugendlichen. Ist die Stimmung schlecht, melden sich immer mehr Jugendliche arbeitsplatzsuchend, die sich sonst selbstständig um eine Stelle bemühen würden. Die Arbeitsagenturen erfassen auch hier nur einen Anteil. Die Zahlen steigen, je weniger sicher sich die Jugendlichen fühlen.

Dabei gibt es auf dieser Zahlengrundlage auch positive Erkenntnisse. Im Ländervergleich steht Rheinland-Pfalz bei der Relation von Angebot und Nachfrage günstiger da als die meisten Bundesländer. Die Zahlen sind gesagt worden.

Rein rechnerisch entfielen im Mai auf 100 Bewerberinnen und Bewerber 74 Ausbildungsstellen. Bundesweit standen 100 Bewerberinnen und Bewerbern nur 61 Stellenangebote gegenüber. Man sieht, wir sind deutlich besser als der Bundesschnitt. Somit stand Rheinland-Pfalz an viertgünstigster Stelle nach Hamburg, dem Saarland und Schleswig-Holstein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage das deshalb, weil man immer nur eine Momentaufnahme wiedergeben kann. Wir müssen am Ende genau die Zahlen überprüfen. Ich bin relativ sicher, dass wir noch eine ganze Menge bewegen können, und zwar einerseits die Wirtschaft, andererseits aber auch die Tarifpartner und all die, die am ovalen Tisch teilnehmen. Sie haben sich jedenfalls vorgenommen, wieder ein gutes Verhältnis vorzulegen.

48 % haben bei der Nachvermittlungsaktion konkrete Angebote bekommen. Man muss auch wissen, dass rund 50 % nicht gekommen waren. Rund 50 % sind erst gar nicht gekommen. Von daher sieht man, dass die ganzen Zahlenspielerien, die Herr Wiechmann hier betreibt, so nicht ernst zu nehmen sind. Es gibt auch welche, die unter Umständen keinen Ausbildungsplatz wollen, sonst würde man wenigstens das Angebot wahrnehmen. Das geschieht aus unterschiedlichen Gründen, die ich nicht bewerten will.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will noch etwas zu den Landesprogrammen sagen. Sie wissen, wir haben bei der ISB ein Sonderprogramm aufgelegt und werden es in diesem Jahr noch einmal erweitern. Übrigens für die Modulausbildung, für die Ausbildungsverbände gibt es entsprechende Sonderprogramme der Landesregierung. Immerhin sind 1.400 Ausbildungsstellen über dieses Programm der ISB geschaffen worden.

(Beifall bei SPD und FDP)

Das ist vor dem Hintergrund ein Datum.

Man kann leicht sagen, das ist in der Verantwortung der Wirtschaft. Mir ist klar, 30 % bis 40 % bilden aus unterschiedlichen Gründen nicht aus. Im Gegensatz zu vielen anderen besuche ich ab und zu einmal einen Betrieb. Ich war im vorigen Jahr in einem Betrieb, der 20 Beschäftigte hat. Diese hatten kein Ausbildungsbild. Sie hatten eine moderne Druckerei. Sie konnten alte Schriften ablichten und digital verwenden. In dem Unterneh-

men gibt es keinen Ausbildungsplatz. Selbst wenn sie ausbilden wollten, könnten sie nicht ausbilden. Das eine Beispiel muss man berücksichtigen.

Eines ist klar, das müssen sie in der Marktwirtschaft die Wirtschaft nicht lehren, dass sich der Arbeits- und Ausbildungsmarkt verändern wird. Das wissen vielleicht sie sogar viel besser, als mancher glaubt. In ein paar Jahren werden sie dringend Fachkräfte brauchen. Das wissen die besser als Sie und ich. Sie werden Fachkräfte benötigen, um Wertschöpfung in ihren Betrieben zu betreiben.

Von daher gesehen muss man dieses berücksichtigen und sehen, dass erheblich mehr in diesem Bundesland ausgebildet worden ist. Irgendwo gibt es eine Grenze. Ein Lösungsvorschlag von Ihnen ist keine Lösung, sondern wäre ein Irrweg, den wir nicht gehen wollen.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsident Itzek:

Bevor wir in die zweite Runde einsteigen, möchte ich als Gäste noch Mitglieder des Altenclubs Battweiler recht herzlich begrüßen.

(Beifall im Hause)

Herr Kollege Wiechmann, Sie haben das Wort.

Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal zu Ihnen, Frau Huth-Haage. Wir wissen um die große Ausbildungsbereitschaft gerade vieler mittelständischer Unternehmen. Das ist überhaupt nicht die Frage. Es geht mir um den Appell an diejenigen, die nicht wie Sie in ihrem Unternehmen ihrer Verantwortung nachkommen. Darum geht es mir. Es geht mir nicht darum, dass wir per se Wirtschaftsschelte betreiben. Das haben wir auch nicht getan.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Creutzmann, Herr Minister, die dreijährige Berufsfachschule an der Meisterschule für Handwerker in Kaiserslautern ist ein Beispiel für das, was ich gerade als Vorschlag ausgeführt habe. Das ist in Ihrer Verantwortung. An dieser berufsbildenden Schule werden immerhin seit vielen Jahren 400 junge Menschen vollschulisch beruflich und von den zuständigen Handwerkskammern anerkannt ausgebildet. Die Regelungen des neuen Berufsbildungsgesetzes geben uns genau diese Möglichkeiten, solche vollschulischen beruflichen Bildungsgänge zur Kammerprüfung zuzulassen; das heißt nichts anderes, als dass diese Ausbildung im dualen System vollständig anerkannt wird. Genau darum geht es. Das ist eine Chance für die jungen Menschen, die jetzt keinen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen haben. Diese dürfen wir nicht verstreichen lassen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch einmal betonen: Wer wie Sie versucht, die Ausbildungsplatzkatastrophe den Betroffenen, den jungen Menschen in die Schuhe zu schieben, sie in immer größerem Ausmaß als nicht ausbildungsfähig diskreditiert, der geht total an den Tatsachen vorbei. Nach einer Statistik der Bundesagentur für Arbeit für 2004 hatten 43 % der nicht vermittelten Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz einen Hauptschulabschluss, 43 % hatten einen Realschulabschluss und weitere 8 % sogar die Hochschulreife. Wer vor diesem Hintergrund tatsächlich immer wieder die Ausbildungsfähigkeit der jungen Menschen infrage stellt, dem ist in dieser Frage wirklich kaum noch Glaubwürdigkeit zuzutrauen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Itzek:

Als nächster Redner hat Frau Grosse das Wort. Sie haben drei Minuten Zeit. Der Herr Minister hat ein bisschen überzogen. Wir sind sehr flexibel. Wir sind schon in der Zeit etwas hintendran. Aber auf drei Minuten kann man sich sicher verständigen.

Abg. Frau Grosse, SPD:

Gut, umso besser, vielen Dank.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Huth-Haage, Sie haben die wirtschaftlichen Daten ausgeführt und angesprochen. Ich möchte dazu nur eine Anmerkung machen. Das Land Rheinland-Pfalz lag nach Angaben des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“ der Länder vom 1. April 2005 im Jahr 2004 mit einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von 2 % im Vergleich zum Vorjahr an zweitbesten Stelle aller Bundesländer. Das zu Ihren Anmerkungen in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt.

Ich komme zu Ihren Ausführungen bezüglich der mittelständischen Unternehmen. Bei dem Lob und den Erläuterungen zu denjenigen, die ausbilden, sind wir nicht weit auseinander. Ohne Frage sollten diejenigen, die ausbilden, großes Lob erfahren. Wir haben festgestellt, wenn Ausbildungsplätze geworben werden, schlagen die Betriebe zu, die ohnehin schon ausbilden. Ich denke, wir müssen ein bisschen differenzieren. Wir können nicht sagen, alle mittelständischen Betriebe bilden aus. Ca. nur ein Drittel der ausbildungsberechtigten Betriebe bilden aus. Wir müssen überlegen, woher das kommt und wie wir diese Betriebe dazu bringen können zu sagen, jetzt machen wir mit, jetzt bilden auch wir aus. Das ist zumindest unsere Intention. Das ist der Grund, warum wir unterschiedliche Vorschläge in der Enquete-Kommission erarbeitet hatten.

Sie haben ein Ausbildungshemmnis in Bezug auf die hohe Vergütung der Auszubildenden genannt. In der Anhörung hatten wir explizit nachgefragt, ob die Ausbildungsvergütung für die Ausbilder ein Ausbildungshemmnis darstellen würde. Die Vertreter der IHK haben

das nicht bestätigt, im Gegenteil, sie haben gesagt, dies wäre kein Ausbildungshemmnis. Wenn wir Anhörungen machen, sollte man die Ergebnisse vielleicht mit nach Hause nehmen und ordentlich bewerten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir müssen den Unterschied einfach klar machen, dass Ausbilden Unternehmenskultur ist. Wir müssen klar machen, dass Ausbildung Werbung ist. Ausbilden ist aufgrund der demografischen Entwicklung für die Betriebe zwingend notwendig, sonst sind sie nicht zukunftsfähig.

Meine Damen und Herren, das Jahr ist halb vorbei. Der Herr Minister hat eben darauf hingewiesen, dass es sehr schwierig ist, hier zu Zwischenergebnissen zu kommen. Es soll ein Appell an alle sein, alles zu mobilisieren, noch mehr Einsatz zu zeigen, um möglichst viele junge Menschen in die Ausbildung zu bekommen. Dazu gehört natürlich auch die landesweite Vermittlungschancengarantie. Lassen Sie uns versuchen, hier in Rheinland-Pfalz das zu wiederholen, was wir in den Jahren 2003 und 2004 erreicht haben, nämlich jeweils eine zunehmende Zahl von Ausbildungsplätzen. Ich bitte Sie dabei alle um Ihre Unterstützung.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Itzek:

Ich erteile als nächster Rednerin Frau Kollegin Huth-Haage das Wort. Sie haben noch vier Minuten Redezeit. Sie haben vorhin die fünf Minuten nicht ausgeschöpft.

Abg. Frau Huth-Haage, CDU:

Meine Damen und Herren! Frau Grosse, Sie haben Eltern als Berufswahlbegleiter angesprochen. Nun könnte man meinen, dass es eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, dass Eltern ihre Kinder bei der Berufswahl und auf dem Lebensweg insgesamt begleiten. Aber sei es drum, es ist sicherlich kein Fehler, das zu unterstützen. Man muss jedoch auch sagen, durch das Projekt allein wird kein einziger zusätzlicher Ausbildungsplatz geschaffen.

(Schwarz, SPD: Das stimmt nicht!)

– Ach, Herr Schwarz.

(Schwarz, SPD: Das stimmt nicht!)

Gute und gut gemeinte Projekte – – –

(Schwarz, SPD: Sie haben gesagt, keinen einzigen!)

– Herr Schwarz, es ist gut, dass es die Projekte gibt, aber es ist schlecht, dass es sie geben muss. Ich bitte Sie ganz ehrlich, hören Sie auf, solche Projekte als

Monstranz vor sich herzutragen. Das ist einfach schlecht.

(Beifall bei der CDU –
Schwarz, SPD: Nein, nein!)

Herr Minister, eine Anregung an Sie, bitte kümmern Sie sich um den Abgleich der Daten Ihres Ministeriums und des Statistischen Landesamts. Das wäre hilfreich.

(Beifall bei der CDU –
Staatsminister Bauckhage:
Das brauche ich nicht!)

Noch ein anderer Aspekt: 40 % der arbeitslosen Jugendlichen sind ohne Schulabschluss oder ohne berufliche Ausbildung. Das zeigt deutlich den Zusammenhang zwischen Bildung und Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Ausbildung ist und bleibt der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. Dennoch haben wir das Problem, dass ein großer Teil der Jugendlichen, nämlich knapp 19 %, die Auszubildendenverhältnisse vorzeitig beendet.

Meine Damen und Herren, das duale Ausbildungssystem ist nach wie vor ein großer Standortvorteil Deutschlands. Vielleicht haben Sie es verfolgt, zurzeit finden in Finnland die World Skill Championships statt. Das sind die Weltmeisterschaften in den Ausbildungsberufen. Da treten gegeneinander an junge Friseure, junge Tischler, junge Handwerker aus vielen verschiedenen Nationen. Was uns im Sport seit geraumer Zeit nicht mehr gelingt, nämlich Spitzenplätze und Medaillenränge einzunehmen, das ist uns bei diesen World Skill Championships in der Vergangenheit und auch diesmal wieder ganz stark gelungen. Gestern haben zwei junge deutsche Auszubildende erstmals im wichtigen Bereich der Mechatronik die Silbermedaille gewonnen. Es ist kein Zufall, dass diese beiden Mechatroniker Auszubildende der Festo AG in Baden-Württemberg sind, einem sehr innovativen Unternehmen, das sich auch stark um die Ausbildung kümmert. Das ist ein toller Erfolg. Das zeigt auch, dass wir uns stärker und weiterhin um die Zukunft der dualen Ausbildung bemühen müssen.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Da müssen die Betriebe auch
etwas tun!)

Die Bundesregierung muss sich auf der europäischen Ebene dafür einsetzen, dass die geplanten EU-Richtlinien nicht zur Schwächung der dualen Ausbildung führen werden. Dass das in Zukunft eine CDU-geführte Bundesregierung tun wird, daran haben wir keinen Zweifel. Dann gelingt das auch.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, auf dem Arbeitsmarkt hat Rotgrün die Vertrauensfrage längst verloren.

(Beifall der CDU –
Dr. Weiland, CDU: So ist es!)

Vizepräsident Itzek:

Als nächster Redner hat Herr Kollege Creutzmann das Wort.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Präsident! Herr Ministerpräsident, ich wiederhole das jetzt nicht, was ich von Ihnen gehört habe, aber es bringt uns nicht weiter. Da gebe ich Ihnen Recht. Gegenseitige Polemik schafft keinen einzigen Ausbildungsplatz. Herr Kollege Wiechmann, ich hatte vorhin gesagt, ich werde den Versuch unternehmen, nochmals mit einem konstruktiven Beitrag eine Idee mit hereinzubringen, wie wir noch zu weiteren Ausbildungsplätzen kommen können. Da gibt es auch wieder ein sehr interessantes Vorbild. Herr Dr. Braun kennt das. Das ist der Ausbildungsverbund bei der BASF, die einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt von Ausbildungsplätzen geschaffen hat.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Dazu hat Ihr Minister aber auch
nichts gesagt!)

– Frau Thomas, vielleicht wissen Sie das nicht, jährlich werden – – –

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich sage nur, Ihr Minister hat zu Ihren
Vorschlägen auch nichts gesagt!)

– Das braucht der Minister nicht, weil die Vorschläge, die ich hier mache, vorher mit dem Herrn Minister abgestimmt sind.

(Zurufe von der CDU: Oh!
Dr. Weiland, CDU: Vom Herrn Minister
aufgeschrieben!)

Sie können dann davon ausgehen, dass das, was ich hier sage, dann auch versucht wird, von der Landesregierung umzusetzen. Ist das gut? – Gut.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Dann höre ich demnächst genau hin!)

– Ja, das ist gut. Sie sollten öfter einmal genau hinhören.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich höre ziemlich genau hin! Ich schaue,
was danach herauskommt!)

– Ja, das weiß ich, dass Sie mir immer lauschen und ab und zu auch einen Zwischenruf machen.

Lassen Sie mich noch zwei Anmerkungen zum Ausbildungsverbund machen. Es handelt sich um 450 Ausbildungsplätze, die mit Partnerbetrieben im Ausbildungsverbund gemacht werden. Die Partnerbetriebe brauchen nur 290 Euro zu bezahlen und die Arbeitskleidung zu stellen.

Meine Damen und Herren, es war kein Problem, im Rhein-Neckar-Raum genügend Partnerbetriebe zu finden. Herr Kollege Wiechmann und Frau Thomas, was jedoch immer ein Problem ist, ist es, qualifizierte Auszubildende zu bekommen. Von den 450 Ausbildungsplätzen sind noch ca. 230 – heute habe ich in der Zeitung gelesen, es wären jetzt nur noch 200 – zu vergeben, was zeigt, dass die jetzt bestehende Ausbildungslücke auch in Zukunft geschlossen werden kann. Die Partnerbetriebe waren nicht das Problem.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wenn wir eine gute Schulpolitik
machen würden!)

– Das hat doch mit der Schulpolitik nichts zu tun, Herr Kollege Wiechmann, sondern natürlich auch damit, dass Sie für bestimmte Ausbildungsberufe auch bestimmte Qualifikationen brauchen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die sind doch abhängig von dem,
was man lernt!)

Die jungen Menschen machen einen Test, werden dann beraten, und es ist natürlich nicht immer leicht, für sie Ausbildungsberufe zu finden. Der Ausbildungsverbund ist deswegen ein so großer Erfolg, weil natürlich die jungen Menschen vorher auf die Ausbildungsfähigkeit hin getestet wurden. Es ist natürlich für ein mittelständisches Unternehmen sehr interessant, dass es junge Menschen bekommt, die befähigt sind, eine Ausbildung aufzunehmen und auch zu beenden. Die Bitte, die wir auch hier äußern, ist, ob man nicht mit überbetrieblichen Ausbildungsstätten, die es in Rheinland-Pfalz gibt, einen Ausbildungsverbund mit ausbildungswilligen Betrieben eingehen könnte. Der Herr Minister hat vorhin gesagt, das gibt es. Die ISB bezuschusst das, aber man könnte das vielleicht noch verstärken.

(Glocke des Präsidenten)

Wir müssen in den nächsten beiden Jahren – damit will ich schließen – nochmals gewaltige Anstrengungen unternehmen, um die Lehrstellenlücke bis zum Jahr 2007 zu schließen. Wir sind aber guten Mutes, dass wir das auch erreichen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsident Itzek:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt beendet.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung

„Die Fußballweltmeisterschaft 2006 in Rheinland-Pfalz – Chancen für unser Land“

Die Fraktionen haben eine Redezeit von fünfzehn Minuten vereinbart.

Herr Ministerpräsident, ich darf Ihnen das Wort erteilen.

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In fast genau einem Jahr, am 9. Juni 2006, beginnt in Deutschland die FIFA-Fußballweltmeisterschaft 2006. 1974, also vor 32 Jahren, war Deutschland zum ersten und bis heute zum letzten Mal Gastgeberland dieses großen Fußballfestes. Damals gab es keine Spiele in Rheinland-Pfalz. Ich freue mich – ich denke, wir alle freuen uns –, dass bei diesem weltweiten Sportereignis, das neben den Olympischen Spielen einzigartig dasteht, fünf Spiele in Rheinland-Pfalz, im Fritz-Walter-Stadion in Kaiserslautern, ausgetragen werden.

Für die Landesregierung, und wie wir aus allen Debatten bisher vernommen haben, auch für dieses Parlament und für die Bevölkerung unseres Landes Rheinland-Pfalz, ist eine große und gern angenommene Verpflichtung auf uns zugekommen. Das Motto der Weltmeisterschaft 2006 „Die Welt zu Gast bei Freunden“ heißt für Rheinland-Pfalz, dass wir dieses Motto mit Leben erfüllen wollen und das Land als sympathischen, weltoffenen und herzlichen Gastgeber präsentieren wollen.

Wert und Wichtigkeit dieses weltweit größten Medienergebnisses beschränken sich nicht nur auf vier Gruppenspiele und ein Achtelfinalspiel auf dem Betzenberg. Die Durchführung einer Fußballweltmeisterschaft ist für ein Land und eine Region und eine Stadt ein nicht hoch genug einzuschätzender Imagefaktor, ein Job- und Wachstumsmotor und eine für Jahrzehnte nicht wiederkehrende Chance, in diesem Fall die Stadt Kaiserslautern als Wissenschafts- und Hightech-Standort, die Pfalz als wunderschönes Reise- und Erlebnisland sowie als Weinlandschaft und unser ganzes Land Rheinland-Pfalz mit seinen kulturellen und historischen Wurzeln als wirtschaftsstarkes, innovatives Land im Herzen Europas mit vielen touristischen Highlights in aller Welt deutlich zu machen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Die Landesregierung – ich hoffe, ich darf formulieren „wir alle“ – hat daher die Bewerbung Kaiserslauterns als WM-Spielort von Anfang an intensiv unterstützt. Entscheidendes Leitmotiv dabei war es nicht, den Fußballfans im eigenen Land eine Chance zu eröffnen, das freilich auch. Es ging uns zentral darum, Spiele hautnah auf dem Betzenberg miterleben zu können, und wir wollten von Anfang an den großen Nutzen, den die Weltmeisterschaft für die Menschen, die Wirtschaft und speziell den Tourismus in Kaiserslautern, in der Pfalz und weit über diese Region hinaus bewirken wird, für Rheinland-Pfalz sichern.

(Vizepräsident Creutzmann
übernimmt den Vorsitz)

Mit vielen Projekten und Initiativen und durch ein breit gefächertes Programm im Vorfeld der Weltmeisterschaft haben die Ressorts der Landesregierung seit mehr als einem Jahr begonnen, Motivation und Begeisterung für dieses sportliche Großereignis bei der rheinland-pfälzischen Bevölkerung aufzugreifen und zu verstärken und damit zugleich für die Besucherinnen und Besucher aus aller Welt ein Signal zu setzen, dass wir als zukünftiger Gastgeber der WM bereits in Topform sind.

Ich bin fest davon überzeugt, dass es hunderttausenden von Besuchern aus Nah und Fern, die die Spiele auf dem Betzenberg – leider aus Platzgründen wohl nicht alle im Stadion – sehen werden, dieses sportliche Großereignis, aber auch unser Land und seine Menschen als unvergessliches Erlebnis in Erinnerung behalten werden.

Weil wir die Wichtigkeit und Einzigartigkeit dieses Weltereignisses erkannt haben, hat der Ministerrat bereits im März 2004 einen Staatssekretärsausschuss „WM 2006“ eingesetzt und einen Beauftragten für die Vorbereitung der Fußballweltmeisterschaft berufen.

Ich will die Gelegenheit nutzen, um Ihnen, Herr Dr. Kemper – er ist unter uns – herzlich zu danken, Ihnen und Ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern. Es ist eine hervorragende Arbeit, die Sie bisher schon abgeliefert haben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Die Vorbereitungen einer Fußball-Weltmeisterschaft regelt und koordiniert man nämlich nicht mit leichter Hand nebenbei.

Zusammen mit den Partnern in der Stadt Kaiserslautern, die ebenfalls hervorragende Arbeit leisten, dem FIFA-Organisationskomitee in Frankfurt, den Medien und Sponsoren und vielen anderen Helferinnen und Helfern hat die intensive Vorbereitungsarbeit längst begonnen. Ich will ein besonderes Dankeschön an die Adresse von Dr. Zwanziger sagen, mit dem wir eine ausgezeichnete Zusammenarbeit pflegen können.

Lassen Sie mich zu dem Stichwort „Fußball-Weltmeisterschaft 2006 als Wachstumsmotor“ einige Gedanken ansprechen: 32 Mannschaften aus allen Erdteilen werden an dieser Weltmeisterschaft teilnehmen. Sie bestreiten in der Zeit vom 9. Juni bis zum 9. Juli 2006 64 Spiele. Über 3 Millionen Fußballfans werden Zuschauer im Stadion sein, davon – so schätzt der DFB – werden ca. 1,2 Millionen aus dem Ausland kommen. Diese Zuschauerinnen und Zuschauer werden, so Tourismusexperten, ca. 5 Millionen Übernachtungen in Deutschland benötigen. Auf diesen enormen Schub für den Tourismus werde ich noch etwas ausführlicher eingehen.

Wissenschaftlich fundierte Prognosen und Studien haben – auch auf der Basis intensiver Analysen früherer Fußballweltmeisterschaften und Olympischer Spiele – ergeben, dass die Weltmeisterschaft 2006 dem deutschen Wirtschaftskreislauf eine zusätzliche Bruttowertschöpfung von bis zu 8 Milliarden Euro bescheren kann. Neuesten Prognosen zufolge soll das Bruttosozialpro-

dukt sogar um bis zu 40 Milliarden Euro steigen. Hiervon wird – Sie wissen, wir Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sind ein „Fünf-Prozent-Land“, das heißt, wir sind an all den Ziffern, die sich bundesweit auf Wirtschaftsdaten beziehen, zu 5 % beteiligt, wie auch mit dem Bevölkerungsanteil – ein nicht unerheblicher Teil in Rheinland-Pfalz hängen bleiben.

Neben allen Sparten der Sportbranche werden vor allem das Baugewerbe – das ist bereits an einer Reihe von Stellen zu sehen und wahrzunehmen –, die Gastronomie, die Hotellerie, der Touristikbereich, der Einzelhandel und die Informationsdienstleister von den Investitionen für die Weltmeisterschaft und vom Besucherstrom der Spiele profitieren.

Allein in der Tourismusbranche – so eine Studie der Ruhr-Universität Bochum – werden ca. 3 Milliarden Euro Umsatzplus erwartet. Für den Spielstandort Frankfurt am Main zum Beispiel erwartet die dortige Industrie- und Handelskammer – sie hat eine entsprechende Untersuchung vorgenommen – ca. 10.000 befristete zusätzliche Jobs, wovon bis zu 2.000 als dauerhafte Arbeitsstellen erhalten bleiben könnten, so wird dort prognostiziert.

Eine Studie für München ergab jüngst noch etwas höhere Zahlen.

Das Stadion bei uns in Kaiserslautern ist nicht in der Größe, aber durchaus in vergleichbaren Dimensionen. Man wird sich bezogen auf Kaiserslautern bewegen und orientieren dürfen.

Nach längeren Verhandlungen hat die FIFA den Ausrichterstädten, bei einem ansonsten werbefrei bereitzustellenden Stadion, die Mittelbände für eine Vermarktung mit dem Namen der Stadt überlassen. Die Tatsache, dass dieser Schriftzug bei allen Spielen ständig auf dem Bildschirm präsent ist, wird für Metropolen wie Berlin, Hamburg und München den internationalen Bekanntheitsgrad vielleicht nicht wesentlich erhöhen, für eine Stadt wie Kaiserslautern ist dieses Marketing unbezahlbar.

Der Name der kleinsten WM-Stadt in Deutschland – eine der kleinsten Ausrichter-Städte in der Geschichte der Fußball-Weltmeisterschaft überhaupt – wird nach 2006 auch in Bolivien, Japan, Neuseeland und anderswo ungleich bekannter sein als heute. Marketingexperten beziffern den reinen Werbewert hierfür auf über 500.000 Euro pro Spiel.

Weltweit werden sich ca. 30 Milliarden Zuschauer die 64 Spiele der WM im Fernsehen anschauen. Die Prognosen besagen, dass pro Spiel ca. 500 Millionen Menschen vor den Bildschirmen sitzen werden. Wenn es die strengen, noch nicht im Detail feststehenden FIFA-Regeln zulassen, wollen wir versuchen, auch den Namen des Landes Rheinland-Pfalz bei dieser weltweiten TV-Präsenz sichtbar werden zu lassen.

Aber es bleibt nicht nur bei der Übertragung der Spiele. Fernsehstationen aller Welt werden über Land und Leute berichten, über die Besonderheiten und Schönheiten der einzelnen Ausrichterstädte und der Regionen, in denen diese liegen. Auch hierauf bereiten wir uns mithil-

fe unter anderem der Rheinland-Pfalz-Touristik, der Partner SWR, Oddset und andere intensiv vor.

Am 9. Dezember 2005 findet in Leipzig die Auslosung der Mannschaften statt. Journalisten aus aller Welt werden anwesend sein. Das Schnüren von multimedialen Informationspaketen, in denen alle Informationen über das Fritz-Walter-Stadion, die Stadt Kaiserslautern und das Land Rheinland-Pfalz enthalten sein werden, hat begonnen. Insbesondere Journalisten derjenigen Länder – dies werden acht bis zehn sein – je nach Auslosung der Kombinationen im Achtel-Finale, die in Kaiserslautern spielen werden, sind ab diesem Tag an allen sportlichen, spieltechnischen, touristischen, verkehrsbezogenen und kulturellen Informationen über Kaiserslautern und unser Land hoch interessiert. Sie müssen und sie werden umgehend mit Informationen in Bild, Ton und Schrift in entsprechender Qualität und auch in der jeweiligen Sprache beliefert werden.

Die Effekte all solcher Marketingbeiträge sind zwar schwer in Euro und Cent messbar, es steht aber völlig außer Frage, dass das Image der Stadt Kaiserslautern und des Landes Rheinland-Pfalz dauerhaft davon profitieren werden.

(Beifall der SPD und der FDP)

Einen Marketingbereich will ich kurz gesondert hervorheben: Die Werbung für das Weinland Rheinland-Pfalz.

Die Weltmeisterschaft 2006 eröffnet völlig neue Absatzchancen für die rheinland-pfälzischen Weine. Die FIFA hat – Sie wissen, dass das nicht so einfach ist – dem deutschen Wein weitreichende Exklusivrechte eingeräumt, was angesichts des strengen Regelgerüsts der internationalen Sponsoren eine Herausforderung darstellte, es zu erreichen. Herr Kollege Bauchhage, ich kann Ihnen zu diesem Verhandlungserfolg nur gratulieren. Ich weiß, wie schwer das war und kann deshalb den Erfolg einschätzen.

(Beifall der SPD und FDP)

Nun gilt es, diese Exklusivrechte in die sechs rheinland-pfälzischen Anbaugebiete zu übertragen und intensiv zu nutzen. So hat sich zum Beispiel der ehemalige Torhüter der schwedischen Nationalmannschaft und des 1. FC Köln, Ronny Hellström, bereit erklärt, für den rheinland-pfälzischen Wein anlässlich der Weltmeisterschaft 2006 zu werben. Das Land Rheinland-Pfalz und die Stadt Kaiserslautern werden spezielle WM-Selektionen kreieren. Jede Winzerin und jeder Winzer kann für seine Kreszenzen ein Zertifikat als WM-Wein erwerben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich einige Gedanken ansprechen, die sich auf das Stadion in Kaiserslautern als Basis und Ausgangspunkt für den Erfolg, sich um diese WM zu bewerben, beziehen. Die FIFA, das internationale Sportpublikum und die Sportjournalisten aus aller Welt werden einen WM-Spielort zunächst daran messen, ob die Spiele perfekt organisiert werden und in einem, den modernsten Anforderungen genügenden Stadion stattfinden. Deshalb hat die FIFA im Hinblick auf alle Anforderungen, die das Stadion betreffen – Sportgerechtigkeit, Sicherheit, opti-

male Medienmöglichkeiten usw. –, in ihrem Pflichtenheft keinerlei Kompromisse zugelassen. Erste und wichtigste Voraussetzung für die erfolgreiche Bewerbung Kaiserslauterns war und ist deshalb ein optimales Stadion. Darum bemüht sich die Stadiengesellschaft der Stadt Kaiserslautern, und wir helfen dabei. Gerade jetzt in der spielfreien Zeit befindet sich der WM-gerechte Ausbau in einer intensiven Bauphase. Wir alle hoffen und dürfen auch erwarten, dass dieser zum Ende des Jahres erfolgreich abgeschlossen sein wird.

Bei den für eine Weltmeisterschaft notwendigen Ausbaukosten liegt das Fritz-Walter-Stadion im unteren Mittelfeld aller zwölf WM-Stadien. Erheblich höhere Ausbaukosten liegen vor beispielsweise in Gelsenkirchen mit rund 192 Millionen Euro, in Leipzig mit etwa 90 Millionen Euro, in München mit ca. 340 Millionen Euro, in Köln mit etwa 110 Millionen Euro, in Dortmund, wo bereits zuvor sehr weit ausgebaut worden ist, mit ca. 36 Millionen Euro, in Nürnberg mit rund 56 Millionen Euro und in Stuttgart mit ungefähr 52 Millionen Euro.

Nichts, was dort gebaut wird, ist Ausdruck von Luxus oder übertriebenem Prestigedenken. Ich will an dieser Stelle offen sagen, dass ich mir gewünscht hätte, dass die FIFA ihre Erwartungen nicht so hoch geschraubt hätte, wie sie sie geschraubt hat.

(Beifall der SPD)

Es ist und bleibt klar: Ohne ein den FIFA-Anforderungen genügendes Stadion gäbe es keine WM-Spiele in Kaiserslautern. All die erwähnten positiven Effekte – zum Beispiel für Wachstum oder Beschäftigung – wären gegenstandslos, würde man manchen wohlgemeinten Ratschlägen – auch von hochgeschätzten Mitgliedern der Opposition – folgen und diesen Anforderungen nicht Genüge tun.

Meine Damen und Herren, wir wissen sehr wohl, was es bedeutet, in der heutigen Zeit ein solches Investment zu unterstützen. Wir wissen aber auch, was es bedeutet hätte, wenn wir uns heute in die Lage versetzen, dass andere sich auf diese Weltmeisterschaft vorbereiten, der Spannungsbogen aufgebaut würde, und Rheinland-Pfalz wäre nicht dabei.

Meine Damen und Herren, auch ich habe der nachträglich notwendig gewordenen Kostenerhöhung beim Stadion und der Beteiligung des Landes daran nicht freudig zugestimmt. Es gab und gibt aber keine Alternative, wenn wir uns zu dieser Weltmeisterschaft bekennen und sie haben wollen. Das ist – mehrfach von allen Fraktionen dieses hohen Hauses erklärt – gemeinsamer Wille.

Anfang dieser Woche war in der Presse zu lesen, dass die von der bayerischen Landesregierung kontrollierte Landesanstalt für Aufbaufinanzierung, eine Bank, die den Mittelstand fördern soll, kurzfristig mit 40 Millionen Euro eingesprungen ist, um die Endfinanzierung der so genannten Allianz-Arena in München zu sichern. Sie sehen, es ist also nicht singulär, dass man sich mit Nachfinanzierungen auseinander setzen muss. Freuen tut sich darüber keiner.

Ich will an dieser Stelle auf die Hinweise eingehen, die in diesen Tagen gekommen sind, dass sich die Baukosten erhöht haben, und zwar gründend auf Spielerfahrungen bei internationalen Wettbewerben, die die FIFA gemacht hat, und Nachforderungen gestellt worden sind an die Sicherung von Stadien, nicht speziell an das Stadion in Kaiserslautern, sondern an alle Stadien. Uns liegt ein Hinweis des Bauherrn, also der Stadiongesellschaft, vor. Wir warten auf einen entsprechenden Antrag, was diese Mehrkosten nach Prüfung der Unabweisbarkeit angeht. Wir werden sie selbstverständlich nach den Regelungen, die für Nachbewilligungen gelten, zu prüfen haben auf Notwendigkeit, auf rechnerische und inhaltliche Korrektheit. Ich gehe davon aus, dass wir, wenn das alles so eintrifft, auch an dieser Stelle die Stadiongesellschaft – wenn es um die Finanzierung geht, ist das die Stadt Kaiserslautern – nicht im Regen stehen lassen werden, sondern die Bereitschaft haben, im bisherigen Rahmen unsere Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Mehr kann man dazu derzeit noch nicht sagen, weil uns keine prüffähigen Unterlagen und kein Antrag vorliegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn man mehr Geld in die Hand nehmen muss als zunächst geplant – sowohl für den Stadionausbau als auch für andere Vorbereitungsmaßnahmen der Weltmeisterschaft –, dann ist das nicht das politische Hobby des Ministerpräsidenten, wie ich es gelesen habe. Davon können Sie wirklich ausgehen. Wenn mit ähnlichem Erfolg Wettbewerbe im linksbeinigen Sackhüpfen ausgefragt werden könnten und wenn die gleichen wirtschaftlichen Erfolge für unser Land damit verbunden wären, dann würde der Fußballfan Beck als Ministerpräsident die gleichen Entscheidungen zu treffen haben. Das will ich in aller Deutlichkeit sagen. Es geht also nicht um persönliche Neigungen, sondern um nüchternes Kalkül, aber auch um die Freude, die die Menschen entlang dieses großen Ereignisses haben können.

(Beifall der SPD und FDP)

Wir werden nicht klotzen. Das können und wollen wir uns nicht leisten, aber wir werden sachgerecht die notwendigen Finanzmittel bereitstellen. Sonst sind alle Freudenkundgebungen auf tönernen Füßen.

Ich will noch ein Wort an die über 1,6 Millionen organisierten Sportlerinnen und Sportler in unserem Land Rheinland-Pfalz und an die Sportorganisationen richten. Ich weiß, dass nicht zuletzt aus den Reihen des Sports von einigen versteckte und manchmal auch offene Kritik am Engagement des Landes beim Ausbau des Fritz-Walter-Stadions geübt wurde – im Übrigen kaum minder, als wir entsprechende Investitionen für Mainz 05 getätigt haben.

Meine Damen und Herren, aus diesen Äußerungen und aus manchem Schreiben, das ich erhalten habe, wurde vor allem deutlich, dass es die Befürchtung gibt, dass die dafür zur Verfügung gestellten Mittel den Sportförderetat belasten würden. Ich sage noch einmal, was bereits von Herrn Kollegen Zuber in seiner Eigenschaft als Sportminister und dann nach Amtsübernahme von

Herrn Kollegen Bruch deutlich gemacht worden ist, die Haushaltsmittel für diese Ausbaumaßnahmen entstammen nicht dem Etatansatz für die Sportförderung.

Ganz im Gegenteil, um deutlich zu machen, dass von einem solch großen Ereignis der gesamte Sport und nicht nur der Fußball – erst recht nicht nur der Profifußball – profitieren muss, stellt die Landesregierung in den Jahren 2002 bis 2006 jährlich 3 Millionen Euro zusätzlich für den allgemeinen Sportstättenbau, insbesondere für Vereinsanlagen, zur Verfügung.

(Beifall der CDU und der FDP)

Diese 15 Millionen Euro, die zusätzlich fließen, entsprechen den ursprünglich veranschlagten originären Landesmitteln für den WM-reifen Ausbau des Fritz-Walter-Stadions.

Wir haben diese Entscheidung auch deshalb getroffen und für verantwortbar gehalten, weil wir uns darum bemühen, in dieser Zeit auch mit diesen großen Investitionen der Nachfrageschwäche im Bereich der Bauwirtschaft und der schwächelnden Baukonjunktur entgegenzuwirken. Insoweit passt diese Anstrengung, weil sie investiv ist und nicht, wie manche Menschen das vermuten, Geld einem Proficlub an die Hand gegeben wird, sondern es wird gebaut, es werden Werte geschaffen. Es werden Zuwege gebaut, und es wird eine Infrastruktur für den Sport in der Spitze, aber mit den zusätzlichen 15 Millionen auch für den Sport in der Breite verbessert. Das ist meiner Meinung nach ein verantwortbarer und richtiger Weg, über den Arbeitsplätze gesichert werden und über den zugleich ein Stück Zukunftsinfrastruktur geschaffen wird.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei uns wird die Welt zu Gast sein. Entsprechend dem Motto der Weltmeisterschaft wollen wir, dass die Gäste, die zu uns kommen, das Gefühl haben, dass sie bei Freunden zu Gast sind.

Die FIFA geht davon aus – der bisherige Kartenvorverkauf zeigt dies –, dass alle WM-Spiele ausverkauft sein werden. Dazu werden, insbesondere aus benachbarten Ländern, deren Mannschaften in Kaiserslautern spielen, viele Fußballfans kommen, die keine Eintrittskarten haben. Dies bedeutet, dass bei fünf Spielen auf dem Betzenberg mit acht bis zehn unterschiedlichen Mannschaften mehrere hunderttausend Fans in die Pfalz kommen werden.

Wir haben deshalb frühzeitig der Förderung des Tourismus aus Anlass der WM 2006 einen besonderen Stellenwert eingeräumt. Unser Ziel ist es, Gäste, insbesondere aus dem Ausland, nicht nur für ein rauschendes Fußballfest zu gewinnen, sondern für das Land Rheinland-Pfalz als Urlaubsland zu begeistern. Wir wollen Einmalbesucher zu Dauerfreunden machen.

Die landschaftliche Vielfalt und die vielen kulturhistorischen Schätze, zum Beispiel das Weltkulturerbe Oberes Mittelrheintal, unsere Burgen, Schlösser und Altertümer, die Dome oder die Schönheiten des Pfälzer Waldes, des

Westerwaldes und der Eifel sowie all der Gebiete entlang des Rheins und der Mosel, wollen wir präsentieren. Ich sage noch einmal, das gilt natürlich auch für unser besonderes Produkt, nämlich für unsere Weine. Insoweit geht es uns darum, aus dieser sportlichen Begegnung auch eine Begegnung mit Kultur, Land und Leuten zu machen. Ein touristisches Angebot, ergänzt durch ein kulturelles Programm, wird dieses Bemühen unterstreichen.

Mit einer so genannten Organisationsoffensive WM 2006 wurde schon seit dem vergangenen Jahr die frühzeitige Organisation und Bündelung der gesamten touristischen Anstrengungen aller Regionen im Land gefördert, um den von der WM ausgehenden Effekt für alle Bereiche des Tourismus auch für die künftigen Jahre zu verstetigen. In regionalen Workshops mit allen Vertretern der Tourismusbranche wurden Angebotspakete entwickelt.

Zusätzlich hat das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau eine Qualifizierungsoffensive eingeleitet, die vor allem auf die Verbesserung der Dienstleistungsqualität in allen maßgeblichen Bereichen des Tourismus – Gastronomie, Hotellerie, Verkehrsträger und Einzelhandel – ausgerichtet ist.

Bisher wurden über 50 Seminare angeboten, in denen neben der Vermittlung des richtigen Umgangs mit fremden Kulturen auch Sprachkenntnisse erworben bzw. ausgebaut oder aufgefrischt werden konnten.

Diese Qualifizierungsoffensive soll über die Weltmeisterschaft 2006 hinaus eine nachhaltige Verbesserung der Servicequalität im Dienstleistungsbereich bewirken und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit aller touristischen Branchen im internationalen und nationalen Vergleich steigern.

Zusätzlich wird zusammen mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit ein Qualifizierungsprogramm für geeignete Arbeitslose durchgeführt.

Ein touristisches Internetportal der Rheinland-Pfalz-Touristik GmbH wird Verkehrshinweise und Onlinebuchungsmöglichkeiten weltweit zur Verfügung stellen. Viele weitere Marketingmaßnahmen sind in Vorbereitung.

Um den Gästen aus aller Welt ihren Aufenthalt angenehmer zu gestalten, werden wir während der Weltmeisterschaft die Ladenschlusszeiten aufheben. Der Ministerrat wird in Kürze die Details festlegen.

Für die 31 teilnehmenden Nationalteams aus aller Welt – das 32. ist das unsere – bietet das FIFA-Organisationskomitee 110 Quartiere mit dazugehörigen Trainingsplätzen in Deutschland an. Zu den ausgewählten Häusern zählen auch elf Tophotels in Rheinland-Pfalz sowie eine weitere Sportstätte in unserem Land mit einer Unterkunft in Hessen und damit in Kombination. Daran wird deutlich, dass wir neben Kaiserslautern auch die Chance haben, an den Austragungsorten in Frankfurt und Köln zu partizipieren.

Wir haben auf die Entscheidungen der Teams zwar keinen Einfluss, obwohl es durchaus bilaterale Gesprä-

che der Quartierorte mit ausländischen Nationen gibt, aber es wäre schön und ein enormer zusätzlicher Werbeeffect für diese Kommunen, wenn einige unserer Quartiere in Rheinland-Pfalz von ausländischen Mannschaften ausgewählt würden. Eine Auslosung, die beispielsweise Frankreich in der Vorrunde in Kaiserslautern sehen würde, wäre geradezu eine idealtypische Voraussetzung. Da wird aber das Los entscheiden, sodass wir uns das nur wünschen können.

(Beifall der SPD)

Da für alle Fans die Plätze in den Stadien in keiner Weise ausreichen werden, trotzdem aber viele Menschen die Spiele in einer gemeinschaftlichen und stimmungsvollen Atmosphäre erleben wollen, gewinnt das so genannte Public Viewing, das heißt Fernsehübertragungen der WM-Spiele auf Großleinwänden oder Videotafeln auf öffentlichen Plätzen oder in großen Sälen oder Stadien, in der Diskussion zunehmend an Bedeutung.

In den zwölf Austragungsstädten werden einige internationale Sponsoren der FIFA solche großen Videotafeln samt Bühne und einem entsprechenden Programmangebot finanzieren. In anderen Fällen sind Kommunen, Vereine oder andere Organisationen aufgerufen, zusätzliche Schaufenster eines bunten und weltoffenen Deutschlands darzustellen und zum Beispiel festival- oder volksfestartig die WM-Spiele für die deutschen und internationalen Gäste sichtbar zu machen. Dies wird auch im Hinblick auf die vielen Fans ohne Karten ein zusätzliches Element von Kontrolle und Sicherheit sein.

Die Rechteinhaber haben Rahmenbedingungen vereinbart, die im Kern vorsehen, dass alle nicht kommerziellen Organisationen keine Lizenzgebühren für die Übertragung der Spiele zahlen müssen. Ich bin der Meinung, das war ein wichtiger Fortschritt, der gegenüber ursprünglichen Absichten erzielt werden konnte.

(Beifall der SPD und der FDP)

Veranstaltungen mit einem kommerziellen Hintergrund, zum Beispiel wenn Eintrittsgelder verlangt werden oder die Veranstaltungen durch Sponsoren präsentiert werden, sind gebührenpflichtig. Es ist uns jedoch zugesichert worden, dass die Höhe dieser Lizenzen in einem vertretbaren Rahmen bleibt.

Bestandteil sowohl der kostenfreien als auch der kostenpflichtigen Lizenzen ist, dass alle Veranstalter zur Refinanzierung ihrer Organisationskosten Standflächen für den Verkauf von Esswaren, Getränken oder Souvenirs vergeben können. Für diesen Ausschank wird es keine weiteren Auflagen geben. Das ist für unsere regionalen Produkte und deren Vermarktung ganz wichtig. Ohnehin war ich erleichtert, als mir der Vorstandsvorsitzende einer großen Brauerei in der Eifel versichert hat, dass man durch geschicktes Verhandeln erreichen konnte, dass nicht nur amerikanisches Bier bei diesen Weltmeisterschaften zum Ausschank kommt.

(Beifall der SPD und der FDP –
Frau Spurzem, SPD: Das ist gut so!)

Meine Damen und Herren, ich bin sicher, dass sich für Kommunen, Sport- oder Kulturvereine und andere Institutionen diese Angebote der besonderen Präsentation in den kommenden Monaten zu einer sehr attraktiven Alternative für die schwer zu erhaltenden WM-Eintrittskarten oder zum Anschauen der Spiele vor dem heimischen Fernseher entwickeln werden. Ich kann nur alle potenziellen Anbieter in Rheinland-Pfalz ermutigen, die Chancen solcher Angebote zu nutzen.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen und denjenigen, die Verantwortung in diesen Bereichen haben, ausdrücklich anbieten, dass das WM-Büro des Landes in den kommenden Monaten hierbei gern mit Informationen über die Rahmenbedingungen hilfreich ist und Sie auf diesem Weg auf diese Weise begleitet.

Ein Fest des Sports in dieser Größenordnung, eine internationale Begegnung von diesen Ausmaßen wie die Fußball-Weltmeisterschaft, fordern uns in besonderer Weise hinsichtlich der Sicherheit unserer Besucher und unserer Bürgerinnen und Bürger. Ausschreitungen von Hooligans, die man leider seit vielen Jahren beim internationalen Sport kennt, sind in den letzten Jahren gewachsen. Die Angst vor terroristischen Anschlägen – ich erinnere daran, wie furchtbar es war, als die großartigen Olympischen Spiele in München durch den schrecklichen Anschlag überschattet worden sind – und die aktualisierte Herausforderung verunsichern die Menschen im Vorfeld von großen Fußball- und anderen Veranstaltungen.

Für die Weltmeisterschaft 2006 hat die Bundesregierung der FIFA umfassende Sicherheitsgarantien gegeben. Die Bundesregierung und die Länder haben mit dem „Nationalen Sicherheitskonzept WM 2006“ seit der erfolgreichen Bewerbung ein Instrument geschaffen, das größtmöglichen Schutz der Spieler, der Zuschauerinnen und Zuschauer, der Schiedsrichter, der Medienvertreter und der Delegationen aus der ganzen Welt vor, während und nach den Spielen garantiert. Es versucht auch, das Sicherheitsinteresse unserer Bürgerinnen und Bürger in gleicher Weise zu garantieren.

Im Rahmen der Innenministerkonferenz erarbeitete ein Bund-Länder-Ausschuss – Herr Kollege Bruch hat mitgewirkt – mit etlichen Projektgruppen Konzepte für alle Bereiche der polizeilichen Sicherheit, des Katastrophenschutzes und der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr. Belange der Strafverfolgung und der Rechtshilfe fließen ebenfalls in dieses Rahmenkonzept ein.

Polizeibekannte deutsche Hooligans werden keine Chance haben, in die Stadien oder in deren Umfeld zu gelangen. In internationaler Zusammenarbeit gilt es, dies ebenso für die Gewalttäter und die so genannten Hooligans aus anderen Ländern sicherzustellen. Sie sollen – das ist der Anspruch; ich hoffe, wir werden ihn auch erfüllen können – die deutschen Grenzen erst gar nicht überschreiten können.

Kernstück der polizeilichen Konzeption ist eine sichtbare, aber zurückhaltende und für mehrere Sicherheitsstufen konzipierte Präsenz der Sicherheitsorgane. Dies bezieht sich nicht nur auf die Polizeikräfte der Länder, sondern auch auf den Bundesgrenzschutz, bald Bun-

despolizei genannt, die Militärpolizei sowie unterstützende Delegationen der Polizeien der jeweils an den Spielen beteiligten Staaten. Videoüberwachung in den Stadien, aber auch an wichtigen Brennpunkten in den Städten, ergänzt das Sicherheitskonzept.

Rheinland-Pfalz gehört zu den Ländern, die schon sehr früh im Hinblick auf den eigenen Spielort Initiativen ergriffen haben. Das Polizeipräsidium Westpfalz ist seit zwei Jahren mit der Vorbereitung der Führung des gesamten Polizeieinsatzes in Kaiserslautern und im Land Rheinland-Pfalz anlässlich dieser Weltmeisterschaft beauftragt.

Durch das Ministerium des Innern und für Sport wurde inzwischen veranlasst, dass über 50 zusätzliche Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte dem Polizeipräsidium Westpfalz zugewiesen wurden und eine Projektgruppe WM 2006 eingerichtet ist. Alle dort eingehenden und erarbeiteten Informationen werden zu einem ständig aktualisierten Lagebild „WM 2006“ zusammengeführt. Dieses ist über Intranet von allen Polizeidienststellen abrufbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es gewünscht wird, wird Herr Kollege Bruch gern zu dem Sicherheitskonzept, das uns ein ganz besonders zentrales Anliegen ist, noch im Einzelnen Stellung nehmen.

Nachdem es leider aufgrund der Diskrepanzen zwischen einigen Ländern und dem Bund nicht zu einem digitalen neuen Funksystem gekommen ist, haben wir in jedem Fall dafür gesorgt, dass das Polizeipräsidium Westpfalz und die ihm zugeordneten Kräfte über ein modernes analoges Gleichwellensystem eine gute Versorgung hinsichtlich der Funkverbindungen haben werden.

Auch für Unfälle, Katastrophen, Epidemien oder terroristische Anschläge und deren Folgen ist umfassend Vorsorge getroffen. In enger Zusammenarbeit mit den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder ist der rheinland-pfälzische Verfassungsschutz in das nationale Sicherheitskonzept eingebunden.

(Unruhe im Hause)

Ich hoffe, ich störe die Kolleginnen und Kollegen nicht zu sehr. Katastrophenschutz, Brandschutz und die Rettungsdienste sind ebenfalls Teil des „Nationalen Sicherheitskonzepts WM 2006“. Im Wesentlichen betreffen diese Konzepte die Versorgungs- und Infrastrukturleistungen für einen möglichen Massenansturm von verletzten Menschen.

Die Notwendigkeiten der örtlichen Katastrophenschutzplanung in Kaiserslautern übersteigen die Fähigkeiten und Möglichkeiten einer Stadt. Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier koordiniert deshalb die landesweiten Unterstützungsmaßnahmen. Im Herbst 2005 ist eine große Katastrophenschutzübung zur realitätsnahen Erprobung der dann bereitgestellten Infrastruktur vorgesehen.

Erfahrungen bei vielen Sportgroßveranstaltungen in den letzten Jahren haben deutlich gemacht, dass eine schnelle und effiziente Strafverfolgung für fußballtypi-

sche Straftäter notwendig ist. Deshalb wird auch in Kaiserslautern dafür Sorge getragen, dass durch bereitstehende Staatsanwälte, Ermittlungsrichter und Beschwerdeinstanzen in enger Abstimmung zwischen dem Ministerium der Justiz und dem Ministerium des Innern und für Sport beschleunigte Verfahren zur Aburteilung und gegebenenfalls Ausweisung von Hooligans möglich sein werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Wort zur Verkehrs- und allgemeinen Infrastruktur. Die WM-Spiele in Kaiserslautern haben einen kräftigen Anstoß für eine schnellere Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in der Pfalz gebracht. Dies ist für alle Bürgerinnen und Bürger ein sichtbarer Beleg dafür, dass die Weltmeisterschaft 2006 mehr als nur ein paar Spiele auf dem Betzenberg bedeutet.

Das erste für uns alle spürbare Beispiel ist der Lückenschluss der A 63 bei Sembach. Die sechsstreifige Ummarkierung der Autobahn A 6 zwischen Kaiserslautern/Einsiedlerhof und Landstuhl ärgert uns zwar derzeit als Baustelle, wird aber in Zukunft den Verkehrsfluss deutlich verbessern. Auch der bis zur Weltmeisterschaft abgeschlossene Ausbau der B 270 von zwei auf vier Fahrstreifen zwischen Kaiserslautern/West und Siegelbach hilft allen Autofahrerinnen und Autofahrern in der Pfalz weit über diese Spiele hinaus.

Auch in Kaiserslautern selbst tut sich viel. Der Bau der Südtangente, die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes mit einem zentralen Busbahnhof sowie die Einrichtung von vier großen Park-and-Ride-Plätzen verbessern den Verkehr in der Stadt enorm.

Für den Bereich des Schienenverkehrs sind im Vorfeld der Weltmeisterschaft 2006 viele Projekte in Vorbereitung. Die Verlängerung der S-Bahn-Strecke Rhein-Neckar bis Homburg/Saar ist gesichert. Eine Modernisierung der westpfälzischen Bahnhöfe an dieser Strecke ist in Aussicht genommen. Die Schnellbahnstrecke Paris – Mannheim wird zwar erst im Dezember 2006 in Regelbetrieb gehen, aber zur Weltmeisterschaft wird schon modernes Fahrzeugmaterial für den nationalen und internationalen Verkehr zur Verfügung stehen.

Die Flughäfen Frankfurt-Hahn und Zweibrücken bereiten sich auf die Anforderungen des Luftverkehrs während der WM 2006 vor.

Dies entspricht den Interessen des Landes und der Stadt Kaiserslautern.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich bisher über das Pflichtprogramm zur WM gesprochen habe, will ich jetzt über die Kür reden. Viele gesellschaftliche Organisationen und Institutionen, aber auch alle Ressorts der Landesregierung haben eine Vielzahl von Ideen entwickelt und sind dabei, Projekte zu realisieren, die die Menschen in Rheinland-Pfalz auf die WM vorbereiten, Begeisterung wecken und neue Ideen und neues Engagement freisetzen. Das WM-Büro des Landes und der Landesbeauftragte koordinieren diese Initiativen und

Aktivitäten, knüpfen ein Netz von Informationen und helfen bei der Umsetzung.

Die Stadt Kaiserslautern rüstet sich in ganz besonderer Weise. Vor zwei Wochen wurde der Fußball-Globus in Kaiserslautern eröffnet. Damit hat die WM in Kaiserslautern unverkennbar in die Stadtmauern hinein Einzug gehalten. Neben der Großbaustelle des Stadions auf dem Betzenberg entsteht ein neues Gesicht des Hauptbahnhofs, und der Stadtpark erhält ein neues Kleid.

Außer vielen Kulturveranstaltungen im Vorfeld der WM wird es für die Zeit der Spiele eine bunte WM-Meile vom Bahnhof bis zum Stiftsplatz und auf weiteren Plätzen geben. Hier soll die große mehrwöchige Party für die Fans aus aller Welt stattfinden. Nicht nur Künstlerinnen und Künstler und Gastronomen, sondern auch die Vereine aus Stadt und Umland werden das Programm mitgestalten. Mit einem neuen Stadtdesign, Verschönerungsmaßnahmen und Begrünung sowie einem großen Fahnenmeer wird sich Kaiserslautern für die Weltmeisterschaft herausputzen. Licht- und Laserinstallationen werden Aufmerksamkeit erregen.

Der Hightech-Standort Kaiserslautern wird sich unter anderem dadurch bemerkbar machen, dass den Besuchern ein Fußgänger-Navigationssystem zur Verfügung stehen wird, das einfach und bequem per Handy zu bedienen ist. Dieses System wurde im Rahmen des Multimediawettbewerbs durch das Land ausgezeichnet und finanziell unterstützt. Herr Kollege Bauckhage und ich konnten uns davon bei dieser Gelegenheit überzeugen.

Ich möchte mich für die gute Zusammenarbeit mit der Stadt Kaiserslautern, dem Oberbürgermeister, dem Stadtvorstand, den verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber insbesondere bei Herrn Saile, der das WM-Büro der Stadt leitet, sehr herzlich bedanken. Ich bin sicher, dass ich Herrn Dr. Kemper in diese Anerkennung an die Kollegen vor Ort einbeziehen darf.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich nenne in diesem Zusammenhang auch ausdrücklich noch einmal Herrn Dr. Zwanziger und die Verantwortlichen des DFB. Ich bedanke mich sehr herzlich dafür, dass mit Franz Beckenbauer und denen, die in der Bewerbungsphase Entscheidendes bewirkt haben, eine große Unterstützung zu erkennen war, die von den Altweltmeistern des Jahres 1954, damals auch noch Fritz Walter, der noch unter uns war, heftig und nachhaltig unterstützt worden ist.

Ich habe allen Grund Herrn Jäggi und Herrn Schössler zu danken, die beide einen wichtigen Beitrag zu den organisatorischen Entscheidungen und zur organisatorischen Umsetzung dessen, was Stadt und Land zu leisten haben, erbringen.

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin davon gesprochen, dass auch die Kultur eine große Rolle im Umfeld dieser Weltmeisterschaft spielen wird. Seit der erfolgreichen Bewerbung war es Konsens in Deutschland, nicht nur in einer weltoffenen und gastfreundlichen

Atmosphäre perfekte Spiele zu organisieren, sondern auch die kulturelle Dimension des modernen Deutschlands vor aller Welt sichtbar zu machen. Unter der künstlerischen Leitung von André Heller plant die Bundesregierung große Kulturprojekte mit internationalem Renommee. Aber auch in Rheinland-Pfalz und insbesondere in Kaiserslautern werden vielfältige Kulturangebote vorbereitet. Open-Air-Konzerte und Kinofestivals, Theateraufführungen und Ausstellungen, die Betonmensch-Installation und viele weitere Angebote werden von Stadt und Land geplant.

Der Kultursommer 2006 steht unter dem anspruchsvollen Motto „Welt-Meister“. Neben einer vielfältigen Ausgestaltung des Themas „Fußball“ wird die Kulturszene auf den Kerngedanken orientiert, sich mit den „Welt-Meistern“ in der Kultur, also den großen Dichtern, Musikern, Malern und bildenden Künstlern auseinander zu setzen. Auch das Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“ wird für die Besucher aus aller Welt künstlerisch thematisiert.

Vorgeschmack für diesen Kultursommer wird im September 2005 ein „Begegnungsspiel“ der besten vokalen Jazzensembles der Welt in der Phoenixhalle in Mainz sein. Ein nach etlichen Aufführungen schon jetzt noch gefeiertes Schüler-Musical mit dem Titel „Ba-Ba-Balla“ wird bis zur Weltmeisterschaft als rheinland-pfälzisches WM-Jugend-Musical auf Tournee gehen. Dieses Musical der Regionalen Schule Pellenz in Plaidt, unterstützt von den rheinland-pfälzischen Fußballverbänden, dem Kultursommer Rheinland-Pfalz e. V. und dem Sponsor Oddset, bringt auf unterhaltsame Weise die bisherigen Fußball-Weltmeisterschaften und Gefährdungen und Chancen eines hoch trainierten Jugendfußballspielers in einer Erzählung zusammen. Das Chawwerusch-Theater aus Herxheim hat ein begeistert aufgenommenes Tourneestück „Vor dem Spiel ist nach dem Spiel“ herausgebracht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, selbstverständlich versuchen wir auch den Gedanken der Nachhaltigkeit mit dieser Weltmeisterschaft zu verbinden. Mit dem so genannten „Green Goal“-Konzept hat das FIFA-Organisationskomitee sich von Anfang an das Ziel gesetzt, erstmals eine sportliche Großveranstaltung mit Minderungszielen in den Bereichen Abfall, Wasser, Energie und Verkehr zu organisieren. Außerdem soll versucht werden, die WM klimaneutral zu gestalten.

Das Ministerium für Umwelt und Forsten und die Stadt Kaiserslautern arbeiten intensiv und erfolgreich daran, dieses Ziel umzusetzen. Vor wenigen Wochen begann die Kampagne „primaKLIMA: 2006“. In dieser Kampagne werden Fußballfans in Rheinland-Pfalz für den Umwelt- und Klimaschutz sensibilisiert, die dafür sonst vielleicht nur schwer zu erreichen und zu begeistern wären. Umweltministerin Margit Conrad machte deutlich, dass jeder in seinem direkten alltäglichen Umfeld viele Chancen hat, sich klimaschonend und auch finanziell wirksame Einsparziele zu setzen.

Mithilfe des Ministeriums für Umwelt und Forsten wird sich die Stadt Kaiserslautern im Jahr 2006 den nationalen und internationalen Besuchern als Solarstadt und als hervorragendes Beispiel deutscher Technologiekompe-

tenz in der Solartechnik darstellen. Vielfältiger Einsatz erneuerbarer Energien zur Stromversorgung sorgen dabei für eine klimaneutrale Weltmeisterschaft. Mit vielen neuen Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden, aber auch auf Privathäusern in Kaiserslautern soll die Chance genutzt werden, auf den ersten Platz in der „Solar-Bundesliga“ aufzurücken. Herzstück dabei ist die geplante Photovoltaik-Anlage auf der Südtribüne des Fritz-Walter-Stadions.

In einer engen Kooperation planen das Ministerium für Umwelt und Forsten und das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend ein Umweltbildungsprojekt „Eine Welt – WM 2006“, innerhalb dessen am Beispiel von Fußbällen, Fußballschuhen und Sportbekleidung die Schülerinnen und Schüler im WM-Jahr zu einer Auseinandersetzung mit dem Thema „Umweltgerechte und sozial verantwortliche Produktion und fairer Handel“ aufgefordert werden. Informationsmaterialien und Handreichungen zum Einsatz in Schulen und Vereinen wurden und werden entwickelt.

Weitere Projekte, die die WM zum Anlass für umweltbewusstes Handeln und Nachhaltigkeit nehmen, will ich nur stichwortartig andeuten:

- Workshops zur Bürgerbeteiligung im Rahmen der Lokalen Agenda 21 in Kaiserslautern,
- Öko-Check für Kaiserslauterer Sportvereine,
- Energie-Check für Haushalte,
- Einbeziehung des Biosphärenhauses Fischbach in WM-Aktionen.

Natürlich steht auch der rheinland-pfälzische Sport in den Startlöchern.

(Vizepräsidentin Frau Grützmaker
übernimmt den Vorsitz)

Überall im organisierten und nicht organisierten Sport ist zu spüren, dass die Weltmeisterschaft näher rückt. Hierfür nur einige Beispiele:

Das seit Jahren bewährte Sommerprogramm „Ferien vor Ort“ der Sportjugend Rheinland-Pfalz steht in diesem Jahr unter dem Motto „Die Sportjugend freut sich auf die WM 2006 und die Gäste aus aller Welt“.

Ein von über 120 Sportvereinen vorbereitetes vielfältiges sportliches und kulturelles Programm lässt die Ferienzeit für mehr als 10.000 Kinder zu einem Erlebnis werden.

In diesem Jahr wird der pädagogische Schwerpunkt auf den Fußball gelegt. Wichtigstes Medium dabei sind Straßenfußballturniere.

Im Rahmen des Projektes „Ballance 2006 – Straßenfußball für Toleranz“ werden darüber hinaus schon in diesem Jahr bis zu 100 Turniere veranstaltet, in denen Mädchen und Jungen Straßenfußball nach besonderen Regeln vor dem Hintergrund eines pädagogischen Ansatzes spielen.

Es gibt ganz interessante Regeln. Es spielen Mädchen und Jungen zusammen in einer Mannschaft. Die Tore, die geschossen werden, zählen nur, wenn ein Mädchen das erste Tor geschossen hat. Ich finde, eine tolle Idee dieser jungen Menschen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bemerkenswert bei diesen Turnieren ist, dass sie nicht nur von Sportvereinen, sondern von vielen anderen Institutionen der Jugend- und Sozialarbeit eingesetzt werden.

Auf Initiative und mit Hilfe des WM-Büros des Landes richten die beiden rheinland-pfälzischen Fußballverbände zur WM 2006 eine „Mini-Fußballweltmeisterschaft“ aus.

Nach Qualifikationsturnieren im Herbst 2005 werden im Frühjahr 2006 acht über das ganze Land verteilte Turniere mit jeweils 32 Mannschaften aus dem E-Jugendbereich, 10- bis 11-jährige Jungen und/oder Mädchen, stattfinden.

Die jeweils bestplatzierte Mannschaft qualifiziert sich für eine Endrunde der „Mini-Fußball-WM“ in Kaiserslautern, das Gesamtturnier wird nach dem Spielsystem der FIFA-WM 2006 ausgerichtet. Die Kinder spielen im nächsten Jahr in den Trikots der dann feststehenden 32 Teilnehmerländer.

Die Fußballverbände haben schon jetzt Probleme, die vielen Anmeldungen von Mannschaften aus dieser Altersgruppe organisatorisch zu bewältigen.

Im Rahmen der flächendeckenden FIFA-Kampagnen „Talente 2006 – die FIFA-WM in der Schule“ und „Club 2006 – die FIFA-WM im Verein“ beteiligen sich schon seit dem Vorjahr hunderte von Schulen und Vereinen.

Schüler setzen sich kreativ mit dem Fußballsport auseinander, Kinder und Jugendliche zeigen ihr fußballerisches Können.

Die Vereine des DFB veranstalten spezielle „WM-Tage“, in denen die Bevölkerung ein vielfältiges fußballerisches und spielerisches Angebot nutzen kann.

Meine Damen und Herren, nach langen Diskussionen wird nun auch – zumindest besteht die reale Chance dafür – nach einem Spitzengespräch zwischen Herrn Dr. Zwanziger, Herrn Kollegen Stoiber, Herrn Kollegen Wowerit und mir am vergangenen Montag in Berlin der Oddset-Wettvertrag, der schon vorbereitet war, erneut auf die Tagesordnung der Ministerpräsidentenkonferenz in diesem Monat gesetzt.

Ich hoffe, dass die Mittel, die wir damit für das kulturelle und das Jugendrahmenprogramm erbringen wollen, aber auch Mittel, die für behinderte Menschen und ihre Begegnungen und Ähnliches eingesetzt werden, zusammenkommen.

Der DFB hat zugesagt, dass, wenn dieser Staatsvertrag zustande kommt, wir erwarten dürfen, dass in jedem Fall diese Initiativen vom DFB ausfinanziert werden.

Die WM bietet die Chance, vielen Zielgruppen in der Bevölkerung, die dem Sport vielleicht nicht sehr nahe stehen, über die WM für Spiel, Sport und Begegnung zu begeistern. Die WM ist für uns ein Anlass, das Thema „Familie in Bewegung“ stärker in den Blickpunkt zu rücken.

Bewegungsangebote innerhalb und außerhalb der Sportvereine richten sich an viele Zielgruppen, aber selten an die ganze Familie. Die Landeszentrale für Gesundheitsförderung wird deshalb vom Sommer 2005 bis zum Sommer 2006 in Kooperation mit vielen Partnern Sport- und Spieltage für ganze Familien durchführen.

Im Mittelpunkt stehen hierbei Bewegungsangebote, die auf Kooperation, Teamfähigkeit und auf das Motto „Gemeinsam mit Spaß etwas erreichen“ ausgerichtet sind.

Auch im Rahmen der Behinderten- und Seniorenbetreuung wird ein umfassendes Projektangebot vorbereitet. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit stellt für das Jahr 2006 den jährlich herauskommenden Kalender mit Bildern, die von behinderten Kindern und Erwachsenen gemalt werden, unter das Motto „FIFA-Fußballweltmeisterschaft 2006“.

Die vierteljährlich erscheinende Seniorenzeitschrift „Spätlese“ wird ihren Leserinnen und Lesern einen Aufruf zuleiten, ihre Erinnerungen und Erlebnisse zum Thema „Fußball in Rheinland-Pfalz“ zu Papier zu bringen.

Eine Sondernummer der „Spätlese“ wird dann vielleicht hochinteressante und bisher unbekannte Reminiszenzen an die großen Fußballtage rheinland-pfälzischer Vereine oder zum Beispiel an die Helden von Bern an die Öffentlichkeit bringen.

(Hartloff, SPD: Ja!)

– Ja, das wäre schön, wenn auch an Vereine wie FK Pirmasens oder Wormatia Worms erinnert würde. TuS Neunkirchen bringt sich durch gute Leistungen selbst ins Spiel.

(Itzek, SPD: Phönix Ludwigshafen!)

– Lieber Herr Kollege Itzek, an Phönix Ludwigshafen, als dieses Stadion, das einmal eines der schönsten war, noch intensiv genutzt wurde.

(Hartloff, SPD: Das waren noch Zeiten!)

Man könnte natürlich mit dem TuS Mayen fortfahren.

(Jullien, CDU: TuS Neunkirchen?)

– TuS Neuendorf, Entschuldigung. Sie haben Recht. Danke für die Verbesserung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, dass mit diesen Initiativen, die sich an Jugendliche, an ältere Menschen, an Behinderte und an gesunde Menschen, an Familien und an Alleinstehende richten, in der Tat der Sport wieder ein Stück in den Blick kommen kann.

Für Jugendliche wird der Landesfilmdienst ein medienpädagogisches Projekt durchführen, in dem sich die Beteiligten konkret mit den Auswirkungen der Fußball-WM auf ihr Lebensumfeld auseinander setzen. Unter Einbeziehung des Internet gewinnt bei einem solchen Thema das multikulturelle Lernen besondere Bedeutung.

Auch die Videofilmtage 2005 von September bis November dieses Jahres werden sich mit dem Thema „Fußball-WM“ beschäftigen.

Damit bin ich beim Thema „Fußball als Bildungsgegenstand“ und die Fußballweltmeisterschaft als besonderer Anlass dafür.

Ich bin der festen Überzeugung, dass für Kinder und Jugendliche die Auseinandersetzung mit dem Fußballsport, mit dem Fair-Play-Gedanken und mit der internationalen Dimension dieser Weltmeisterschaft viele wertvolle Bildungsinhalte verknüpft werden können.

Neben der schon erwähnten bundesweit flächendeckenden Aktion der FIFA „Die WM in der Schule“ haben deshalb in Rheinland-Pfalz schon jetzt weitere Aktivitäten begonnen. Zusammen mit dem FSV Mainz 05 führt das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend ein Projekt „Mini-WM 2006 für Grundschulen“ in Mainz durch.

Einzelne Grundschulen suchen sich eine Nation für das Endturnier der WM 2006 aus, und diese Nation wird nicht nur sportlich vertreten, sondern die Schüler setzen sich mit diesem Land in Unterrichtsprojekten, die möglichst viele Fächer einbinden sollen, intensiv auseinander.

14 Schulen in Rheinland-Pfalz beteiligen sich an der WM-Aktion „Fair play for fair life“. Nationale und internationale Fußballturniere werden dabei zwischen Schulen ausgetragen, und die beteiligten Schulen übernehmen die Botschafterrolle für jeweils eine der 205 FIFA-Nationen.

Die Schülerinnen und Schüler lernen jeweils „ihr“ Land kennen, sie erhalten exklusive Unterrichtsmaterialien für die Themenbereiche „Fair-Play“, „Globales Lernen“ und „Gewaltprävention“ und setzen sich damit in unterschiedlichen Fächern auseinander.

Vor drei Monaten konnte ich zusammen mit Frau Kollegin Ahnen dieses Projekt in Rheinland-Pfalz eröffnen. Es bietet in vielfältiger Weise die Möglichkeit, das Motto der WM „Die Welt zu Gast bei Freunden“ schon jetzt mit Leben zu erfüllen.

Wegen seiner völkerverbindenden Zielsetzung ist es in besonderer Weise geeignet, zum Abbau von Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit beizutragen.

Bundesweit beispielhaft ist – das soll das letzte Beispiel von vielen anderen sein, die aus dem Bildungsbereich zu nennen wären –, dass eine Vielzahl von Lehrerfortbildungsveranstaltungen und Unterrichtsmaterialien zur Gesamtproblematik „Fußball“ entwickelt werden.

Darin werden Themen wie Globalisierung, Gewalt, Psychologie der Fans, Idole, Migranten im Sport, Fußball als Lebenschance in Drittweltländern, Spielerbiografien und so manches andere Thema vorkommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wissen natürlich auch, dass ein so großes Ereignis nur mit vielen Menschen über die Bühne zu bringen ist, die sich freiwillig engagieren. Sie sehen, dass die Vorbereitungen für die Fußballweltmeisterschaft 2006 inzwischen in fast alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in Rheinland-Pfalz vorgedrungen sind. Die Beispiele, die ich nennen konnte – es gäbe viel mehr zu berichten –, machen deutlich, wie viel Initiative, Engagement und Begeisterung schon jetzt in der Bevölkerung für die Weltmeisterschaft vorhanden ist. Dies hat eine nicht hoch genug einzuschätzende Entwicklung für das Ehrenamt und das freiwillige Engagement in unserem Land ausgelöst.

Die Rückmeldungen, die wir von dem Volunteer-Programm des FIFA-Organisationskomitees in Kaiserslautern und von dem eigenständigen freiwilligen Programm, das die Stadt Kaiserslautern parallel aufgelegt hat, bekommen haben, sind hervorragend. Die Gäste aus aller Welt können schon jetzt sicher sein, dass ihnen bei all den kleinen Problemen des Alltags in allen nur denkbaren Situationen viele freiwillige Helferinnen und Helfer in Kaiserslautern engagiert, kompetent und fremdenfreundlich helfen werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wie schon nach den Olympischen Spielen 1972 und nach der Fußballweltmeisterschaft 1974 wird auch nach der Weltmeisterschaft 2006 eine große Zahl von hoch kompetenten, sehr qualifizierten und organisationserfahrenen Fachleuten zur Verfügung stehen, die nicht nur das ehren- und hauptamtliche Gerüst der Fußballverbände für die Zukunft bilden werden, sondern auch in vielen gesellschaftlichen Bereichen ihre während dieser Weltmeisterschaft 2006 erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen in bürgerschaftliches Engagement umsetzen werden. Hierfür können und müssen wir alle dankbar sein.

Lassen Sie mich abschließend nicht nur gegenüber diesem hohen Haus, sondern auch gegenüber der Öffentlichkeit versichern, dass wir uns auf diese Weltmeisterschaft 2006 gründlich und – wo geboten – sehr nüchtern vorbereiten werden. Lassen Sie mich aber auch deutlich machen, dass es auch an uns, an den politisch Verantwortlichen liegt, ob die Begeisterung über ein so großes Ereignis in unserem Land Rheinland-Pfalz aufkommt und ob wir den Menschen in Rheinland-Pfalz deutlich machen können, welche Chance, die wahrscheinlich in diesem gerade erst begonnenen Jahrhundert nicht mehr in Deutschland zur Verfügung stehen wird, gemeinsam genutzt werden muss. Wir persönlich haben ein sportliches Interesse, ein Interesse an solchen Großereignissen, an Begegnungen, an all diesen Veranstaltungen, von denen ich gesprochen habe.

Wir haben aber auch ein Interesse daran, dass uns eine zusätzliche ökonomische Chance geboten wird, und wir haben ein Interesse daran, Gastgeber zu sein und damit zu zeigen, es ist nicht nur ein Wirtschaftsdatum, das dieses Land Rheinland-Pfalz, das Exportland unter den deutschen Ländern, nutzt, sondern wir wollen dies in der Begegnung mit Menschen aus ganz Deutschland, aus ganz Europa, ja, an dieser Stelle darf man sogar sagen, aus der ganzen Welt unter Beleg stellen. Wir wollen alle, die nach dieser Veranstaltung nach Hause fahren, mit dem Gefühl heimfahren lassen, ich war in Rheinland-Pfalz bei angenehmen Menschen in einem schönen und interessanten Land, und ich nehme mir vor, einmal wiederzukommen. Wenn wir das erreichen, wenn guter Sport, wenn guter Fußball geboten wird und unsere Nationalmannschaft möglichst auch noch ins Endspiel kommt, wäre alles perfekt.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Sie hat doch noch nicht einmal die Bayern gepackt!)

– Na ja, warten wir einmal ab. Wir waren schon immer eine Turniermannschaft, und eine dieser Fußballweisheiten mag uns über so manche Leistungsschwäche derzeit hinwegtrösten. Ich hoffe natürlich auch auf sportlichen Erfolg, auf gute Spiele und auf eine gute Weltmeisterschaft. Die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer stehen nicht am Wegrand und schauen zu, sie sind mittendrin, und das ist eine Riesenchance!

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grütmacher:

Wir kommen nun zur Aussprache über die Regierungserklärung. Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Weiland von der CDU-Fraktion. Die Fraktionen haben sich auf eine Redezeit von 15 Minuten pro Fraktion verständigt.

Abg. Dr. Weiland, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte für meine Fraktion, aber möglicherweise auch für das ganze Haus, dem Herrn Ministerpräsidenten ein tiefes Wort des Dankes dafür zum Ausdruck bringen, dass er wider Erwarten doch noch heute mit seiner Regierungserklärung zu Ende gekommen ist; denn es war phasenweise etwas langatmig, meine Damen und Herren.

(Zurufe von SPD und FDP: Oh!)

Jedenfalls war es keine Werbung für die Weltmeisterschaft 2006 in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU)

In der Fußballersprache oder in der Kommentatortensprache würde man dies als trostloses, lustloses und

torloses Rumgekicke bezeichnen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU –
Pörksen, SPD: Sie schießen doch ein Eigentor nach dem anderen!)

Man hätte diese Regierungserklärung auch schon sehr viel früher wegen Leistungsverweigerung abpfeifen können, denn sie besteht zu 90 % aus nicht mehr als dem ersten Bericht des Beauftragten der Landesregierung für die FIFA „Fußballweltmeisterschaft Deutschland 2006“, der uns schon im Januar vorgelegen hat, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Dennoch wirft diese Regierungserklärung ein bezeichnendes Licht auf den Zustand der Landesregierung und der von ihr initiierten Politik in Rheinland-Pfalz. Deutschland befindet sich in diesen Tagen in der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Es durchlebt die größte Wirtschaftskrise mit 9 Millionen Arbeitslosen. Es durchlebt eine der größten Regierungskrisen und eine seiner größten Verfassungskrisen, die von Rotgrün verursacht wurde, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Falsch! –
Zurufe von der SPD –
Beifall der CDU)

Dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten und stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD fällt in diesen Tagen als Thema einer Regierungserklärung nichts anderes ein als Fußball und Fußballweltmeisterschaft.

(Ministerpräsident Beck: Das ist doch unglaublich! –
Beifall bei der CDU)

Ich halte das für ebenso unangemessen wie bemerkenswert, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Ministerpräsident Beck: Schämt ihr euch nicht für das, was ihr da von euch gebt?)

Bisher bestand breitester Konsens in diesem Haus und in der rheinland-pfälzischen Öffentlichkeit darüber, dass der Fußball und die Fußballweltmeisterschaft aus der Politik herausgehalten werden sollen.

(Beifall der CDU)

Heute stellt der Ministerpräsident dieses Landes die WM in einer Regierungserklärung ins Zentrum der parlamentarisch-politischen Debatte. Herr Ministerpräsident, nun

müssten Sie uns einmal sagen: Wie hätten Sie es denn gern: aus der Politik heraushalten oder eine Regierungserklärung diskutieren?

(Ministerpräsident Beck: So ein Quatsch habe ich selten gehört!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es sollte – jedenfalls nach unserer Überzeugung, und dazu stehen wir nach wie vor – unterlassen werden, die WM 2006 für die Politik zu vereinnahmen und zu instrumentalisieren, auch wenn es Ihre Politik ist, Herr Ministerpräsident.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Wer mit den Menschen in diesem Land spricht, stellt allerorten fest, dass sich die Menschen auf dieses Riesenergebnis freuen

(Pörksen, SPD: Aber nicht auf Ihre Rede!)

und auf die Weltmeisterschaft 2006 stolz sind,

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Auf Sie?)

das größte Fest des Fußballs, wenn nicht sogar das größte Fest des Sports überhaupt. Die Begeisterung wächst und wird wachsen,

(Pörksen, SPD: Das merkt man Ihnen an!)

je näher wir dem Anpfiff des Eröffnungsspiels kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir freuen uns und sind stolz darauf, dass Rheinland-Pfalz mit dem Austragungsort Kaiserslautern daran teilhat und dazu beiträgt.

(Schweitzer, SPD: Das haben wir von Euch aber schon anders gehört!)

Wir freuen uns auf die Gäste aus aller Welt und werden selbstverständlich gute Gastgeber sein.

Mit einem kurzen Blick zurück auf das Jahr 1954 und den enormen und großen Anteil, den die großen Söhne der Stadt Kaiserslautern an jenem Erfolg in Bern hatten, der noch einmal vor wenigen Wochen in dem großartigen Film „Das Wunder von Bern“ nachvollziehbar war, wird man sagen dürfen: Nach 52 Jahren kommt die WM auch ein Stück nach Hause, nämlich nach Kaiserslautern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe diesen Film kürzlich mit meinen beiden Söhnen, die 16 und 13 Jahre alt sind, zum zweiten Mal gesehen. Sie spielen beide Fußball, der eine in der B-Jugend, der andere in der D-Jugend. Mir braucht also niemand etwas von Fußballbegeisterung in diesem Land zu erzählen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und FDP)

Mir braucht niemand etwas von Freude und Vorfreude auf die Weltmeisterschaft 2006 zu erzählen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, nur, ich vermute, nein ich

bin mir sicher, für diese Begeisterung und für diesen Spaß am Fußball leisten die zahllosen Jugendbetreuer und Jugendtrainer in unseren Vereinen mehr, als eine Landesregierung je leisten kann.

(Beifall der CDU)

Sie haben nur leider nicht die Selbstdarstellungsmöglichkeiten wie eine Landesregierung. Das ist der Unterschied.

(Pörksen, SPD: Es wird immer dümmer mit Ihnen!)

Ich kann nur dazu aufrufen, lassen wir dieser Begeisterung, lassen wir dieser ursprünglichen Freude am Spiel, am Wettbewerb und auch am sportlichen Kampf Raum. Das geschieht am besten, wenn wir endlich begreifen, dass wir die Weltmeisterschaft 2006 nicht für alles und jedes in Anspruch nehmen dürfen.

(Beifall der CDU)

Ich frage mich dann schon, was „primaKlima: 2006“ mit der WM 2006 zu tun hat, wenn die Umweltministerin als Kernthemen des Projektes „primaKlima: 2006“ den Austausch von Glühbirnen, den Einsatz von Energiesparleuchten und das Ausschalten der Standby-Funktionen anführt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, was das mit der Fußballweltmeisterschaft zu tun hat, wird uns niemand je erklären können.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die WM nicht für alles und jedes, nicht für jeden Firlefanz in Anspruch zu nehmen, den man ohnehin ausgeführt hätte bzw. den man sich ausdrücklich im Hinblick auf dieses Datum ausgedacht hat, bedeutet auch, dass sich endlich diese Landesregierung, auch wenn es schwer fällt, auch dieser Ministerpräsident, in dieser Frage einmal etwas zurücknimmt. Das würde dem Fußball und der Fußball-WM in diesem Land auch gut tun.

(Beifall bei der CDU)

Sorgen Sie vielmehr dafür, dass die WM in Rheinland-Pfalz solide finanziert wird, meine Damen und Herren von der Landesregierung. Das ist noch nicht sicher. Sorgen Sie dafür, dass die WM in Rheinland-Pfalz nicht zum haushaltspolitischen Desaster wird, denn dann kämen Sie sehr schnell in die Rolle desjenigen, der als Vereinsmanager zwar in der ersten Liga mitspielen will, aber nur für die Kreisklasse taugt. Das würde dem Fußball und der WM schaden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sorgen Sie auch dafür – das ist Ihre Verantwortung gegenüber dem ganzen Land –, dass die Investitionen, die erfreulicherweise in Kaiserslautern und Umgebung vorgenommen werden – ich sage das ausdrücklich –, die anderen Landesteile, die es auch noch gibt, nicht auf Dauer benachteiligen.

(Zurufe von der SPD und der FDP)

Wenn Sie diese einfachen Grundsätze beherzigen, insbesondere den Grundsatz, sich etwas zurückzunehmen, dann kann die WM in Rheinland-Pfalz wirklich zu dem von uns allen gewünschten Erfolg werden.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Als Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüße ich die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Frankenthal, Lamsbeim, Beindersheim und Hessheim sowie Erzieherinnen der Kindertagesstätte Hahnheim-Selzen. Seien Sie herzlich willkommen in rheinland-pfälzischen Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Mertens das Wort.

Abg. Mertens, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dem außerordentlich übellaunigen Beitrag des Kollegen Dr. Weiland, der wirklich sehr übellaunig war,

(Beifall der SPD und der FDP)

der hier das bisschen Gemeinsamkeit, das sich in Sachen Weltmeisterschaft in Rheinland-Pfalz entwickelt hat, unbedingt wegreden musste, weil man sich profilieren muss, denn man kommt gar nicht mehr vor, und dabei alles an Bemerkungen benutzt, die recht schnell zu widerlegen sind, möchte ich nun damit beginnen. Fangen wir mit der ersten an, man solle doch die Weltmeisterschaft aus der Politik herauslassen und nicht für sich beanspruchen.

(Abg. Mertens, SPD, hält ein Papier hoch)

Ihre Augen werden nicht so gut sein, dass Sie das lesen können,

(Schmitt, CDU: Wo CDU draufsteht, dass können wir immer lesen!)

deshalb lese ich es Ihnen vor. Herr Schmitt, da wird genau das gemacht, was Ihr Kollege eben mit starken Worten angeprangert hat, nämlich die Weltmeisterschaft für sich in Anspruch genommen.

(Rösch, SPD: So sind sie!)

Schauen wir einmal hin, wer alles dort ist. Es sind Leute, die der Ministerpräsident ausdrücklich gelobt hat. Das ist zum Beispiel Dr. Theo Zwanziger

(Schmitt, CDU: Ein guter Mann!)

und Hans-Peter Schössler.

(Schmitt, CDU: Sehr gute Leute!)

– Ja. Die Beanspruchung aber, die Sie uns vorwerfen, haben Sie für Ihre Werbezwecke längst gemacht. Wie

nennt man das? Das nennt man Heuchelei, ganz einfach Heuchelei.

(Starker Beifall der SPD und der FDP)

Wir gehen dann einmal das zweite Argument an, auf das ich geradezu gewartet habe. Um die ganze Wahrheit zu sagen, ich habe es nicht erwartet. Ich habe eigentlich erwartet, dass der sehr solide sportpolitische Sprecher hierher kommt und sagen wird: Okay, Herr Ministerpräsident, Sie haben das sehr schön dargestellt, aber das und das hätten wir noch verbessern können. –

(Heiterkeit bei der CDU)

Dann kommt aber, wie gesagt, unser übellauniger stellvertretender Fraktionsvorsitzender und zeigt, dass man das unbedingt zerreden kann, zum Beispiel mit dem zweiten Argument: Sie sollen das gefälligst solide finanzieren. – Ach, wer baut eigentlich? Die Reihenfolge ist immer wieder wichtig.

Es gibt die Stadiongeseellschaft, die der Stadt Kaiserslautern gehört, deren Oberbürgermeister Deubig heißt. Sie haben einen Antrag auf Hilfe gestellt. Dem haben wir in dem Sinn nachgegeben, dass wir gesagt haben, das ist auch unser Interesse. Wir sind nicht die Finanzierer dieses Stadions. Das ist die Stadiongeseellschaft, und das ist Herr Deubig. Richten Sie ihm einmal einen schönen Gruß mit Ihren Bemerkungen aus. Auch das war Heuchelei.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich habe gemerkt, dass Sie zwei Teile einer Rede hatten. In einem Teil der Rede haben Sie sich daran gehalten, dass wir uns mit dem Thema auseinander setzen. Im ersten Teil dagegen haben Sie sich hier verbreitet und gezeigt, was ein scharfer Hund der CDU alles machen kann. In Ordnung, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei der SPD)

Den Spaß haben wir uns gern gegönnt. Kommen wir jetzt aber einmal auf das Thema. Das Thema ist, ob Rheinland-Pfalz mit Kaiserslautern ein Schaufenster unserer Möglichkeiten wird oder nicht. Meine Damen und Herren, das ist das Thema.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wissen Sie, ich hatte in einem Anfall von nicht richtigem Überlegen gesagt, da ich kein Fußballfan bin, möchte ich zu dem Thema sprechen, ehe Fritz Presl dazu noch etwas sagen wird. So etwas passiert jedem, man sollte es manchmal auch zugeben.

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

– Ja, ich bin kein Fußballfan.

Meine Damen und Herren, ich mache nicht meine Maßstäbe zu den Maßstäben für alle. Nur weil ich keinen Fußball mag, müssen andere auch nicht Fußball spielen wollen. Das ist kein Thema. Wenn das bei Ihnen üblich

ist, dass Sie Ihre Maxime grundsätzlich zu den Maximen aller machen, ist das Ihre Entscheidung.

Ab und zu schaue ich auch Fußball, aber nur ab und zu. Weil ich kein direkter Fan bin, kann ich sagen, das Entscheidende ist neben dem Schaufenster Rheinland-Pfalz, dass sich in einer strukturschwachen Region ein mittelständisches Unternehmen mit dem Stadion auf den Weg macht, Wirtschaftskraft und Wirtschaftsmöglichkeiten zu schaffen. Das ist die eigentliche Entscheidung, die für die Westpfalz wichtig ist. Wer das bestreiten will, kennt die Möglichkeiten nicht. Das wurde endlich einmal im Zusammenhang dargestellt.

(Beifall bei SPD und FDP)

Natürlich hat das etwas länger als eine Halbzeit gedauert, Herr Dr. Weiland. Aber Sie wären bei einer halben Stunde genauso hierher gegangen, nur um es kaputtzureden, weil Sie glauben, jetzt ist die Gelegenheit günstig, jetzt muss zugeschlagen werden, und zwar mindestens noch acht Monate. Sie dürfen nicht außer Atem kommen. Ich sage Ihnen, Sie sind nicht derjenige, der uns zum Laufen bringen muss. Wir laufen von ganz allein.

(Beifall bei SPD und FDP)

Der dritte typische Vorwurf war schon fast klassisch, Herr Ministerpräsident, Sie dürfen das Land im Norden nicht vernachlässigen.

Meine Damen und Herren, auf die Zeitachse gesehen frage ich als Politiker des Nordens, was der Süden gesagt hat, als wir den Nürburgring unter einer anderen Regierung mit viel Geld wettbewerbsfähig gemacht haben. Ja, Sie müssen etwas länger denken als vielleicht drei Monate. Wie wäre es vielleicht mit dem Langzeitgedächtnis?

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir hätten jedes andere Stadion in den Stand gesetzt, weltmeisterschaftsfähig zu werden, wenn wir eine Mannschaft im Norden gehabt hätten, die das hätte machen können. Diese ist nun einmal nicht da, so wie ich das in den Zeitungen lese. Es war Kaiserslautern und der „Betze“.

Wenn Sie weiter verbreiten, wir würden dadurch andere vernachlässigen, dann tun Sie das wider besseres Wissen. Das ist laut Heiner Geißler eine Lüge: Wer die Wahrheit kennt und nicht sagt, lügt.

(Beifall bei SPD und FDP)

Sie wissen, als wir den Beschluss gefasst haben, 15 Millionen, fünf mal 3 Millionen sind auch 15 Millionen, für den ehrenamtlichen Sport einzusetzen, dass das von vornherein für das ganze Land gedacht war. Dies wird schon jetzt getätigt und ausbezahlt.

Meine Damen und Herren, allein an diesen drei Punkten zeigt sich, es ging Ihnen um den Krawall. Uns geht es um die Weltmeisterschaft, um Gastfreundschaft. Uns geht es darum, Rheinland-Pfalz im Reigen dieser anderen Stadien darzustellen. Wir, die wir die Verantwortung

in diesem Land haben, werden zeigen, dass wir so übel-launig wie Herr Dr. Weiland sich hier dargestellt hat, als Land nicht sind.

(Anhaltend Beifall der SPD
und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Marz.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen, Herren! Nach einem miesepetrigem Fußballfan und einem wohl aufgelegten bekennenden Nichtfußballfan kommt nun einer, der als Rheinland-Pfälzer sehr froh darüber ist, dass dieses Ereignis Fußballweltmeisterschaft 2006 in unser Land kommt, der als geborener Pfälzer sehr froh darüber ist, dass diese WM nach Kaiserslautern kommt. Man kann sich dem fast nicht entziehen.

Herr Kollege Mertes, wenn Sie in der Pfalz geboren wären, hätten Sie gar keine andere Wahl, als Fußballfan zu sein. Da nehmen Sie das mit der Muttermilch auf. Deshalb ist meine Freude echt und besteht von Anfang an. Ich habe mir gewünscht, dass das kommt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der FDP)

Ich sage Ihnen an dieser Stelle, wenn es zum Erfolg dieses Ereignisses notwendig sein sollte, dass der Ministerpräsident des Landes eigenhändig den Rasen mit einer Nagelschere schneidet, dann soll es mir auch recht sein.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann höre ich mir das auch noch an.

(Ministerpräsident Beck: Mir an
dieser Stelle jetzt nicht!)

– Das kann ich mir vorstellen, sonst hätten Sie keine Zeit mehr. Ich habe es gesagt.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Er hätte dann heute die Rasen-
schnitthöhe sagen können!)

– Die Rasenschnitthöhe hätte er sagen müssen. Aber er macht es nicht.

(Ministerpräsident Beck: Die ist
international vorgeschrieben!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben zum Ende Ihrer Rede gesagt, Sie würden diese Weltmeisterschaft nüchtern, solide und gründlich vorbereiten. Das hat mich einigermaßen beruhigt. Ich will Ihnen sagen, wenn man ein solches Ereignis solide und gründlich vorbereiten will, muss man nüchtern sein. Allzu viel Enthusiasmus könnte die Sinne etwas trüben.

Überladen Sie dieses Ereignis doch nicht so sehr. Ich lese Ihnen eine Liste von rheinland-pfälzischen Dingen vor, die in aller Welt über die WM bekannt gemacht werden sollen. Ich lese Ihnen diese Liste vor: Wissenschaft, Hightech, Tourismus, Wein, Kultur, Geschichte, Wirtschaft, Innovation. Das soll alles in alle Welt.

Wir machen gleich ein kleines Rätsel. Kaiserslautern würde beispielsweise in Bolivien, Japan und Neuseeland bekannter werden. Bitte nicht so überladen. Wer hier im Raum weiß, in welchen Städten in Japan und Südkorea die deutsche Mannschaft gespielt hat? Nur Herr Kollege Wiechmann von meiner Fraktion weiß es; sonst weiß es hier niemand.

(Lelle, CDU: Er hat es gestern nachgelesen!)

Lassen wir die Kirche bitte im Dorf und überladen diese Sache nicht so.

(Lelle, CDU: Ein Test bitte!)

Ich nenne ein Zweites. Bleiben wir realistisch und benennen offen Ärger. Herr Ministerpräsident, Sie sagen etwas euphoristisch, leider werden wohl nicht alle ins Stadion kommen. Natürlich kommen nicht alle ins Stadion. Sie haben gesagt wegen der Plätze. Viele Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, viele Pfälzer und viele Kaiserslauterer kommen nicht ins Stadion, weil wir diese unsägliche Ticket-Verkaufsaktion der FIFA haben, die ich bis heute nicht verstehe. Ich bin vielleicht besonders darüber verärgert, weil ich selbst zu denen gehöre, die bisher kein Ticket bekommen haben und auf den zweiten und dritten Schwung warten muss. Auch da hat Herr Kollege Wiechmann mir etwas voraus, er hat Tickets.

Sie sprechen vom Mediawert dieser Stadionwerbung für die Stadt, 500.000 Euro pro Spiel. Mit Mediawerten ist das immer so ein Problem. Man kann das so oder so sehen. Wir dürfen bei aller Freude darüber nicht vergessen, dass sich die Stadt Kaiserslautern mit dem Projekt Fußballweltmeisterschaft finanziell übernommen hat. Sie wird unsere Hilfe brauchen.

In diesem Zusammenhang komme ich zu den Ausbaukosten. Ich sage Ihnen – das sehen Sie an meinem Engagement –, da müssen wir durch. Man muss das hier realistisch darstellen dürfen. Die Ausbaukosten sind gegenüber der ursprünglichen Planung um 100 % gestiegen. Das muss man sagen können. Sie führen einen waghalsigen Vergleich an und sagen, wir wären damit sozusagen im Mittelfeld der WM-Stadien.

Was ist da drin? Die Arena auf Schalke, ein Neubau einer multifunktionalen Halle, die Allianz-Arena in München, 340 Millionen Euro, multifunktional nutzbar. Im Vergleich zum Ausbau des vergleichsweise kleinen Fritz-Walter-Stadions, eines reinen Fußballstadions, haben Sie Äpfel mit Birnen verglichen oder vielleicht Erdbeeren mit Äpfeln. Das liegt sehr weit auseinander. Das ist nicht seriös. Da tröstet uns auch nicht darüber hinweg, wenn die LfA die Allianz-Arena jetzt mit einem 40-Millionen-Kredit sponsern muss.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich würde auch hinsichtlich längerfristiger Wirkungen die Kritik, die von Vertretern des Breitensports gekommen ist, nicht so abtun. Es ist zwar richtig, dass die Mittel, die nach Kaiserslautern gehen, nicht aus der Sportförderung kommen, aber wir dürfen uns doch nichts vormachen. Sie kommen natürlich aus allgemeinen Haushaltsmitteln. Wenn man diese Priorität WM 2006 in Kaiserslautern setzen will – das kann man durchaus machen, das soll man auch machen –, dann muss man das aber auch politisch durchsetzen und den Leuten nicht vormachen, das Geld würde nicht an anderer Stelle dann fehlen.

Nun komme ich zu den Chancen des Weins. Ich freue mich auch darüber, dass der Wein diese Chancen bei der Weltmeisterschaft hat, obwohl wir nicht vergessen dürfen, der Wein ist nicht das Lieblingsgetränk des durchschnittlichen Fußballfans,

(Lelle, CDU: Vor allem nicht in der Pfalz!)

sondern das Lieblingsgetränk des durchschnittlichen Fußballfans ist neben vielen antialkoholischen Getränken natürlich das Bier. Dazu steht in Ihrem Text überhaupt nichts. Hier haben Sie dann etwas umständlich von einer Brauerei in der Eifel mit pfiffigen Verhandlungsstrategien erzählt. Warum höre ich nicht vom Ministerpräsidenten eine offene Kritik daran, dass kein regionaler Gerstensaft in den Stadien verkauft werden darf? Warum höre ich nicht den Satz „Bischoff statt Budweiser“ von diesem Ministerpräsidenten. Das wäre ein Beitrag zur Regionalentwicklung, der auch den Fans entgegenkommt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum Verkehr. Auch hier darf man es nicht übertreiben. Der Herr Ministerpräsident sagt beispielsweise – hören Sie sich das an, vielleicht haben Sie das wegen der Länge nicht richtig mitbekommen; manchmal lässt die Konzentration einige Minuten nach, und Sie haben das wegen der Länge nicht so richtig gehört, weil es unruhig war –, der Ausbau der B 270 Kaiserslautern-West/Siegelbach ist ein Fortschritt für alle Autofahrer in der Pfalz. Die Pfalz ist groß. Wo ist denn der Fortschritt für alle Autofahrer? Lassen wir auch hier die Kirche im Dorf. Es ist bestimmt ein Fortschritt, aber nicht für alle.

(Hartloff, SPD: Da kann man jetzt viel schneller drumherum!)

Ein weiteres Beispiel zum Thema „Verkehr“: Die Schnellbahnstrecke Paris – Mannheim, ebenso angeführt, wird nicht in den Regelbetrieb gehen bis zum Beginn der Fußballweltmeisterschaft, sondern ein halbes Jahr später. Dann sagt der Ministerpräsident – ich weiß nicht, wie er darauf kommt –, es würden auch im Fernverkehr moderne Fahrzeuge eingesetzt. Was wird der Unterschied zu heute sein?

Auf dieser Strecke fahren seit Jahren modernste ICE-Züge. Ist es moderner, wenn man in französischen TGVs eingeklemmt ist, die weniger Beinfreiheit haben? Ich weiß nicht, was er damit gemeint hat, aber er ver-

kauft auch das noch, was längst ist, als Fortschritt. Das halte ich für überzogen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Lelle, CDU: Da hat er nicht unrecht!)

Was die eigentlichen Chancen in verkehrlicher Hinsicht für die Stadt Kaiserslautern und die Region angeht, beispielsweise die City-Bahn in Kaiserslautern, hat das Land die Chancen, die bestanden hätten, leider vertan. Ich hätte mir auch dazu ein offenes Wort gewünscht, um – auch das ist angesprochen worden – die Vorgaben des Projekts „Green Goal“ auch erfüllen zu können. Das bedeutet nämlich, 50 % des Verkehrs auf den öffentlichen Personennahverkehrs einschließlich des Fernverkehrs umzuleiten. Das wäre aber nur mit solchen Maßnahmen – natürlich mit vielen anderen; die City-Bahn kann nur ein Mosaiksteinchen sein – möglich geworden.

Diese Chancen, die sich aus der Weltmeisterschaft 2006 in Kaiserslautern ergeben, hat diese Landesregierung vertan. Natürlich hat das der Ministerpräsident hier nicht erwähnt. Stattdessen erwähnt er sozusagen lieber die Software als die Hardware. Software ist eine ganze Reihe von Kampagnen, die es zum Teil sowieso gegeben hätte, die zusätzlich ein bisschen aufgepeppt wurden, aber hardwaremäßig habe ich da nicht besonders viel gehört. Richtig ist, Hardware – das hat er erwähnt – ist die Einbindung sozusagen in eine Solaroffensive für Kaiserslautern. Das ist in jedem Fall zu begrüßen.

Deshalb komme ich auf das zurück, was ich am Anfang gesagt habe. Wenn man die Chancen, die dieses Projekt bietet, nüchtern analysiert, kann man auch den optimalen Nutzen daraus ziehen, aber nur dann. Ich glaube, dass die Chancen tatsächlich auch darin liegen, dass sich Rheinland-Pfalz als weltoffenes Land präsentiert, als gastfreundliches Land, auch als gemütliches Land, eine Stärke des Landes Rheinland-Pfalz. Wir müssen auch in diesem Zusammenhang mit den Stärken wuchern, die wir haben, und nicht versuchen, das zu kopieren, was andere vielleicht besser können, sondern wir müssen versuchen, das so gut wie möglich zu machen, was wir am besten können.

„Zu Gast bei Freunden“ ist das Motto. Das Sicherheitskonzept, das ich bisher wahrgenommen habe, ist möglicherweise in der Lage, diesem Spannungsfeld zwischen Sicherheit und dem Anspruch „Zu Gast bei Freunden“ gerecht zu werden. Ich wünsche mir das, weil es natürlich ein berechtigtes Interesse der Besucher und der Bevölkerung an Sicherheit gibt. Das soll aber nicht martialisch sein.

Ich gebe allen Recht, die sagen, dass sich in und um Kaiserslautern wegen der Fußballweltmeisterschaft 2006 eine Menge tut. Ich begrüße das ausdrücklich. Ich hoffe, dass wenigstens ein Teil der enthusiastischen Hoffnungen, die der Ministerpräsident hier geäußert hat, tatsächlich auch zutreffen, wenigstens ein Teil, weil, wenn das nicht so wäre, dann würden diejenigen, die hier auf ein Wunder von Bern hoffen, möglicherweise irgendwann ein blaues Wunder erleben. Das wünsche ich mir auch nicht.

Der Ministerpräsident hat sich schon verabschiedet. Ich möchte ihm einen Wunsch hinterherschicken.

(Hartloff, SPD: Er ist gleich wieder da!)

– Ja, dann bin ich aber fertig. Mir macht das kein Problem. Ich glaube, ein Jahr vor dieser Weltmeisterschaft liegt der Ball, was die Vorbereitung betrifft, sozusagen auf dem Elfmeterpunkt. Ich hoffe, dass nach solchen Reden, nach solchen Auftritten, die Sinne des Ministerpräsidenten nicht so getrübt sind, dass er den Ball verfehlt.

Ich danke Ihnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Ich möchte noch Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar die Jugendfeuerwehr aus dem Kreis Birkenfeld. Herzlich willkommen im rheinland-pfälzischen Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die Fraktion der FDP hat Herr Abgeordneter Hohn das Wort.

Abg. Hohn, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich klarstellen, der Ministerpräsident hat sich nicht verabschiedet. Er hat wegen des Hunsrück-Marathons mit den Kollegen Mertes und Bracht einen wichtigen Fototermin. Die Kollegen von der Presse warten schon seit einer Dreiviertelstunde. Ich denke, dafür muss man auch Verständnis haben. Ich denke, er hat auch keinen Grund, sich aufgrund seiner Regierungserklärung jetzt mitten in der Debatte zu verabschieden.

Meine Damen und Herren, ich möchte von unserer Fraktion inhaltlich das voll unterstützen. Ich kann Ihnen schon jetzt zu Beginn meiner Ausführungen sagen, vor Ihnen steht ein bekennender Fußballfan und ein bekennender FCK-Fan.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, fast auf den heutigen Tag genau in einem Jahr, am 8. Juni 2006, beginnt mit der Eröffnungsfeier in Berlin die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland. Bis zum 9. Juli schauen dann Fußballbegeisterte aus der ganzen Welt nach Deutschland und verfolgen mit Spannung das Abschneiden ihres Favoriten in den zwölf Stadien des Landes. Ich denke, auch wir werden gespannt verfolgen, wie unsere Mannschaft abschneidet.

Meine Damen und Herren, es erfüllt uns als Rheinland-Pfälzer mit Stolz, dass mit dem Austragungsort Kaiserslautern auch in unserem Bundesland Spiele der Fußballweltmeisterschaft 2006 ausgetragen werden. Es

werden insgesamt fünf Spiele in der kleinsten WM-Stadt sein: vier Vorrunden- und ein Achtelfinalspiel.

Herr Kollege Weiland, ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich finde Ihre Ausführungen mehr als peinlich. Im Fußball würde man sagen, ein grobes Foul, das normalerweise zu einer roten Karte führen sollte.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das hier ist Miesmacherei im übelsten Stil.

(Zuruf des Abg. Anheuser, CDU)

Meine Damen und Herren, warum haben wir Kaiserslautern als Austragungsort überhaupt bekommen?

Frau Kiltz, hören Sie doch einmal zu.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist zum einen der Mythos des 1. FC Kaiserslautern, bedingt durch den Gewinn der WM 1954, wo fünf Kaiserslauterer mit dabei waren.

Meine Damen und Herren, es ist auch der Verdienst der Landesregierung an der Spitze mit Ministerpräsident Kurt Beck und Hans-Artur Bauckhage und deren Engagement, dass Kaiserslautern Austragungsort bei der WM geworden ist.

(Beifall der FDP und der SPD)

Herr Kollege Marz. Ich sehe ihn im Moment nicht. Er hat scheinbar auch schon den Saal verlassen.

(Lelle, CDU: Er war auch erschöpft!)

Es war das erste Mal, dass ich Herrn Kollegen Marz applaudiert habe, als er sich als Pfälzer und bekennender Fußballfan geoutet hat. Aber dann fing er an, Wasser in den Wein zu gießen. Insofern kann ich es nicht ganz verstehen, dass er ähnlich wie Herr Kollege Weiland versucht, die Dinge mies zu reden.

Meine Damen und Herren, Kaiserslautern ist eine Stadt des Fußballs. Das wissen wir alle. Sein Verein, der 1. FC Kaiserslautern, hat die Stadt in ganz Europa bekannt gemacht, nicht nur in der jüngsten Vergangenheit durch die Erfolge unseres Trainers Rehagel.

Weit über die Grenzen von Rheinland-Pfalz hinaus sind insbesondere die unvergesslichen Leistungen aus den 50er-Jahren mit Fritz und Otmar Walter jedem Fußballfan, ob jung oder alt, in Erinnerung.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Den Pfälzern gelang 1954 mit fünf Spielern – ich habe es schon erwähnt –, die das Rückgrat der Deutschen Fußballnationalmannschaft bildeten – es wurde heute schon mehrfach erwähnt –, „Das Wunder von Bern“, als man mit 3 : 2 gegen den haushohen Favoriten Ungarn die Weltmeisterschaft gewonnen hat.

Meine Damen und Herren, die Wahl Kaiserslauterns als WM-Austragungsort ehrt nicht zuletzt die Legende der damaligen Herberger-Elf, insbesondere auch das Lebenswerk von Fritz Walter.

Fußball, Kaiserslautern und besonders der Betzenberg begeistern die Massen seit jeher und sind der Pulsschlag der gesamten Region.

Meine Damen und Herren, ich freue mich bereits heute auf ein fantastisches umgebautes Stadion mit einem begeisterungsfähigen und emotional einmaligen Publikum während der WM-Spiele im nächsten Jahr.

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident Beck, Herr Wirtschaftsminister Bauckhage, Herr Werner Kuhn, Herr Jürgen Creutzmann und auch meine Wenigkeit wissen als Mitglieder des FCK und Dauerkarteneinhaber, von was wir reden. Da lassen wir uns das Ganze hier in Rheinland-Pfalz von Ihnen nicht mies machen.

(Beifall der FDP und vereinzelt
bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Spiele der WM 2006, die in Kaiserslautern stattfinden werden – –

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

– Herr Kollege Lelle, Sie sind doch auch Fußballfan.

(Lelle, CDU: Ja, eben!)

– – bringen nicht nur für die Stadt selbst, sondern auch für das ganze Land enorme Vorteile und Chancen.

Unsere Bürgerinnen und Bürger haben dies längst erkannt, auch wenn bei einigen Pfälzern anfangs noch etwas Skepsis herrschte – heute haben wir gemerkt, dass es nur noch einige wenige sind –, als bekannt wurde, dass Kaiserslautern Austragungsort der Fußballweltmeisterschaft wird.

Die Fußballweltmeisterschaft im nächsten Jahr wird in der ganzen Welt eine Werbung für das Land und die Menschen in Kaiserslautern und in Rheinland-Pfalz sein.

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz bietet als Tourismusstandort mit hervorragender Verkehrsinfrastruktur optimale Voraussetzungen für das große Fußballfest. Über Straße, Schiene und leistungsfähige Flughäfen ist die Barbarossastadt gut und schnell aus den angrenzenden Ballungsräumen sowie aus den Nachbarländern zu erreichen. Die große Auswahl an Unterkünften und Übernachtungsmöglichkeiten bietet etwas für jeden Bedarf. In allen Kategorien stehen Hotels und Pensionen in ausreichender Anzahl für die Fußballfans aus nah und fern zur Verfügung, die auch dazu einladen, das Sporthighlight mit einem Trip in eines der schönsten Urlaubsgebiete Deutschlands zu verbinden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch eine Anmerkung in eigener Sache machen: Auch in meiner Stadt war das Klosterhotel in dem Pool der 110 Hotels einschließlich unseres Rasentrainingsplatzes, die vom DFB ausgewählt waren. Der Hotelbetreiber hat dann vor

einem Dreivierteljahr seine Bewerbung zurückgezogen, weil er bis zum 9. Dezember, wenn die Auslosung ist, im Grund genommen hätte warten müssen, ob er zu den jetzt elf, dann zwölf Hotels zählt, die den Zuschlag bekommen. Ihm war das zu riskant, das so lang offen zu halten. Er hat vor einem Dreivierteljahr seine Bewerbung zurückgezogen. Nur wenige Wochen später war für den Zeitraum der gesamten WM von Juni bis Juli das gesamte Hotel ausgebucht.

Herr Kollege Marz, daran sehen Sie, dass nicht nur der Großraum Kaiserslautern, sondern sogar die ganze Pfalz und das gesamte Land Rheinland-Pfalz von dieser großen Veranstaltung profitieren werden.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz hat viel zu bieten: die landschaftliche Vielfalt an der Weinstraße, den Pfälzer Wald oder aber das weltbekannte romantische Rheintal mit der sagenumwobenen Loreley. Die vielen Burgen und Schlösser und die vielen kulturhistorischen Schätze wie beispielsweise das Weltkulturerbe Oberes Mittelrheintal laden zu mehr ein als nur zu einem Kurzabstecher vor oder nach einem Fußballspiel.

Meine Damen und Herren, die Symbiose Weinbau und Tourismus – der Herr Ministerpräsident hat es vorhin schon erwähnt – gehören bei uns im Land untrennbar zusammen. Sie stellen ein touristisches Alleinstellungsmerkmal dar, mit dem wir uns von der Konkurrenz deutlich abheben können. Ich bin mir deshalb sicher, dass viele ausländische Gäste die WM dazu nutzen werden, um ihren Jahresurlaub in Rheinland-Pfalz zu verbringen, sodass die Nominierung von Kaiserslautern als Austragungsort, aber auch die Nähe zu den Spielstätten in Köln, Frankfurt und Stuttgart dem hiesigen Tourismus einen weiteren Schub und nachhaltigen Aufschwung bringen dürften.

Meine Damen und Herren, in Rheinland-Pfalz hängt direkt oder indirekt jeder zwölfte Arbeitsplatz vom Tourismus ab. Neben der Tourismusbranche werden sicherlich auch das Baugewerbe und der Einzelhandel profitieren. Insofern werden von der WM-Stätte Kaiserslautern auch wichtige Impulse für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Region und das gesamte Land Rheinland-Pfalz ausgehen.

Meine Damen und Herren, die WM im eigenen Land bietet somit ein ideales Forum, Rheinland-Pfalz als hervorragenden Tourismus- und Wirtschaftsstandort einem breiten Publikum von seiner besten Seite zu präsentieren. Langfristiges Ziel sollte es dabei sein, dass die ausländischen Gäste, die im Juni und Juli 2006 an Mosel oder Rhein kommen, von der Urlaubs- und Tourismusregion Rheinland-Pfalz so begeistert sind, dass sie in den kommenden Jahren gern wieder zu uns kommen, einfach so getreu dem Motto der WM im nächsten Jahr „Zu Gast bei Freunden“.

Meine Damen und Herren, neben der Wirtschaft und dem Tourismus wird die WM 2006 auch mit der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur einen messbaren Mehrwert für unsere Bürgerinnen und Bürger bringen. Auch das wurde bereits erwähnt. Von diesem Mehrwert

werden wir alle noch lange nach der Abschlussfeier am 9. Juli 2006 in Berlin unseren Nutzen haben.

Seit der Entscheidung, Deutschland mit der Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft 2006 zu betrauen, ist die vorhandene Verkehrsinfrastruktur in ganz Deutschland verbessert worden. Für Rheinland-Pfalz ist der Lückenschluss der A 63 Sembach – Kaiserslautern/Ost planmäßig fertig gestellt und im Herbst letzten Jahres für den Verkehr freigegeben worden. Bis zum Beginn der WM wird auch der sechsspurige Ausbau zwischen Landstuhl und Kaiserslautern realisiert sein.

Auch für den Bereich des Schienenverkehrs sind anlässlich der WM 2006 eine Vielzahl von Projekten in Angriff genommen worden. So verkehrt die S-Bahn auf der Strecke Rhein-Neckar nach Kaiserslautern bereits seit Ende des Jahres 2003.

Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, bis zur WM – ich hoffe das – wird das auch bis Homburg/Saar geschehen. Das wäre auch für die Westpfalz und das angrenzende Saarland ein großer Schritt nach vorn.

Meine Damen und Herren, im Mittelpunkt des Interesses während der vierwöchigen Fußballweltmeisterschaft im nächsten Jahr steht natürlich der Sport. Dass es tolle Spiele mit vielen Toren gibt, können wir nicht beeinflussen, sondern nur darauf hoffen. Wir können aber die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass es ein friedliches Fußballfest gibt. Um dies zu erreichen, ist für die kommenden Monate eine große Zahl von Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft insbesondere im Jugend- und Kulturbereich geplant. Als Beispiel nenne ich den Kinder- und Jugendwettbewerb zur Förderung von Toleranz und Integration, Balance 2006, Talente 2006, die FIFA-WM in der Schule unter dem Motto „Welcome to Germany“ sowie Veranstaltungen im Rahmen des Kultursommers 2006 unter dem Motto „Weltmeister“.

Meine Damen und Herren, die schweren Ausschreitungen bei den vergangenen Auswärtsspielen der deutschen Fußballnationalmannschaft haben gezeigt, wie wichtig es ist, mit Veranstaltungen und Projekten bereits im Vorfeld der WM einen Beitrag für ein gewaltfreies und friedvolles sportliches Großereignis zu leisten. Die hässlichen Bilder von der Fußballweltmeisterschaft vor sieben Jahren in Frankreich dürfen sich in unserem Land nicht wiederholen. Wir alle wünschen uns, dass der Sport, die Freude am Fußball und die Fairness im Vordergrund der WM 2006 stehen. Wir dürfen nicht zulassen, dass angesichts vieler friedlicher Fans und Millionen von Fernsehzuschauern in der Welt eine vergleichsweise kleine Gruppe von Störern und Gewalttätern die Fußball-WM für ihre Zwecke missbraucht.

Meine Damen und Herren, ich bin mir sicher, dass die Sicherheitskräfte in Rheinland-Pfalz wie in allen anderen Ländern auch bis zum Juni nächsten Jahres die notwendigen Vorkehrungen getroffen haben, um einen reibungslosen und sicheren Verlauf der WM 2006 am Spielort Kaiserslautern zu gewährleisten. Mit dem in der vergangenen Woche verabschiedeten nationalen Sicherheitskonzept für die Fußballweltmeisterschaft 2006 wurden gut ein Jahr vor Beginn dieses herausragenden

sportlichen Wettkampfs in Deutschland rechtzeitig die Weichen für fröhliche, aber auch sichere Spiele gestellt. Herr Minister Bruch, ich denke, dazu hat Rheinland-Pfalz seinen Beitrag bereits geleistet.

Wir werden die Fußballfans und die Teilnehmer der Fußballweltmeisterschaft aus der ganzen Welt entsprechend dem Motto der WM „Die Welt zu Gast bei Freunden“ mit unserer offenen Gastfreundschaft und als weltoffene Nation im Herzen Europas empfangen. Gleiches erwarten wir allerdings auch von unseren Gästen. Dann dürfte einem unvergesslichen Sportereignis nichts mehr im Weg stehen. Herr Ministerpräsident, ich muss Ihnen Recht geben. Wenn es dann noch gelingt, dass die deutsche Nationalmannschaft ins Endspiel kommt oder vielleicht sogar noch weiter, dann wird es sicherlich jedem Spaß machen, und ist eine runde Sache.

Meine Damen und Herren, die Welt kann kommen. WM 2006, Rheinland-Pfalz ist bereit.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Ernst. Sie haben noch fünf Minuten Redezeit.

Abg. Ernst, CDU:

Sechs Minuten haben Sie gesagt.

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Na gut.

Abg. Ernst, CDU:

Ich verspreche Ihnen, dass der Bericht zum Bürgerbeauftragten kürzer sein wird. Dann hole ich die Zeit wieder rein.

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Mertes, Sie haben sich auf den sportpolitischen Sprecher gefreut. Hier bin ich.

(Mertes, SPD: Wunderbar, jetzt lasse ich mich überraschen!)

Ich erlaube mir, zu Beginn auf zwei Punkte Ihrer Rede kurz einzugehen, Herr Ministerpräsident. Sie haben zuerst gesagt, dass die Kosten für das Stadion im Mittelfeld lägen. Auch Herr Kollege Hohn hat das etwas missverstanden. Man muss differenzieren zwischen Neubauten und Umbauten. Umbauten gibt es in Stuttgart, Nürnberg und Dortmund. Dort fallen niedrigere Kosten an. Bei allen anderen Maßnahmen handelt es sich um Neu-

bauten. Dass diese alle etwas teuer sind, liegt auf der Hand. Daher muss man das entsprechend würdigen.

(Ministerpräsident Beck: Olympia-stadion ist Umbau!)

– Es ist natürlich auch anders finanziert.

Dann haben Sie den Bereich des Sparens angesprochen und die Opposition mit ins Spiel gebracht. Sie haben gesagt, dass wir uns gemeldet hätten, weil es etwas teuer wurde. Sie wissen, wie viel teurer das geworden ist. Die FIFA-Anforderungen lagen aber von Beginn an auf dem Tisch. Deshalb wusste man, was auf einen zukam. Was jetzt im Nachgang kommt, sind jeweils Mehrkosten, die man nicht immer nur ohne weiteres stillreden und sagen kann: Das ist halt so. Da müssen sie versuchen, den Ball flach zu halten.

Meine Damen und Herren, ich will einmal ganz kurz unsere Vorstellungen von der Rolle der Politik darstellen. Wir sind in der Tat gefordert. Ich sage Ihnen auch, wie wir gefordert sind. Wir sind gefordert als perfekte Gastgeber für die Besucher aus der ganzen Welt. Das Motto heißt, da helfen, zu bedienen, wo es geht, statt uns selbst bedienen zu lassen. – Eines steht fest: 17 Jahre nach dem Fall der Mauer wird das vereinte Deutschland Bürger aller Welt im nächsten Jahr willkommen heißen. Die Zahl der drei Millionen Zuschauer ist mehrfach erwähnt worden. Es ist wunderbar, dass Rheinland-Pfalz mit von der Partie ist. Viele haben ihren Anteil daran. Das ist mehrfach erwähnt worden. Ich will das auf den Spielort Betzenberg, auf den 1. FCK und besonders auch auf Fritz Walter fokussieren.

Ich bin mir sicher, dass niemand die Entscheidung der FIFA bereuen wird, sich für diesen Austragungsort entschieden zu haben; denn eines steht fest: In Rheinland-Pfalz ist der Fußball zu Hause. Hier treffen die Gäste auf ein insgesamt hoch begeistertes und hoch motiviertes Publikum. Auch die rund 450.000 Mitglieder im Südwestdeutschen Fußballverband und im Fußballverband Rheinland sind ebenso begeistert, dass es zu dieser Austragung kommt.

Wenn ich die WM als Medienereignis sehe, dann muss ich an dieser Stelle die Bilder aus Japan und Südkorea in Erinnerung rufen. Damals wurde stundenlang nicht nur über Fußball berichtet, sondern es wurden faszinierende Berichte über Land und Leute gezeigt. Auch aus unserer Region haben sich elf Spielmacher von A wie Altenkirchen bis W wie Westerborg um ein solches Quartier bemüht. Ich denke, wer Nationalmannschaften beherbergen will und kann, weckt damit das Interesse der Medien.

Es gilt aber auch, die Austragungsorte in den anderen Ländern zu berücksichtigen. Ich komme aus dem Kreis Ahrweiler. Von dort aus gesehen liegt Köln quasi vor der Haustür. Dort gilt es genauso zu reagieren wie in Rheinhessen in Bezug auf Frankfurt oder wie in der Pfalz in Bezug auf Stuttgart.

(Zuruf von der SPD)

– Sie könnten aber durchaus ein Quartier für Frankfurt bilden.

Engagement, Eigeninitiative, Kreativität und Begeisterung sind hilfreich bei der Jagd nach den unterschiedlichen Zielgruppen. Diese sind nicht nur die Mannschaften, sondern auch die Fans, die Pressevertreter, die Touristen, aber auch Sponsoren.

Ich erlaube mir, an dieser Stelle eine Randerscheinung anzusprechen, die durchaus leichte Bauchschmerzen verursacht, nämlich Hooligans. Dies ist heute kein reiner Ausdruck mehr sozialer Armut, sondern das ist ein reines Problem für die Sicherheitskräfte. Obwohl ich den Sicherheitskräften vertraue, sollten wir dennoch dieses Thema differenziert prüfen. Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel, im Schulterschluss mit den Fanclubs, mit den Fanbeauftragten der Clubs, aber auch mit der Polizei dieses Thema anzugehen. Dazu sollten wir – jetzt komme ich wieder zurück auf die Politik – den Anstoß geben.

Die Rolle der Politik ist halt die des Moderators, des Koordinators, aber auch des Turboladers. Genau in diesem Zusammenhang haben wir diese Veranstaltung, die vorhin dargestellt worden ist, durchgeführt. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen; denn das ist die Broschüre der Landesregierung. Wir haben eine solche Veranstaltung gemacht, weil wir darauf angesprochen worden sind.

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Es ist vorhin gesagt worden, der WM-Koordinator sei voll in Aktion. Ich bin der Auffassung, er bereitet sich zurzeit eher auf den Marathon vor und atmet flach durch. Von ihm höre ich noch nicht allzu viel. Im Hinblick auf die Veranstaltung denke ich, dass ein bisschen weniger mehr wäre. Qualität sollte vor Quantität gehen.

(Glocke der Präsidentin)

Ich erinnere nur an das geplatzte Winterfestival in Kaiserslautern.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir freuen uns jedenfalls, unsere Rolle als Gastgeber wirklich einbringen zu können. Wir sind auch gern bereit, die in diesem Zusammenhang zu bewältigende Arbeit mit einzubringen, ohne dass diese WM zu einer Personalityshow wird. Ich hoffe, das ist in unser aller Sinn.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Meine Damen und Herren, ich begrüße eine Besuchergruppe, und zwar Mitglieder der Frauen-Union Bodenheim. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Presl das Wort.

Abg. Presl, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! In einem Jahr ist es endlich so weit. Die Weltmeisterschaft findet bei uns in Deutschland und in Rheinland-Pfalz statt. Ich als Pfälzer bin besonders stolz darauf. Ich sage: Mittendrin in Lautern.

Meine Damen und Herren, ich war heute Mittag gespannt, was die CDU unternehmen wird, um so ein tolles Ereignis schlecht- oder herunterzureden. Ich würde sagen, Herr Kollege Dr. Weiland hat einen Versuch unternommen, aber das war ein Fehlversuch.

(Beifall der SPD)

Herr Kollege Marz, bei Ihnen war da irgendwo ein Widerspruch. Sie haben zuerst gejammert, dass nicht alle Leute in das Stadion passen, dass also nicht genug Leute in das Stadion in Kaiserslautern passen. Anschließend haben Sie aber gemeckert, dass der Ausbau, damit mehr Leute hineinpassen, zu teuer ist. Irgendwo passt das nicht.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Ernst, Sie haben zwei Beispiele genannt, nämlich Stuttgart und Dortmund. Man muss immer sehen, in welcher Beschaffenheit sich ein Baukörper befindet. In Dortmund war schon länger ein Stadion mit einem Fassungsvermögen von 70.000 Menschen vorhanden. Da sind – ich habe das selbst gesehen – nur zwei Ecken geschlossen worden, damit 80.000 Menschen hineinpassen. Ähnlich war das in Stuttgart.

Die Fußball-WM ist das größte und weltweit bedeutendste Ereignis neben den Olympischen Spielen – darauf ist schon eingegangen worden – und weltweit das größte Medienereignis. Es ist auch ein Ereignis von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Es ist auch ein Ereignis, das nicht alle Tage, sondern nur alle 30 bis 50 Jahre – wenn überhaupt – bei uns zu erleben ist. Dieses Weltereignis findet bei uns statt.

Wenn das nicht Wirklichkeit wäre, könnte man glauben, man hat das nur geträumt. Wir von der SPD-Landtagsfraktion träumen zwar auch hin und wieder gern, aber wir haben es auch gern mit der Realität, weil die Realität nah beim Erfolg liegt. Diesen Erfolg – gerade Erfolge haben wir gern – werden wir auch im nächsten Jahr in Rheinland-Pfalz haben.

Die WM ist ein gigantisches Medienereignis. Wir leben nun einmal in einer medial bestimmten und zum Teil auch von den Medien beherrschten Zeit. Man stelle sich nur einmal vor, die WM 2006 fände überall in Deutschland statt, nur nicht in Rheinland-Pfalz. Man stelle sich dabei theoretisch vor, in anderen Bundesländern würde die Weltmeisterschaft laufen, aber nicht in Rheinland-Pfalz, der Heimat des ersten und legendären Fußballweltmeisters von 1954 und von unserem Idol Fritz Walter. Allein schon der Gedanke daran ist ein Horrorszenerio.

Man muss gewiss kein Prophet sein, um zu wissen, was die Opposition in so einer Situation im Landtag losgelassen hätte oder loslassen würde. Da wäre zu hören: Chance vertan, geschlafen; wir haben wieder einmal das Nachsehen; an uns geht alles vorbei.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Meine Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, diese Chance haben Sie aber leider nicht. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, knapp ein Jahr vor der nächsten Landtagswahl werden Sie sagen: Eigentlich schade, dass wir so ein Superthema für uns nicht nutzen können. – Dazu kommt es leider nicht, weil es die Landesregierung von Rheinland-Pfalz, angeführt durch unseren Ministerpräsidenten Kurt Beck, der erfolgreich argumentiert und agiert hat, geschafft hat, Rheinland-Pfalz mit dem Fritz-Walter-Stadion auf dem Betzenberg in Kaiserslautern als eines von zwölf WM-Stadien in zwölf deutschen Städten zu sichern. Das ist ein besonderer Erfolg.

Dieser besondere Erfolg wird noch besonderer, wenn man bedenkt, dass wir 16 Bundesländer haben, aber nur in neun Bundesländern die Weltmeisterschaft stattfinden wird. Da sind wir als Schauplatz mitten dabei.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP –
Pörksen, SPD: Ganz toll!)

Mit unserem Nachbarland Nordrhein-Westfalen mit drei WM-Städten können wir natürlich nicht mithalten, aber Nordrhein-Westfalen ist nicht nur größer, sondern auch das eigentliche Fußballland. Dort hat es – das sei mir gestattet – der noch amtierende Ministerpräsident Peer Steinbrück mit seinem Team geschafft, gleich drei WM-Stadien zu sichern. Nur leider haben ihm das seine Wähler nicht gedankt. So wird es sein, dass vielleicht all diejenigen, die im vergangenen Jahr gemeckert und gemotzt haben, im nächsten Jahr den Erfolg absahnen können.

(Unruhe bei der CDU)

Meine Damen und Herren, nur in Rheinland-Pfalz wird das 2006 nicht der Fall sein. Im Juni und Juli 2006 wird unserem Land mit unserem Ministerpräsidenten Kurt Beck, der wesentlichen Anteil daran hat, dass es so weit gekommen ist, diese WM eröffnet. Wir können dann gemeinsam den Erfolg feiern. Ich, unsere Fraktion, viele Rheinland-Pfälzer, Deutsche, europäische Nachbarn und Gäste aus aller Welt freuen uns, dass wir vor Millionen oder gar Milliarden von Fernsehzuschauern unser Land präsentieren können. Kaiserslautern wird oft und weltweit genannt werden. Wir sind dabei.

Es sind die Kosten für den Umbau des Stadions in Kaiserslautern angesprochen worden. Manchmal schämt man sich fast, dass wir mit so wenig „Kohle“ ausgekommen sind. München ist genannt worden. Da kostet das neue Stadion ungefähr das Zehnfache. Die Erhöhung der Baukosten in Kaiserslautern ist ungefähr mit der Summe in München zu vergleichen, die dort als Schmiergeld geflossen ist.

(Unruhe im Hause)

Meine Damen und Herren, ich möchte wissen, was los gewesen wäre, wenn wir die erhöhten Baukosten – auch wegen der Forderung der FIFA – nicht gefördert hätten. Wir haben die Rahmenbedingungen dafür geschaffen.

An die Adresse der CDU gerichtet möchte ich an eines erinnern: Als wir vor einiger Zeit im Haushalts- und Finanzausschuss in einer Abendsitzung beschlossen haben, den Stadionausbau über die Stadiongesellschaft zu sichern, um dabei zu sein, haben Sie nicht mitgemacht. Wenn Sie das Sagen gehabt hätten, hätten Sie also bei uns die WM verhindert.

(Unruhe bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn man in diesen Tagen liest und in Gesprächen feststellt, wie viele Menschen sich in unserer Region ehrenamtlich engagieren und dafür interessieren – das Ehrenamt ist angesprochen worden –, ist das eine phantastische Situation.

(Glocke der Präsidentin)

Es gibt Leute, die nehmen sich sogar Urlaub, um dabei zu sein und um mitzuhelfen.

Ich möchte der Landesregierung auch im Namen meiner Fraktion dafür danken, dass es ihr gelungen ist, nicht nur einen WM-Beauftragten zu installieren, sondern auch eine gute Personalentscheidung zu treffen. Ich danke von unserer Seite auch Herrn Dr. Kemper, der derzeit sehr häufig präsent ist. Sie haben gesagt, Sie haben ihn bisher noch nicht gesehen und noch nicht gehört. Ich habe ihn mehrmals erlebt, wie er engagiert draußen den Menschen im Land, die sich dafür interessieren, sagt und deutlich macht, welch tolles Projekt stattfindet und was diese Landesregierung für die WM alles leistet.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache über die Regierungserklärung beendet.

Ich rufe die **Punkte 7 und 8** der Tagesordnung auf:

**Jahresbericht 2004
Besprechung des Berichts des Bürger-
beauftragten (Drucksache 14/3947)
auf Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 14/3948 –**

**Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 112
der Geschäftsordnung des Landtags**

Zur Berichterstattung erteile ich dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Herrn Dröscher, das Wort.

Abg. Dröscher, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir besprechen heute den Jahresbericht 2004 des

Bürgerbeauftragten. Das verbinden wir mit dem Bericht des Petitionsausschusses.

Der Jahresbericht des Bürgerbeauftragten ist wie immer sehr ausführlich und stellt in wesentlichen Teilen auch die formalen Berichtsteile des Petitionsausschusses ausführlich dar. Deshalb beschränke ich mich auf einige telegrammartige Notizen.

Auch im vergangenen Jahr war die Zahl der Eingaben gleich bleibend hoch. Auch die Schwerpunkte haben sich sehr wenig verändert – Sozialwesen, Strafvollzug und Ausländerwesen. Zwei Drittel der Eingaben konnten im Sinne der Petenten als einvernehmlich erledigt erklärt oder aufgrund von Nichtbefassung oder wegen Unzulässigkeit abgeschlossen werden.

Etwa ein Drittel – das ist der Anteil, der uns im Ausschuss sehr stark beschäftigt – erreichten die eigentlichen Beratungen des Petitionsausschusses, der in zwölf Sitzungen über diese etwa tausend Petitionen zunächst verhandeln musste und diese auch beschlossen hat, wobei die einvernehmlich erledigten Eingaben ebenfalls per Beschluss abgeschlossen wurden.

Regionaler Spitzenreiter – ich glaube, das ist ganz interessant – ist im vergangenen Jahr der Kreis Mainz-Bingen gewesen, nachdem es vorher die Stadt Mainz war. Die Stadt Mainz wurde abgelöst. Die wenigsten Eingaben kamen aus dem Rhein-Pfalz-Kreis und der Stadt Ludwigshafen. Ob das mit der Mentalität der Rheinessen und der Pfälzer zusammenhängt, stelle ich den Raum.

Positiv hat sich das Verhältnis zu den Verwaltungen entwickelt. Das hat sich normalisiert. Wir hatten im vergangenen Jahr – Herr Galle lacht – einige Schwierigkeiten. Ich nenne nur Altkirchen oder Kaiserslautern. Es gibt allerdings auch neue Probleme, und zwar mit der Rechtsanwaltskammer, wo es sogar um die grundsätzliche Akzeptanz der Institution des Petitionsausschusses und des Bürgerbeauftragten ging. Ich glaube, das ist mittlerweile auch geklärt. Außerdem gab es einige Turbulenzen um das Öffnen der Gefangenenpost.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Eingaben der Bürgerinnen und Bürger lassen sich auch im Petitionsausschuss als eine Art Seismograf des politischen Lebens betrachten. Wenn wir uns die Sachgebiete anschauen, kommen wir zu einigen Schwerpunkten, wie zum Beispiel den Strafvollzug mit 6,1 % und der Straßenverkehr einschließlich Führerscheine mit 4,6 %. Dieser Bereich ist stark angestiegen. Hier wirken sich wohl auch die Kontrollen und auch der Drogenkonsum bei den Jugendlichen aus.

Das Ausländerwesen ist weiterhin stark mit 7,6 % vertreten. Durch das Zuwanderungsgesetz wird es wahrscheinlich Veränderungen geben. Beiträge und Gemeindeverfassung ergaben zusammen 6,8 %. Hier haben wir festgestellt, dass häufig die Sensibilität für die Informationen der Bürger zu wünschen übrig lässt. Durch die Krankenversicherung und die Rentenversicherung zusammen 7,4 % hat sich mit der Gesundheitsreform eini-

ges nach oben entwickelt. Die Sozialhilfe lag gleich hoch bei 10,2 %.

(Vizepräsident Itzek übernimmt den Vorsitz)

Ich höre mit den Zahlen auf und will noch auf einige Dinge hinweisen, die bemerkenswert sind, und zwar einmal auf die Überweisung an Ausschüsse. Nach der Geschäftsordnung des Landtags haben wir die Möglichkeit, Petitionen an die Fachausschüsse zu überweisen. Hier muss ich zum wiederholten Mal feststellen, dass Überweisungen noch nicht 100%ig funktionieren. Das Aufgreifen erfordert den Antrag einer Fraktion. Ich bitte die Fraktionen, in Zukunft mit den Überweisungen etwas offensiver umzugehen.

Der Bereich der Grundsicherung, von dem wir gerechnet haben, dass er sich im Jahr 2004 sehr stark entwickelt, ist erfreulicherweise sehr niedrig geblieben. Offenbar ist es gelungen, die Grundsicherung im Alter und bei Nichterwerbsfähigkeit so hinzubekommen, dass relativ wenig Petitionen eingereicht werden.

Die Schwerpunkte bei den 36 Legislativeingaben waren Einzugsermächtigung der Kfz-Steuer und die Kehr- und Überprüfungsordnung. Das waren Dauerbrenner. Zu diesen beiden Themen, die mehrfach aufgetreten sind, haben wir im Ausschuss Fachleute aus den Ministerien bis hin zu den Staatssekretären angehört. Ein weiteres Thema war das Landesgesetz über gefährliche Hunde.

Wie im Vorjahr muss ich bemerken, dass es zunehmend Petenten gibt, die mit dem Ergebnis der Petition nicht zufrieden sind. Die Erwartungshaltungen sind in unserer Gesellschaft zum Teil sehr hoch. Wir erleben dann in einigen Fällen eine Materialflut, wie zum Beispiel E-Mails oder Faxe, die täglich ankommen. Das hat auch einige Abgeordnete erreicht, die nicht im Petitionsausschuss sind. Herr Baldauf hat auch seine Erfahrungen gemacht.

Darüber hinaus haben Petenten versucht, den gesetzlich festgelegten Weg zu umgehen, indem sie dann, wenn sie vom Bürgerbeauftragten negative Post erhalten haben, meinten, jetzt müsste sich der Ausschussvorsitzende persönlich noch einmal einsetzen. Auch das Bürgerbüro des Ministerpräsidenten wird bei diesen Mehrfach-Versuchen ziemlich beansprucht. Damit leben wir.

Bei der Vorbereitung des Ausschusses steht das Team des Bürgerbeauftragten im Mittelpunkt. Über den Bürgerbeauftragten hat eine Zeitung in meiner Heimat anlässlich eines Sprechtags in Bad Kreuznach geschrieben: Der Mann, der nie nicht zuständig ist. – Wir haben im vergangenen Jahr am 31. Dezember feststellen können, dass Ulli Galle zehn Jahre dieses Amt bekleidet hat. Wir haben ihm dazu gratuliert. Er hat in dieser Zeit etwa 500 Sprechtage durchgeführt und sich um 30.000 Eingaben gekümmert. Ihm und seinem Team gebührt der Dank des Ausschusses.

(Beifall der SPD und der FDP)

In meinen Dank für die gute Zusammenarbeit und die gute Zuarbeit schließe ich auch das Team im Hintergrund ein, das mit seinem hohen Einsatz für die Bürge-

rinnen und Bürger des Landes arbeitet. Ich will an dieser Stelle dem durch die Erreichung der Altersgrenze ausgeschiedenen Emil Weichlein danken, für den mittlerweile Herr Schöpfliin als Vertreter des Bürgerbeauftragten arbeitet. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass der Bürgerbeauftragte über seine Arbeit hinaus auch international tätig ist, und zwar zurzeit als Vizepräsident des Europäischen Ombudsmann-Instituts.

Bedanken möchte ich mich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtags und der Landesregierung, die mit uns zusammenarbeiten, und zwar dem Wissenschaftlichen Dienst, der den Ausschuss betreut, dem Stenographischen Dienst und den Ministerien und der Staatskanzlei, die unsere Gesprächspartner waren. Ich komme in einem Punkt noch darauf zurück.

Damit habe ich den Teil, der sich mit dem Bericht des Bürgerbeauftragten beschäftigt, abgeschlossen. Ich möchte noch zwei Anmerkungen zur aktuellen Arbeit machen, und zwar zuerst zum Zuwanderungsgesetz und der Härtefallkommission. Wir haben in dieses Gesetz große Hoffnungen gesetzt, das im Juli 2004 beschlossen und zum 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist. Wir haben ein zeitgemäßes Ausländerrecht erhalten. Wir haben die Möglichkeit, aus humanitären Gründen und in Härtefällen Aufenthalt zu gewähren. Die Einrichtung einer Härtefallkommission ist gelungen. Diese tritt demnächst zum ersten Mal zusammen. Auch hier ein herzlichen Dankeschön an die Landesregierung, insbesondere an den Minister Karl Peter Bruch und an seinen Vorgänger Walter Zuber, der das vorangetrieben hat.

Wir haben im Laufe des vergangenen Jahres im Ausschuss 13 Fälle im Hinblick auf die Härtefallregelung zurückgestellt. Ich glaube, das ist ein verantwortungsvoller Umgang mit dieser Situation und keine übertriebene Nutzung dieser Möglichkeit.

In diesem Zusammenhang ist die Entscheidungsfindung der Kommune, die größere Spielräume hat, und auch die Änderung des Arbeiterlaubnisrechts zu nennen, wobei die Vereinfachung hier noch nicht unbedingt spürbar ist.

In den wenigen Sekunden, die mir noch bleiben, möchte ich noch auf etwas hinweisen. Die Strafvollzugskommission ist ein ständiger Unterausschuss des Petitionsausschusses. Letztes Jahr haben sechs Sitzungen stattgefunden, davon zwei auswärtige. Schwerpunktthemen waren Arbeit, Ausbildung und Berufsförderung, psychisch kranke Straftäter, Sicherungsverwahrung und zum wiederholten Mal Russlanddeutsche im Strafvollzug.

Besonders interessant ist der Bereich der Sozialtherapie. Wir haben aktuell in diesem Jahr die sozialtherapeutische Einrichtung in Ludwigshafen besucht. Die Worte BPS und Naikan sagen Ihnen wahrscheinlich nichts. Bei BPS handelt es sich um Versuche, in der sozialtherapeutischen Anstalt ein Behandlungsprogramm (Langzeitprogramm mit 24 Einheiten, je zur Hälfte deliktbezogen, und individuelle Rückfallprävention) für Sexualstraftäter zu erstellen.

Naikan ist ein Pilotprojekt, das die Perspektive und die Rückfallgefährdung von Gewalttätern verbessern soll.

Ich kann nicht näher darauf eingehen, ich kann Ihnen nur empfehlen, sich das einmal anzuschauen. Wir sind gern bereit, die Ausschussunterlagen weiterzugeben. Ich habe hohe Achtung vor dem Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Strafvollzugsanstalten und auch davor, dass das Ministerium der Justiz sich entsprechend engagiert und das ermöglicht hat. Auch hier noch einmal ein herzliches Dankeschön.

Wir arbeiten in diesem Ausschuss über die Fraktionen hinweg sehr gut zusammen und glauben, dass wir damit auch eine Grundlage schaffen, dass Bürgerinnen und Bürger in diesem Land von ihrem Petitionsrecht ausführlich Gebrauch machen können. Das soll auch in Zukunft so sein.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall im Hause)

Vizepräsident Itzek:

Vielen Dank, Herr Kollege Dröscher, für die Berichterstattung.

Die Fraktionen haben bei diesem Tagesordnungspunkt eine Redezeit von zehn Minuten vereinbart.

Ich erteile Herrn Kollegen Ernst das Wort.

Abg. Ernst, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der umfassende Bericht des Bürgerbeauftragten liegt uns vor. Ich habe ihn sorgfältig gelesen und mit Zufriedenheit einen Fakt festgestellt – das möchte ich gern als Kernpunkt herausstellen –: Die Zahl der Eingaben ist zurückgegangen. – Dies werte ich als gutes Zeichen. Ich weiß natürlich, für den Rückgang gibt es eine Vielzahl möglicher Ursachen. Bei der Bewertung ist noch kein Trend auszumachen.

Andererseits sollten wir auch nicht so unbescheiden sein. Sicherlich ist ein kleiner Teil des Rückgangs auch auf die Arbeit des Büros des Bürgerbeauftragten und die Arbeit im Ausschuss zurückzuführen. Das Arbeitsklima wird geprägt von Hilfsbereitschaft und hohem Engagement der Beteiligten und somit auch von ihren Erfolgen. So weit, so gut, meine Damen und Herren.

Ich kann jedoch ebenso wenig mit einigen kritischen Bemerkungen hinter dem Berg halten. Noch immer verliert sich der Bericht in der Darstellung vieler Einzelfälle. Es sind in der Tat weniger geworden, aber es sind immer noch zu viele. Wir haben das schon mehrfach angesprochen.

Aus unserer Sicht sollte der Bericht straffer und strukturierter gefasst sein. Das würde dann auch die Handlungsfelder entsprechend deutlicher herausstellen und den Blick auf die notwendige Priorität nicht verstellen.

Die Anzahl der Seiten, die den einzelnen Bereichen gewidmet werden, kann diese wichtige Klarstellung und somit wertvolle Hilfestellung nicht geben.

Meine Damen und Herren, allein zwei Seiten widmet der Bürgerbeauftragte seiner zehnjährigen Amtszeit. Ich frage mich wirklich: Warum? – Dann folgen mehrere Seiten, die die Stelle des Bürgerbeauftragten als solche begründen. Warum? – Es gibt diese Stelle seit 30 Jahren, und niemand stellt sie infrage, meine Damen und Herren.

(Zuruf im Hause: Warum?)

– Das hoffe ich nicht.

Aber ein Fünftel des Berichts bei den Einzelbeispielen nehmen die Anträge von Strafgefangenen und Ausländern ein, obwohl deren Anteil weit unter dem Schnitt liegt. Warum? – Die Postkontrolle allein im Strafvollzug sind zwei Seiten. Das ist sicherlich kein Schwerpunktthema und muss auch sicherlich nicht entsprechend ausführlich berichtet werden.

Meine Damen und Herren, es gibt sicherlich ein paar andere Baustellen. Ich will einmal kurz zwei nennen: Im Bericht werden die rückläufigen Besucherzahlen bei den Sprechstunden vermerkt. Die Petenten – so hören wir – beklagen die geringe Gesprächsdauer von zehn Minuten. Ich frage mich, ist diese Zeit wirklich zu knapp, oder sind die Klagen auf den leichten Hang des Bürgerbeauftragten zu Monologen zurückzuführen. Diese Zeitfrage müsste noch geklärt werden.

Zweites Beispiel: Im Bereich der Legislativeingaben nehmen die Eingaben zur Änderung der Kehr- und Prüfungsordnung wieder einen großen Raum ein. Die meisten Eingaben hatten zum Ziel, die Prüfintervalle zu verlängern und die Gebühren herabzusetzen. Wir erinnern uns in diesem Zusammenhang daran, dass das Wirtschaftsministerium dazu mehrere Alternativen vorgestellt hat. Ich mache an der Stelle auch darauf aufmerksam, dass bei der Entscheidung für ein neues Modell, wenn es kommen sollte, genau dieses Ansinnen der Petenten erreicht werden muss, nämlich Kosten reduzieren, Prüfintervalle verlängern, und die Prüfung sogar von anderen ausführen zu lassen, ob nun von Heizungsbauern oder ähnlich gelagerten Berufsgruppen.

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend noch einmal betonen, wir alle müssen künftig weiterhin seriös an jedem Einzelfall arbeiten. Die Petenten hoffen in der Tat auf uns, sie bauen in vielen Fällen auch auf uns, auf den Bürgerbeauftragten und auch auf den Ausschuss. Was die Rolle der CDU angeht, versichere ich Ihnen, dass wir auch zukünftig tatkräftig daran mitwirken wollen, dass auch geholfen wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Itzek:

Ich erteile nun Herrn Kollegen Frank Puchtler das Wort.

Abg. Puchtler, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorliegende Bericht ist für mich zunächst einmal Anlass, Danke zu sagen, unserem Bürgerbeauftragten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der Landtagsverwaltung und der Landesregierung und vor allen Dingen den Mitgliedern des Petitionsausschusses und seines Vorsitzenden, Peter Wilhelm Dröscher, für die kollegiale Zusammenarbeit.

Peter Wilhelm Dröscher hat es ausgeführt, der Bericht ist ein Spiegelbild, ein Seismograf unserer Gesellschaft. Es ist schon wichtig, dass die Darstellung in neun Abschnitten erfolgt. Lieber Herr Kollege, es sind rund 2.700 Menschen, die in unserem Land ihr Recht genutzt haben, das ihnen gemäß der Verfassung zusteht. Ich glaube, dass die Menschen das so genutzt haben, ist auch gut so.

Die wichtigste Zahl, die dahintersteckt – das dokumentiert die Leistung des Bürgerbeauftragten –: 67 %, das sind zwei Drittel der Fälle, konnte geholfen werden. Dafür allen Beteiligten, die sich hier eingebracht haben, herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Ein Zweites: Man spricht von Fällen, aber ich glaube, es ist wichtig, bei der Behandlung der Eingaben, der Petitionen, ist auch eine Querschnittsaufgabe enthalten, den Dienstleistungsgedanken zu fördern, mitzuhelfen, dass der Mensch bei verschiedenen Institutionen und Handlungen stärker in den Mittelpunkt rückt. Das zeigen auch gerade die Ergebnisse in vielen Bereichen. Dafür ist es wichtig, dass man das auch vorbildlich als Bürgerbeauftragter betreibt. Deswegen sind die 38 Sprechtage in den verschiedenen Kreisen unseres Landes sehr wichtig. Sie sind ein Ausdruck für Bürgernähe.

Ganz besonders wichtig erscheint mir auch, lieber Ulli Galle – dafür bin ich dankbar –, dass bei uns in Rheinland-Pfalz nach wie vor jeder Bürger formlos sein Anliegen vortragen kann, persönlich, per Fax, Mail oder Brief. Er muss nicht, wie zum Beispiel auf der Ebene des Bundestags, erst ein Antragsformular ausfüllen. Das wäre kontraproduktiv. Das würde eine Schwelle schaffen. Wir wollen es den Bürgern ermöglichen, unkompliziert ihre Anliegen vorzutragen.

Ein Schwerpunkt waren die Asylfragen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dabei geht es um menschliche Schicksale. Deswegen begrüße ich es sehr, dass zum 1. Januar 2005 das Zuwanderungsgesetz in Kraft getreten ist. Ganz besonders wichtig ist bei uns im Land Rheinland-Pfalz die Einrichtung, lieber Karl Peter Bruch, der Härtefallkommission; denn in vielen Fällen – das haben wir festgestellt – reichen die Buchstaben des Gesetzes nicht aus. Trotzdem ist es wichtig, humanitär zu helfen. Mit der Härtefallkommission haben wir die Möglichkeit, für die Menschen die eine oder andere Möglichkeit auszuloten.

(Beifall bei SPD und FDP)

Auch die Zusammenarbeit im Petitionswesen auf der nationalen und der internationalen Ebene ist sehr zu begrüßen, sei es die Arbeitsgemeinschaft der Bürgerbeauftragten in Deutschland oder die Arbeit im Europäischen Ombudsmann-Institut, bei dem Ulli Galle Vizepräsident ist; denn Zusammenarbeit, Erfahrungsaustausch ist wichtig. Denken wir an das eben genannte Beispiel. Bei Asylfragen geht es beispielsweise um internationale Themen. Hier ist es wichtig, dass wir über die Grenzen der Länder hinaus im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zusammenarbeiten.

Auch die Arbeitsweise, vermitteln, Transparenz schaffen, ist wichtig. Die Ergebnisse zeigen, dass die Arbeit produktiv ist und in die richtige Richtung geht.

Was die Arbeit des Bürgerbeauftragten in seiner Wirkung für die Menschen bedeutet, die Hilfe brauchen, zeigen gerade die einzelnen Petitionen in verschiedenen Bereichen.

Nehmen wir den Bereich Soziales. Einem jungen Mann konnte geholfen werden, dass die Krankenkasse, weil er behindert ist und seinen Rollstuhl braucht, die Kostenzusage übernommen hat. Das ist für den jungen Mann und für seine Familie wichtig. Das ist eine unmittelbare direkte Hilfe.

Das Beispiel in der Altersversorgung. Eine Familie war mit einer Beitragsforderung von 7.500 Euro der Alterskasse konfrontiert. Die Vollstreckung drohte. Auch hierbei konnte eine Lösung erreicht werden.

Ein weiteres Beispiel – das betrifft sehr viele von uns, wir haben es schon besprochen – ist das Thema „Ehrenamt, Vereine“. Ein Verein hatte viele engagierte Mitglieder. Wenn man bei Veranstaltungen gute Ergebnisse erzielt, baut man eine Finanzrücklage auf. Dann kommt das Thema „Finanzrücklage und Gemeinnützigkeit“. Auch hierbei konnte geholfen werden.

Im Bauwesen: Verschiedenen Petenten konnte zu Baugenehmigungen verholfen werden.

Im Bereich der Energie ging es um den Bau einer Solaranlage auf einer Dachfläche. Auch hierbei konnte die Genehmigung erreicht werden.

Ganz wichtig, das Thema „Bildung“: Jemand hat sich um einen Studienplatz beworben. Mit den Fristen hat es nicht geklappt, aber der Bürgerbeauftragte konnte ihm noch zu seinem Platz verhelfen.

Genau diese Beispiele – deswegen finde ich es schon wichtig, dass einzelne Beispiele aufgezeigt werden – sagen mehr als Zahlen, sagen mehr als ein Bericht oder Statistiken; denn dahinter stehen Menschen und Schicksale, gerade bei den Beispielen auch Perspektiven für die Menschen, die es betraf.

(Beifall der SPD und der FDP)

Genau diese Einzelbeispiele dokumentieren die gute Arbeit des Bürgerbeauftragten. Ich glaube, allein deshalb lohnt es sich für uns, sich beim Bürgerbeauftragten und im Ausschuss zu engagieren. Stellvertretend für

alle, denen Sie geholfen haben, noch einmal recht herzlichen Dank, Herr Bürgerbeauftragter.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich wünsche Ihnen im Hinblick auf die weitere Arbeit viel Erfolg und im Interesse der Menschen in unserem Land toi, toi, toi und alles Gute, damit auch im nächsten Jahr gute Ergebnisse vorgetragen werden können!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Itzek:

Als nächstes spricht Herr Kollege Marz.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Zehn Jahre Ulrich Galle als Bürgerbeauftragter. Da sehe ich es ihm nach, wenn er dafür etwas Platz verwendet in seinem Bericht.

(Mertes, SPD: Nur zwei Seiten!)

Wenn man das nicht lesen mag, kann man es auch lassen, Herr Kollege Ernst.

(Mertes, SPD: Warum so streng?)

Im Übrigen denke ich, dass der Bericht sehr viele Einzelbeispiele umfasst. Wir kennen diese Einzelbeispiele als Mitglieder des Petitionsausschusses natürlich. Aber es kommt darauf an, dass auch in der Öffentlichkeit und in diesem Parlament immer wieder deutlich wird, womit wir uns beschäftigen und wie die Fälle gelagert sind.

Von daher können wir ganz gut damit leben, dass der Bericht so aufgebaut ist, wie er ist, denke ich.

Ich will nur zu zwei Punkten in diesem Bericht etwas sagen. Zuerst einmal zu einem allgemeinen Punkt, zur Frage des Verhältnisses zwischen Verwaltungen und Bürgerinnen und Bürgern und der Frage, inwiefern Verwaltungen in der Lage sind, gemachte Fehler einzusehen.

Es gibt viele Verwaltungen, es gibt viele Menschen in Verwaltungen, die sind dazu in der Lage. Diese haben den Vorteil, dass sie sich weiterentwickeln können.

Es gibt aber auch leider welche, die sind dazu nicht in der Lage, stellen sich stur, wenn sie auf Fehler aufmerksam gemacht werden, stellen sich auch stur, wenn der Bürgerbeauftragte aktiv wird.

Sie finden in der Arbeit des Petitionsausschusses und in diesem Bericht des Bürgerbeauftragten Beispiele dazu, wo Verwaltungen es auch potenziellen Petenten gegenüber so verkaufen, als sei die Einleitung eines Petitionsverfahrens ein Hemmnis, etwas Lästiges.

Ich glaube, diese Verwaltungen, die so handeln, haben nicht begriffen, dass ein Instrument wie der Bürgerbeauftragte und der Petitionsausschuss auch ein Korrektiv für Verwaltungshandeln sein können, was dies nur besser in der Konsequenz machen kann.

Sie verkennen, dass dieses Korrektiv in vielen Fällen auch dazu führt, dass das Verwaltungshandeln durch den Bürgerbeauftragten und den Petitionsausschuss bestätigt wird, nämlich dann, wenn keine Fehler gefunden werden.

Zweiter Punkt, die Frage des Ausländerrechts, der Zuwanderung, Asylfälle usw. Die Ausländerbehörden haben vor Ort – auch das ist im Bericht erwähnt – seit dem 1. Januar 2005 mit dem neuen Zuwanderungsgesetz, mit § 25 die Möglichkeit, aus besonderen humanitären Gründen eigenständig Entscheidungen im Sinn der Betroffenen zu fällen. Diese Möglichkeit hatten sie vorher nicht.

Daraufhin hat der Petitionsausschuss zusammen mit dem Bürgerbeauftragten eine Reihe von Fällen im Vorjahr zurückgestellt, um sie nach diesen Bestimmungen prüfen zu können.

In sehr vielen Fällen ist inzwischen tatsächlich eine humanitäre Lösung erreicht worden. Es gibt aber auch hierbei leider Ausländerbehörden, die von diesen Spielräumen keinen Gebrauch machen – ich sage an dieser Stelle, auch in Kenntnis der Fälle –, aus Sturheit keinen Gebrauch machen, obwohl es diese Möglichkeit nun gibt.

Wenn nun alle Stricke reißen, dann sieht das Zuwanderungsgesetz die Möglichkeit vor, dass die Länder eine Härtefallkommission einrichten. Rheinland-Pfalz hat das gemacht.

Das war Gegenstand eines politischen Streits, weil wir uns das anders vorgestellt haben. Aber dieser Streit ist nun beendet, zunächst einmal;

(Klößner, SPD: Na, Na, Na!)

denn die Härtefallkommission wird sich demnächst konstituieren. Dann werden wir schauen, wie sie arbeitet.

Ein Vorbild für die Arbeit der Härtefallkommission kann natürlich die Arbeit des Bürgerbeauftragten, des Büros des Bürgerbeauftragten und des Petitionsausschusses sein. Wenn diese Härtefallkommission in ein bis zwei Jahren ein ähnliches Ansehen genießen will, muss sie sich auch ähnlich verhalten.

Wir werden – da unser Gesetzentwurf für eine Härtefallkommission gescheitert ist – die Arbeit der eingerichteten Härtefallkommission sehr aufmerksam beobachten und dann entscheiden: Hat sie sich aus unserer Sicht bewährt oder nicht?

Zum Schluss natürlich der Dank. Er ist ehrlich und ernst gemeint.

Der Dank an Ulrich Galle für die vertrauensvolle Zusammenarbeit, an sein Büro, an alle Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter und selbstverständlich an alle Mitglieder des Petitionsausschusses, inklusive des Vorsitzenden Herrn Dröscher.

Herzlichen Dank.

(Beifall im Hause)

Vizepräsident Itzek:

Als nächster Redner hat Herr Kollege Dr. Schmitz das Wort.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Institution des Bürgerbeauftragten hat in Rheinland-Pfalz eine über 25-jährige Tradition. Sie hat sich bewährt und weist ein hohes Maß an Dienstleistungscharakter für Bürgerinnen und Bürger auf.

Die Institution „Bürgerbeauftragter“ ist eine Institution der Menschlichkeit, in der mit besonderer Sensibilität gearbeitet werden muss und gearbeitet wird.

Die Tätigkeit des Bürgerbeauftragten ist anspruchsvoll. Ulrich Galle handhabt sie verantwortungsvoll, insbesondere in den Bereichen, wo sie sich, was die „Kunden“ angeht, auf dem schmalen Grad zwischen Nörgelei und Ohnmachtsgefühl von Bürgerinnen und Bürgern gegenüber der Verwaltung, den Gerichten und anderen Institutionen bewegt.

Ich schließe mich dem Reigen derer an, die dem Bürgerbeauftragten danken, nicht floskelhaft, sondern wirklich beeindruckt von der Art und Weise, wie Sie das mit Ihrem Büro handhaben und wie Sie es auch nach der Wiederwahl mit beeindruckendem Ergebnis genauso kraft- und saftvoll und fair weiterbetreiben, wie Sie es uns vorher präsentiert haben, Herr Galle.

Vor und nach der Wahl war identisch, herzliches Dankeschön!

Das ist nicht immer einfach, diesen Konsens auch zwischen den Fraktionen zu gewährleisten, mit den unterschiedlichsten Verwaltungen im Wesentlichen zu kooperieren und da, wo es sein muss, auch einmal hartnäckig nachzufassen und die Autorität, die Ihr Amt beinhaltet, zu reklamieren. Auch dafür danke schön.

Die zwei, drei Seiten im Tätigkeitsbericht buche ich nicht unter Personenkult ab. Ich finde, das hat sich durchaus auch vom Rahmen her in das Gesamtwerk passförmig eingefügt.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die vielen Seiten mit Zahlen, die nun an sich zu verlesen wären, erspare ich Ihnen. Dies wurde schon mehrfach erwähnt. Dass die Zahl der Petitionen zurückgegangen ist, muss man nicht begründen. Das haben wir zur Kenntnis zu nehmen. Immerhin freut es mich, dass man mit diesem Instrument nicht inflationär umgeht. Ich glaube, auch dies hängt mit der Art und Weise zusammen, wie das Amt ausgeführt wird

und wie die Mitarbeiter des Bürgerbeauftragten dieses Amt unterstützen und mit wahrnehmen.

Meine Damen und Herren, die Schwerpunkte bei den Eingaben lagen mit 18 % auf dem Sozialwesen – das hat sich gegenüber dem Jahr 2003 nicht verändert –, mit 16 % auf der Ordnungsverwaltung und mit 12,8 % auf der Rechtspflege. Auch die Petitionen im Bereich des Ausländerwesens sind zurückgegangen, weil auch die zur Entscheidung anstehenden Fälle entsprechend zurückgegangen sind.

Die Härtefallkommission wurde eingerichtet. Dies ist eine willkommene und effiziente Ergänzung für die Arbeit des Bürgerbeauftragten und des Petitionsausschusses. Bekanntlich ist die Härtefallkommission mit dem seit 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Aufenthaltsgesetz eingerichtet worden. Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Bürgerbeauftragte Mitglied dieser Kommission ist und darin auch Sitz und Stimme hat.

Die Beispiele sind schon so gut wie komplett abgegrast. Das Beispiel der Rechtsanwaltskammer Koblenz wurde bereits erwähnt.

Ich darf abschließend auf den übereinstimmenden Wunsch aller Fraktionen und auch der Exekutive – auch der Ministerpräsident hat sich in diese Diskussion eingeschaltet – hinweisen, dass die hohen bürokratischen Hürden im Bestattungswesen nicht immer in diesem Maß notwendig wären und viele Dinge vonseiten der Verwaltung einen rechthaberischen Charakter tragen und der Pietät, die in diesen Fällen angebracht wäre, nicht immer in gleichem Maß entsprechen.

Die Problematik der in der Justizverwaltung geöffneten Briefe ist mehrfach erwähnt worden. Wir schließen uns der Meinung der Kollegen an, dass das nicht sein darf. Damit verrate ich Ihnen nichts Neues.

Insgesamt ist dies ein Ausdruck hoher Zufriedenheit und der Unterstützung dessen, was auch aus den übrigen Fraktionen gesagt wurde. Neben dem Dank, den ich Ihnen bereits abgestattet habe, möchte ich Ihnen auch meinen Dank für Ihre Ausdauer der Aufmerksamkeit ausdrücken.

Danke schön.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsident Itzek:

Vielen Dank. Mit der Berichterstattung und der anschließenden Aussprache sind damit die Punkte 7 und 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe nun **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

**Neue Energie und Arbeit für Rheinland-Pfalz
– Masterplan 2005 bis 2010 für erneuerbare
Energien – Energieeinsparung –
Energieeffizienz
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/4045 –**

Ich teile Ihnen mit, dass dieser Punkt mit Zustimmung aller Fraktionen auf das nächste Plenum verlagert wurde.

Wir kommen nun zu **Punkt 10** der Tagesordnung:

**Bibliothekswesen in Rheinland-Pfalz
Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion
der FDP und der Antwort der Landesregierung
auf Antrag der Fraktion der FDP
– Drucksachen 14/3582/3733/3910 –**

Die Fraktionen haben eine Redezeit von fünf Minuten vereinbart.

Ich erteile Frau Abgeordneter Morsblech das Wort.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sprachbeherrschung, Lese- und Medienkompetenz sind die wesentlichen Voraussetzungen für den Zugang zu den Angeboten und Chancen der modernen Informationsgesellschaft und für die umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben überhaupt. Besonders wichtige Elemente zur Förderung von Sprach-, Lese- und Medienkompetenz sind zum einen der ungehinderte Zugang zu Büchern und anderen Lesemedien, die bestmögliche Förderung in der Anfangsphase des Selbstlesens und der Aufbau, die Erhaltung und die Steigerung der Lesemotivation bei Kindern und auch bei Jugendlichen.

Die rheinland-pfälzischen Bibliotheken leisten neben und auch gemeinsam mit den Schulen einen wichtigen Beitrag, um die Lesekompetenz von Kindern und Jugendlichen zu fördern und zu stärken. Die ganze Bandbreite der Medien wird in den Bibliotheken angeboten und damit auch die Möglichkeit, all diese Medien zu nutzen, um ihre Stärken und ihre Schwächen kennen zu lernen. In den meisten Bibliotheken finden zahlreiche Veranstaltungen zur Leseförderung und zur Nutzung der unterschiedlichen Medien statt.

Die Kampagne „Leselust in Rheinland-Pfalz“ hat tausende Schüler erreicht und ist auf eine riesengroße Resonanz gestoßen.

Die Bibliotheken in Rheinland-Pfalz sind konsequent in den Prozess der Leseförderung insgesamt eingebunden. Die Zusammenarbeit von Bibliotheken und Schulen wird systematisch unterstützt und weiterentwickelt. Auf diesem Weg werden immer mehr Schülerinnen und Schüler als Leser gewonnen und die Vermittlung von Lese- und Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen maßgeblich unterstützt. Aber nicht nur die heranwachsende Generation, sondern auch wir Erwachsenen werden immer mehr mit Informationen überschüttet. Wir sind einer Flut von Informationen ausgesetzt, was aber nicht automatisch bedeutet, dass wir besser informiert sind. Es ist deshalb auch Aufgabe von Bibliotheken, als eine Art Zwischeninstanz, aufgrund ihrer Kompetenz diese Flut von Informationen nicht nur zur Verfügung zu stellen, sondern auch zu beurteilen, zu bewerten und in geeigneter Weise zugänglich zu machen. Dies wird immer wichtiger.

Mit insgesamt 901 Bibliotheken verfügt Rheinland-Pfalz über ein sehr weit gespanntes Bibliotheksnetz zur Versorgung der Bevölkerung mit Information und Wissen. Dabei wird der größte Teil der öffentlichen Bibliotheken ehrenamtlich oder nebenberuflich geführt. Ohne dieses Engagement wäre auch in einem stark ländlich geprägten Bundesland wie Rheinland-Pfalz mit seinen vielen kleinen und mittleren Gemeinden eine flächendeckende Versorgung mit Bibliotheken und mit Literatur überhaupt nicht möglich.

Die FDP begrüßt deshalb ausdrücklich, dass dieses Engagement auch von der Landesregierung breit unterstützt und in besonderer Weise gefördert wird und die Personen, die sich dort einsetzen, beraten werden. Mit unterschiedlichen Serviceangeboten präsentieren sich Bibliotheken als moderne Dienstleister. So gibt es beispielsweise den VWAP-Express. Ausgehend von Bestandsnachweisen der virtuellen Bibliothek in Rheinland-Pfalz können Bestände der wissenschaftlichen Bibliotheken und ein Teil der öffentlichen Bibliotheksbestände von Bürgerinnen und Bürgern online an eine Bibliothek in ihrer Nähe bestellt werden.

(Creutzmann, FDP: Sehr gut! –
Beifall der FDP)

Auch für ältere Menschen werden Bibliotheksangebote immer wichtiger. Sie nutzen verstärkt Hörbücher, die nun verstärkt angeboten werden. Es werden Bücher in Großdruck in den Bestand aufgenommen. Manche Bibliotheken bieten gerade für ältere Menschen besondere Internet-Einführungskurse, und es gibt Seniorendienste, die die Bücher entsprechend auch nach Hause liefern.

Durch die neue und bundesweit einmalige Konzeption des Landesbibliotheksentrums, in dem die großen Landesbibliotheken zusammengefasst sind, stellt Rheinland-Pfalz seinen Bibliotheksutzern und den Bibliotheken einen kompetenten Partner auf dem Weg in die Wissensgesellschaft zur Seite.

Es ist schade, dass man in fünf Minuten nicht alle Facetten behandeln kann, die unser Bibliothekswesen bietet, und sich etwas ausführlicher über Zukunftsperspektiven unterhalten kann. Ich konnte deshalb nur einige Punkte der Leistungsbeschreibung nennen, um deutlich zu machen, welche Leistung heute hoch qualifizierte Serviceeinrichtungen, als die ich unsere Bibliotheken ansehe, erbringen, die eben nicht nur Informationen bereitstellen und das Angebot vorhalten, sondern sozusagen als Wissensnavigatoren durch die Flut der Informations- und Medienvielfalt lenken. Damit leisten sie einen sehr grundlegenden Beitrag im Zusammenhang mit den Anforderungen, die sich aus dem gesellschaftlichen Wandel in die Wissensgesellschaft ergeben.

Ich danke der Landesregierung dafür, dass sie diesen Weg immer wieder gemeinsam mit den Bibliotheken ebnet. Ich denke, wir sollten diesen Weg auf diese Art und Weise weitergehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsident Itzek:

Als nächster Rednerin erteile ich Frau Hammer von der CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Frau Hammer, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind uns alle darüber einig, welcher wichtiger Bildungsauftrag dem Bibliothekswesen neben Elternhaus und neben Schule zukommt. Die Förderung von Lesefreude und von Medienkompetenz ist ein ganz wesentliches Merkmal für unsere jungen Menschen auf dem Weg in eine gute Zukunft.

Meine Damen und Herren, die Große Anfrage beantwortet viele Fragen, eine allerdings nicht, nämlich die nach dem Sinn des Landesbibliotheksentrums, das am 1. September 2004 seine Arbeit aufgenommen hat. Hierbei wurden drei wissenschaftsorientierte Bibliotheken, nämlich die Pfälzische Landesbibliothek Speyer, die Rheinische Landesbibliothek Koblenz und die Bibliotheca Bipontina Zweibrücken sowie die Landesbüchereistellen in Koblenz und Rheinhessen-Pfalz in Neustadt in einer Einrichtung zusammengeführt.

Was kann das Zentrum besser als zwei eigenständige Einrichtungen, die eine für Wissenschaft und die andere zuständig für Beratung und Betreuung für die fast 900 öffentlichen Bibliotheken unseres Landes?

Wir haben 373 kommunale öffentliche Bibliotheken und 484 in kirchlicher Trägerschaft. Weil die Aufgabenstellungen so unterschiedlich sind, sind auch Synergieeffekte für uns immer noch höchst fraglich.

Aufgrund der unterschiedlichen Anforderungen kann innerhalb des Landesbibliotheksentrums noch nicht einmal ein einheitliches EDV-System genutzt werden. So verfügen die Büchereistellen über das gleiche System wie die Schulen. Das ist natürlich sinnvoll, weil Schülerinnen und Schüler vom Grundschulalter bis zum Abitur die Hauptzielgruppe aller öffentlichen Bibliotheken bilden. Zudem beraten die Büchereistellen konkret bei der Nutzung von Schulbibliotheken als Unterrichts-, Arbeits- und Lernzentren, als Medienzentren, als Kommunikationszentren.

Meine Damen und Herren, wenn bei Untersuchungen herauskommt, dass eine große Anzahl der 15-Jährigen funktionelle Analphabeten sind oder nur auf dem untersten Grundschulniveau lesen können, dann wissen wir, welche großen Aufgaben auch neben der Schule dem öffentlichen Bibliothekswesen zukommen.

Insbesondere gilt es zunächst, die Lust am Lesen zu wecken, durch Lesekisten und Lesenächte zu vermitteln und Autorenbegegnungen zu ermöglichen. Dabei möchte ich besonders das hohe ehrenamtliche Engagement hervorheben. Wie Frau Kollegin Morsblech schon sagte, 81 % der kommunalen sowie fast alle kirchlichen öffentlichen Bibliotheken werden ehrenamtlich oder nebenberuflich betrieben.

Es gibt unzählige viele ehrenamtlich Tätige, meistens Frauen, die sich als Lesepaten zum Vorlesen, Geschichtenerzählen im Kindergarten, in den Volkshochschulen, in den Museen und anderen Institutionen zur Verfügung stellen. Diesen allen gilt an dieser Stelle unser herzlichster gemeinsamer Dank für ihr Engagement.

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, angesichts des demografischen Wandels in unserer Gesellschaft geraten zunehmend auch Senioren und Seniorinnen in den Fokus der öffentlichen Bibliotheken. Auch für diese Zielgruppe werden Veranstaltungsprogramme vermehrt in der Zukunft Berücksichtigung finden müssen.

Ich komme zurück zur Sinnhaftigkeit eines Landesbibliotheksentrums. Die wissenschaftlichen Bibliotheken richten sich nach den Anforderungen der Nutzer. In Speyer und Koblenz haben sie jeweils andere EDV-Systeme, die sich wiederum von jenen der Universitäten unterscheiden. Es gibt zwar Bestrebungen, die Systeme in Speyer und Koblenz zu vereinheitlichen, eine generelle Umstellung für den Gesamtbereich des Landesbibliotheksentrums dürfte angesichts der Haushaltslage nicht finanzierbar sein. Letztlich müsste nämlich eine Umstellung auch die Schulen einbeziehen. Wo also Einspar-effekte erzielt werden sollen, ist schleierhaft.

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, es genügt nicht, sich damit zu brüsten, als erstes Bundesland ein Landesbibliothekszentrum eingerichtet zu haben. Ich nenne Ihnen eine andere statistische Zahl. Laut Kulturfinanzbericht 2003, der im Mai 2004 erschienen ist, schneidet das Land Rheinland-Pfalz bei der Förderung des Bibliothekswesens miserabel ab. Mit nur 8,9 Euro pro Einwohner nehmen wir Platz 15 unter den 16 Bundesländern ein. Der Spitzenreiter ist übrigens Sachsen mit 23,4 Euro pro Einwohner.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und
vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Itzek:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Geis das Wort.

(Schweitzer, SPD: Der Frauenverstehrer!)

Abg. Geis, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist eine sinnliche Lust zu lesen. Ich gehe davon aus, dass viele von Ihnen das bestätigen können. Es ist aber eine Lust, die leider vielen vorenthalten bleibt. In manchen Bereichen muss man den Eindruck haben, dass sich Entwicklungen eher verschlechtern als verbessern. Das betrifft zum Beispiel kleine Kinder, deren Eltern ihnen Bilderbücher vorenthalten. Der Verkauf ist drastisch zurückgegangen.

Als Vorsitzender des Bibliotheksverbandes Rheinland-Pfalz bin ich froh, dass wir heute Gelegenheit haben, über das rheinland-pfälzische Bibliothekswesen und über die vielfältigen Ideen und Projekte zur Leseförderung zu sprechen.

Ich möchte mich vorab bei den vielen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in wissenschaftlichen und öffentlichen Bibliotheken bedanken, seien sie kommunal oder kirchlich.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Es wird hier eine vorbildliche Arbeit geleistet, engagiert, ideenreich und kooperativ. Herzlichen Dank dafür!

Die fachlich ausgebildete Bibliothekarin, deren Liebe zum Buch und die Freude, diese den Menschen zu vermitteln, aber auch spürbar sein muss, ist eine unverzichtbare Mitarbeiterin in einer kommunalen Verwaltung. Die gut ausgestattete benutzerfreundliche Bibliothek ist ein zentraler Ort des sozialen Gemeinschaftslebens, ein wichtiger Indikator für die Qualität kommunaler Arbeit.

Die Antwort des Ministeriums auf die Große Anfrage der FDP-Fraktion ist ein umfassender und aktueller Zustandsbericht der realen Situation des Bibliothekswesens in Rheinland-Pfalz. Die Antwort beschönigt nicht die problematische Finanz- und Personalausstattung vieler kommunaler, öffentlicher und einiger wissenschaftlicher Bibliotheken. Doch sie legt auch dar, welche finanziellen und personellen Anstrengungen das Kulturministerium in den letzten fünf Jahren, teils in enger Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium, unternommen hat, um im Wettbewerb mit anderen Bundesländern zu bestehen.

Es gibt einige bibliothekarische Felder, in denen Rheinland-Pfalz auf die Überholspur gegangen ist und bei bemerkenswerten mehrjährigen Projekten eine Vorreiterfunktion inne hat.

Einer der Förderschwerpunkte der Landesregierung in den letzten drei Jahren ist die aktive Leseförderung von Kindern und Jugendlichen durch die enge Zusammenbindung von öffentlichen Bibliotheken und Schulen am Ort

(Beifall bei der SPD)

sowie den Ausbau von Schulbibliotheken und bibliotheksähnlichen Einrichtungen wie Leseecken, zunächst konzentriert auf die über 300 Ganztagschulen.

Diese unterschiedlichen Maßnahmen und Projekte haben zum Beispiel dazu geführt, dass die Neuanmeldungen von Grundschulern in den kommunalen öffentlichen Bibliotheken überdurchschnittlich angestiegen sind. Schätzungsweise konnten mehr als 10.000 Kinder im Grundschulalter als neue Nutzer von Bibliotheken gewonnen werden.

Diese erfreulich positiven Ergebnisse auf vielen Feldern dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass aufgrund der knappen Mittel der öffentlichen Träger das öffentliche und wissenschaftliche Bibliothekswesen in Rheinland-

Pfalz durchaus auch in seiner Substanz gefährdet ist. Hier wünsche ich mir ein offeneres Ohr mancher Entscheidungsträger in den Kommunen und mehr Bereitschaft, auch die erheblichen Chancen guter Bibliotheksarbeit für Jung und Alt erkennen zu wollen.

Die öffentliche Bibliothek ist überall dort gut aufgestellt – es gibt viele Beispiele dafür in Rheinland-Pfalz –, wo die örtlichen Entscheidungsträger von der wichtigen Rolle der Bibliothek als unverzichtbare Bildungs- und Kultureinrichtung überzeugt sind.

(Schweitzer, SPD: Wie zum Beispiel in Bad Kreuznach!)

Dort, wo diese Einsicht fehlt, existieren teilweise gar keine Bibliotheken oder sie fristen schlecht untergebracht ein Schattendasein.

Der überdurchschnittlich große, wichtige und lobenswerte Einsatz von hunderten von ehrenamtlichen Kräften in Gemeindebibliotheken ist sicher ein großes Plus für kleinere Bibliotheken im ländlichen Raum. Aber für die größeren Bibliotheken, die inzwischen über eine zufrieden stellende EDV-Ausstattung mit Internetzugang und modernen Medien verfügen, ist aufgrund der wachsenden Informationsanforderungen eine hauptamtliche und fachlich qualifizierte Personalausstattung zwingend notwendig.

(Beifall bei SPD und FDP)

Neben den Bibliothekstagen, die alle zwei Jahre mit großem Erfolg stattfinden, könnte ein Landespreis für vorbildliche Bibliotheken ein weiterer Anreiz für kundenfreundliche Arbeit und zur Steigerung des örtlichen Engagements sein. Ich werde mich mit meinem Verband dafür einsetzen.

(Pörksen, SPD: Das ist sehr löblich!)

Aber auch bei den wissenschaftlichen Bibliotheken werden wir uns auf große Ausgaben einstellen müssen. Die Sicherung unseres kulturellen Erbes, das heißt, vor allem sachgerechte Lagerung und Restaurierung, war eine Hauptforderung bei einem Gespräch mit dem Beirat der wissenschaftlichen Bibliotheken, das ich in meiner Funktion als DBV-Vorsitzender vor kurzem führte.

Jürgen Seefeld, der Geschäftsführer unseres Bibliotheksverbandes und Leiter der Büchereinstelle Koblenz – –

(Glocke des Präsidenten)

– Noch ein Satz.

– – hat 2003 eine Geschichte der Bibliotheken in Deutschland mitverfasst und hat diesem Buch den wunderbaren Titel „Portale zu Vergangenheit und Zukunft“ gegeben.

Diese Portale sollten wir nicht nur anschauen, sondern hindurchgehen und viele ermutigen mitzugehen. Wir

sind mit der Leseförderung in Rheinland-Pfalz auf einem guten Weg. Wir werden ihn konsequent und mit Freude weitergehen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsident Itzek:

Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Es ist manchmal eine Lust, Herrn Kollegen Geis zuzuhören, vor allen Dingen wenn er in der Funktion als Verbandsvorsitzender und weniger als Vertreter einer Regierungsfraktion spricht. Als Verbandsvertreter hat er an der einen oder anderen Stelle den Finger in die Wunde gelegt.

Ich teile auch seine Auffassung, dass es eine Lust sein kann zu lesen. Ich kann Ihnen sagen, diese Große Anfrage zu lesen hat weder Lust gemacht noch Lust bereitet. Es ist deutlich geworden, wo große Defizite und Schwierigkeiten sind. Es ist nur dann deutlich geworden, wenn man genau hingeschaut hat.

Lieber Manfred Geis, im Gegensatz zu Ihnen finde ich überhaupt nicht, dass die Große Anfrage ein klares Bild der Situation wiedergibt. An vielen Stellen verweigern die Frager und die Gefragten hartnäckig, wenn man von einigen Ausnahmen absieht, klare Auskunft über Daten und Fakten, die notwendig wären, um überhaupt eine Grundlage für die Einschätzung der Situation der Bibliotheken in Rheinland-Pfalz zu erhalten.

(Zurufe der Abg. Pörksen und Schweitzer, SPD)

Ich finde, dass das Parlament wie auch die Menschen im Land ein Recht darauf haben zu erfahren, wie viele Mittel des Landes und der Kommunen für das Bibliothekswesen bereitgestellt werden und was sich daraus ergibt, zum Beispiel, dass man tatsächlich erfährt, was sich aus den vom Land in einer Verwaltungsvorschrift formulierten Zielen zur Förderung des öffentlichen Bibliothekswesens im Ergebnis ergeben hat. Das bezieht sich auch auf die Ausstattung und die hauptamtliche Betreuung von Bibliotheken in zentralen Orten oder in Gemeinden in der Größenordnung von mehr als 3.000 Einwohnern.

Wenn man in den nachgeordneten Zeilen sucht, findet man die Angabe, dass seit 1987 20 Pilotmaßnahmen aus den Mitteln des Landes mitfinanziert und gestartet wurden. In Anbetracht der Zahl der Orte, die davon erreicht und ausgestattet werden müssten, ist das weniger als ausreichend.

(Schweitzer, SPD: Pilotmaßnahmen!)

– Ja, ja, Pilotmaßnahmen, aber nichts anderes. Sie brauchen Pilotmaßnahmen, damit Sie Bibliotheken entsprechend ausstatten und ausbauen können.

(Schweitzer, SPD: Ihr habt wirklich an allem etwas herumzumeckern!)

– Ja, ich will es Ihnen einmal sagen. Ich lese Ihnen einen Abschnitt vor, aus dem deutlich wird, wo ein großer Mangel besteht. Ich bin dafür, dass wir sehr vielen Menschen Leselust machen. Ich glaube, dass sehr viele Aktionen und Kooperationen, die in die Richtung gehen, ein Weg in die richtige Richtung sind. Ich sage Ihnen, wo die Menschen mit Leselust landen, wenn sie in die Bibliothek gehen.

In der Großen Anfrage steht: Aufgrund der im nationalen und internationalen Vergleich geringen Erwerbungssetats der öffentlichen Bibliotheken in Rheinland-Pfalz ist jedoch das Angebot in den meisten Bibliotheken geringer und weniger differenziert als die Nachfrage. Dies gilt insbesondere für kleinere Einrichtungen. Das tötet schnell die Lust, wenn man mit solchen Bibliotheken konfrontiert wird. – Die von Frau Hammer genannten Zahlen über die Ausstattung und die Pro-Kopf-Mittel im Land unterstützen diese Aussage, diesen Mangel und die Mangelbeschreibung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das betrifft nicht nur die Bibliotheken in kleineren Orten, sondern in großem Umfang auch wissenschaftliche Bibliotheken. Darüber finden wir relativ wenige Aussagen in der Anfrage. Wir finden Angaben, dass es 44 gibt. Wir finden die Zahlen, wie viel Nutzer und Nutzerinnen es gibt, dass man eine virtuelle Bibliothek Rheinland-Pfalz macht. Sehr viel mehr findet man darüber nicht.

Ich will Ihnen sagen, was Sie an anderer Stelle hören, wenn Sie über die Ausstattung von wissenschaftlichen Bibliotheken sprechen, und welche Auskunft Sie über die Bestandsentwicklung bekommen.

Hören Sie auf das, was in Anhörungen der Präsidenten der Hochschulen im entsprechenden Fachausschuss jedes Mal ausgeführt wird, wenn es um die Beratung des rheinland-pfälzischen Haushalts geht. Dann wird dargelegt, dass jede Hochschule das Problem hat, dass die wissenschaftlichen Bibliotheken in den Hochschulen in einer ganz schwierigen Situation sind, dass die Bestände zu gering und veraltet sind, sie massenweise wissenschaftliche Zeitschriften abbestellen müssen und die Bücherbestände nicht erhalten werden können.

(Glocke des Präsidenten)

Man erfährt, dass das, was man anstrebt und in den Hochschulen wünschenswert ist, zum Beispiel Öffnungszeiten rund um die Uhr, infolge dieser Mangelausstattung nicht umgesetzt werden kann.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

– Ja, das kann ich Ihnen nennen. Das haben wir mehrfach recherchiert.

Vizepräsident Itzek:

Frau Thomas, Ihre Redezeit ist schon überschritten.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ein allerletzter Satz.

Die Landesregierung sagt, mit den Bibliotheken des Landes hätte man sich ein Stück soziale Utopie realisiert. Ich glaube, wir unterscheiden uns nicht in der Einschätzung, wie wichtig Bibliotheken sind. Von dieser Utopie sind wir noch sehr weit entfernt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Itzek:

Für die Landesregierung hat Herr Staatssekretär Härtel das Wort.

Härtel, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Antwort auf die Große Anfrage haben wir Ihnen eine umfassende und nicht geschönte Bilanz der Bibliothekspolitik und des Bibliothekswesens in Rheinland-Pfalz vorgelegt, aber ebenso die Perspektiven für die zukünftige Entwicklung aufgezeigt.

Natürlich wissen wir auch, dass nicht alles, was man sich wünschen kann, bis heute verwirklicht ist. Das wird uns nicht überraschen. Dies ist keine Besonderheit im Bibliothekswesen oder in der Bibliothekspolitik, sondern das gilt, wie Sie wissen, für viele andere Politikbereiche auch.

Meine Damen und Herren, Bildung ist und bleibt ein zentrales Thema in der Gesellschaftspolitik und in der Zukunftsgestaltung. Bibliotheken spielen darin eine wichtige Rolle, weil sie einen elementaren Zugang für alle zur Bildung und Ausbildung, zur Fortbildung und Weiterbildung wie auch zu den Informationsquellen der Forschung darstellen.

Bibliotheken sind die Gedächtnisorganisationen, die den Fortbestand der Merkmale der geistigen Errungenschaften der Menschheit sicherstellen. Bildung als kulturelles Gedächtnis und Zukunftsinvestition für den Einzelnen und die Gesellschaft legt uns die Verpflichtung auf, unsere Bibliotheken von der kleinen Gemeindebibliothek bis hin zur Staats- und Universitätsbibliothek auf dieses Ziel hin anzulegen und entsprechend auszustatten.

(Beifall bei SPD und FDP)

Heinrich Heine hat das so formuliert: So ein bisschen Bildung ziert den ganzen Menschen. – Recht hat er gehabt.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Meine Damen und Herren, der Beantwortung der Großen Anfrage, die sich ausschließlich mit dem öffentlichen Bibliothekswesen befasst, haben Sie entnehmen können, dass rund 95 % der Bibliotheken in Rheinland-Pfalz öffentliche Büchereien in kommunaler und kirchlicher Trägerschaft sind. Hiervon sind wiederum rund 90 % ehrenamtlich und nebenamtlich geleitet. Wir wissen, welche große Aufgabe von diesen ehrenamtlich Tätigen im Bibliotheksbereich zu leisten ist. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, ihnen allen herzlich für dieses große Engagement zu danken.

(Beifall bei SPD und FDP)

In einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz hat die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung immer noch einen hohen Stellenwert auch mit kleinen Büchereien. Die Kommunen tun hier in einer schwierigen Haushaltssituation ihr Bestes. Aber weil dies nicht ausreicht und die modernen Informations- und Kommunikationstechniken auch der kleinen Bücherei neue Möglichkeiten bieten, greift das Land hier seit Jahren mit enormer Hilfestellung ein.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich erinnere nur an den großen Erfolg des Sonderprogramms „Bibliotheken und neue Medien“, das für die Kommunen und die anderen Bildungsträger den finanziellen Anreiz geschaffen hat, ihre Büchereien mit Computer und Internetzugang auszustatten.

Darüber hinaus hat das Land mit seinen Büchereifachstellen Jahr für Jahr Personal und Mittel zur Verfügung gestellt, um das Ehrenamt durch Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie durch eine breite Palette von Serviceangeboten zu stärken und den öffentlichen Büchereien zusätzliche Mittel zum Medienerwerb zur Verfügung zu stellen, übrigens nicht nur für die kommunalen Büchereien, sondern ganz im Gegensatz zu manch anderem Bundesland auch für die kirchlichen Büchereien.

(Pörksen, SPD: Sehr lobenswert!)

Einzelheiten haben Sie der Beantwortung der Großen Anfrage entnehmen können. Darauf brauche ich nicht einzugehen. Nur so viel will ich noch einmal betonen, während anderswo die Büchereifachstellen als Serviceinstitutionen des Landes abgebaut und keine Mittel mehr an ehren- und nebenamtliche Büchereien gegeben werden, sind wir in Rheinland-Pfalz den umgekehrten Weg gegangen. Weil der Unterschied von wissenschaftlichen und öffentlichen Bibliotheken für den Benutzer immer unwichtiger wird, haben wir die verschiedenen Landeseinrichtungen zusammengeführt.

Die Landesbibliotheken in Koblenz und Speyer sowie die Büchereifachstellen in Neustadt an der Weinstraße und Koblenz bilden zusammen mit der Bibliotheca Bipontina in Zweibrücken im Landesbibliothekszentrum das innovative Kompetenzzentrum, das von unterschiedlichen Standorten aus seine Dienstleistung gebündelt anbieten kann. Durch die Vernetzung von neuen Strukturen in der Verwaltung, dem Medienerwerb, der Medienbearbeitung

und der Ausleihe werden nachhaltige Synergieeffekte geschaffen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Das bedeutet, dass den Benutzerinnen und Benutzern künftig mehr Fachkompetenz zur Verfügung stehen wird und sich durch Optimierung auch beim Personaleinsatz und durch möglich werdende Umschichtungen die Mittel zum Erwerb von Medien vergrößern werden. Wer nur die einzelne Bücherei vor Ort und ihren schmalen Erwerbungssetat sieht, vergisst leicht, was das Land in diesem Bereich für seine Bürgerinnen und Bürger leistet. Mit rund 130 Personalstellen und einem Etat von knapp 9 Millionen Euro haben wir mit dem Landesbibliothekszentrum ein Kompetenzzentrum geschaffen, das bundesweit Pilotcharakter hat.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Frau Abgeordnete Hammer hat vorhin geglaubt, feststellen zu können, dass die elektronischen Systeme an den Standorten der ehemaligen Landesbibliotheken in Speyer und Koblenz immer noch nicht vereinheitlicht seien und dass dies in Anbetracht der geringen finanziellen Ausstattung auch noch lange auf sich warten ließe. Ich kann Ihnen dazu sagen, bis zum Ende dieses Jahres werden die elektronischen Bibliothekssysteme in Speyer und in Koblenz vereinheitlicht sein. Beide Bibliotheken werden auch bis Ende des Jahres 2005 in einem einzigen Verbund zusammengeführt sein. Das ist in Anbetracht der kurzen Zeit, die dieses Landesbibliothekszentrum jetzt hinter sich hat, eine, wie ich finde, beachtliche Leistung der neuen Leitung des Landesbibliothekszentrums.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Dafür möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich bedanken. Wir hätten auch, wie dies in anderen Ländern geschah und geschieht, die Landesbibliotheken und Hochschulbibliotheken zusammenlegen können und die Sorge um die öffentlichen Büchereien als alleinige Aufgabe der Kommunen verstehen können. Das haben wir nicht getan. Das werden wir auch nicht tun.

(Beifall der SPD und der FDP)

Dass wir stattdessen die jährliche Bibliotheksabgabe von rund 630.000 Euro für alle Büchereien und Bibliotheken des Landes übernehmen und wir die Kosten für die Teilhabe aller rheinland-pfälzischen Büchereien an den großen Bibliotheksverbänden von Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen in Höhe von 600.000 Euro tragen, sei hier noch einmal betont.

Auch das neue Kompetenznetzwerk für Bibliotheken als bundesweite Serviceeinrichtung und die Versorgung der Büchereien mit Containerdiensten werden vom Land noch einmal mit jährlich 160.000 Euro bezuschusst. Ich

denke, das ist eine beachtliche finanzielle Leistung, die dazu dient, unsere Kommunen, insbesondere die, die mit großem Verantwortungsbewusstsein immer noch in einer schwierigen Zeit ihre Bibliotheken unterhalten, zu unterstützen.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Inzwischen kommt als neues Sonderprogramm die Ausstattung der Ganztagschulen mit komfortablen Leseecken hinzu. In diesem bis 2007 mit 4,4 Millionen Euro ausgestatteten Investitionsprogramm des Bundes für Ganztagschulen übernimmt das Landesbibliothekszentrum die komplette Abwicklung der Lesecken.

Die Vernetzung der Bibliothekssysteme, die Online-Recherche in weltweiten Bibliothekskatalogen und damit auch die Möglichkeit für die kleine öffentliche Bücherei vor Ort, an all diesen enormen Dienstleistungen ohne große Kosten teilnehmen und praktisch jede Bestellung auch entlegener Literatur ausführen zu können, bedeutet, dass rheinland-pfälzische Bibliotheksnutzerinnen und -nutzer entschieden von einer Bibliothekspolitik profitieren, die den Einzelnen mit seinen Bedürfnissen in den Mittelpunkt stellt. Das haben wir in der Vergangenheit getan. Das wird auch in der Zukunft so bleiben. Insgesamt sind wir damit auf einem guten Weg in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD und der FDP –
Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Vizepräsident Itzek:

Die Große Anfrage und die Antwort der Landesregierung haben durch die Besprechung ihre Erledigung gefunden.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

**Bericht über die Umsetzung des Landesgesetzes zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen gemäß § 13 des Landesgesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen (LGG-BehM)
Besprechung des Berichts der Landesregierung (Drucksache 14/3739)
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/3860 –**

Dieser Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

**Gemeinsame grenzüberschreitende
Rundfunkprogramme fördern
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU,
FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/4049 –**

Es wurde vereinbart, dass eine Ausschussüberweisung nicht vorgesehen ist. Wir kommen daher direkt zur Abstimmung über den Antrag.

(Hartloff, SPD: Es kommt schon
aus dem Ausschuss!)

– Ja, ich sage das nur.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich rufe die **Punkte 13 und 14** der Tagesordnung auf:

**Atomar abrüsten – Abzug aller Atomwaffen
aus Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/4152 –**

**Abzug von Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktionen der SPD und FDP
– Drucksache 14/4159 –**

Diese beiden Tagesordnungspunkte werden auf morgen vertagt.

Ich rufe **Punkt 18** der Tagesordnung auf:

**Situation muslimischer Frauen und
Mädchen in Rheinland-Pfalz
Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion
der CDU und der Antwort der Landesregierung
auf Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksachen 14/3994/4121/4171 –**

Dieser Tagesordnungspunkt, der für die morgige Plenarsitzung vorgesehen war, wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Wir wären damit am Ende der heutigen Sitzung. Ich darf Sie recht herzlich für morgen zur 96. Plenarsitzung um 09:30 Uhr einladen.

E n d e d e r S i t z u n g : 18:27 Uhr